

Sechs Monate nach Soleimani

Der Dritte Weltkrieg, der nicht kam.

SEITE 4

Stuttgart im Sturzflug

Von der Daimler-Idylle zu "Allahu Akbar"

SEITE 14



Viele Polen suchen nach ihren jüdischen Wurzeln

Innerhalb von zehn Jahren hat sich die Zahl der sich als Juden definierenden Menschen verachtfacht.

SEITE 28-29



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

mit der vor Ihnen liegenden Juli-Ausgabe der JÜDI-SCHEN RUNDSCHAU geht das Jahr 2020 in seine zweite Runde. Und auch vom Ende des jüdischen Jahres 5780, das diesmal bereits am Abend des 18. Septembers ausklingt, trennen uns nur noch etwa 11 Wochen.

Eines dürfte sicher sein: Das, was in dem ersten Halbjahr diesen Jahres über uns und nahezu die gesamte Welt wie ein plötzlicher Donnerschlag hereingebrochen ist, haben wir, als wir noch zu Jahresbeginn die üblichen Neujahrswünsche mit unseren Familien und Freunden austauschten, bisher weder gekannt noch auch nur ansatzweise ahnen oder gar erwarten können.

Nichts ist mehr so, wie es trotz aller und durchaus nicht weniger Wirrungen unserer gesamten Nachkriegsgeschichte gewesen ist. Die halbe Welt war zu Hause eingesperrt. Noch zu Jahresbeginn mit geschäftigem Treiben und Menschen überquellende Weltmetropolen zeigten in kaum vorstellbarer, und in dieser Art in unserer modernen Welt noch nie dagewesener Weise, verwaiste und nahezu menschenleere Straßen und Plätze.

Der Globus hat in den zurückliegenden Monaten eine Vollbremsung hingelegt und hielt im wahrsten Sinne des Wortes den Atem an.

Der Verursacher ist wohl ein kleines heimtückisches, hochinfektiöses und nach von uns nur teilweise nachvollziehbaren Verlaufskriterien mal eher harmloses, mal lebensbedrohliches Virus mit der nur wenig einprägsamen Bezeichnung Coronavirus SARS-CoV-2, das urplötzlich wie aus dem Nichts aus der chinesischen Stadt Wuhan aufgetaucht ist, deren Namen – Hand aufs Herz – bis zu Jahresbeginn kaum jemand von uns jemals gehört hat, obwohl sie mit über 11 Millionen Einwohnern immerhin ungefähr die gleiche Bevölkerungszahl aufweist wie ganz New York.

Trotz der in den letzten Wochen eher noch ins Ungewisse versuchten allenthalben Lockerungen der bisherigen massiven Lebensbeschränkungen, hat dieses winzige Virus bereits jetzt – berechtigt oder nicht – dem weltlichen Jahr 2020 ebenso wie dem jüdischen Jahr 5780 eine globale Krise weltweiten historischen Ausmaßes beschert, und nicht nur unser öffentliches, sondern unser aller gesamtes Leben in nie gekanntem Ausmaß verändert und bis weit in unseren privaten und persönlichen Bereich durcheinandergebracht.

Fortsetzung Seite 2

Österreich 3,80 $\$; Italien 3,70 $\$; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 $\$; Belgien 3,90 $\$; Niederlande 4,60 $\$; Slowakei 4,50 $\$; Slowenien 35 KN



Abstimmung der Schande



Von Marcel Yaron Goldhammer

"Mit dem am 1. Juli angenommenen Koalitionsantrag von CDU/CSU und SPD (Drucksache 19/20594) wird die Bundesregierung aufgefordert, sich weiterhin als Oberlehrer der amoralischen Juden im Staat Israel aufzuspielen und für eine Lösung des Nahostkonflikts im Sinne einer am Sankt-Nimmerleins-Tag verhandelten Zweistaatenlösung einzusetzen.

Seite an Seite sollten der real existierende Staat Israel und der fiktive Staat Palästina in Frieden und Sicherheit leben. Auch auf Ebene der sich weitgehend uneinigen und zerfallenden EU soll sich die Bundesregierung für eine aktivere Rolle Europas bei der Lösung des Konflikts einsetzen und das Gespräch mit der israelischen Regierung suchen. Die neue Regierung von Netanjahu und Gantz muss begreifen, dass die im Deutschen Bundestag vertretenen demokratischen Parteien der linken Mitte (CDU, CSU, SPD, Grüne und Linke SED), Deutschlands Rolle als Zuchtmeister und Endgegner des jüdischen Volkes, auch 70 Jahre nach der Schoah, als unverhandelbar betrachten.

Zugleich soll auch der Dialog mit den pro-israelischen USA, den anti-israelischen Vereinten Nationen und den sich stets gegenseitig bekriegenden regionalen Partnern intensiviert werden."

So oder so ähnlich könnte eine ehrliche Presseerklärung des Deutschen Bundestags lauten, wenn man die Debatten zum Tagesordnungspunkt 4, die Verurteilung des Staates Israel, unter dem offiziellen Titel "Frieden, Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten fördern – Am Ziel der verhandelten Zweistaatenlösung festhalten", sarkastisch zusammenfassen würde.

Die meist nach Antiisraelismus, also frisch parfümiertem Antisemitismus, stinkenden Redebeiträge der staatstragenden Parteien unterboten sich gegenseitig mit der Verleugnung von Fakten und Missgunst gegenüber einem erfolgreichen kleinen Nationalstaat von der Größe Hessens, der sich seit 7 Jahrzehnten in einer ihm feindlich gesinnten islamischen Nachbarschaft als Demokratie behauptet und als innovative Start-Up-Nation seinen Bürgern trotz allen Widrigkeiten ein hochmodernes Gesundheitssystem, niedrigere Arbeitslosigkeit und eine höhere Lebenserwartung als Deutschland bietet.

Pro-israelischer Exil-Iraner bringt es auf den Punkt

Einen Teil der Absurdität der von Union und SPD und der von der Linken/ SED eingebrachten Anträge zur Verurteilung Israels, brachte der in Teheran geborene Abgeordnete Bijan Djir-Sarai (FDP) auf den Punkt: "Wir diskutieren heute über Pläne der israelischen Regierung zu denen niemandem Details vorliegen. Wir sollten darauf hinweisen, dass die palästinensische Führung Kompromissbereitschaft keinerlei zeigt!" Verwunderlich findet Djir-Sarai ebenfalls die übermäßige Beschäftigung des Deutschen Bundestags mit dem Staat Israel im Vergleich zu anderen Problemgebieten der Region: "Ich kenne keine einzige Resolution, wo Iran bezüglich der Menschenrechtslage verurteilt wird."

Dr. Anton Friesen (AfD), Mitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, zerlegte den Antrag der Koalitionsfraktionen. Vor allem die Involvierung der EU sei ein aussichtsloses Unterfangen, da es keinerlei Konsens in den verschiedenen EU-Staaten gäbe. Vor allem die

Fortsetzung auf Seite 2

KOLUMNE № 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Abstimmung der Schande

Die etablierten Parteien im deutschen Bundestag fallen mit der Mahnung an Israel, die urjüdischen Gebiete Judäa und Samaria nicht in sein Staatsgebiet einzugliedern, dem jüdischen Staat in den Rücken.

mittel- und osteuropäischen Visegrad-Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn stellen sich immer wieder vehement und solidarisch hinter Israel. "Israel betreibt eine national gesinnte, realistische Politik und Deutschland einen irrationalen Wertefundamentalismus", sagte Friesen in seiner Rede und erläuterte, dass es sich bei der gescholtenen Annexion, vor allem um die Ausweitung israelischen Zivilrechts handele. Dieses soll auf die schon seit 1967 unter israelischer Militärkontrolle stehenden, in den Osloer Verträgen 1994 als israelisch kontrollierte Area C im Westjordanland ausgeweitet werden.

Die Fraktion der AfD lehnte den Antrag der Linken/SED ab. Sie enthielt sich aber lediglich beim Antrag der Bundesregierung, was unter Umständen als eine Abkehr von ihrer bisher durch und durch proisraelischen Außenpolitik gewertet werden kann. Dass die AfD-Fraktion überraschenderweise nicht gegen den Regierungsantrag stimmte, könnte an innerparteilichen Debatten zur Außenpolitik liegen.

Deutsches Geld gegen Israel

Als Redner für die Bundesregierung lavierte Außenminister Heiko Maas (SPD), der Außenminister, unter dem Deutschland im UNO-Sicherheitsrat in 90 % der Fälle gegen Israel stimmt.

Fördergelder des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für Entwicklung an die UNRWA und die "Palästinensische Autonomiebehörde" werden von der korrupten Kleptokratie um Präsident und Holocaust-Leugner Machmud Abbas nicht nur zur Errich-

tung üppiger Luxus-Villen in Ramallah verwendet, sondern auch für die antisemitische Hetze in "palästinensischen" Schulbüchern ausgegeben. Ein Großteil der ausländischen Fördergelder kommt auch dem Terrorismus zu gute.

Mit "Märtyrerrenten" von monatlich 3500 Euro an Familien von inhaftierten oder neutralisierten

Terroristen, die zuvor israelische Opfer ermordet haben, motiviert der arabische Despot Abbas seine Bevölkerung, den sechs Millionen ermordeten Juden des Holocaust, die heute lebenden Nachfahren der Überlebenden hinzuzufügen. Ein besonders bitteres Geschmäckle hat somit die Aussage von Heiko Maas "wegen Auschwitz in die Politik gegangen zu sein". Schaurige Interpretationsspielräume lässt seine anti-israelische Außenpo-

litik hier zumindest offen.

Bei dem Treffen mit seinem israelischen Amtskollegen Gabi Asheknazi (Blau-Weiß-Partei) unterstrich Maas den Standpunkt der Bundesregierung zu der nach ihrer Sicht völkerrechtswidrigen Annexion des Jordantals, sicherte Israel aber zeitgleich eine Million Euro Jahr für die Erinnerungsarbeit der Schoah-Gedenkstätte Yad Vashem zu. Daneben profiliert sich Maas als eine der wichtigsten Kräfte zur Umgehung der Sanktionen gegen den Iran, der seit Jahren mit der Auslöschung Israels droht und diese mit seinem Atomprogamm gnadenlos vorantreibt.

Offenbar ist es für die deutsche Regierung eher Staatsräson an tote europäische Juden zu erinnern, als lebende israelische Juden zu schützen.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Jedenfalls kann ich – um für mich zu sprechen – nicht erinnern in meinem eigenen Leben jemals auch nur annähernd derart Dominierendes in den Medien und der Politik gesehen zu haben wie das COVID-19-Virus. Das gilt auch für die Maßnahmen, die die Bundes- und Landesregierungen zu dessen Bekämpfung ergriffen haben. Und ich darf festhalten, dass ich derart wichtige Geschehen wie den Bau und den Abriss der Berliner Mauer, die Ermordung John F. Kennedys, den Vietnamkrieg, die Mondlandung, den 6-Tage- und den Jom-Kippur-Krieg, Watergate, den Zerfall des Ostblocks und die Anschläge vom 11. September zum Teil sogar aus großer Nähe erlebt habe.

Hinzu kommt, dass in Abhängigkeit von der Dauer und dem Verlauf der Pandemie-Entwicklung der wirtschaftliche und Existenz-bedrohende Schaden – besonders für den wirtschaftlich schwächeren Teil der Bevölkerung – den medizinischen Problemen voraussichtlich leider in nichts nachstehen, sondern diese wohl eher noch übertreffen wird

Corona hat ungelöste Probleme in den Hintergrund gerückt

Ebenso ist zu befürchten, dass die Corona-Krise es bisher vielleicht vermocht hat, viele andere durch unsere linkslastige und Islamaffine Politik verursachten Probleme in den Hintergrund zu drängen. Sie löste sie aber nicht, und schaffte sie auch nicht ab. Die Probleme des vor dem Auftreten des Virus täglich deutlicher sichtbar werdenden Versagens unserer Politik sind keinesfalls verschwunden. Sie werden wiederkommen und sich noch erheblich verschärfen.

Dies umso mehr als es der Merkel-Regierung gelungen zu sein scheint, den bisherigen und durchaus verdienten Vertrauensund Wahlstimmenverlust mit der ohne jede Schamgrenze als mediale Dauerberieselung gestreuten Fama von der erfolgreichen deutschen Rettung aus der Corona-Krise zu stoppen, und teilweise bereits verlorenes Terrain wiederzugewinnen.

Dabei sind die Auswüchse der Merkel'schen Politik und ihrer linken Verbündeten innerhalb und außerhalb der Groko bereits deutlichst zu erkennen. Obwohl entgegen allem grünen Apokalypse-Geheul auch die für diesen Sommer vorausgesagte Gluthitze wieder einmal ausgeblieben ist, und Mensch und Vieh trotz der von den Zeugen Gretas in trautem Einklang mit den grünen Klimahysterikern für uns me-

netekelten Jahrhundert-Dürre an keinerlei Wassermangel darben, wird die Wirtschaft trotz unverschuldeter Corona-Not nur ideologisch und selektiv gefördert, große Teile des Mittelstandes werden bewusst dem Wirtschaftstod preisgegeben und die Gunst der Corona-Stunde wird genutzt, um Krieg gegen die Autoindustrie zu führen und den Individual-Verkehr wo und wie es nur geht durch Straßenrückbau behindert.

Obwohl die Arbeitslosigkeit boomt, gehen die Diäten der ohnehin schon sicher besoldeten Parlamentarier nach oben, und werden ohne jede Not – sozusagen als Dankesgeste und zum Hohn der wirklich Corona-Bedürftigen – die bereits heute massiv aufgeblähten Zwangsgebühren der öffentlich-rechtlichen staatlichen Jubel-Medien erhöht.

Offensichtlich verwöhnt von dem unverdienten Stimmenzuwachs scheint sich bei der Politik die Überzeugung durchzusetzen, dass nicht nur das Virus, sondern auch die an Dummheit grenzende Naivität der Wähler pandemisch ist.

Eine Regierung muss halt eben nicht notwendigerweise ein Ausdruck des Volkswillens sein, sondern eher der Ausdruck dessen, was ein Volk erträgt, wusste schon Kurt Tucholsky 1934 zu sagen.

Jedenfalls wird die Polarisierung der Gesellschaft nach Ende von CoVid-19 vermutlich noch stärker aufbrechen als bisher. Corona hat die vor allem auf das Schuldkonto der Kanzlerin und der GroKo gehende Spaltung des Landes, und den jetzt schon irreversiblen Schaden, den unsere Demokratie bereits genommen hat, nur verdeckt, aber nicht repariert – von der verheerenden, von der Politik falsifizierten und relativierten, und von den Medien nur kaum thematisierten vorwiegend Islam-migrantischen Gewaltexplosion auf unseren Straßen und Plätzen, die selbst vor Corona nicht Halt macht, von den Islam-dominierten No-Go-Areas und der hauptsächlich von dieser Seite weiter zunehmenden Verunmöglichung jüdischen Lebens in unserem Lande ganz zu schweigen.

Dazu finden linker und islamischer Israelund Judenhass trotz ihrer offensichtlichen Militanz, Geschichtsklitterung und Faktenverdrehung kaum jemals nennenswerten Anstoß seitens unserer Politik und unserer Medien

Rufmord gegen politische Kritik

Dagegen wird jeder Versuch der Kritik an der verfehlten, wirtschaftsfeindlichen, einem Sozialismus 2.0 trotz seines grandiosen Scheiterns und des menschenverachtenden Elends, das er im letzten Jahrhundert in weiten Teilen Osteuropas und der Welt verursacht hat, den Weg bereitenden etablierten Politik mit übelster Polemik, Diffamierung, Falschverortung ins rechte Lager, Ausgrenzung und massivem wirtschaftlichen, gesellschaftlichem und politischem Mobbing seitens der verbissen und unversöhnlich hassenden, gegenwärtig in diesem Lande und im großen Bereichen Westeuropas den Corona-Notstand und die Naivität der Wähler missbrauchenden, durch und durch links-doktrinären und unduldsamen Weltverbesserungs-(verschlechterungs)-Politik der selbsternannten, nur vermeintlich bessermenschlichen, vorgeblichen "Nichthasser" geahndet.

Besonders willkommenen Anlass hierfür boten und bieten unserer Politik und unseren Medien immer noch die blutigen, mit Plünderungen und unschuldigen Todesopfern ablaufenden Gewaltexzesse der "Black Lives Matter"-Bewegung (BLM), nach dem durch einen weißen Polizisten verursachten, leider sehr unglücklichen Todesfall bei der polizeilichen Festnahme eines vielfach vorbestraften Afroamerikaners.

Rassismus im Islam und im Kommunismus wird ausgeblendet

Die auch hier nach Art der Taliban und des IS zur Denkmal- und Bilderstürmerei degenerierten Rassismus-Aktionen und -Debatten sind nicht aufrichtig. Sie blenden den Rassismus von bis heute hochgeehrten linken Idolen wie etwa Karl Marx, Friedrich Engels, Che Guevara und anderen aus. Vor allem lassen sie auch den Religionsstifter Mohammed sowie den Islam selbst als beständigsten brutalen Sklavenhalter der Geschichte unbenannt, obwohl gerade der Islam schlimmste Atrozitäten an seinen Sklaven begangen hat, regelhaft Genitalverstümmelungen (Kastrationen) seiner männlichen Opfer, sowie Massenmissbrauch weiblicher Kindsfrauen als Sexsklavinnen praktizierte. Dazu ist er bis heute nicht vollständig von der Sklaverei abgerückt, geschweige denn diese verfemt oder verurteilt und geschichtlich aufgearbeitet hat. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass nicht wenige Afroamerikaner sich trotz dieser sattsam bekannten Belastung des Islam dazu bekennen.

Columbus, George Washington, Thomas Jefferson, Nofretete, Marc Aurel, Karl der Große, aber vor allem auch Mohammed und Co., der Islam und seine Moscheen? Ist das wirklich die große Abrechnung mit den gestrigen und heutigen Rassisten, Sklavenhändlern und Sklavenhaltern?

Oder nicht doch eher, wie fast alles, was sich derart vehementer Unterstützung unserer links jeder Vernunft stehenden Politik und ihrer Medien erfreut, wie etwa auch beim Klima-Kreuzzug, ein weiteres unausgewogenes Manifest einseitiger ideologischer Erblindung?

Nicht nur für Columbus-Memorials, auch für die Pyramiden, das Colosseum, eigentlich und besonders aber auch für den Mohammed-Kult und seine vielen Moscheen könnte nun – wenn die Empörung auch nur ansatzweise ausgewogen wäre – wegen des ursächlichen und ganz erheblich gerade im Islam teilweise bis heute aktiven Bezuges zur Sklaverei das letzte Stündlein geschlagen haben.

Stattdessen schlägt der Irrsinn täglich neue Volten. So hat der US-Streamingdienst von HBO sogar schon den berühmten Filmklassiker mit Clark Gable "Vom Winde verweht" (Gone with the Wind) aus dem Angebot entfernt. Grund: Rassismus...

Der Autor befürchtet, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, dass die von allen guten Geistern verlassenen vorgeblich antirassistischen Hysteriker dazu übergehen werden nach Art des IS in Palmyra und gepusht von den Democrats in den USA, von unseren Leitmedien und unserer linken Sozialismus-2.0-Politik, römische und griechische Statuen in unseren Museen zu zerstören und Literatur aus der Antike zu verbrennen, weil Römer und Griechen vor zwei Jahrtausenden Sklavenhalter waren...

Taten verurteilen, von denen man weiterhin profitieren will

Werden diejenigen Euroamerikaner, die Columbus' Statue mit Füßen getreten haben, nun auch den Kontinent verlassen, auf dem Ihre Vorfahren ohne Columbus gar keine Zuflucht gefunden hätten, und auf dem sie selbst heute ohne Columbus gar nicht leben würden? Oder werden sie gar auf die bei dieser Aktion getragenen Adidas-Sneakers verzichten, weil Adolf Dassler nicht nur ein übles frühes Mitglied der Nazi-Partei und ein Antisemit war, sondern in seiner Fabrik auch noch panzerbrechende Waffen gebaut hat, mit denen auch amerikanische - darunter auch farbige – Soldaten getötet wurden und er zu all dem auch noch französische Zwangsarbeiter für diese Arbeiten missbraucht hat.

Fortsetzung auf Seite 15

WELT

Die Scheinheiligen der EU

Zahlreiche EU-Staaten fordern von Israel den Verzicht auf ureigene, historisch legitimierte Gebiete mit jahrtausendealter jüdischer Geschichte, während sie selbst koloniale Überseebesitzungen von Französisch-Polynesien bis zu den Falklands halten.

Von Stephen M. Flatow (Audiatur)

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union - sowohl einzeln als auch gemeinsam via Nahost-Quartett – sind in Aufruhr und warnen Israel in heuchlerischer Weise vor einer Annexion, auch wenn ebendiese Länder weiterhin zahlreiche Gebiete besetzen, die sie annektiert haben.

Beginnen wir mit den Franzosen. Frankreich hat die Europäische Union kürzlich aufgefordert, Strafmaßnahmen gegen Israel zu ergreifen, falls es zu einer Annexion kommen sollte.

Sie haben richtig gelesen: Frankreich, das seit mehr als 300 Jahren die 890 Quadratmeilen große Insel Réunion vor der Südostküste Afrikas verwaltet. Dazu kommt die seit fast 200 Jahren beanspruchte 144 Quadratmeilen große Insel Mayotte. Das Gebiet der Gemeinden von Gush Etzion umfasst insgesamt 45 Quadratmeilen.

Frankreich, das die fünf sogenannten Îles Éparses de l'océan Indien (deutsch "Verstreute Inseln im Indischen Ozean") besetzt hält, ungeachtet einer UN-Resolution von 1979, welche die Übergabe dieser Inseln an Madagaskar fordert.

Frankreich, das 1955 ankündigte, die Tausende von Meilen der sogenannten "Französischen Süd- und Antarktisgebiete" würden von nun an als offizielles französisches Überseegebiet gelten. Mit welchem Recht genau?

Und Frankreich, die große Besatzungsmacht, schulmeistert Israel in Bezug auf Annexionen? Wie sagt man Chuzpe auf Französisch?

Auch Großbritannien annektierte fleißig

Während es mit einem Bein noch in der Europäischen Union steht, und mit dem anderen aus der Europäischen Union heraustritt, hat auch England seinen Teil zur Debatte beigetragen. Die Briten sind wütend beim Gedanken, Israel könnte

Gebiete annektieren. Kabinettsminister (und Vorsitzender der regierenden Konservativen Partei) James Cleverly sagte dem Parlament, ein solches Vorgehen Israels würde es "schwieriger" machen, Frieden zu erreichen.

Ich frage mich, warum die Briten nie solche Bedenken hatten, als Jordanien 1950 ganz Judäa und Samaria annektierte - nicht nur den winzigen Teil, den Israel aktuell beansprucht. Tatsächlich war England eines von nur zwei Ländern weltweit (das andere war Pakistan), das die jordanische Annexion anerkannte.

So war es für Jordanien – ein Land, das nicht einmal existierte, bis die Briten es 1922 aus dem Nichts schufen - in Ordnung, es zu annektieren. Aber nicht für Israel, obwohl das Gebiet seit 3.000 Jahren im Herzen des jüdischen Heimatlandes

London hofft, dass wir nicht merken, dass es nicht weniger als 14 "Britische Überseegebiete" gibt, die sie gewaltsam zu einem Teil des Britischen Empire gemacht und gehalten haben - von den Falklandinseln (Großbritannien zog 1982 wegen der Ansprüche Argentiniens auf die Inseln in den Krieg gegen Argentinien) bis zu den Bermudas. Einige liegen im Südatlantik, andere im Nordatlantik, wieder andere in der Karibik – überall, wohin man auf dem Globus blickt, findet man Teile des alten Britischen Empire, die noch immer beste-

Welche anderen Mitgliedstaaten der EU maßen sich an, Israel zu belehren und zu

Da haben wir beispielsweise Portugal, das vor etwa 500 Jahren die 908 Quadratmeilen großen Azoren-Inseln annektierte. Dazu kommt Spanien, seit dem 15. Jahrhundert illegaler Besatzer der 3.000 Quadratmeilen großen Kanarischen Inseln. Grönland wurde 1814 gewaltsam an Dänemark angeschlossen. Nicht zu vergessen Curação und Aruba, die zusammen mit St.



1982 starteten britische Kriegsschiffe, um am anderen Ende der Welt eine britische Kolonie, die Falkland-Inseln, von Argentinien zurückzuerobern.

Martin, Saba und Bonaire von Holland annektiert worden waren. Es gibt noch viele weitere Beispiele.

"Wiedervereinigung" wäre der bessere Ausdruck

Es geht nicht nur darum, dass diese Länder unglaublich heuchlerisch sind, weil sie Israel wegen der Annexion drangsalieren, während sie selbst jedes Territorium annektierten, das sie in ihre Hände bekommen konnten.

Nein, der Kernpunkt liegt darin, dass Frankreich, England und die übrigen Länder keinerlei moralisches, historisches oder legales Recht haben und hatten, diese Gebiete zu annektieren, während Israel jedoch das Recht auf seiner Seite hat, die zur Diskussion stehenden Teile von Judäa und Samaria in sein Staatsgebiet einzubeziehen. Diese Gebiete stehen seit biblischen Zeiten im Zentrum der jüdischen nationalen Heimat. Israel hat sie in Selbstverteidigung erkämpft und ist nach internationalem Recht nicht verpflichtet, sie abzutreten. Zudem ist die arabische Bevölkerung in diesen Gebieten gering, so dass die so genannte Annexion – "Wiedervereinigung" wäre genauer ausgedrückt – keine demographische Gefahr für Israel darstellt.

Hier folgt nun also meine Botschaft an die europäischen Annexionisten, welche die israelische Annexion kritisieren: Kümmert euch um eure eigenen Angelegenheiten. Das meine ich wörtlich. Kümmert euch darum, die eigenen Regierungen davon zu überzeugen, die vielen besetzten und annektierten Länder und Inseln freizugeben - und dann könnt ihr mit Israel über dieses Thema ins Gespräch kommen.

Stephen M. Flatow, ein Anwalt in New Jersey, ist der Vater von Alisa Flatow, die 1995 bei einem vom Iran unterstützten "palästinensischen" Terroranschlag ermordet wurde. Sein Buch "A Father's Story: My Fight for Justice Against Iranian Terror" wurde kürzlich veröffentlicht. Auf Englisch zuerst erschienen bei Jewish News Syndicate. Übersetzung Audiatur-Online.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der "Jüdischen Rundschau" oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

WELT

№ 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

6 Monate nach Soleimani – der Dritte Weltkrieg, der nicht kam.

Mit dem Schüren unberechtigter apokalyptischer Ängste wollen westliche Journalisten nicht nur Stimmung gegen die angeblich "irrationale" Politik von Präsident Trump machen, sondern den Westen gegenüber seinen Feinden handlungsunfähig halten.

Von Laila Mirzo

Nach der gezielten Tötung des iranischen Generals und Kriegsverbrechers Kasim Soleimani auf Befehl des US-Präsidenten Donald Trump im Januar dieses Jahres, versuchte man die Weltöffentlichkeit auf sämtlichen medialen Kanälen von einem apokalyptischen Zukunftsszenario zu überzeugen. Man stünde ganz knapp vor dem Dritten Weltkrieg, so die Prognose führender Redakteure, Politinstitute und Politiker. Der nukleare Overkill sei nur einen Knopfdruck entfernt, Flüchtlingsströme, Hunger und Chaos würden die Welt erschüttern. Die militärische Aktion gegen den "iranischen Rommel" wäre ein "Attentat" und eine "Kriegserklärung", welche die gesamte Welt in den Abgrund reißen könne. Der Zeit-Journalist Michael Thuman glaubte gar Parallelen zum Sarajewo-Attentat von 1914 auf das österreichische Thronfolgerpaar erkannt zu haben, das den Ersten Weltkrieg auslöste.

Der demokratische Präsidentschaftskandidat, Joe Biden, beschwor, Trump hätte "eine Stange Dynamit in ein Pulverfass geworfen". Wer aber auf den großen Knall wartete, wurde enttäuscht: Der Dritte Weltkrieg wurde abgesagt. Weder der Iran noch die USA hatten ernsthaft Lust zu eskalieren. Washington hatte Konsequenz bewiesen und Teheran seine Lektion gelernt.

Bei einem offenen Krieg könnte die Schwäche des Iran offenbar werden

Die Weltuntergangshysterie war ein schlechtes Schauspiel – denn wer sich auf der weltpolitischen Bühne auch nur ein bisschen auskennt, der weiß, dass sich der Iran keine militärische Eskalation leisten kann. Das Mullah-Regime steht de facto mit dem Rücken zur Wand, innen- wie außenpolitisch. Ein militärischer Konflikt würde die schwelende Legitimitätskrise verschärfen und sehr schnell offenbaren, in welch desolatem Zustand die iranische Armee ist. Teheran würde nicht nur sein Gesicht verlieren, sondern seinen hegemonialen Führungsanspruch in der Region von heute auf morgen verspielen. Doch diese Einschätzung teilen Kritiker der USA nicht, schließlich muss das Image des amerikanischen Präsidenten als "Hassprediger", wie ihn 2016 der damalige Außenminister und jetzige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier titulierte, gefüttert werden. Trump wäre zu impulsiv, gar unberechenbar, er könne die Folgen seiner politischen Entscheidungen nicht abschätzen, hieß es. Merkel und Macron mahnten zur Deeskalation, Außenminister Maas fürchtete, die "Folgen für die Region" seien schwer absehbar. Was aber Untätigkeit angesichts der iranischen Umtriebe auch für Israel bedeutet hätte, war kaum Thema in den "Expertenrunden".

So schätzte Dr. Azadeh Zamiridad, stellvertretende Leiterin der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika der "Stiftung Wissenschaft und Politik" in einem "Tagesschau"-Interview vom 4. Januar 2020 die Situation im Iran folgendermaßen ein:

"Mir scheint, dass Trump selber denkt, mit dieser Art der Eskalation,



General Kasim Soleimani war Befehlshaber der iranischen Al-Kuds-Brigade, zu Deutsch "Jerusalem"-Brigade, die vor allem jenseits der iranischen Grenzen tätig war.

Iran von weiteren Maßnahmen abzuschrecken. Ich fürchte, das ist eine ganz massive Fehlkalkulation, die uns im Moment sehr viel näher an eine kriegerische Auseinandersetzung herangebracht hat, als wir sie in den letzten zehn Jahren erlebt haben".

Die zahlreichen apokalyptischen Einschätzungen gleichen den Voraussagen des Orakels von Delphi. Sowohl in der Zuverlässigkeit als auch in ihrer Funktion als machtpolitisches Instrument. Man möchte fast meinen, sämtliche Vertreter der etablierten Medien und staatlich geförderten Politikinstitute hätten sich einen Dritten Weltkrieg gewünscht. Besorgniserregend ist dabei, dass eben die "Stiftung für Wissenschaft und Politik" (SWP) die Bundesregierung in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik berät. Fehleinschätzungen können auf diesem politischen "Level" zu massiven diplomatischen Zerrüttungen führen, Konflikte somit entfacht und nicht deeskaliert wer-

Als der deutsche Bundestag im Vorjahr die BDS-Bewegung als antisemi-

tisch verurteilte, äußerte ausgerechnet eine Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika der Stiftung für Wissenschaft und Politik, Dr. Muriel Asseburg, Zweifel an dieser historischen Geste. Laut der Politikwissenschaftlerin der SWP seien Ziele, Argumentation und Methoden der BDS "nicht antisemitisch, da sie sich nicht gegen Juden als Personen und nicht gegen den jüdischen Glauben richten". Dass sich der Boykott aber eben gegen in Israel lebende Juden richtet und weltweit den Judenhass schürt, scheint bei der SPW-Wissenschaftlerin nicht angekommen zu sein.

BDS ist "zu vernachlässigen"

Wes Geistes Kind Frau Dr. Asseburg ist, zeigt sich bei der Durchsicht ihrer Publikationen. So hat sie in "Israel & Palästina – Zeitschrift für Dialog" einen Beitrag mit dem Titel "Die deutsche Kontroverse um BDS: Eine Einordnung" veröffentlicht, in dem zu lesen ist, die BDS sei hierzulande nach Einschätzung des "Unabhängi-

gen Expertenkreis Antisemitismus" eine zu "vernachlässigende Größe". Darüber hinaus würde die pauschale Einstufung als "antisemitisch" durch den Bundestag zur "Ausgrenzung einer Bewegung" führen, die sich "gewaltfrei für palästinensische Rechte einsetzt". In ihrem Beitrag konstatiert die SWP-Wissenschaftlerin zudem, dass diese "Ausgrenzung" vom israelischen Ministerium für strategische Angelegenheiten unter der Leitung des Ministers Gilad Erdan vorangetrieben werde und damit "palästinensische Rechte und Ansprüche grundsätzlich in Frage gestellt und Personen und Organisationen, die Israels Besatzungsregime und die Diskriminierung palästinensischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Israel kritisieren, delegitimiert und in die Nähe von Terroristinnen und Terroristen gerückt". Asseburg stellt abschließend fest, dass "diese Kampagne in Deutschland bereits eine Diskursverschiebung" bewirkt hätte.

Neben Frau Dr. Asseburg arbeitet auch Peter Lintl für die "Stiftung für Wissenschaft und Politik" und fällt mit seinen Äußerungen in seinen Publikationen gegenüber Israel auf. Im April 2019 schreibt Lintl in seinem auf der Homepage der SWP erschienen Artikel "Israel vor wegweisenden Wahlen", das Ergebnis der Parlamentswahlen in Israel könnte "den Charakter des Staates nachhaltig prägen". Würde sich eine reine Rechtskoalition bilden, könnte "eine gravierende Schwächung der Prinzipien liberaler Demokratie die Folge sein".

Solch ideologisierte Israelkritik von Menschen, die über die "Stiftung für Wissenschaft und Politik" der Bundesregierung Handlungsempfehlungen und Analysen zuspielen, hat freilich Einfluss auf die Meinungsbildung vieler Politiker und die öffentliche Wahrnehmung des Staates Israel in Deutschland

Israel als "Besatzungsregime" zu bezeichnen hat nichts mit sachlicher Analyse zu tun, es ist ein Produkt antisemitischer Propaganda. Eine Propaganda, die übrigens staatlich gefördert wird. Denn die SWP erhält eine "institutionelle Zuwendung", die "durch den Deutschen Bundestag beschlossen und aus dem Haushalt des Bundeskanzleramtes gezahlt wird". Im Jahr 2018 waren dies "bescheidene" 13,7 Millionen. Wie es um die Neutralität der Stiftung und ihrer "Empfehlungen" angesichts dieser finanziellen Abhängigkeit steht, sollte durchaus hinterfragt werden.

Was hat nun aber die Kritik an Donald Trumps Entscheidung, den iranischen Kriegsverbrecher Soleimani
zu eliminieren, mit "israelkritischen"
Rülpsern einer staatlich geförderten
Stiftung zu tun? Nun, es ist ein altes
Spiel: "Kritiker" der USA sind auch fast
immer eine "Israelkritiker". Und wenn
sich die Bundesregierung ihre USAKritik von Experten liefern lässt, die
erstens auf der hauseigenen Salär-Liste
stehen und zweitens Israel als "Regime"
bezeichnen, dann weiß man, was die
Stellungnahmen der meisten deutscher
Politiker wert sind.

Schlechtes Timing für schwule Mordopfer

Straftaten islamischer Zuwanderer gegen Schwule scheinen derzeit nur zu stören: Der mitten in die "Black Lives Matter"-Unruhen fallende Dreifachmord im englischen Reading durch einen moslemischen Zuwanderer aus Libyen erreicht weder die besondere Aufmerksamkeit der Medien noch die der Weltöffentlichkeit.

Von Julian Marius Plutz (Achse des Guten)

Es war 2 Uhr nachts, als Omar Mateen seinen übrig gebliebenen Rest an Menschlichkeit ablegte. Mit Gewehr, Pistole und einer finsteren Religion ausgestattet, betrat er den Schwulenclub "Pulse" in Orlando und tötete 49 Menschen. 53 weitere wurden teils schwer verletzt und leiden bis heute an den Folgen. Im Juni 2016 begann das große Schlachten in Florida, was nach 9/11 als der schlimmste islamische Anschlag in den USA gilt.

Für Homosexuelle ist dieser Tag Zäsur und Schmerz zugleich. Orlando ist bis heute Albtraum für die Szene und in seiner Brutalität und Bildhaftigkeit präzedenzlos. In der Nacht beim Feiern mit Freunden oder dem Partner beschließt ein Mensch, ihre Existenzen zu beenden. Einfach so. Weil sie so waren, wie er es nicht ertrug und sie so lebten, wie er es vielleicht nie konnte.

Selbst für mich als emotional eher unmusikalischen Menschen berührt das One-Take-Video von Sia, die in einer unfassbar starken Performance den Anschlag vertont und im Bewegtbild visualisiert. Und mich bewegt Orlando. Es stimmt, ein Angriff auf "die Seinen" trifft mehr, emotionalisiert mehr, als ich es für möglich gehalten hatte. Und auch wenn ich nicht der krasseste aller krassen Szenegänger bin, so hätte ich dort sein können. Obwohl ich mich eine Zeit lang gewehrt habe, es nutzt nichts: Ich bin auf irgendeine schiefe Art Teil dieser Community, die heterogener ist, als sich das manche vorstellen können.

Kaum beachtete Ermordung dreier Schwuler in England

Am 20. Juni dieses Jahres schlachtete ein Libyer drei Engländer in Reading, einer Stadt in Großbritannien. Sie hörten auf die Namen James Furlong, Joe Ritchie-Bennett und David Wails. Namen, die außerhalb der britischen Medien kaum jemand gehört haben dürfte. Denn neben dem Szenenportal queer.de berichtete lediglich "Tichys Einblick" über die Tat. Sie wissen schon, das Medium, dessen Betreiber laut Claudia Roth ein "Stichwortgeber für rechte Hetze ist", die man "benennen müsse". Im Gegensatz zu Ihnen, Frau Roth, hat "TE" James, Joe und David eine Stimme gegeben, wofür ich dem Herausgeber und dem Autor sehr dankbar bin.

Wir leben in einer Zeit, in der Solidarität für eine Randgruppe nur dann durchdringt, wenn sie dem Zeitgeist entspricht. Schwule waren 2017 die nützlichen Idioten, als man die "Ehe für alle" in einem schmierigen Wahlkampfmanöver in den Vordergrund rückte, während am selben Tag das Netzwerkdurchsetzungsgesetz verabschiedet wurde, was bis heute der Homoehe einen bitteren Beigeschmack gibt.

Für SPD und Grüne gaben Schwule und Lesben den Steigbügel. Man ließ sich feiern, heiratete und freute sich einen Ast ab, 15 Minuten goldene Randgruppe zu sein. Traumschön.

"Der momentane Zeitgeist ist gar nicht mal so geistreich"

2020 sind die goldene Randgruppe die Schwarzen. Da geht nix drüber. Die Angehörigen von James, Joe und David haben



Der New Yorker Gouverneur Andrew Cuomo gedenkt der Opfer des schwulenfeindlichen Anschlags von Orlando am 13. Juni 2016 durch den afghanischstämmigen Omar Mateen.

einfach Pech gehabt, nur ein paar englische Weißbrote als Freunde und Brüder gehabt zu haben und die Pigmentierung der Opfer nicht so weit fortgeschritten ist, dass man sie "People of Color" nennen dürfte. Was hier stattfindet, ist eine Verhöhnung von Gewalt, die mich – emotional unmusikalischer Mensch – wütend macht und traurig. Sind die Jungs weniger wert, weil sie weiß sind? Zu dem Schluss muss man kommen. Und das, liebe Freunde vom Linksgrünverein, liebe Claudia Roth: Das ist Rassismus.

Alle Solidaritätsbesoffenen springen auf

der langen Messer" mehr zu sein als ein historischer Begriff, viel mehr eine Alltagsbeschreibung im Plural. Doch dabei gibt es die Gewalterfahrungen. Nicht nur bei mir, von Übergriffen berichten viele.

Und auch hier ergeben sich statistische Schwierigkeiten. Zum einen liegt die Dunkelziffer schwulenfeindlicher Angriffe höher als die Statistik. Wenn ich darüber nachdenke, habe auch ich einen kleineren Fall nicht angezeigt. Eine offensichtlich unter Drogen stehende Frau sprang mich im Bahnhof mit spitzen Schuhen an, nach-



Die Opfer des Anschlags von Reading: Joseph Ritchie-Bennett, David Wails und James Furlong.

den Zug der "Black Lives Matter"-Bewegung. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber wenn alle einhellig für eine Sache sind, ist das für mich Grund genug, sich skeptisch mit dem Thema auseinanderzusetzen. Und es tut mir leid, aber wenn ein Libyer drei Schwule absticht, weil sie homosexuell sind, dann erwarte ich etwas mehr Aufmerksamkeit für die Gefahren für homosexuelles Leben.

Doch der momentane Zeitgeist – so laut dem Rapper Fatoni – sei gar nicht mal so geistreich. Wie recht er doch hat. Denn es hat den Anschein, dass die Diskussion um Gewalt verhindert werden muss, weil es jetzt doch um Schwarze zu gehen hat. Frei nach dem Motto: "Wer diskriminiert wird und wer nicht, bestimme immer noch ich!" Und in diesen Zeiten scheint "Die Nacht

dem sie uns, Hand in Hand gehend, verfolgt und mit "Schwuchtel" beschimpft hat. Es war zwar nur eine kleine Platzwunde am Oberschenkel, aber eigentlich hätte ich dies – allein, um die Statistik richtiger zu machen – anzeigen müssen. Etwas, das ich in Zukunft tun werde.

Eine andere Schwierigkeit besteht in einem altbekannten Problem. Nämlich, dass die Herkunft des Täters in vielen Bundesländern nicht in den Statistiken auftaucht. Doch das wäre für Prävention und Strafverfolgung wichtig. Hier geht es nicht um Schuldzuweisungen. Doch ist es für die Polizei wichtig, worauf sie achten muss. Ferner sollte es für die Politik Anlass für Rückschlüsse geben, falls sie auf den naheliegenden Gedanken kommt, Zuwanderung zu steuern.

Den Opfern fehlte das Timing

Ein weiterer Grund, warum der Mord der Drei in Deutschland keine Rede wert ist, scheinen mir nicht nur die falschen Opfer zu sein, sondern auch der falsche Täter ist das Problem, der nicht ins Narrativ zu passen scheint. Bei #Blacklivesmatter sind Schwarze Opfer. In Reading war jedoch ein Schwarzer Täter. Auch das passt nicht in den Zeitgeist. Die Geschichte des ewigen schwarzen Opfers darf ja keine Risse bekommen, denn sie sind die Bessermenschen, die unter Generalschutz stehen. Eine so brutale Straftat stört da nur.

Ich gehörte 2015 zu den Kritikern der Flüchtlingspolitik. Während Angela Merkel ein fragwürdiges Experiment mit humanitären Gründen erklärte, die meines Erachtens vorgeschoben waren, erklärte ich meine Haltung dazu eben auch mit humanitären Erwägungen. Wollen wir wirklich so viele Menschen unkontrolliert ins Land lassen, die aus Ländern kommen, in denen Homosexualität aufgrund der Religion als Sünde angesehen wird? Haben wir nicht mit dem ansässigen Schwulenhass genug zu tun? So argumentierten viele Randgruppen, meist hinter vorgehaltener Hand, die ihr Dasein als 15-minütige goldene Randgruppe hinter sich hatten, oder nie in das zweifelhafte Vergnügen kamen.

Orlando bleibt für viele Homosexuelle ein emotional schmerzhaftes Erlebnis. Die drei Opfer aus Reading haben das womöglich auch so gesehen. Nun sind sie tot, und kaum ein Medium in Deutschland berichtet. Um Namen zu vergessen, muss man die Namen kennen. George Floyd war für die Solidaritätsbesoffenen das richtige Opfer zur richtigen Zeit. James, Joe und Davids Schlachtung fehlte es am Timing. Der Zeitgeist will schwarze Opfer, für Homos reicht die Empörung nicht.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf dem Blog "Neomarius".

WELT

№ 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Selbsternannte "Faktenchecker" mit linker Schlagseite

Nach dem Muster der "Neuen deutschen Medienmacher" wurde u.a. von Facebook das Netzwerk "Report for America" aufgebaut, um linke Aktivisten als publizistische Maulwürfe bei Lokalzeitungen zu platzieren und Nachrichten unter dem Vorwand eines "Faktenchecks" in ihrem Sinne zu filtern.

Von Daniel Greenfield

Als die Alliance Defending Freedom ("Allianz zur Verteidigung der Freiheit") einer Ortskirche bei einer Klage gegen die Stadt Chattanooga half, die versucht hatte, eine Messe auf einem Parkplatz zu verbieten, wurde sie in einem Artikel in der Chattanooga Times Free Press mit den Worten des Southern Poverty Law Centers als Hassgruppe beschimpft. Der verantwortliche Reporter und Autor des Artikels war kein einfacher Angestellter. Wyatt Massey war einer der 225 Mitglieder der "Report for America"-Gruppe, die radikale linksradikale Ideologien in den Zeitungshäusern verbreitete, in die sie sich eingeschlichen hatten. "Wird Trumps neue öffentliche An-

"Wird Trumps neue öffentliche Anklage den Einwanderern die Hoffnung auf den amerikanischen Traum versagen?", schrieb Manuel Obed in The Dallas News. Obed ist ebenfalls Mitglied des RFA-"Corps", das Pro-illegale-Einwanderer-Stories in die Welt setzt.

Im Jahre 1976 brach William Garrison gemeinsam mit zwei weiteren Dieben in ein Heim in Detroit ein, tötete einen Mann und erschoss zwei weitere. Als Garrison vor kurzem dem Coronavirus erlag, bezeichnete ihn die Detroit Free Press als Opfer. Der Artikel wurde von Angie Jackson geschrieben, einem weiteren Mitglied des RCA-"Corps". Der Tenor von Jacksons Artikel war voller Mitleid für den Mörder.

Während "Report for America" weiterhin vorgibt, Lokaljournalismus zu fördern, platziert die Gruppe hingegen eine sehr eindeutige politische Agenda verfolgende Aktivisten für "Soziale Gerechtigkeit" in Lokalzeitungen.

Wo sind die RFA-Leute?

Leah Willingham wurde in der Associated Press platziert, um sich auf das Thema "Gesetzgebung im Bundesstaat Mississippi" zu konzentrieren und wie sich diese "auf die Armen auswirkt". Kyeland Jackson wurde in Twin Cities Public Television platziert, um über "Ursachen, Wirkungen und Lösungen von sozialen Ungleichheiten in Minnesota" zu berichten. Shivani Patel wurde beim Ventura County Star platziert, um über "Bildungsgerechtigkeit in der Region" zu berichten, und Devna Bose wurde in den The Charlotte Observer eingeschleust, um über die "Armen und Minderheiten im wohlhabenden Charlotte" zu berichten.

Die Spender von "Reports for America" werden darüber informiert, was ihre Reporter tun. Aber die gewöhnlichen Leser der Lokalzeitungen und Radiostationen sind oft nicht darüber im Bild, dass das, was sie lesen, nicht Lokalberichterstattung ist, sondern vielmehr die Arbeit von Aktivisten, die durch eine landesweite Organisation und reiche Spender gestützt werden. Diese Art fehlender Transparenz ist unehrlich, unmoralisch und ist – selbst in Zeiten von Fake News – ein neues Tief.

Die linken Stiftungen und Spender finanzieren keinen Journalismus, sie erkaufen sich eine zu ihrer Agenda passende Berichterstattung. Und Lokalzeitungen stellen ihre Redaktionen reichen linken Organisationen zur Verfügung. Neben den bekannten radikalen Stiftungen wie der Ford Foundati-



Ein Werbe-"Pop-up-Kiosk" von Facebook in New York

on, der MacArthur Foundation und der Knight Foundation hat auch das Facebook-Journalismus-Projekt Millionen von Dollar in die RFA investiert.

"Lokaljournalismus bietet uns rund um die Uhr einen außergewöhnlichen Dienst," erklärte Facebooks Campbell Brown scheinheilig. "Wir müssen uns bewusst sein, dass das Virus alle unsere Gemeinschaften betrifft – es sind lebensnotwendige Informationen, die unsere Freunde und Familien beschützen – darum sind wir stolz, Report for America in seinem Anliegen zu unterstützen."

Junge weiße Aktivisten

Richtig ist, dass "Report for America" junge Aktivisten findet und sie in örtliche Gemeinschaften einschleust, um zu berichten. Größtenteils sind die Aktivisten aber junge Frauen, von denen etliche für linksorientierte Organisationen gearbeitet – ihre Meinungen sind daher absehbar.

Facebook stand schon oft unter Verdacht, Fake News verbreitet zu haben. Bei dieser Sache finanziert es – gemeinsam mit der Google News Initiative, die ihrerseits 400,000 Dollar eingespeist hat – Fake News, da mit ihren Spenden die Hälfte der Gehälter von Reportern finanziert werden, die sie in lokalen Nachrichtenräumen eingenistet haben, während Facebooks eigene Finanzierung aus wohlhabenden linkspolitischen Kreisen stammt.

Die meisten Zeitungen freuen sich über diese Zusammenarbeit: es sind die Leser, die getäuscht werden.

Anstelle von Wahlwerbung wird gleich die ganze Zeitung gekauft, ohne Steuern darauf zahlen zu müssen. Und das Ganze wird von den dot-com-Monopolen bezuschusst, die zur Zerstörung des Journalismus beigetragen haben.

Berichterstattung mit ideologischer Agenda zu fördern. Echter Journalismus bleibt dabei auf der Strecke. Sechs der RFA-Aktivisten werden sich auf "Klimawandel" konzentrieren, neun werden über "Armut" schreiben und vier von ihnen über die Situation in Gefängnissen.

RFAs Schwerpunkt liegt auf Identitätspolitik und gründet sich auf weiße Linke, die eingeschleust werden, um propagandistische Traum-Wolkenschlösser mit manchmal waghalsigen Rückschlüssen zu bauen. Beispielsweise Samuel Bojarski, ein jüdischer Freelancer aus Pittsburgh, der in die The Haitian Times eingeschleust wurde, um über die haitianische Bevölkerung

Facebook gab an, sein "Journalismus-Projekt" bekämpfe Fake News, stattdessen finanziert es sie. Wenn der "Soziale Medien"-Gigant Journalismus fördern will, dann könnte er es auf vielerlei Weise tun. Indem es RFAs Aktivismus finanziert, hilft es, Zeitungen zu finanzieren, unter der Bedingung, Propaganda zu veröffentlichen.

Das ist keine Menschenfreundlichkeit, sondern Politik.

Aktivisten als "Faktenprüfer"

Nicht nur Facebook finanziert eine politische Agenda, seine Finanzierung der RFA stellt einen tiefgreifenden Interessenkonflikt dar, wenn die eingeschleusten Aktivisten von linken Gruppierun-

gen als Faktenprüfer fungieren. Das "Soziale Medien"-Monopol hat immer wieder Medien-"Faktenprüfer" instrumentalisiert, um Konservative zu zensieren.

Das derzeitige RFA-"Corps" hat Clara Hendrickson eingestellt, die Teil der linken "Brookings Institute" Denkfabrik-Experten-Kommission ist und nun für die Detroit Free Press schreibt, wo Teil ihrer Aufgabe das "Faktenprüfen" gegen Politiker aus Michigan für die Zeitung und die Seite PolitiFact ist.

Der Interessenkonflikt ist hier so verzwickt, dass man zur Entwirrung eine separate Tabelle benötigen würde.

Ein Forschungsanalytiker eines Think Tank wurde von einer linken Organisation finanziert, um "Fakten" bei politischen Kandidaten zu "überprüfen", und diese in einer großen Zeitung zu veröffentlichen, die bereits zwei andere RFA-Aktivisten in ihren Reihen hat. PoltiFact nutzt dann ihre Angriffe auf Republikaner als "Fakten" und Facebook – das den ganzen Salat finanziert – wird, basierend auf ihren parteilichen Verleumdungsartikeln, Konservative auf der sozialen Medienplattform zensieren.

"Faktenüberprüfung" besteht sowieso aus parteilichen Angriffen seitens der Medien unter dem Vorwand, Objektivität zu fördern. RFA hilft dabei selbst die fadenscheinigsten Vorgaben der Objektivität und Moral bei den Medien über den Haufen zu werfen – im Dienste seiner Agenda.

Faktencheck vor allem gegen Republikaner?

Oder, wie Clara Hendrickson es tweetete: "Ich bin überglücklich darüber, bei @freep in Zusammenarbeit mit @PolitiFact als Mitglied des @ report4america-Corps politische Fakten von bundesweiten, staatlichen und örtlichen Kandidaten zu checken, als Vorbereitung auf die 2020-Wahl." Ist die "Überprüfung" von bundesweiten Kandidaten in einem Swing State (Anm. d. Übs.: ein Staat, in dem beide große Parteien – Demokraten oder Re-

WELT

publikaner – eine gute Chance auf den Wahlsieg haben) so viel wichtiger? Ja, das ist es in der Tat, wenn man seine Aufgabe nicht darin sieht, die Wahrheit ans Licht zu bringen, sondern Joe Biden zu helfen, ins Weiße Haus zu ziehen.

Wie ihre Aktivisten konzentriert sich die RFA auf die Schlüssel-"Swing States", wenn es um die Rechtfertigung der Rolle von Hendrickson geht. Sie erklärten: "Die Notwendigkeit der Faktenprüfung ist besonders in Michigan kritisch, weil er in den 2020-Präsidentschaftswahlen als einer der echten vier "Swing'-Staaten identifiziert wurde. Darüber hinaus folgt 2020 ein Senatorenrennen, das weithin als Fehlentscheidung angesehen wird."

Das ist kein Journalismus, es geht hier um eine Wahlstrategie. Oder wie Poli-Fact-Redakteurin Angie Drobnic Holan in einem Schwall über Faktenüberprüfung feststellte, wenn es darum ging, ihre Zusammenarbeit mit einer linken Gruppierung zu rechtfertigen: "Wir beabsichtigen, die Fakten der Präsidentschaftswahlen und dem Senatorenrennen überprüfen zu lassen." Echte Journalisten überprüfen ihre eigenen Fakten. Aktivisten definieren Aktivismus, Parteipropaganda und Angriffsartikel neu als "Faktenüberprüfung", weil es noch immer einige Leute hinters Licht führt.

Hier ein Beispiel von Claras Hingabe an die Wahrheit und an Fakten: "Spoiler: Trumps rassistische Rhetorik hat Gewalt in Amerika geschürt."

Die Zusammenarbeit mit Politifact zeigt eins sicherlich auf, nämlich dass "Faktenüberprüfer" genauso erpicht darauf sind, ihre Berichterstattung an reiche Spender als Zeitungen zu verkaufen, solange es um linke Interessen geht.

Vermittlung verkompliziert die Verstrickung von wohlhabenden linken Spendern und linken gemeinnützigen Organisationen, die in unmoralischen Interessenkonflikten münden, wobei dies etwas ist, das die RFA sehr gut hinbekommt.

Journalistische Interessenskonflikte sind von gestern

Der Kansas City Star akzeptierte drei von RFAs Aktivisten, die alle mit der Suche nach Lösungen in Sachen Waffengewalt beauftragt werden. Diese Lösungen werden nicht sein, schießwütige Personen zu verhaften und den Schlüssel wegzuwerfen.

Einer der RFA-Aktivisten des Kansas City Stars ist Humera Lodhi, ein muslimischer Blogger bei der Huffington Post, Stipendiat des Marshall-Projektes, einer linken Denkfabrik für Kriminalität, die Waffen für die Existenz von Waffengewalt verantwortlich macht.

Der Star hat es nicht nur geschafft, von linken Organisationen finanzierte Aktivisten an Bord zu holen, sondern sogar solche, die von zwei linken Organisationen finanziert werden, über die sie in ihren Ressorts berichten sollen. Es ist schwer vorstellbar, wie diese Anordnung voreingenommener und unmoralischer sein könnte. Aber daran besteht kaum ein Zweifel, RFA wird einen Weg finden...

RFA ist eine Initiative des Ground Truth Projects, einer NGO, die mit kommerziellen Zeitungen zusammenarbeitet und das aus der GlobalPost entstand, einer kommerziellen Organisation. RFA ist nur ein weiteres Unterfangen ehemaliger Journalisten, die letzten Überreste des Journalismus zu monetisieren, indem sie ihn zu einer politischen Waffe machen. Im Journalismus steckt nicht viel Geld, aber viel Geld fließt in der Politik.

Das Korrumpieren, Prostituieren und der Einsatz von Journalisten als Waffe trägt dazu bei, auch die wenige Integrität, die sie noch haben, zu zerstören.

RFA beseitigt den kleinen Unterscheid zwischen Medien und politischem Aktivismus. Das geschieht nicht allein in diesem Gebiet, sonders es geschieht durch eine erfolgreiche und gut finanzierte Organisation, die stärker ist als alle Rivalen. Ihre Gründer haben sich eine glitzernde Zukunft gebaut, in der Journalismus ein Überbleibsel politischer gemeinnütziger Organisationen ist, die anstelle von Wahlwerbung gleich die ganze Zeitung kaufen, ohne Steuern darauf zahlen zu müssen.

Und das Ganze wird von den dot-com-Monopolen bezuschusst, die zur Zerstörung des Journalismus beigetragen haben.

> Übersetzung aus dem Englischen von Jan Bentz

New York: Terror anti-israelischer "Menschenrechts"-Anwälte mit "Palästinensertuch"

Die linksradikalen Jung-Anwälte Urooj Rahman und Colinford Mattis wurden dabei gefilmt, wie sie im Zuge der gewaltsamen BLM-Unruhen einen Molotow-Cocktail auf ein Polizeiauto in Brooklyn warfen. Anders als in Deutschland droht den Juristen für dieses menschengefährdende Verbrechen nun eine lange Haftstrafe.

Von David Lange (Israellycool)

Während die Israelhasser unterstellen, dass der Polizist, der George Floyd getötet hat, von Israel auf diese Weise zum Töten ausgebildet worden wäre, scheint es, dass einige der Demonstranten ihr Handwerk von palästinensischen Terroristen gelernt haben.

"Wie aus einem Foto hervorgeht, das die Daily News am Sonntag erhielt, benutzte eine der beiden Anwälte, die beschuldigt werden, in Brooklyn versucht zu haben, ein Fahrzeug des New York Police Department (NYPD) anzuzünden, eine mit einem Lappen gefüllte Bud Light-Flasche als Molotow-Cocktail. Urooj Rahman, 31, wurde dabei fotografiert, wie sie

mit einer Hand ein schwarz-weißes Palästinensertuch an ihr Gesicht hält und mit der anderen versucht, die zu einem Brandsatz umfunktionierte Flasche aus dem Fenster auf der Beifahrerseite eines Minivans zu werfen.

Rahman und Colinford Mattis, 32, Unternehmensjurist und Mitglied des Community Board 5 in East New York, wurden wegen des versuchten Angriffs auf ein leeres



Polizeiauto angeklagt, das vor der Polizeistation des 88. Distrikts in Fort Greene geparkt war. Rahman schleuderte die Flasche, die mit Benzin gefüllt war, in den Polizeiwagen. Doch der Molotow-Cocktail entzündete sich nicht, wie aus den Quellen der Strafverfolgungsbehörden bekannt wurde."

Für den Fall, dass das Palästinensertuch es nicht schon verraten hat: Urooj Rahman ist eine Israel-Hasserin. Ach ja – und eine Menschenrechtsanwältin. Was ist mit denen bloß los?

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der "Jüdischen Rundschau" oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

WELT

№ 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

"Antisemitismus ist nicht nur eine jüdische Angelegenheit"

Ein Interview mit der Niederländerin Dr. Emilie Noteboom von der christlichen Lobbyorganisation "European Coalition for Israel"

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wären Sie so freundlich, unseren Lesern die ECI kurz vorzustellen?

Noteboom: Die Europäische Koalition für Israel (ECI) ist eine europaweite christliche Gruppe, die vor 17 Jahren als Antwort auf Elie Wiesels historische Frage "Wo waren alle anderen?" gegründet wurde. Diejenigen, die im Kampf gegen den Antisemitismus an vorderster Front stehen, insbesondere in den Machthallen der Vereinten Nationen und der EU, sind hauptsächlich jüdische Gemeinschaftsorganisationen, viele israelische oder amerikanische, oft mit einer explizit jüdischen Identität. Antisemitismus ist jedoch nicht nur eine jüdische Angelegenheit, und dieser Kampf sollte nicht nur von der jüdischen Gemeinde geführt werden müssen. Jeder, der europäische Werte schätzt, sollte an der Bekämpfung dieses besonderen Übels beteiligt sein. Besonders europäische Christen, die im Laufe der Jahrhunderte oft das jüdische Leid ausgelöst haben, müssen in einer Zeit, in der der Antisemitismus sich oft als Antiisraelismus ausprägt, für das jüdische Volk einstehen. ECI ist eine christliche Initiative, die darauf abzielt, eine Stimme für das jüdische Volk und den jüdischen Staat auf höchster diplomatischer Ebene zu sein. Es ist eine der ältesten pro-israelischen Organisationen, die bei der EU akkreditiert sind, und seit vielen Jahren bei den Vereinten Nationen aktiv.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Der Antisemitismus nimmt wieder zu: Was würden Sie als Hauptursache(n) für diesen Trend in Europa sehen?

Noteboom: Die vielen Studien, die zu dieser Frage durchgeführt wurden, machen deutlich, dass es einen gefährlichen Cocktail aus rechtsextremem und linkem Antisemitismus gibt, sowie radikalen Judenhass von moslemischer Seite. Die Tatsache, dass der Hass auf das jüdische Volk die gemeinsame Ursache aller drei dieser extremen Bewegungen ist, ist für ECI von großer Bedeutung. Darüber hinaus spielen zwei weitere Faktoren eine Rolle: Der erste ist eine wachsende Korrelation zwischen dem Geschehen im Nahen Osten und der Behandlung lokaler europäischer Juden. Dieser "neue Antisemitismus" macht jüdische Europäer für Handlungen des Staates Israel verantwortlich. Der zweite ist der "alte Antisemitismus", der die jüdische Gemeinde für jede große Krise der Gesellschaft verantwortlich macht, sei es in wirtschaftlicher, gesundheitlicher oder sonstiger Hinsicht. Das Judentum als diese Art des Sündenbocks geht auf das Mittelalter zurück, als die jüdische Gemeinde für die Pest verantwortlich gemacht wurde. Heute macht der gleiche Sündenbock die jüdische Gemeinde für die Corona-Pandemie verantwortlich.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Deutschland mit seiner besonderen Geschichte war anfällig für rassistisch inspirierten Antisemitismus. Heute behaupten viele, der Antisemitismus sei bekämpft worden, doch die Haltung des Antiisraelismus bleibt beste-

hen. Können Sie das erklären?

Noteboom: Als Organisation, die mit



tet, haben wir "Israel" nicht aus unserem Namen herausgelassen. Dies liegt daran, dass Antisemitismus und Antiisraelismus miteinander verbunden sind. Die meisten Deutschen verstehen den Staat Israel unter dem Prisma des Holocaust, was aus offensichtlichen und auch richtigen Gründen eine Fixierung in Deutschland ist. Dies bedeutet, dass die Deutschen Israel im Allgemeinen als Entschädigung betrachten, die die westlichen Nationen den Juden für ihr Leiden im Zweiten Weltkrieg gewährt haben. Dies ist jedoch eine falsche Schlussfolgerung, die die historischen und völkerrechtlichen Grundlagen des Staates Israel nicht berücksichtigt. Der rechtliche Grundstein für Israel wurde nach dem Ersten, und nicht nach dem Zweiten Weltkrieg gelegt:

Die Wiederherstellung des Staates Israel wurde 1920 in der San Remo-Verlängerung der Pariser Friedenskonferenz mit Zustimmung der arafeststellen können, dass die Israelis in ihrer Behandlung von Menschen genauso schlecht sind wie die Nazis, und

wenn wir nur endlich beweisen können, dass Israel ein "Apartheidsstaat" ist, unsere Schuld minimieren können.

Wenn wir glauben können, dass das, was in den 1930er und 40er Jahren in Deutschland passiert ist, jetzt in Israel passiert, können wir mit unserer Schuld umgehen, indem Gefühl wir das entwickeln, dass wir uns diesmal gegen einen bösen Staat [Israel] auf die Seite der Un-

terdrückten stellen. Dieses Narrativ, das den Staat Israel mit Nazideutschland gleichsetzt, ist jedoch sachlich falsch, ebenso wie die Idee, dass proisraelisch zu sein bedeutet, gegen "Palästinenser" zu sein. Es ist besorgniserregend, dass diese falsche Erzählung in Deutschland so viel Anklang findet. Es muss als Lüge enttarnt werden, sodass die öffentliche Meinung in Deutschland in dieser Angelegenheit eine Wende erfahren kann.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Was hat Sie Ihre Arbeit auf EU-Ebene in Ihrem Kampf gegen die neue "alte" Bedrohung gelehrt?

Noteboom: In den letzten Jahrzehnten hat Europa eine stetige, spürbare Erosion seiner jüdisch-christlichen Grundlagen erfahren. Ein Wiederaufleben des europäischen Antisemitismus ist vor diesem Hintergrund nicht überraschend. Wie könnte eine Gesellschaft, die ihr jüdisch-christliches Erbe weitgehend ablehnt, überhaupt

Weltverständnis keine Antworten auf die tieferen existenziellen Fragen der Gesellschaft bietet, einschließlich des Verlangens nach Identität und Bedeutung.

Damit fehlt die Kraft, die erforderlich ist, um der moralischen Erosion Europas entgegenzuwirken oder eine robuste alternative Vision für die Gesellschaft zu inspirieren. Der radikale Islam hingegen bietet dies an. Es ist auch ein wachsender Einfluss in diesem Vakuum, das der Rückzug der jüdisch-christlichen Kultur hinterlassen hat, und eines, das unnachgiebige Antworten auf Fragen bietet, die der säkulare Humanismus nur schwach beantwortet, oder völlig unbeantwortet lässt. Aus diesem Grund übt der radikale Islam in Europa einen Einfluss aus, der über den relativ geringen Prozentsatz der islamischen Wähler in Europa hinausgeht. Diese Trends der europäischen Gesellschaft spiegeln sich auf diplomatischer Ebene der EU wider. Für den Kampf gegen Antisemitismus bedeutet die Vorherrschaft des säkularen humanistischen Denkens unter den Entscheidungsträgern der EU, dass die EU, obwohl sie allgemein über den Anstieg des Judenhasses in Europa alarmiert ist, dieses Problem und damit seine Lösung nur als eine Form der Diskriminierung darstellen, die in einer demokratischen Gesell-

schaft keinen Platz hat. Dies bedeutet, dass jeder Kampf gegen Antisemitismus die Form der Förderung von "Toleranz gegenüber dem Juden" hat. ECI ist der Ansicht, dass ein robusterer Pushback angebracht und möglich ist. Wir sind der Ansicht, dass dies nicht dadurch geschieht, dass der Jude als Krankheit "toleriert" wird, sondern dass der jüdische Beitrag zu europäischen Werten und Kultur gefeiert wird. Die eigene Akzeptanz und Anerkennung der jüdisch-christlichen Werte und des Erbes Europas durch ECI rüstet die Organisation in einzigartiger Weise für eine solche Befürwortung in den Machthallen der EU und auch der Vereinten Nationen aus.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Die EU scheint nicht mit den Entwicklungen im Nahen Osten Schritt zu halten. Israel knüpft sogar Beziehungen zu moslemischen Staaten wie dem Sudan. Sind die "palästinensischen" Behörden angesichts der iranischen Bedrohung der Region nicht mit der Situation überfordert? Und wie soll die EU reagieren?

Noteboom: Das ist korrekt. Die existenzielle Bedrohung des Iran für die gesamte Region verändert die nationalen Allianzen im Nahen Osten. Die Enthüllung von Präsident Trumps Plan "Frieden durch Wohlstand hob diese Verschiebung der diplomatischen Beziehungen hervor und zeigte die wachsende Unterstützung für Israel in der Region. Die EU äußerte gemeinsam mit dem Iran und der Hisbollah die schärfste Kritik am Plan. Dies zeigt nicht nur, dass die EU nicht mit den diplomatischen und politischen Fakten vor Ort Schritt hält, sondern verrät auch eine Irrationali-



Während die EU hinter den Kulissen eng und konstruktiv mit Israel zusammenarbeitet, spricht die EU öffentlich nur negativ über Israel.

bischen Führer und anschließender vollständiger Sanktion durch die internationale Gemeinschaft beschlossen. Hätte die internationale Gemeinschaft ihre Versprechen und Verträge der 1920er Jahre eingehalten, hätten viele Juden vor den Gräueltaten der Nazis gerettet werden können. Die deutsche Besessenheit vom Holocaust scheint dieses umfassendere historische und rechtliche Bild Israels zu verschleiern. Es scheint mir auch, dass es für viele Deutsche eine Versuchung ist, mit der Schuld des jüdischen Leidens umzugehen, indem sie darauf hinweisen, dass auch der jüdische Staat Leiden verursacht. Das Gefühl scheint zu sein, dass wir, wenn wir nur

ermessen, was die jüdische Kultur zu ihrem Aufblühen und Wohlergehen beigetragen hat? Eine solchermaßen vergessliche Gesellschaft hat keine Vorstellung davon, welchen Beitrag das jüdische Denken und das jüdische Volk zur westlichen Zivilisation geleistet haben, oder dass Europa ohne die Juden kein Europa wäre. Das Vakuum, das die gesellschaftsweite Ablehnung jüdisch-christlicher Stiftungen in der europäischen Seele hinterlassen hat, muss mit etwas anderem gefüllt werden. Aus meiner Sicht ist der säkulare Humanismus inzwischen weitgehend zu Europas neuer "Religion" geworden, obwohl sein menschenzentriertes und inhärent menschenbeschränktes

WELT

tät, mit der sich die EU irgendwann auseinandersetzen muss. Die EU hat sich zu lange als Pokerspieler positioniert und will es in beide Richtungen bleiben. Einerseits arbeitet die EU eng mit Israel zusammen, um ihre Bedürfnisse in der wissenschaftlichen und technologischen Forschung und Entwicklung sowie ihrer Sicherheit zu gewährleisten. Andererseits positioniert sich die EU nicht als Freund Israels auf der internationalen Bühne oder in der Arena der öffentlichen Meinung. Praktisch bedeutet dies, dass Israel dazu beigetragen hat, Hunderte von Terroranschlägen auf EU-Boden zu vereiteln, von denen nur wenige der Öffentlichkeit bekannt sind, insbesondere in Deutschland und Dänemark. In den letzten sechs Jahren haben die EU und Israel im Rahmen des EU-Forschungs- und Innovationsprogramms "Horizont 2020" an fast 1.700 Projekten zusammengearbeitet, wobei Israel Forschungsgelder in Höhe von rund einer Milliarde Euro erhielt. Während die EU hinter den Kulissen eng und konstruktiv mit Israel zusammenarbeitet, spricht die EU öffentlich nur negativ über Israel. Dies ist eine Art von Schizophrenie, die nicht nachhal-

tig ist.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Die

ECI ist eine interreligiöse Gruppe: Welche Religion unterstützt Sie bei Ihren Bemühungen am meisten, und sich uns im Kampf gegen Judenhass und Israelhass anzuschließen. Die Kirchengeschichte und die historischen

Die Deutschen betrachten Israel im Allgemeinen als Entschädigung, die die westlichen Nationen den Juden für ihr Leiden im Zweiten Weltkrieg gewährt haben. Dies ist jedoch eine falsche Schlussfolgerung. Der rechtliche Grundstein für Israel wurde nach dem Ersten, und nicht nach dem Zweiten Weltkrieg gelegt!

warum ist das Ihrer Meinung nach so?

Noteboom: ECI ist eine christliche Initiative, und unsere christliche Identität findet sich in unserem christlichen Ethos und den jüdisch-christlichen Werten, die wir vertreten, nicht in einem bestimmten Geschmack des christlichen Glaubens. Jeder, der mit den jüdisch-christlichen Werten einverstanden ist, ist herzlich eingeladen,

Tendenzen der christlichen Haltung gegenüber Juden spiegeln sich jedoch in den Menschen und Kirchen wider, die hinter ECI und seiner Arbeit stehen: ECI ist in Nordeuropa, in den traditionell protestantischen Ländern, stärker vertreten als in Süd- und Osteuropa.

Die meisten Schlüsselpersonen von ECI sind evangelisch, protestantisch und neo-pfingstlerisch, aber auch katholisch. Dies möchte ECI ändern, da die süd- und osteuropäischen Staaten eine wachsende Rolle im Kampf gegen den Antisemitismus spielen und eine engere Partnerschaft mit den vielen Katholiken besteht, die unser projüdisches Ethos teilen. Derzeit entwickelt ECI seine Rolle in Deutschland. Deutschland ist als größter und einflussreichster Akteur der EU politisch und wirtschaftlich ein Schlüsselland in der EU. Der gleiche wichtige Einfluss, den ECI wünscht, würde Deutschland im Kampf gegen Antisemitismus und Antiisraelismus ausüben, um sowohl die Rolle Deutschlands als Führungsnation als auch seine Geschichte anzuerkennen. Ebenso wünscht sich ECI mehr Deutsche, die an der Arbeit von ECI beteiligt sind, und einen größeren deutschen Einfluss auf ECI. Weitere Informationen findet man auf der Website von ECI (www.ec4i.org). Jeder sollte erwägen, sich der wichtigen Arbeit der ECI anzuschließen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Frau Dr. Noteboom, vielen Dank für dieses Gespräch!

Das Interview führte Jan Bentz (Rom).

"Ich verstehe den Schmerz"

Entgegen dem hiesigen Medientenor ist die Rede von Donald Trump zum Tode von George Floyd sehr besonnen und ausgeglichen. Die unverfälschte deutsche Übersetzung zeichnet ein gänzlich anderes Bild des US-Präsidenten als jenes, das hiesige Journalisten und Politiker unentwegt transportieren.

Die folgenden Worte wurden im Original von Donald Trump auf Englisch gesprochen:

"Ich verstehe den Schmerz, den Menschen verspüren. Der Tod von George Floyd auf den Straßen von Minneapolis ist eine schwere Tragödie. Es hätte niemals geschehen dürfen. Es hat Amerikaner im ganzen Land mit Schrecken, Zorn und Trauer erfüllt.

Wir unterstützen das Recht der Bürger auf friedliche Proteste und wir hören ihre Appelle. Die Stimmen gesetzestreuer Bürger müssen gehört werden können – sehr laut gehört werden!

Wir stehen zusammen mit der Familie Floyd, mit allen friedlichen Demonstranten und mit jedem gesetzestreuen Bürger, der für ein anständiges Miteinander, Sicherheit und Geborgenheit ist. Was wir jedoch gerade auf Straßen unserer Städte sehen, hat nichts zu tun mit Gerechtigkeit und Frieden. Das Andenken von George Floyd wird geschändet von Randalierern, Plünderern und Anarchisten.

Die Gewalt und der Vandalismus wird angeheizt durch die AntiFa und andere linksradikale Gruppen, die Unschuldige tyrannisieren und Geschäfte zerstören. Der Mob vernichtet das Lebenswerk von guten Menschen und zerstört deren Träume. Es schadet jenen, die am wenigsten haben.

Wir können und dürfen nicht zulassen, dass eine kleine Gruppe Krimineller und Vandalen unsere Städte ruinieren und unsere Kommunen in den Dreck ziehen. Wir müssen das Recht eines jeden Bürgers verteidigen, ohne Gewalt, Vorurteile und Furcht leben zu können. Heilung nicht Hass, Gerechtigkeit nicht Chaos – das sind die Gebote der Stunde.

Ich stehe vor Euch als Freund und Verbündeter von jedem Amerikaner, der nach Gerechtigkeit und Frieden



Um George Floyd gibt es einen neuen Personenkult.

strebt. Niemand ist erschütteter als unsere treuen Gesetzeshüter über die Handvoll Weniger, die ihren Eid zu dienen und zu schützen, gebrochen haben. Wir unterstützen die überwältigende Mehrheit von Polizisten, die in jeder Weise fantastische und engagierte Staatsdiener sind.

Wir müssen alle als Gemeinschaft zusammenarbeiten, um Möglichkeiten zu erweitern und eine Zukunft mit mehr Würde, Aussichten und Hoffnung für alle Menschen zu schaffen. Jeder Bürger und jede Kommune hat das Recht auf Sicherheit am Arbeitsplatz, im Zuhause und auf den Straßen. Wir wirken auf eine gerechtere Gesellschaft hin, aber dazu gehört es, aufzubauen, statt einzureißen, Hände zu reichen, statt Fäuste zu ballen, in Solidarität zu stehen, statt sich dem Hass zu ergeben.

Das ist das heilige Recht eines jeden Amerikaners, das ich bereit bin zu verteidigen und verteidigen werde. 10 WELT № 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Der Rassismus der vermeintlichen "Antirassisten"

Westliche "Antirassisten" kümmert der bis heute täglich gelebte Rassismus in islamischen und anderen Drittwelt-Ländern wenig bis gar nicht.



Von Oliver M. Piecha

Demonstration am 11. Mai 2020 vor der iranischen Botschaft in Kabul gegen Gewaltverbrechen und Ermordungen afghanischer Bürger im Iran

Kann es denn sein, dass Opfer von Rassismus nur interessant sind, wenn die Täter "weiß" sind? Ist der neue Antirassismus tatsächlich so rassistisch?

Auch der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan gehört zu den weltweit Empörten; der zum Foltertod des Amerikaners George Floyd führende "rassistische und faschistische Ansatz" habe ihn wie alle zutiefst betroffen gemacht, wie er über Twitter mitteilte. Floyds Tod sei Ausdruck einer "ungerechten Ordnung", gegen die "wir überall in der Welt kämpfen".

Das hinderte Erdogan allerdings nicht, ein paar Tage später in einem Telefongespräch Donald Trump besorgt auf die Verbindung zwischen den Plünderern und gewalttätigen Demonstranten in den USA und der kurdischen "PKK/PYD-YPG" hinzuweisen – hier fand Erdogan Anschluss an das Geraune über die "Antifa" in den USA, schließlich gibt es auch Bilder von europäischen YPG-Kämpfern mit entsprechender Deko.

Der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu forderte die USA gar auf, gegen die "Antifa" in Syrien vorzugehen. So bizarr sich das anhören mag, aus Erdogans Perspektive ist es stimmig, schließlich ist es für die Türkei besonders unerträglich, dass die USA den syrischen PKK-Ableger als Verbündeten hegen und pflegen.

Reiner Platzhalter

Insgesamt sind Erdogans Äußerungen ein Hinweis darauf, wie sehr die Proteste gegen Rassismus instrumentalisiert werden und ideologisch aufgeladen sind. Hier findet der "Antiimperialist" Erdogan genauso seinen Platz, wie Anhänger der intersektionalen Lehre oder der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei, schließlich geht es gegen den Westen und universale Werte.

"Rassismus" droht dabei zu einem reinen Platzhalter zu verkommen. Ein Teil der hochoffiziell Empörten sind selbst Vertreter rassistisch agierender Staaten und kommen aus Gesellschaften, in denen Rassismus weit verbreitet und immer noch als ziemlich normal angesehen wird. Staaten und Gesellschaften, die allerdings allesamt den Vorzug haben in der Diktion der intersektionalen Lehre nicht "weiß" zu sein – und also per definitionem angeblich auch gar nicht rassistisch sein können.

Kurden, Armenier oder andere christliche Minderheiten dürften möglicherweise einen etwas anderen Eindruck etwa von der Türkei haben, oder auch die Handvoll farbiger afrikanischer Studenten, die sich im türkisch besetzten Teil Zyperns zu einer kleinen Demonstration versammelt hatten, um auf den Rassismus aufmerksam zu machen, dem sie dort täglich begegnen.

Oder nehmen wir doch das Beispiel der Islamischen Republik Iran: Auch der iranische Außenminister Javad Zarif twittert zur Zeit gerne unter dem Hastag #WorldAgainstRacism; und bereits 2014 nutzte Revolutionsführer Ali Khamenei den Twitter-Hashtag #BlackLivesMatter um auf die seiner Meinung nach bestehende Verbindung zwischen amerikanischer Polizeigewalt und dem Gazastreifen hinzuweisen – etwas, das er angesichts der aktuellen Ereignisse wiederholte.

Wo sind die Demonstranten?

2020 teilt Khamenei der Welt außerdem per Tweet mit: "Wenn Sie in den USA dunkelhäutig sind, können Sie nicht sicher sein, ob Sie in den nächsten Minuten noch am Leben sind." Sicher ihres Lebens waren die drei afghanischen Hazara jedenfalls definitiv nicht, die Anfang Juni in ihrem Wagen verbrannten, nachdem iranische Polizisten mutmaßlich auf sie geschossen hatten. Ein junger Hazara taumelte brennend aus dem Wrack und flehte um Wasser. Das ist die iranische Variante von "I can't breath."

Dass diese Geschichte weltweit allerdings mehr als ein paar iranische und afghanische Aktivisten interessiert hätte, ist nicht bekannt. Anfang Mai sollen iranische Grenzwachen 45 Hazara gezwungen haben, in einen reißenden Bergfluss zu springen. Danach war die Rede von bis zu 45 Toten. Nur, wen interessiert das? Wen interessiert der Hashtag #AfghanLivesMatter? Wohin sind die guten, besorgten, demonstrierenden Menschen plötzlich entschwunden? Der neue Antirassismus kennt vor allem falsche Opfer. Kann es denn sein, dass Opfer von Rassismus nur interessant sind, wenn die Täter "weiß" sind? Ist der neue Antirassismus tatsächlich so rassistisch?

Afghan Lives Matter

Im Iran leben mehr als zwei Millionen geflüchtete Hazara; die schiitische Minderheit wird im benachbarten Afghanistan diskriminiert und ist ganz besonders durch die Taliban gefährdet. Für die Islamische Republik Iran sind die Hazara dabei ein politischer

Glücksfall, man versteht sich als ihre Schutzmacht und kann sie vielfältig nutzen: Hazara stellen einen Großteil der unter iranischem Befehl in Syrien eingesetzten schiitischen Milizionäre, sie waren das Kanonenfutter des Krieges. Als Belohnung für ihren Einsatz winkt ihnen immerhin ein legaler Aufenthaltsstatus für den Iran.

Flüchtlinge sind so verletzbar wie erpressbar. Entgegen der offiziell propagierten religiösen Verbundenheit gibt es vielfach Belege über die rassistischen Diskriminierungen, denen Hazara in ihrem Alltag im Iran ausgesetzt sind. Sie werden ausgebeutet, und sind weitgehend recht- und schutzlos.

Oft sind sie durch ihr körperliches, "asiatisch" wirkendes Erscheinungsbild und ihren Dialekt erkennbar. So hat vielleicht jedes Land und jede Gesellschaft ihr Rassismusproblem – nur das der Rassismus in nichtweißen Gesellschaften oft noch ein bisschen unverhohlener daherkommt als in vielen Ländern des Westens, wo es eben doch für weite Teile der Gesellschaft nicht mehr zum guten Ton gehört, offen und bewusst rassistisch zu sein.

Moderne Sklaverei im Libanon

Notorisch im Nahen Osten ist vor allen das Rassismusproblem im Libanon; das hat sicherlich auch damit zu tun, dass in der relativ freien libanesischen Öffentlichkeit seit Jahren über Rassismus gesprochen wird. Rassismus im Libanon erstreckt sich von den "Palästinensern" über dunkelhäutige Libanesen, bis hin zu den meist asiatischen und afrikanischen weiblichen Hausangestellten.

"Palästinenser" im Libanon sind

No 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU
WELT

Menschen, deren Großeltern im Zweifel bereits hier geboren wurden, die aber niemals eine Chance haben werden, die libanesische Staatsangehörigkeit zu erlangen, und die zahlreichen Behinderungen unterliegen, auch für bestimmte Studienfächer gelten für sie Quoten.

Bei den Hausangestellten kommt es immer wieder zu Skandalen und selbst zu Rückholaktionen durch ihre Regierungen, weil diese Frauen oft sklavenähnlich gehalten und misshandelt werden, auch Todesfälle kommen immer wieder vor. Die harmlosere Variante des libanesischen Rassismus offenbart sich in "lustigen" YouTube Videos, bei denen Migranten am Straßenrand aus vorbeifahrenden Autos nassgespritzt werden.

Ein kleines soziales Experiment der libanesischen Antirassismus-Aktivisten von KAFA zeigte, dass nicht wenige Libanesen bereit waren, sich im Supermarkt für eine spezielle Seife interessieren zu lassen, die den starken Körpergeruch von schwarzen Hausangestellten überdecken sollte. Ach so, ja, der Libanon ist sicherlich ein ziemlich "diverses", vielfältiges Land. Nennen wir es doch multikulturell.

Verdrängte Geschichte der Sklaverei

Rassismus ist kein exklusives Phänomen "weißer" Gesellschaften. Es gibt aber ein regelrecht manisches Interesse, Rassismus alleine auf den Westen zu beziehen. Was wissen wir von der omanischen Geschichte und dem überseeischen, auf Sklavenhandel gründendem Reich, das die Sultane von Muscat auf Sansibar errichteten? Bis heute werden dunkelhäutige Omanis, die nach der Unabhängigkeit Tansanias zurück in den Oman gingen diskriminiert

den Oman gingen, diskriminiert. Im Irak gibt es eine mehrere Hunderttausend Menschen umfassende dunkelhäutige Minderheit von Nachkommen afrikanischer Sklaven. Auch sie fordern immer wieder ihre Rechte ein, und versuchen ihre arabisch-afrikanischen Traditionen zu pflegen, sehen sich aber teilweise von massiver Gewalt bedroht.

Die Traditionen der Sklaverei sind ein so wichtiges wie weitgehend verdrängtes Problem vieler islamisch geprägter Gesellschaften. Daran hat nicht zuletzt der sogenannte Kalifatsstaat des IS erinnert, der die Institution der Sklaverei unter Berufung auf den Islam stolz wiedereingeführt hat.

Was wissen wir von dem Privatreich, das der arabische Sklavenhändler Tipu Tipp im Ostafrika des 19. Jahrhunderts gegen die Europäer zu behaupten suchte? Die Welt ist nur unter Verlust und Gesichtsfeldverengung strikt in Gut und Böse einzuteilen, Historie, die man nicht für den billigen Effekt benutzen kann, wird verdrängt.

Warum sind manche Opfer so viel mehr wert als andere und warum werden manche Geschichten nicht erzählt? In dem Standardwerk "Geschichte der arabischen Welt", herausgegeben von Ulrich Haarmann, werden zwar immer wieder Sklaven erwähnt, die die arabischen Herrscher etwa in Kriegen einsetzten. Aber es findet sich kein Kapitel, nicht einmal ein Absatz über die herausragende Bedeutung des Sklavenhandels für arabische Gesellschaften. Man kann Islamwissenschaften oder Arabistik studieren, ohne mit dem Thema in Berührung zu kommen. Man stelle sich das einmal für einen Studenten der Amerikanistik vor.

Neuer Aufguss des alten Eurozentrismus

Rassismus, Sklaverei, alles Böse der Welt – eine exklusive weiße Angelegenheit. So gesehen ist der neue Antirassismus und die intersektionale Priesterschaft mit ihren Nebenkulten "Critical Whiteness" und "Postcolonialism" auch wieder nur ein Aufguss des alten Eurogentriemus

Wenn denn das Wohlergehen dieser Welt schon nicht mehr "the white man's burden" sein darf, wie das Rudyard Kipling einmal so schön gedichtet hat, dann muss die ganze Welt ersatzweise vom weißen Wehklagen widerhallen – Pascal Bruckner hat über diese Haltung anhand der damals modischen "tiers-mondisme" in den 80er Jahren vom "Schluchzen des weißen Mannes" gesprochen.

Es bleibt dabei immer dieser hässliche Verdacht: Um reale Menschen und ihr Schicksal, ihre Lebensbedingungen und ihre Würde geht es gar nicht, das dient alles nur als Projektionsfläche. Die ägyptische Aktivistin Sarah Hegazy, verhaftet und gefoltert wegen des Schwenkens einer Regenbogenfahne, hat sich gerade umgebracht. In einem Text von 2017 schreibt sie über ihre Erfahrungen mit der Staatsgewalt Ägyptens: "Wer anders ist, wer kein männlicher sunnitisch-muslimischer Heterosexueller ist, der das herrschende Regime unterstützt, gilt als verfolgt, unantastbar oder tot."

Keineswegs beschränkt auf Weiße

Es ist eine Welt, die ganz ohne den notorischen weißen Mann auskommt, und in der sein kaffeebraunes Pendant um keinen Deut besser ist. Es ist eine böse Welt voller Rassisten da draußen. Und sie ist vielleicht noch viel böser noch etwas weiter da draußen, wo – um es im intersektionalen Jargon zu sagen – "POCs" (people of colour) dann "BPOCs" (black people of colour) drangsalieren, denn der Hautfarbenrassismus ist keineswegs beschränkt auf "Weiße": Dann steht Hellbraun gegen Dunkelbraun gegen Schwarz.

Bloß dass das wieder keinen mehr interessiert. Es verschwindet im ideologischen Dunst einer westlichen Nabelschau, welche reale oder imaginierte Hautfarbe die Protagonisten dieses Diskurses denn nun auch immer haben; in der Regel sind diese Protagonisten jedenfalls ziemlich privilegiert, akademisch ausgebildet, haben Zugang zu Medien, Universitäten und Fördergeldern und betreiben ein gut laufendes Geschäftsmodell.

Man möchte fast hoffen, dass sie jenseits von Twitter, Vortragspodien und Seminarräumen nicht mit dieser hässlichen Welt da draußen einmal unabsichtlich in Kontakt geraten. Wo Minderheiten gegen Minderheiten stehen. Wo der Beduinen mit langer Ahnenreihe auf den Städter herabblickt, dessen Großvater ja erst vor 100 Jahren hier hängengeblieben ist. Wo der Kurde sich erstmal als Arier outet um dann einen Witz über Araber zu reißen.

Eine Welt fern der Sprachpfleger

Es ist eine wirklich bunte Welt, aber sie kommt in der monochromen Fixierung auf den Westen gar nicht vor. Alle hassen sich hier gegenseitig und ziehen übereinander her, und das mit einer offensichtlichen Lust und Laune, mit einer Selbstverständlichkeit, die in jedem moralinsauren westlichen Gemüt nur Entsetzen hervorrufen kann.

Zu dieser Welt voller gegenseitiger Abneigung gehört allerdings auch, dass sie einen Teil ihrer Bösartigkeit wieder verliert, denn da, wo es normal ist, dass irgendwie jeder rassistisch ist, und seine Vorurteile gegenüber der benachbarten Minderheit pflegt, bekommt das Ganze dann auch schnell den Zug einer leicht schrulligen Tradition. Jedenfalls bis zum nächsten Pogrom.

Aber klar, das ist eine Welt fern der behutsamen Sprachpfleger aller geistigen ZDFs, die schon die Kleinsten anleiten möchten, in Zukunft doch "Menschen auf Colour" zu sagen.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der

Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre

12 WELT № 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Wenn Antisemiten beim Tod eines Schwarzen sofort Israel ins Spiel bringen

Bösartig gestreute Gerüchte, wonach militärisch-polizeilicher Austausch Israels mit den USA und anderen westlichen Staaten anderen Zwecken als der reinen Verteidigungsbereitschaft dient, sind falsch und verlogen.

Von Stefan Frank

Pomerantz leitet das Law Enforcement Exchange Program (LEEP), das seit 2002 unter der Schirmherrschaft des "Jewish Institute for National Security of America" (JINSA) ausgerichtet wird und sprach aus aktuellem Anlass darüber mit Benjamin Kerstein, dem Israel-Korrespondenten der amerikanisch-jüdischen Wochenzeitung "Algemeiner".

Seit dem gewaltsamen Tod des Afroamerikaners George Floyd versuchen Anti-Israel-Aktivisten, die Proteste gegen Rassismus und Gewalt durch Polizeibeamte für ihre eigenen Zwecke zu nutzen und Israel die Schuld daran zu geben.

Der 46-jährige George Floyd war am 25. Mai durch einen Polizeieinsatz in Minneapolis im US-Bundesstaat Minnesota ums Leben gekommen – mutmaßlich erstickte er am Boden liegend, als der Polizist Derek Chauvin ein Knie auf seinen Hals drückte und auch dann nicht von Floyd abließ, als dieser sagte, er könne nicht atmen.

Falsche Anschuldigungen

Die BDS-Bewegung, die den jüdischen Staat durch Boykotte von Waren und Menschen zerstören will, zieht eine Linie von dem tödlichen Polizeieinsatz in Minneapolis zum zehntausend Kilometer entfernten Israel.

So hat die BDS-Organisation "Jewish Voice for Peace" eigens eine Website eingerichtet, auf der sie unter dem Titel "Deadly Exchange" (auf Deutsch: "tödlicher Austausch") behauptet, Israel schule die US-Polizei darin, Farbige zu töten. Das schließt die falsche Anschuldigung ein, dass die Methode, das Knie auf den Hals einer zu verhaftenden Person zu pressen, aus Israel stamme. Die Besucher der Website werden aufgefordert, eine Petition gegen das Austauschprogramm mit Israel zu unterzeichnen.

Schon seit Jahren werden solche und ähnliche Anschuldigungen vorgebracht. Die "Beweiskette" geht üblicherweise so: 1. In einer Stadt – sei es Minneapolis oder Baltimore – wird ein Farbiger im Zuge eines Polizeieinsatzes getötet. 2. Einzelne Polizeibeamte aus jener Stadt haben angeblich an dem genannten Austauschprogramm mit Israel teilgenommen. 3. Also ist Israel schuld.

"Keinerlei praktisches Training" in Israel

Worum genau also geht es in dem sagenumwobenen Austauschprogramm, bei dem amerikanische Polizisten nach Israel reisen? "Die Austauschprogramme begannen als unmittelbare Folge des 11. September auf ausdrücklichen Wunsch hochrangiger [amerikanischer] Strafverfolgungsbeamter", sagte Pomerantz gegenüber dem Journalisten des "Algemeiner". Es gehe um Terrorismusbekämpfung, die Verhinderung von Terroranschlägen und die Reaktion auf Anschläge.

Und: Das Programm richte sich nur an hochrangige Beamte. Es ist also nicht so, als wäre jeder der 700.000 amerikanischen Polizisten in Israel gewesen, um dort von der Pieke auf die Polizeiarbeit zu lernen.

Anders als es die gegen diese Programme erhobenen Anschuldigungen implizieren, stellte Pomerantz ausdrücklich fest, dass dort "keinerlei praktisches Training



George Floyd wurde von den "Palästinensern" vereinnahmt: Hier als Graffiti auf der israelischen Schutzmauer bei Bethlehem.

und kein taktisches Training" stattfinden. Das Programm konzentriere sich auf das Sammeln von Geheimdienstinformationen, das Studieren von Ideologie und Methoden terroristischer Organisationen, koordinierte Reaktion auf terroristische Vorfälle und die Zusammenarbeit zwischen privaten Sicherheitsdiensten und der Polizei.

"Weit entfernt davon, Gewalt gegen farbige Menschen zu fördern", so Pomerantz, gehe es auch um "Themen wie die Verbesserung der Beziehungen zwischen Strafverfolgungsbehörden und Minderheitengemeinschaften sowie die Rekrutierung in Minderheitengemeinschaften". Die Austauschprogramme, so Pomerantz, verursachten keine Gewalt gegen Amerikaner. Beamte, die an den Programmen teilgenommen hätten, hätten "erklärt, dass ihre Gemeinden aufgrund der Erkenntnisse in Israel sicherer geworden" seien.

Pomerantz sieht die Angriffe auf solche Programme als "opportunistische" Aktionen von "Einzelpersonen und Organisationen, die Israel feindlich gesonnen und Teil der größeren BDS-Bewegung sind." Bis jetzt hätten sie nur sehr begrenzten Erfolg dabei, Strafverfolgungsorganisationen von der Teilnahme abzuhalten, "obwohl sie sich aktiv bemüht haben". Durch die aktuellen Ereignisse witterten sie offenbar "ihre Chance, an Boden zu gewinnen."

Antisemitische Untertöne

In der Kampagne gegen die Austauschprogramme sieht Pomerantz auch Untertöne von Judenhass: Wenn behauptet werde, dass Juden kollektiv für die "Unterdrückung" von Minderheiten verantwortlich seien, "weil sie jüdische Organisationen finanzieren, die Polizeibeamte nach Israel schicken, wo sie gewalttätige Taktiken lernen und diese Taktiken gegen farbige Menschen anwenden", dann enthalte dies sicherlich "Elemente des Antisemitismus".

Dieses Gerücht wurde auch schon von Linda Sarsour, einer der ursprünglichen Co-Vorsitzenden des "Women's March", verbreitet. Sarsour warf im September 2018 der Bürgerrechtsorganisation "Anti-Defamation League" (ADL) vor, für die Tötung von "unbewaffneten Schwarzen" verantwortlich zu sein. ADL, so Sarsour, sei eine

"Organisation, die amerikanische Polizisten und Militärs nach Israel bringt, damit sie von der israelischen Polizei und dem israelischen Militär ausgebildet werden können und dann zurückkommen und was tun? Im ganzen Land unbewaffnete Schwarze anhalten, durchsuchen und töten."

In Israel also werde das "Töten" "unbewaffneter Schwarzer" gelehrt, behauptete sie, ohne jeglichen Beweis. Ein gutes neueres Beispiel für diese Hetze ist ein Artikel, der vor einigen Tagen auf der linksradikalen britischen Website "Morning Star" erschien. Die reißerische These – die bestimmt das Interesse vieler Leser weckt – lautet:

"Beamte der US-Polizei-Einheit, die für die Ermordung von George Floyd verantwortlich sind, wurden von israelischen Strafverfolgungsbeamten in Rückhaltetechniken und Anti-Terror-Taktiken geschult."

Aus der Luft gegriffene Propaganda

Das klingt, als wüsste jemand, wovon er spricht. Wer solch eine Behauptung aufstellt, wird ja sicherlich Belege haben, oder? Eine solche Tatsachenbehauptung taucht auch in der Überschrift auf:

"Minnesota Cops "von israelischen Kräften in Zwangstechniken trainiert"

Die Anführungsstriche lassen ein Zitat erwarten – irgendjemand muss das scheinbar wörtlich so gesagt haben. Doch im Artikel sucht man ein solches Zitat vergeblich. Der Autor erzählt von einer ominösen "Konferenz", die angeblich im Jahr 2012 im israelischen Konsulat in Chicago stattgefunden haben soll:

"Mindestens 100 Polizeibeamte aus Minnesota nahmen 2012 an einer Konferenz teil, die vom israelischen Konsulat in Chicago veranstaltet wurde. ... Dort lernten sie die gewalttätigen Techniken der israelischen Streitkräfte, die diese benutzen, um unter dem Deckmantel von Sicherheitsoperationen die besetzten palästinensischen Gebiete zu terrorisieren."

Dass bei einer "Konferenz", die in einem "Konsulat" stattfindet, Verhaftungstechniken gelehrt werden, klingt unwahrscheinlich. Der Autor selbst weiß darüber nicht mehr, als dass der "stellvertretende israelische Konsul Shahar Arieli" gesagt habe, dass zu der Konferenz "erstklassige Fachleute der israelischen Polizei" erschienen seien, "um Wissen mit ihren US-Kollegen zu teilen". Das scheint wenig verfänglich. In einem versteckten Satz muss der Autor eingestehen, dass die reißerische Schlagzeile aus der Luft gegriffen ist:

"Es ist unklar, ob einer der an dem Vorfall beteiligten Beamten, bei dem Herr Floyd getötet wurde, an der Konferenz teilgenommen hat."

Aha. Das eine hat mit dem anderen also rein gar nichts zu tun? Das darf nicht sein. Darum wartet er mit einer dubiosen Zeugenaussage auf:

"In einem erschreckenden Zeugnis sagte eine palästinensische Rechtsaktivistin, als sie das Bild von Derek Chauvin sah, der auf Mr. Floyds Hals kniete, sei sie an die Polizeieinsätze der israelischen Streitkräfte in den besetzten Gebieten erinnert worden".

Der gewünschte Zusammenhang wird also durch Hörensagen und assoziatives Denken hergestellt: Jemand fühlt sich an etwas erinnert.

Der Klimademonstrant Anselm Schindler, der im Mai 2019 in Wien von zwei Polizisten unter ein Auto gedrückt wurde, würde vielleicht sagen, dass ihn der Tod von George Floyd ebenfalls an etwas erinnere, das er selbst erlebt habe. Dennoch käme niemand auf die Idee, die Wiener Polizei für den Tod von George Floyd verantwortlich zu machen. Hier passt offensichtlich einmal mehr, was Theodor W. Adorno in seinen Minima Moralia schrieb: "Der Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden."

No 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

DEUTSCHLAND
13

Die "Black Lives Matter"- Bewegung: Im Kern rassistisch, linksradikal, antisemitisch und in keiner Weise an einer wirklichen Verbesserung der Lebensverhältnisse schwarzer Menschen interessiert

Nicht nur die zahlreichen Tötungen schwarzer Menschen durch andere schwarze Menschen ignoriert die BLM-Bewegung, sondern auch die Versklavung von Afrikanern im Islam damals und heute.

Von Jakob Kreuz

Black lives matter. Dieser an sich selbstverständliche Slogan entwickelte sich nach dem Tod von George Floyd während einer Festnahme in den USA zu einer fast globalen Bewegung. Ein genauer Blick in Bewegung und Berichterstattung zeigt jedoch immer öfter, dass es nicht wirklich um die Wertschätzung von Menschen schwarzer Hautfarbe bzw. den dazugehörigen Schutz von Menschenleben geht. Vielmehr entsteht der Eindruck einer missbräuchlichen Instrumentalisierung der Hautfarbe dunkler Menschen, um eine Mischung aus Hass und Ablehnung gegenüber der westlichen Zivilisation bzw. Gesellschaftsordnung auszuleben und bestimmten Staats- und Lebensprinzipien die Legitimation zu entziehen, um sie, mit eigenen Idealen auszutauschen.

Das zunächst einmal Rassismus in vielen Formen existiert und jeden von uns treffen kann, gleich ob welcher Hautfarbe, ist eigentlich eine Binsenweisheit, ebenso wie die Tatsache, dass selbstverständlich jedes einzelne Menschenleben zählt. Gleichwohl muss man feststellen, dass bereits diese beiden Aussagen aufgrund einer gesellschaftlichen

Radikalisierung im Kampf für die eigene Sache bereits als "rassistisch" gelten, jedenfalls wenn sie von einer nicht-schwarzen Person geäußert werden, da dieser Personenkreis per se als privilegiert qualifiziert wird.

Darüber hinaus muss man, angesichts des Ursprungs dieser Bewegung, in die USA selbst schauen und sich Statistiken zur Straßen- und Bandenkriminalität ansehen. Wer das Leben von Schwarzen aufrichtig schützen will, muss sich auch die Opfer der "Blackon-Black-Violence"-Straftaten ansehen. Ausgehend von den Zahlen des FBI zu 2015 wurden 89 % der afroamerikanischen Opfer von schwarzen Tätern ermordet. Es ist beschämend, dass hierüber niemand sprechen will bzw. kann, ohne als "Rassist" verleumdet zu werden. Statt also jedes schwarze Leben zu schützen, wird im Sinne einer Rosinenpickerei gewartet, bis ein Polizist sich rechtswidrig verhält, um vorgeblich des Kampfes für Afroamerikaner Unruhen auszulösen. 1992 verursachten die Unruhen anlässlich der brutalen (und selbstverständlich angemessen zu verurteilenden) Prügelattacke Sachschäden in Höhe von mehr als einer Milliarde US-Dollar, 53 Menschen starben, etliche wurden verletzt. Man darf gespannt sein, wie hoch der Schaden bei den George-Floyd-Riots ausfallen wird, 25 Menschen verloren bereits in diesem Zusammenhang ihr Leben, darunter auch schwarze Polizisten.

Vor allem aber erstaunt das Zusammenspiel bestimmter politischer Überzeugungen/Ideologien und dazugehöriger Vertreter. "BLM" entwickelt zu einer gefährlichen Mischung aus Kommunismus, Antisemitismus und Islam, in den USA ebenso wie bei uns.

Honecker-Freundin Angela Davis und das antijüdische Ressentiment

Mit Angela Davis etwa wird BLM nicht nur unterstützt von einer schwarzen Bür-



Ein aktuelles BLM-Idol ist die Altkommunistin Angela Davis, hier 1972 zu Besuch bei Erich Honecker in der DDR (Zweite von rechts). Heute agitiert Davis aktiv gegen Israel und unterstützt BDS. Damals schloss sie Freundschaft mit dem kommunistischen Erbauer von Mauer und Selbstschussanlagen.

gerrechtsaktivistin, sondern auch von einer prominenten Führungsfigur der marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei der USA (CPUSA). Die ehemalige Studentin von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer hatte in der Vergangenheit beste Verbindungen auch zum deutschen Kommunismus. Erich Honecker persönlich überreichte ihr 1972 die Einladung zu den "Weltfestspielen der Jugend und der Studenten" in Ost-Berlin. Auch mit der "Black Panther"-Bewegung, die sich auf Malcom X, einen Bürgerrechtler, der während einer längeren Haftstrafe zum Islam konvertierte und sich zum Wortführer der radikalen "Nation of Islam" entwickelte, verbündete sich Davis. Heute ist sie für die BDS-Bewegung aktiv, hält Israel für "das schlimmstmögliche Beispiel für eine Gefängnisgesellschaft", engagiert sich gegen sogenannte "Islamophobie", etwa in Unterstützung von Ilhan Omar, der US-Kongressabgeordneten unter dem Dach der Demokraten.

So wundert es auch nicht, dass in den sozialen Medien die Polizeigewalt in den USA unter dem Hashtag #blm mit Israel in Verbindung gebracht wurde. Prompt waren es israelische Polizeimethoden bzw. polizeiliche Schulungsergebnisse.

Sklavenhalter Mohammed

Während zahlreiche Muslime in der gesamten westlichen Welt die BLM-Proteste unterstützen, weil sie sich kurioserweise als "Schwarze" qualifizieren, schweigen die islamischen Staaten hörbar. Vermutlich, weil die Sklaverei im Islam bereits zu Zeiten ihres Religionsstifters fest verankert war und bis heute kritiklos praktiziert wird. Der Koran betrachtet die Unterscheidung zwischen

Herren und Sklaven als Teil der göttlichen Ordnung und erwähnt ausdrücklich gerade die schwarze ebenso wie die erbeutete Frau als Konkubine, d.h. Sex-Sklavin, des muslimischen Mannes. Auch in der Siyar-Literatur, dem Bereich des Kriegs- und Fremdenrechts innerhalb des islamischen Rechts, ist unverhohlen detailliert geregelt, wie mit menschlicher Beute zu verfahren ist. Gelebt wird dieses Recht auch heutzutage, ganz ohne einen Krieg, bzw. dem, was wir normalerweise unter dem Begriff "Krieg" verstehen. Für Unrechtsbewusstsein ist, dank eines ausgeklügelten Marketingsystems, kein Platz.

Mohammed selbst soll erklärt haben: "Eure Sklaven sind eure Brüder. Gott hat sie unter euren Befehl gestellt. Wer die Oberhand über seinen Bruder hat, soll ihm zu essen geben." Man tut also Gutes und erfüllt den Willen Allahs. Gegen die aktuelle Sklaverei im Sudan oder in Mauretanien setzt sich BLM nicht ein. Die organisierte Versklavung von 30.000 Kindern durch Scheich Muhammed bin Rashid al Maktum, Herrscher des Emirats Dubai, wird ignoriert. In den arabischen Staaten werden viele Kinder, aus Indien oder Äthiopien, und damit auch "schwarze" (in diesem Zusammenhang ist die Hautfarbe eigentlich gar nicht von Belang) als Jockeys versklavt. Frauen aus Afrika und dem Fernen Osten werden als Haushälterinnen engagiert und im Rahmen dieser Tätigkeit regelmäßig vergewaltigt. Weder die BLM-Bewegung noch der zeitgenössische Feminismus interessiert sich dafür.

Auch ist schwarz offenbar nicht immer gleich schwarz. Der politisch aktive, strenggläubige Muslim der westli-

chen Welt, allem voran in Deutschland, sieht sich gern als solcher, weil er so leichter seine islamistischen Ziele gegenüber der Politik durchsetzen kann. Jede Begründung zur Verfestigung der Opferrolle, dieser mühsam erarbeiteten Kulisse, ist willkommen. Der Bewohner der arabischen Halbinsel sieht das hingegen anders. Er ist Nachkomme eines göttlichen Sklavenhalters, Herrscher über Öl und die westliche Welt, die ihre eigene Unterwerfung noch immer nicht wahrnimmt. Männer, die dunkler sind als der gewöhnliche Araber, lässt er, nach Beschlagnahme ihrer Pässe zur Verhinderung von Flucht bzw. Arbeitsplatzaufgabe in Katar das Fußballstadion errichten, damit BLM-Aktivisten und andere sogenannte "Social justice warrior" 2022 aufregende Spiele und schöne Bilder erleben dürfen.

Selbst die hellhäutigen moslemischen Nordpakistaner verachten die dunkleren, fast schwarzen Südpakistaner. Dortige Frauen lieben die Bleichcreme in ihrem Kosmetikschränkchen und dunklere Straßenverkäufer, werden als Kichererbsenverkäufer verlacht. Innerislamischer Rassismus gegenüber dunklen Menschen interessiert BLM nicht.

Mit Blick auf diese aktuelle Heuchelei unter dem Vorwand der Nächstenliebe werden nun sogar Kolumbus-Statuen von weißen Euroamerikanern, die eigentlich nur dank Kolumbus auf dem amerikanischen Kontinent leben können, zerstört. Müssten aufrichtige BLM-Kämpfer weißer Hautfarbe nicht konsequenterweise direkt auswandern und in Europa repatriiert werden? Last but not least: Kämpft BLM eigentlich auch für schwarze Israelis?

Stuttgart im Sturzflug: Von der Daimler-Idylle zu "Allahu Akbar"

Nun auch das wohlhabende Baden-Württemberg im Würgegriff der islamischen Zuwanderung und des gleichzeitigen Niedergangs der Autoindustrie

Von Chaim Noll

An die Jahre in Stuttgart erinnere ich mich mit gemischten Gefühlen. Wir zogen uns dorthin zurück, weil wir in Berlin nicht sicher waren. In West-Berlin operierten osteuropäische Geheimdienste mit einer Dreistigkeit, die für uns, weggelaufene Kinder der DDR-Nomenklatur, Mitwisser, die das Schweigen brachen, spürbar gefährlich war. Jürgen Fuchs hat die gegen ihn und andere Ost-Dissidenten grenzübergreifend angewandten "Maßnahmen zur psychologischen Zersetzung" in seinen Büchern genauer untersucht. Baden-Württemberg schien uns sicherer, auch für die Kinder, wir packten unsere Sachen und verließen Berlin.

Stuttgart war ein sanfter Schock. Ich hatte ein solches Ausmaß an sorglosem Wohlstand noch nie erlebt. Die Stadt hatte etwas Unheimliches in ihrer scheinbaren Unangefochtenheit. Doch die Idylle schien stabil. Damals hätte ich mir nicht vorstellen können, dass sie jemals ernsthaft zu erschüttern wäre. Wir zogen in eine Kleinstadt nahebei, Esslingen am Neckar, zwanzig Minuten Autofahrt zum Süddeutschen Rundfunk, wo ich als sogenannter "fester freier Mitarbeiter" regelmäßig zu tun hatte. Der Reichtum der Gegend zeigte sich unter anderem darin, dass der Süddeutsche Rundfunk vier verschiedene Literatur-Redaktionen unterhielt – es gab also genug Arbeit. Wir hatten gute Freunde in Stuttgart, die uns auf die Beine halfen, unter ihnen war der Designer Kurt Weidemann, Berater des damaligen Chefs von Daimler-Benz, Edzard Reuter.

In Kurts Villa auf dem Killesberg sahen wir ein paarmal leitende Manager des Auto-Konzerns, auch sie wirkten ein wenig abgehoben und auf etwas unheimliche Weise selbstsicher. In Stuttgart und Umgebung wurde der Konzern respektvoll, fast zärtlich, "der Daimler" genannt. "Der Daimler" versorgte hunderttausende Menschen mit einem im Osten unvorstellbaren Wohlleben, nicht nur all jene, die direkt dort arbeiteten, sondern auch über hunderte Zulieferbetriebe, die an ihm hingen. In Esslingen gab es deren Dutzende, die auch dieser Stadt durch die Gewerbesteuer soliden Reichtum bescherten, den Antennenbauer Hirschmann oder die Firma Festo mit über 20.000 Mitarbeitern, spezialisiert auf Automatisierungstechnik. Mit dem Sohn und Erben dieser Firma ging unsere Tochter in eine Schulklasse, auch mit anderen Erben mittelständischer Unternehmen. sie kamen zu uns ins Haus, freundliche, arglose junge Leute, sonnengebräunt vom letzten Ski-Urlaub.

Das "Ländle" schien zukunftsträchtig

Auch unsere Kinder verbrachten dort sorglose Jahre und genossen eine ausgezeichnete Schulbildung. Sie hielt noch vor, als wir 1988 nach Berlin zurückkehrten, wo sie ihr Abitur machten, mühelos, nach der soliden Vorbereitung im baden-württembergischen Schulsystem. Das "Ländle" schien damals zukunftsträchtig. Auf manchen Gebieten war man der Entwicklung voraus: Zu den Elternversammlungen erschienen grün angehauchte Mütter im Zweitwagen, Porsche oder Merce-



Der ehemalige Daimler-Chef Dieter Zetsche hat seine Schäfchen ins Trockene gebracht. Er gehörte zu den Befürwortern der Zuwanderungspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

des-Coupé und beklagten sich über das kalorienreiche Schulessen, das nicht den modernen Erkenntnissen der Ernährungswissenschaft entsprach. Während ich Rundfunk-Essays über im GULag ermordete russische Dichter schrieb und mich mit dem Horror des Realsozialismus beschäftigte. So richtig gut haben wir uns, trotz achtbarer Anstrengung auf beiden Seiten, mit den progressiven Nachbarn in Esslingen nicht verstanden. Wir besuchten sie zum Abendessen in ihren Villen, doch lernten bald, dass wir ihnen die Laune verdarben mit unseren Erzählungen von Elend und Grausamkeit irgendwo anders in der Welt.

Mich überraschte schon damals das völlige Fehlen von Gefahrbewusstsein bei diesen jungen Westdeutschen, die sich wenige Jahrzehnte nach der großen Katastrophe in eine Atmosphäre falscher Ahnungslosigkeit gehüllt hatten wie in Wattewolken. Dabei waren Krieg und Grauen an ihrer Gegend keineswegs spurlos vorbeigegangen, Stuttgart hatte schwer gelitten, fast 70 % der Wohngebäude, 75 % der Industrieanlagen wurden in insgesamt 53 alliierten Luftangriffen zerstört, die heutige Innenstadt besteht zum großen Teil aus den eilig hochgezogenen Betonbauten der fünfziger bis siebziger Jahre, und die Königsstraße, eine elegante Einkaufsmeile, vom damals noch intakten Hauptbahnhof zum Rotebühlplatz führend, wirkte eher erkältend in ihrer betont auf "Business" gestylten Stringenz.

Eine saubere, selbstzufriedene, seltsam schweigsame Stadt. Von nicht zu erschütterndem Reichtum. So behielt ich sie in Erinnerung, als ich 1994, schon aus dem Ausland kommend, meine letzten Sendungen im Hochhaus des Süddeutschen Rundfunks aufnahm. 2012 kam ich wieder zu einer Lesung, da traten schon ein paar ernsthafte Probleme zutage. Der Hauptbahnhof war eine chaotische Großbaustelle, das dubiose Projekt Stuttgart 21, ein inzwischen auf 10 Milliarden Baukosten geschätzter Vorläufer des niemals endenden Berliner Flughafenbaus, hatte blutige Zusammenstöße provoziert. Vor allem aber: Die Gewinne der Autoindustrie gingen allmählich zurück. "Solange die Chinesen unsere Autos kaufen, geht es noch", sagte der Gewerkschafter Lothar Galow-Bergemann, ein intelligenter Linker, der mich vom Bahnhof abholte. Wir liefen durch die Königsstraße, die gegenüber den Neunzigern deutlich an Glanz eingebüßt hatte und sprachen über den allmählichen Niedergang einer einst heilen Welt.

Aus der Selbstzufriedenheit entstandene Ineffizienz

Ab 2015 muss Stuttgart das übliche Schicksal deutscher Ballungsräume getroffen haben: der Influx von muslimischen jungen Männern. Die Stadt tauchte auf in der Berichterstattung über die berüchtigte Silvesternacht, in der die jungen Wüstenkrieger ihre Beute begutachten wollten. Unter den lautstarken Befürwortern der unkontrollierten Einwanderung war der damalige Daimler-Chef Dieter Zetsche, der sich inzwischen mit einer exorbitanten Pension in den verdienten Ruhestand zurückgezogen hat. Im gleichen Jahr fanden sich überraschend negative Darstellungen in den Medien: Plötzlich wurden seit langem bestehende Verwaltungsschwächen wahrgenommen, eine aus der Selbstzufriedenheit entstandene Ineffizienz im Umgang mit den neuen Problemen. Die "Stuttgarter Nachrichten" berichteten am 25. Juni 2015 von einem Treffen der Stadtarchitekten, auf dem aus einem "Tatort"-Film zitiert wurde: Stuttgart, hieß es da, sei "ein Drecksloch, ein städtebaulicher Irrtum, ein zubetonierter Talkessel, der von den Abgasen einer ewig im Stau stehenden Blechlawine aufgeheizt wird."

Dann kamen auch aus dem "Ländle" die seit 2015 üblichen Meldungen, etwa am 17. Juli 2017: "Amokalarm in Esslingen. Mann mit Schusswaffe auf Schulhof" oder am 31. Juli 2019: "Stuttgart: Mann auf der Straße mit Schwert erstochen". Wobei die "Bild"-Zeitung unerschrocken hinzufügte, der Täter Issa Mohammed sei eigentlich ein "Palästinenser" aus dem weitgehend friedlichen Jordanien und nicht, wie er den

deutschen Behörden angegeben hatte, ein bedrohter Bürgerkriegsflüchtling aus Syrien. Wie ich sie kannte, werden die mit Issas Integration betrauten schwäbischen Beamten so unerhebliche Unterschiede kaum wahrgenommen haben.

Bald folgten noch beunruhigendere Nachrichten. Die "Stuttgarter Zeitung" meldete am 19. Juni 2019: "Die fetten Jahre sind vorbei, die Stadt Esslingen muss den Gürtel enger schnallen. Viel enger: Weil die Gewerbesteuereinnahmen in diesem Jahr um rund 20 Millionen Euro hinter den Erwartungen zurückliegen werden, hat die Esslinger Verwaltungsspitze eine Haushaltssperre erlassen." Den Grund dafür konnte man am 2. Juli aus der Zeitschrift "Automobilwoche" erfahren: "Der Export deutscher Autos ist im ersten Halbjahr deutlich zurückgegangen. Das hat sich auch auf die Produktion ausgewirkt."

Ökonomischer Niedergang und staatlich begünstigte Masseneinwanderung

Besonders betroffen war "der Daimler". Verschiedene Zeitungen meldeten Mitte Februar 2020: "Daimler entlässt 15 000 Mitarbeiter." Das war noch vor Corona. Die durch das Virus ausgelöste Panik-Reaktion hat den angeschlagenen Konzern nochmals dramatisch geschwächt. "Stern Online" (und andere) am 6. Mai 2020: "Die Zahl der Auto-Neuzulassungen ist im April wegen der Corona-Krise dramatisch eingebrochen. Sie sank im Vergleich zum Vorjahresmonat um 61,1 Prozent, wie das Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg am Mittwoch mitteilte. Einen Zuwachs erzielte einzig der US-Elektroautobauer Tesla mit rund zehn Prozent. Bei allen deutschen Marken zeigten sich zweistellige Rückgänge (...) Sie reichen von einem Minus von 39,2 Prozent bei Mini von BMW bis zu einem Minus von 94,1 Prozent bei Smart von Mercedes.

Okonomischer Niedergang und staatlich begünstigte Masseneinwanderung junger Muslime sind - wie schon in anderen Regionen, etwa Berlin oder dem Ruhrgebiet, sichtbar wurde - eine explosive, leicht entflammbare Mischung. Seit längerem scheint die Stuttgarter Innenstadt von den üblichen nächtlichen Aktivitäten belebt, die Politik und Medien beschönigend als "Party- und Eventszene" bezeichnen. In Wahrheit Instant-Packungen eines latenten Bürgerkriegs. "Die Schaufenster von 40 Geschäften demoliert, zwölf Polizeiautos beschädigt, 23 Beamte verletzt", so die "Bild"-Zeitung am 23. Juni 2020. "Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (72, Grüne) hat die Randalierer, die in der Nacht zu Sonntag die Innenstadt von Stuttgart verwüsteten, scharf verurteilt: (...) Das sind junge Männer, die offenkundig kriminelle Energie haben."

Hier treffen kampfbereite junge Nomaden aus Milieus, in denen blutige Gewalt alltäglich ist, auf im Wohlstand erschlaffte Edelmenschen, deren ganze Sorge ihrer Bio-Kost, dem Ferienhaus in der Toskana und Krötenschutzzonen galt. Ich kenne beide Mentalitäten, die der lange im "Ländle" Ansässigen und die der dort neuerdings Einwandernden, aus persönlicher Nähe und fürchte, dass sie – zumindest fürs Erste – unvereinbar sind.

№ 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

KOLUMNE

◄ Fortsetzung von Seite 2

Es muss wohl kaum erwähnt werden, dass die vorgeblich "antirassistischen" Randalierer jenseits und diesseits des Atlantiks und natürlich auch die linken Agitateure in unserem Lande nur selektiv gegen Weiße empört sind – nicht jedoch auf den millionenfachen schwarz-afrikanischen Sklavenhandel sowie den Islam als größten und über 1.400 Jahre beständigsten Sklavenhalter mit in Teilen bis heute noch gehaltenen kindlichen Sexsklavinnen.

Der unglücklich verstorbene George Floyd kann auch posthum stolz sein auf ganz viele seiner Anhänger: Ihre entfesselte brutale Gewalttätigkeit übertrifft sogar noch die seiner zahlreichen eigenen Straftaten.

Beinahe als Politposse ist zu werten, dass ausgerechnet die "Washington Post" die Umbenennung der "Washington Universität" in Lexington (Virginia) fordert.

Überhaupt wird heute bewusst und besonders von linker Seite auch bei der heutigen Diskussion die massive rassistische Fremdenfeindlichkeit und der gewalttätige Antisemitismus des Islam entthematisiert, obwohl dieser in den Islam-dominierten Staaten zur massiven Unterdrückung und/oder Austreibung von Juden, Christen und anderen sogenannten "Ungläubigen" geführt hat und weiterhin führt. Auch dies ist ein interessantes Phänomen politischer Heuchelei. Während sich die Linke schon aus ihrem politischen und historischen Selbstverständnis schlechthin als säkular und religions-avers gegenüber dem Christentum und anderen Religionen geriert, ist jede Islam-Kritik bei den linken Parteien verpönt.

Islamischer Judenhass wird ignoriert

In Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten hat der islamische Rassismus zu Islam-angeführten "Juden-ins-Gas"-Demos und zahlreichen islamogenen Gewalttaten gegen jüdische Menschen geführt, ohne dass von islamischer Seite oder von Seiten unserer linksgrün dominierten Politik und ihrer gleichgesinnten Leitmedien eine deutliche, mehr als halbherzige Verurteilung oder auch nur hinreichende Distanzierung erfolgt wäre.

Die leider oft ihren Namen nicht verdienenden "Antirassismus"-Proteste sowohl in den USA als auch in diesem Lande sind vielfach zutiefst rassistisch und weisen durchaus häufig ebenso unverhohlen wie unzulässig neben dem gewalttätigen Hass auf alle hellfarbigen Menschen eine unübersehbare antisemitische und Israel-feindliche Komponente auf.

Sie verallgemeinern, projizieren und instrumentalisieren fast durchweg in gänzlich unzulässiger Weise das noch nicht einmal zu Ende untersuchte mögliche Fehlverhalten eines oder einiger weniger Polizisten während ihres durchaus gefährlichen Dienstes.

Ein besonderer Skandal ist es, und ein Zeichen einer nahezu pathologischen Feindseligkeit gegenüber den USA, dass der deutsche Regierungssprecher Seibert, der sich in Fällen eindeutig dokumentierter linker oder islamischer Straftaten regelmäßig jeder verurteilenden Bewertung der Gewalttäter enthält, hier gegen besseres Wissen in vorverurteilender Weise und ohne die im Vorgriff zu einer Untersuchung des Geschehens gebotene Zurückhaltung öffentlich im deutschen Fernsehen von einem Mord seitens der Polizei spricht. Nicht minder bedauerlich ist es, dass die deutsche Regierung und der deutsche Präsident besonders angesichts des gerade in diese Zeit fallenden amerikanischen Nationalfeiertages nicht mehr Vertrauen und Empathie für die Demokratie der wichtigsten Schutzmacht und des wichtigsten und verdienstvollsten Verbündeten der Bundesrepublik Deutschlands zeigt.

"Black Lives Matter"-Unruhen haben über 25 Tote gefordert

Unterstützt werden die sich regelmäßig gegen unschuldige Menschen in brutalster Weise entladenden Gewalteruptionen von großen Teilen unserer um jeden Preis anti-



Geistige Brandstifterin: Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken stellte Polizisten unter den Generalverdacht des Rassismus.

trumpistischen politischen Führung und den links- und 68er-sozialisierten Gesinnungs- und Nachrichtenfiltermedien, die die Gewalttaten der "Black Lives Matter"-Bewegung, ihren Rassismus und ihren deutlichen Antisemitismus bewusst ausblenden und unbewertet lassen. Natürlich vermag es da auch nicht zu verwundern, dass der sich am 4. Juli zum 44. Mal jährende brutale Akt linker rassistischer Selektion von Juden bei der Flugzeugentführung nach Entebbe weder eine Erwähnung noch eine Verurteilung des linken Terrors gegen Juden durch unsere Politik veranlasst hat.

Von der linken, ohne wirkliche politische Distanzierung nur notdürftig umbenannten "Schießbefehl auf Flüchtlinge"-Partei gar nicht erst zu reden, vermag das Wegsehen gegenüber eindeutigem Unrecht auch bei den Grünen nicht wirklich zu überraschen.

Auch fällt ihnen gerade angesichts der hier fast ohne Angst vor irgendeiner Ahndung wiederholt bekanntgewordenen Ungeheuerlichkeiten gegen Kinder - die schwächsten und unschuldigsten aller Opfer – keinesfalls ein, sich etwa als Wiedergutmachung an die Spitze einer wirklich überfälligen "Children Lives Matter"-Bewegung zu stellen. Hatten die Grünen doch noch bis in die 90er Jahre versucht für Päderasten außerhalb und vor allem innerhalb ihrer Reihen Forderungen nach Straffreiheit für Sex mit Kindern politisch durchzusetzen. Besonders schlimm trieben es die grünen Pädophilen im alternativen Vorzeigebezirk Kreuzberg. Dort hielt sich bis zur Verhaftung eines grünen Parteimitglieds zu Beginn der 90er Jahre eine Anlaufstelle für pädosexuelle Täter. Selbst 2015 gab es seitens einer führenden Grünen-Politikerin Relativierungsversuche für diesen Sachverhalt.

Dämonisierung der Polizei – in dubio contra reum

Heute öffnet mit voller Absicht die unzulässige Dämonisierung der gesamten Polizei dem Wegducken vor dem Verbrechen und der Schwächung einer durch unsere links-ideologisierte Politik ohnehin schon erheblich geschwächten Verbrechensbekämpfung Tür und Tor.

In Berlin führt das gerade eben zeitgleich passend zu den in vielen Fällen überaus undifferenziert gegen die Vertreter unserer Sicherheit und Ordnung stattfindenden und nicht selten in Gewalt ausartenden sogenannten Protesten verabschiedete sogenannte Anti-Diskriminierungs-Gesetz zu einer Diskriminierung der Polizeiarbeit. Schlimmer noch stellt es die Polizei bei jeder Maßnahme gegen jede

migrantenspezifische Rechtsverletzung unter Generalverdacht einer rassistischen Handlung, was gerade – wie sich bereits andeutet – die größte migrantische Gruppe mit großer Genugtuung und der ihr nicht selten eigenen sachverdrehenden wehleidigen Larmoyanz auszunutzen wissen wird.

Dieses Gesetz konnte wohl nur erdacht werden von einem rot-rot-grünen Senat, der die Hauptstadt Berlin schon seit Jahren durch sein politisches Totalversagen nach Kräften und mit wachsendem Erfolg versucht, für jeden halbwegs bürgerlichen Menschen so unbewohnbar zu machen wie den Mond. Es räumt aus ideologischer Verblendung und entgegen allen rechtstaatlichen Axiomen den von nun an dauerbeschuldigten Polizisten nicht einmal das jedem Verbrecher gewährte Recht ein, so lange als unschuldig zu gelten, wie ihm durch ein ordentliches Gericht eine Schuld nachgewiesen worden ist. Nein, es zwingt den Beschuldigten, beim ersten erdachten Selbstschutz-Anwurf eines migrantischen Tatverdächtigen und seiner sofort als Zeugen bereitstehenden Familien, nun als schuldig geltenden Beamten, seine Unschuld selbst nachzuweisen, während der Tatverdächtige mit Häme über den Beamten triumphierend weiterhin bis zum Gerichtsverfahren als unschuldig gelten darf, und auch entsprechende Rechte genießt.

Das ist nicht nur rechtswidrig und unfassbar, es führt zu einer faktischen Verunmöglichung der wirklich mehr als erforderlichen wirksamen Verbrechensbekämpfung in unserer Hauptstadt – von der demoralisierten Motivationslage der diesem unlösbaren Dilemma ausgesetzten rechtschaffenen Beamten ganz zu schweigen.

In Deutschland werden davon – wie schon oben erwähnt – unter anderem vor allem arabische Verbrecher-Clans profitieren, die jeden der ohnehin jetzt schon kaum nennenswerten Versuche unserer Exekutive, ihr verbrecherisches Treiben und ihre offensive Rechtsverachtung auch nur halbwegs zu ahnden mit einem von unserer linken Politik ebenso gern akzeptierten wie unsinnigen Rassismus-Vorwurf torpedieren, und zum Nachteil aller gesetzestreuen Bürger und unserer Gesellschaft wohl auch erfolgreich blockieren werden.

Wenn es nur Schilda wäre, um das es hier geht, könnte man herzhaft darüber lachen, um nicht zu weinen. Aber es handelt sich um unser aller Sicherheit und um die Sicherheit unserer Kinder und Familien, die hier durch die vorsätzliche Stigmatisierung und Verunsicherung unserer Polizei noch mehr, als sie es ohnehin schon tut, auf der Strecke bleiben wird.

Und Berlin wird sich noch mehr, als es die Politik dieses linken Senats schon geschafft hat, aus einer noch vor nicht allzu langer Zeit liebens- und lebenswerten Stadt zu einem Magneten und beliebten Zuzugsort für verfehlte und gestrauchelte Lebensentwürfe, eben genau solche wie sie offensichtlich von der linken Politik favorisiert werden, verwandeln

Und noch ein politisches Ereignis zeigt wie weit es mit der Lauterkeit der vermeintlichen Israel- und Judenfreunde in der deutschen Politik bestellt ist.

Israels falsche "Freunde" im Bundestag

Ohne Not und unter Ausblendung wirklicher politischer Notwendigkeiten haben sie sich wieder unaufgefordert in die Politik des souveränen demokratischen Staates eingemischt und haben Partei ergriffen. Die Maase, die Gysis und all die anderen ach so ehrlichen "Israelfreunde" im Bundestag – im Namen des Deutschen Volkes.

Sie haben über Israel zu Gericht gesessen und abgestimmt: Anmaßend, Geschichts-klitternd, vermeintlich besorgt, durchheuchelt! Nicht etwa – wie es geschichtlich, politisch und moralisch richtig gewesen wäre – für den jüdischen Staat. Nein, natürlich nicht, sondern selbstverständlich dagegen! Was denn sonst? Und sie taten es nach eigenem Sprech natürlich aus Fürsorge um Israel und die Juden – so unter Freunden eben!

Herr Maas, der ja bekanntlich nach eigener Aussage wegen Auschwitz in die Politik gegangen ist, vergaß dabei auch nicht ausdrücklich zu betonen, dass die deutsche Politik ja schließlich sogar finanziell zu Yad Vashem beitrage, vergaß aber dann doch zu erwähnen, dass ein Gedenkort für die sechs Millionen von Deutschland ermordeten Juden der Schoah wie Yad Vashem ohne die ganz besondere Freundschaft ihrer Großväter und des deutschen Volkes zu den Juden gar nicht nötig wäre!

Und so kam es, wie von der gegenwärtigen Politik der neuen Europa-Chefin und deutschen Kanzlerin angesichts ihrer geheuchelten Staatsdoktrin-Beteuerungen für Israel nicht anders zu erwarten war. Alle Rassismus-Gegner und ach so guten Freunde der Juden haben im Namen des gesamten deutschen Volkes gegen den jüdischen Staat gestimmt. Alle außer der neuen Opposition der Meuthens und Storchs, weil die ja bekanntlich keine Juden mag!

Dabei habe ich keineswegs behauptet, dass die AfD mit all ihren rechtslastigen Problemen auf uns Juden zugeschnitten ist.

Ich habe einfach nur festhalten müssen, dass von den vermeintlich Guten aus reiner Judenfeindlichkeit außer infamen, anmaßenden, ihnen in keiner Weise zustehenden und dazu noch geschichtlich falsifizierenden Einmischungen in die inneren Angelegenheiten des souveränen Staates Israel so gar nichts, aber auch gar nichts außer Anwürfen gekommen ist, und nur die neue Opposition diesen Israel-feindlichen Müll nicht mitgemacht hat, wobei sie offensichtlich noch viel mehr für den jüdischen Staat getan hat als der ohrenbetäubend zu der Infamie der Bundestagsabstimmung schweigende Zentralrat.

Mit Hilfe des sich in den USA auch mit großer Zustimmung der afroamerikanischen Wähler den linken Systemgegnern entgegenstellenden Israelfreundes Donald Trump wird Israel die Wiedervereinigung mit den historisch legitimierten urjüdischen Gebieten Judäas und Samarias auch ohne die Merkels und Steinmeiers vollbringen.

Dem Staat Israel, dem jüdischen Volk, unseren Lesern und uns allen wünsche ich viel Erfolg und alles erdenklich Gute.

Stay healthy and safe!

Dr. Rafael Korenzecher i.A. S. Akstinat DEUTSCHLAND

№ 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Links und klerikalfaschistisch – im Falle des Islam geht das offensichtlich

Die Linke ist von jeher säkular und atheistisch. Karl Marx sprach sogar von der Religion despektierlich als "Opium des Volkes". Nur gegenüber dem Islam macht die linke Bewegung eine Ausnahme. Islamkritik ist in der Linken heute nicht mehr salonfähig.

Von Raimund Fastenbauer (Mena)

Parallelen zwischen den Schwarzhemden Mussolinis, den Braunhemden der Nazis und jener wiederum schwarzen oder grünen Farbe bei den Aufmärschen von Hamas, Hisbollah oder den iranischen Revolutionsgarden werden nicht gesehen.

Im Gegenteil. Muslime, die sich den Aktivisten des politischen Islam entgegenstellen, werden im Regen stehengelassen, von Linken, Grünen und Liberalen mit Argwohn betrachtet, und geraten unter Islamophobieverdacht. Offensichtlich wird aus richtig falsch, wenn es der Falsche – in unzulässiger Verallgemeinerung die populistische Rechte – sagt und sich eines tatsächlichen Problems annimmt.

Statt nachzudenken, reagiert man reflexhaft und überlässt der Rechten das Feld der Islamkritik. Muslime ziehen sich auf ihren Opferstatus zurück und werden nicht angehalten, das eigene Haus in Ordnung zu halten.

Religionsvertreter reagieren um nichts besser. Der mittelalterliche Spruch "Was Du nicht willst, das man Dir tu, das füg' auch keinem Andern zu" wird auf den interkonfessionellen Dialog projiziert, in dem muslimischer Antisemitismus und Christenverfolgung ignoriert werden.

Hetzt heute ein Pfarrer von der Kanzel über die "Synagoge des Satans", riskiert er einen Rüffel seines Bischofs. Predigt aber ein Imam von den "Juden als Söhne von Affen und Schweinen", spricht man von falschen Übersetzungen der Kritiker. Was das Christentum an Religionskritik verarbeiten

musste, glaubt man den Muslimen nicht zumuten zu können.

Geschichte der Versklavung der Afrikaner durch Araber ist nahezu unbekannt

Sind Islamisten also nicht vielleicht doch so etwas wie fortschrittliche Linke? Der Islam behauptet, dass ihm der Rassismus fremd sei, deshalb findet er auch bei den Schwarzen Amerikas zunehmend Anklang. Die Geschichte des arabischen Sklavenhandels wird ausgeklammert, die "Weißen" werden fälschlicherweise allein verantwortlich gemacht.

Eine weitere Ähnlichkeit glauben manche Linke bei der Utopie einer klassenlosen Gesellschaft im Sozialismus und den Gemeinschafts-Vorstellungen im Islam erkennen zu können. Was den Kommunisten der Klassenkampf, ist den Islamisten die Ausbreitung des Islam in der ganzen Welt. Manche Marxisten wie Roger Garaudy schafften als Islamkonvertiten gar den Übergang, und fühlen sich an den neuen Ufern heimisch. Das Ausleben antisemitischer Neigungen wurde ihnen dadurch erleichtert.

Antikapitalismus und Widerstand gegen den so genannten Neokolonialismus findet man ebenfalls bei Linken und Islamisten. Die europäische Abhängigkeit Europas vom arabischen Erdöl wird ausgeblendet.

Möge der kritische Geist der Linken nicht im Sumpf des Unwissens und der Emotion in Solidarität mit dem politischen Islam versinken. Gar manche Intellektuelle lagen auch in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts falsch. Das haben jene Muslime, die auf bessere Zeiten hoffen, nicht verdient.



Ein Mitglied der Kommunistischen Partei des Libanons mit islamischem Kopftuch

BEAUVITÉ®

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung

Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie

Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Fasanenstraße 40 · 10719 Berlin · Tel.: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



№ 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Der Gaza-Streifen, wie unsere Medien ihn nicht sehen wollen, und wir ihn nicht sehen sollen

Die Hamas-Führung und die Oberschicht des Gaza-Streifens unternehmen – auch mit Hilfe unserer journalistischen Berichterstatter – alles, um den Luxus zu verschleiern, in dem sie in Wahrheit leben. Glitzerbilder von Luxushotels, Reitturnieren und Einkaufspassagen passen nicht in die falsche Legende vom "Freiluftgefängnis" und "Konzentrationslager" Gaza.

Von Bassam Tawil (Audiatur)

Die Terroroganisation Hamas hat die "Palästinenser" im Gaza-Streifen davor gewarnt, Fotos aus dem Gaza-Streifen auf Social-Media-Plattformen zu veröffentlichen. In einer Erklärung vom 9. Juni behauptete das von der Hamas geführte Innenministerium, dass "israelische Geheimdienste die Bewohner des Gaza-Streifens – über soziale Medien – aufgefordert haben, ihre Mobiltelefone zu benutzen, um Fotos von verschiedenen Orten im Gaza-Streifen zu machen".

Die Hamas warnte die "Palästinenser" davor, dem angeblichen israelischen Ersuchen nachzukommen und behauptete, Israel benutze Social-Media-Konten, um "Kollaborateure zu rekrutieren und Informationen zu erhalten". Die Hamas fügte hinzu, dass ihre Sicherheitskräfte israelische und "palästinensische" Social-Media-Konten überwachten und "rechtliche Maßnahmen" gegen "Palästinenser" ergreifen würden, die mit den angeblichen israelischen Geheimdiensten interagierten.

Sorge der Hamas

Ist die Hamas tatsächlich besorgt, dass die israelischen Sicherheitsbehörden die Fotos benutzen würden, um Informanten zu "rekrutieren", oder dass "Palästinenser" Fotos von ihren Tunneln und Raketen machen könnten? Nicht wirklich.

Die Hamas ist besorgt, dass die von "Palästinensern" aufgenommenen Fotos und Videos der Welt eine andere Realität der Situation im Gazastreifen offenbaren könnten – eine Realität, die im Widerspruch zu all den Geschichten und Bildern von Armut, Elend und Leiden der "Palästinenser" dort steht.

Was die Hamas versucht, vor der Welt zu verbergen, sind die Einkaufszentren, Supermärkte, schicken Restaurants, eleganten Cafés und modernen Bekleidungsgeschäfte, die in den letzten Jahren im Gazastreifen entstanden sind.

Solche Bilder sind entsetzlich peinlich für die Führung der Hamas, die weiterhin ungestraft darüber lügen will, dass die "Palästinenser" im Gaza-Streifen unter der Blockade der von der Hamas kontrollierten Küstenenklave durch Israel leiden. Diese Bilder sind auch peinlich für anti-israelische Propagandisten, die im Rahmen ihrer Kampagne zur Delegitimierung Israels und zur Dämonisierung der Juden eine völlig andere Lebenswirklichkeit im Gaza-Streifen darstellen wollen, indem sie sie für das Leiden der "Palästinenser" voll verantwortlich machen.

Nicht dem Klischee entsprechend

Die Hamas-Warnung kam, nachdem mehrere Fotos und Videoclips, die das gute Leben vieler "Palästinenser" im Gaza-Streifen darstellten, auf Social-Media-Plattformen, insbesondere auf Twitter unter dem Hashtag #TheGazaYouDont-See erschienen waren.

Ein beliebter Twitter-Account namens @imshin verbreitet Videos, Blogbeiträge und Nachrichten aus der Welt der Mittel-



Supermarkt im Gaza-Streifen

klasse und der Reichen im Gazastreifen, die es nie in die Mainstream-Medien schaffen. Durch von "Palästinensern" aufgenommenen Videos und Fotos bieten die Beiträge einen einzigartigen Einblick in das komfortable Leben der "Palästinenser" im Gazastreifen, während sie Einkaufsbummel machen und ihre Ausflüge an Swimmingpools, in gehobene Restaurants, luxuriöse Hotels und Strandresorts genießen.

Am 2. Juni erschien ein Beitrag über das Royal House Chalet südlich der Universität von Gaza – eines der modernsten und großzügigsten Resorts im Gazastreifen, das mit einem beeindruckenden Swimmingpool und modernsten Suiten ausgestattet ist.

Ein weiterer Beitrag zeigt das Restaurant und Café Viola, ein beliebter Ort im Hafen von Gaza, der für seine Vielfalt an Desserts und Snacks bekannt ist.

"Palästinenserinnen" und "Palästinenser", die für Donnerstagabend (den letzten Arbeitstag der Woche) ein Barbecue planen, sind eingeladen, ihr gesamtes Grillzubehör in der Care4Mall im GazaStreifen zu kaufen. Das Einkaufszentrum befindet sich im Vorort Tal al-Hawa von Gaza-Stadt und umfasst Geschäfte für Haushaltsgeräte, Lebensmittelgeschäfte und einen Fast-Food-Bereich. "Wir bieten alle Waren und Dienstleistungen an, die der Bürger braucht", heißt es auf der Facebook-Seite des Einkaufszentrums.

Von BDS noch nichts gehört

Ironischerweise rühmt sich das Einkaufszentrum auch damit, dass es unter den angebotenen Waren auch die israelische Instantkaffeemarke "Namess" von Elite anbietet. Anscheinend haben Hamas und die "Palästinenser" im Gazastreifen nichts von der anti-israelischen BDS-Kampagne zum Boykott israelischer Produkte und Produktionsfirmen, ein-

schließlich des großen Lebensmittelkonzerns Elite, gehört (oder scheinen sich nicht darum zu kümmern).

In anderen Videos, die auf YouTube, Instagram und Facebook gepostet wurden, wird dokumentiert, wie die Kinder des Gazastreifens Mobiltelefone kaufen und den Geschmack verschiedener Eissorten und Slushies genießen.

Eines der beliebten Eiscreme-Geschäfte ist der Kazem Ice Cream Shop in der Nachbarschaft von al-Rimal im Gaza-Streifen, in dem eine Reihe von Hamas-Führern ansässig sind.

Smartphones, darunter das iPhone 11, und die neuesten Versionen von Apple-Geräten sind in Supermärkten im gesamten Gazastreifen erhältlich, wie kürzlich vom Metro Market, einem der größten Supermärkte in der Gegend, angekündigt wurde.

Vor einigen Wochen wurde im Flüchtlingslager Nusierat im zentralen Gazastreifen eines der nobelsten Einkaufszentren des Gazastreifens eingeweiht. Zur neuen Al-Danaf Hyper Mall gehört ein großer Supermarkt, in dem Käufer verschiedene importierte Waren kaufen können, die oft nicht einmal auf israelischen Märkten erhältlich sind.

Zu Beginn dieses Jahres feierten die "Palästinenser" im Gazastreifen die Eröffnung des Bekleidungsgeschäfts Deux Fashion in der Ahmad Abd al-Aziz-Straße in Gaza-Stadt. Das große Geschäft bietet verschiedene Bekleidungsmarken an, die größtenteils aus der Türkei und anderen Ländern importiert werden. "Der beste Ort, um Männerbekleidung online oder offline zu kaufen, mit der höchsten Qualität zum besten Preis", heißt es in der Anzeige, die auf der Facebook-Seite des Geschäfts veröffentlicht wurde.

Bilder machen Hamas nervös

Es sind nur eine Handvoll Bilder aus dem

Gaza-Streifen, die die Hamas nervös machen. Wie kann die Terrororganisation weiterhin um finanzielle Hilfe bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen humanitären Hilfsorganisationen betteln, wenn "Palästinenser" Fotos von Familien beim Einkaufsbummel und von Kindern, die Eis essen und Smartphones kaufen, veröffentlichen?

Wie können Hamas und ihre Unterstützer in der ganzen Welt weiterhin über Armut und Elend klagen, wenn im Gazastreifen alle paar Wochen neue Einkaufszentren und Supermärkte voller Kleidung und Luxusgüter eröffnet werden?

Warum ignorieren Auslandskorrespondenten, die über den israelisch"palästinensischen" Konflikt berichten,
die grünen Rasenflächen im Gaza-Streifen? Warum werfen "palästinensische"
Journalisten mit Sitz im Gaza-Streifen
Fotodokumentationen dieser positiven
Entwicklungen im Gaza-Streifen in die
Mülltonne? Weil solche Bilder nicht
in ihre anti-israelische Erzählung und
Agenda passen.

Die ausländischen und "palästinensischen" Journalisten sind mitschuldig an der Vertuschung durch die Hamas: Sie wollen Israel weiterhin für alles Negative verantwortlich machen, dem die "Palästinenser" ausgesetzt sind.

Angesichts der jüngsten Hamas-Warnung ist es nur eine Frage der Zeit, bis man von "Palästinensern" hört, die wegen "Verrats" an der "palästinensischen" Sache inhaftiert oder getötet werden, nachdem sie Fotos von der neuesten Version des "Ritz" im Gaza-Streifen veröffentlicht haben oder von Kinder, die fröhlich ihre bunten Eisbecher schlecken.

Bassam Tawil ist ein im Nahen Osten lebender muslimischer Araber. Artikel zuerst erschienen auf Gatestone Institutue, übersetzt von Audiatur Online.

Es gibt keine "illegale Besetzung" von Judäa und Samaria, weil Israel dort zu Hause ist.

Die neue Regierung Netanjahu-Gantz will die israelische Militärverwaltung in Teilen Judäas und Samarias beenden, und durch eine Zivilverwaltung ersetzen. CDU, SPD, Grüne und FDP verurteilen das im Bundestag.

Von Joachim Kuhs, MdEP

"Israel will illegale Siedlungen in Westjordanland annektieren" hallt es jetzt allenthalben aus den Medien. Das Framing gibt das "richtige" Urteil dazu schon vor. Andere Meinungen dazu werden Sie in der "Tagesschau" nicht hören. Korrekt würde es dagegen heißen: Die neue Regierung Netanjahu-Gantz will die israelische Militärverwaltung in Judäa und Samaria beenden.

Hierzulande wird es als gegeben vorausgesetzt, dass die "jüdischen Siedlungen" in Judäa und Samaria "nach internationalem Recht illegal" seien. Doch diese Behauptung basiert auf einseitiger Propaganda, die allen historischen Fakten trotzt.

Im Osmanischen Reich existierten weder Israel noch Palästina. Das Land hieß Südsyrien und lag dank der osmanischen Misswirtschaft und hoher Steuern brach. Die Bewohner waren großteils nomadische Hirten. Im Jahr 1882 lebten etwa 141.000 Moslems im späteren Israel, "davon mindestens 25 % Neuankömmlinge", wie der Historiker Ernst Frankenstein schrieb, und etwa 60.000 Juden. Mit dem Beginn der zionistischen Bewegung von Theodor Herzl 1871 und dem legalen Erwerb von Land durch jüdische Siedler, die wirtschaftlichen Erfolg brachten, begann erst eine Sogwirkung, die die arabische Bevölkerung des späteren Israels bis 1947 auf eine halbe Million anschwellen ließ. Der Großteil der arabischen Bevölkerung Israels sind also auch "Siedler" und tragen oft ägyptische, syrische und irakische Namen.

Mit dem Ende des Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg teilten die Siegermächte Großbritannien und Frankreich den Nahen Osten unter sich auf. In der Balfour-Erklärung vom 2. November 1917 erklärte der britische Außenminister Lord Balfour, die britische Regierung werde sich für eine "nationale Heimstatt des jüdischen Volkes" einsetzen. Diese Formulierung wurde bei der Konferenz von San Remo am 18.-26. April 1920 übernommen, bei der über das Erbe des Osmanischen Reiches entschieden wurde, durch Beschluss des Völkerbundes am 24. Juli 1922 ratifiziert. Durch diesen Beschluss wurde das "Mandatsgebiet Palästina" unter britischer Verwaltung als "nationale Heimstatt der Juden" geschaffen – auf einem Territorium, das sich vom Mittelmeer bis zum Irak erstreckte, also das gesamte heutige Israel und Jordanien.

"Wir Araber betrachten die zionistische Bewegung mit großem Wohlwollen."

Der arabische Vertreter bei den Friedensverhandlungen von Paris 1920 war Emir Feisal (bekannt durch die Darstellung des Alec Guinness im Film "Lawrence von Arabien"), der die Bemühungen um eine "nationale Heimstatt der Juden" im "Mandatsgebiet Palästina" begrüßte: "Wir Araber, vor allem die Gebildeten, betrachten die zionistische Bewegung mit großem Wohlwollen... Wir werden die Juden herzlich in ihrem Zuhause willkommen heißen." Feisal wurde König vom Irak und verzichtete laut einem Brief von T.E. Lawrence an Churchill 1921 "auf alle Ansprüche auf West-Palästina" (das heutige Israel).

Das sind die Ursprünge des Staates Israel nach internationalem Recht. Nach Artikel



Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu spricht vor der Karte des Jordantals.

80 der Gründungscharta der Vereinten Nationen ist die UNO an die Beschlüsse des Völkerbundes gebunden: "Nichts in dieser Charta soll die Gültigkeit bestehender internationaler Instrumente ändern."

Dessen ungeachtet wurde am 29. November 1947 in der Resolution 181 der "UNO-Teilungsplan für Palästina" beschlossen. Die Juden, die eigentlich laut Völkerbund Anspruch auf das ganze "Mandatsgebiet Palästina" – inklusive Jordanien bis an den Irak – als "nationale Heimstatt der Juden" hatten, stimmten dennoch zu und gaben sich mit weit weniger zufrieden, als ihnen nach internationalem Völkerrecht zustand. Die Araber im Mandatsgebiet und die arabischen Nachbarstaaten lehnten die Resolution 181 ab, obwohl sie sich heute darauf berufen, wenn sie einen "Staat Palästina" in den Grenzen von 1947 fordern.

Der Krieg gegen die Juden begann bereits am nächsten Morgen. "Eine bewaffnete Bande aus dem arabischen Jaffa attackierte an der Küste einen Bus voller Juden; fünf wurden getötet und etliche weitere verletzt. Kurz darauf nahmen arabische Angreifer einen anderen Bus unter Beschuss und töteten dabei zwei Juden. Von Jaffa aus eröffneten Scharfschützen das Feuer auf das unmittelbar benachbarte Tel Aviv, wobei mindestens ein Jude getötet wurde. Am 2. Dezember begann ein vom Arabischen Hohen Komitee initiierter und für drei Tage anberaumter Generalstreik. In Jerusalem attackierte ein bewaffneter arabischer Mob jüdische Passanten und setzte jüdische Geschäfte in Brand" (A. Feuerherd und F. Markl, "Vereinte Nationen gegen Israel").

Jordanien benannte Judäa und Samaria 1948 in "Westjordanland" um

Am Nachmittag des 14. Mai 1948 verlas

David Ben-Gurion in Tel Aviv die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel, die am 15. Mai von den USA und am 17. Mai von der Sowjetunion anerkannt wurde. Am 15. Mai griffen Ägypten, Syrien, Jordanien, Libanon und der Irak das neugegründete Israel an. Am Ende des Unabhängigkeitskrieges war Gaza von Ägypten besetzt, Judäa und Samaria von Jordanien, welches dieses Gebiet nun "Westjordanland" nannte. Die Besetzung von Judäa und Samaria durch Jordanien blieb bis zur Eroberung durch Israel 1967 illegal und wurde außer durch Pakistan und Großbritannien nie international anerkannt.

Nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 verabschiedete die UNO die Resolution 242, bei der der "Abzug der israelischen Streitkräfte aus besetzten Gebieten" gefordert wurde. Bewusst wurde hier nicht von "allen besetzen Gebieten" gesprochen. Mit dem Abzug Israels aus dem Sinai 1982 im Rahmen des Friedens mit Ägypten, und aus dem Gaza-Streifen 2005 kann man also bereits von einem "Abzug aus besetzten Gebieten" sprechen. Hierbei lautete das Versprechen 2005 "Land gegen Frieden", aber der Abzug aus dem Gazastreifen wurde schon 2006 mit einem Raketenbeschuss der Hamas quittiert, der bis heute nicht nachgelassen hat. Die Zwangsräumung von Gush Katif im Gazastreifen, damals ein begehrtes Surferparadies, heute Terrorstaat, erwies sich als ein Riesenfehler – ein Trauma, das Israel nie wieder durchleben will.

Im Laufe der 1950er und 60er Jahre bildeten die nun unabhängigen arabischen Staaten in den Vereinten Nationen mit dem Warschauer Pakt einen Anti-Israel-Block, der die UNO mehr und mehr in einen israelfeindlichen Verurteilungsapparat verwandelt hat. Israel wird von der UNO mehr verurteilt als alle Folterregime und Diktaturen der Welt zusammengenom-

men, wie "UN Watch" immer wieder eindrucksvoll dokumentiert.

UNO verurteilt Israel mehr als alle anderen Staaten zusammengenommen

Die Abstimmungen der UNO-Generalversammlung haben aber pro forma keinen international rechtlich bindenden Charakter ohne Zustimmung des Sicherheitsrates, wo die USA bisher immer die Verurteilung Israels verhindert haben – bis zur Resolution 2334, die die scheidende Obama-Regierung am 23. Dezember 2016 noch durchpeitschte, obwohl die neugewählte Trump-Regierung dies mit allen Mitteln verhindern wollte. Diese Telefonate zwischen Trumps Sicherheitsberater Gen. Mike Flynn und dem russischen Botschafter Sergei Kisljak wurden ohne rechtliche Grundlage von der Obama-Regierung belauscht und bildeten die Ursprünge der sogenannten "Spygate-Affäre", einem möglicherweise illegalen Putschversuch gegen die demokratisch gewählte US-Regierung.

Die "Palästinenser" verweigern seit Jahrzehnten alle Angebote einer Verhandlungslösung, eines Friedensvertrages und einer Zweistaatenlösung – so auch beim kürzlich vorgelegten Trump-Plan. Sie sind das einzige Volk auf der Welt, das angeblich nach Unabhängigkeit trachtet, aber beharrlich immer wieder jedes Angebot eines eigenen Staates ablehnt.

Die einzigen völkerrechtlich bindenden Verträge, die die "Palästinenser"-Führung bezüglich Judäa und Samaria unterzeichnet hat, sind die Osloer Verträge von 1993 und 1995 zwischen Jitzhak Rabin und Jassir Arafat. Diese teilen Judäa und Samaria in drei Gebiete, Area A, B und C auf. Area A sind die sogenannten "Palästinensischen Autonomiegebiete", Area C sind die Gebiete unter israelischer Verwaltung (sog.



Die israelischen Siedler in Judäa und Samaria sind sich der jahrtausendealten Geschichte ihres Volkes in der Region bewusst.

"Siedlungen") und Area B ist eine Mischform – arabische Zivilverwaltung und israelisches Militär. Ich durfte im Sommer

2019 diese Gebiete bereisen und war beeindruckt vom Aufbruchsgeist und Friedenswillen, der dort herrscht.

Seit 1995 verweigert sich die korrupte "Palästinenser"-Führung allen Verhandlungen, die in den Osloer Verträgen eigentlich vereinbart sind. Somit gilt weiterhin die Aufteilung, die Rabin und Arafat 1995 beschlossen haben. Diese vertraglich vereinbarte Aufteilung als "illegal" zu bezeichnen, dabei aber an der darin vereinbarten "palästinensischen" Autonomie festhalten zu wollen, ist offenkundiger Unfug.

Die "Palästinenser"-Führung um Machmud Abbas hat keinerlei Interesse an einer Friedenslösung, denn sie würde ihre Pfründe und ihre üppigen Subventionen auf Kosten des deutschen und europäischen Steuerzahlers, ihre Ämter, Villen und BMW-Limousinen, gefährden. Die einfachen Arbeiter und arabischen Bewohner von Judäa und Samaria haben jedoch längst erkannt, dass der Schlüssel zu ihrem Wohlstand Israel heißt. Jeden Tag pilgern über 600.000 Araber zum Arbeiten über die "Grüne Linie" nach Israel und stimmen so mit den Füßen ab.

Die Area C bleibt aber nach wie vor in einem rechtlichen Schwebezustand, unter der Verwaltung des israelischen Militärs. Es gilt unverändert das Osmanische Recht aus dem Jahr 1919, nach dem auch israelische Gerichte urteilen – die "Palästinenser" nutzen dieses Nomaden-Recht mit Unterstützung der EU, um illegale Sied-

lungen in Area C zu bauen.

Nach 25 Jahren der "palästinensischen" Verweigerungshaltung hat die neue israelische Regierung beschlossen, diesen Zustand zu beenden und weite Teile der Area C unter israelische Zivilverwaltung zu stellen. Die arabischen Einwohner würden die israelische Staatsbürgerschaft und Rechtssicherheit erhalten, die sich in Ostjerusalem als sehr beliebt erwiesen hat.

Für eine Verhandlungslösung mit der "Palästinenser"-Führung ist die israelische Regierung immer noch offen. Das ist die hierzulande von Medien und Politik skandalisierte "Annektierung des Westjordanlandes": Zivilverwaltung statt Militär. Es ist lediglich eine Anerkennung der Realität – eine Realität, vor der die "Palästinenser"-Führung und weite Teile der deutschen Politik die Augen verschließen.

Israel lebt und gedeiht, und wird nicht wieder verschwinden. Es ist Zeit, dies anzuerkennen.

Joachim Kuhs ist gelernter Rechnungsprüfer und Mitglied des Europäischen Parlamentes für die AfD, wo er im Haushaltsausschuss u. a. für EU-Gelder für Projekte in Israel verantwortlich ist. Er ist Mitglied des AfD-Bundesvorstands (Schriftführer) und Vorsitzender der "Christen in der AfD".

Netanjahu: "Athen und Jerusalem sind Fundamente der westlichen Zivilisation"

Der griechische Premier Mitsotakis kritisiert bei seinem ersten Auslandsbesuch nach der Corona-Sperre in Israel die türkischen Aggressionen in Nahost. Netanjahu lobt die israelisch-griechische Kooperationen im östlichen Mittelmeerraum.

(Israelnetz) Die enge Verbindung zwischen Israel und Griechenland zeigt sich auch darin, dass sie zur Entstehung der westlichen Zivilisation beigetragen haben. Das sagte der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu am Dienstag bei einem Treffen mit seinem griechischen Amtskollegen Kyriakos Mitsotakis in Jerusalem. Dabei verwies er darauf, dass die beiden Länder unlängst das 30-jährige Bestehen ihrer diplomatischen Beziehungen gefeiert hätten.

Die Aufnahme der Beziehungen sei unter dem mittlerweile verstorbenen Vater des jetzigen Amtsinhabers, Konstantine Mitsotakis, geschehen, sagte Netanjahu. "Diese Verbindungen zwischen Griechenland und Israel sind sehr natürlich. Erstens, weil es eine alte Verwandtschaft zwischen uns gibt. Jerusalem und Athen, Athen und Jerusalem sind die beiden Fundamente der westlichen Zivilisation. Wir sind sehr stolz darauf, dieses Erbe gemeinsam zu tragen."

Der israelische Regierungschef betonte zudem, es sei nicht normal, dass die beiden modernen Demokratien am östlichen Mittelmeer eine Zeit lang diese engen und natürlichen Beziehungen nicht gehabt hätten. Die Länder hätten gemeinsame Interessen, Herausforderungen und Gelegenheiten, sagte er laut Mitteilung seines Büros.

Ziel: Flugverkehr am 1. August wieder aufnehmen

Für Mitsotakis war es die erste Auslandsreise nach der Corona-Sperre. Er reiste zu dem zweitägigen Besuch mit acht Ministern an. Vertreten waren unter anderem die Ressorts Außenpolitik, Verteidigung, Energie und Tourismus. Und so ging es bei seinem Treffen mit Netanjahu auch um das gemeinsame Gasprojekt mit Zy-



Kollegen unter sich: Der griechische Premier Mitsotakis zu Besuch bei Netanjahu.

pern und um die Wiederbelebung des Fremdenverkehrs zwischen den beiden Ländern. Der israelische Premier nannte als Ziel, dass die Flugverbindungen am 1. August wieder aufgenommen werden sollten. Das Treffen sei "eine Reflexion unseres erfolgreichen Kampfes gegen Corona und unserer wundervollen Beziehungen".

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz nach dem Gespräch mit Netanjahu äußerte Mitsotakis Kritik an der Türkei. Er verurteilte "das aggressive Gebaren der Türkei im östlichen Mittelmeerraum" und ergänzte: "Wir halten diese Aktivität für eine Bedrohung des regionalen Friedens und der Stabilität." Er nahm dabei unter anderem

Bezug auf die Rolle der Türkei in der Libyen-Krise.

Zudem traf Mitsotakis den israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin und Außenminister Gabi Aschkenasi. In der Holocaustgedenkstätte Yad Vashem legte er einen Kranz nieder. Des Weiteren besuchte er eine griechisch-orthodoxe Kirche in der Altstadt.

ISRAEL № 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Ist die israelische Sicherheit wirklich noch deutsche Staatsräson?

Ein Gespräch mit Yonatan Shay über die deutsch-israelischen Beziehungen: Der 33-jährige Doktorand am Technion war Gesandter der Jewish Agency für Israel in Deutschland und organisierte im Juni eine Demonstration gegen Heiko Maas' Besuch in Jerusalem und die deutsche Unterstützung für anti-israelisches NGOs.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Herr Shay, Sie waren bis vor einigen Monaten Gesandter der Jewish Agency in München. Was war Ihre Motivation ausgerechnet nach Deutschland zu kommen?

Yonatan Shay: Das ist eine sehr gute Frage. Was mich motiviert, was mich angetrieben hat, diese Gesandtschaft in Deutschland zu übernehmen, waren zum einen religiöse und zum anderen zionistische Gründe. Zunächst einmal wollte ich im Ausland etwas für Israel tun. Ich habe bereits zuvor drei Jahre in Deutschland gelebt, bevor meine Gesandtschaft in München begonnen hat. Dabei habe ich mitbekommen wie schlecht unser Ruf und das israelische Image in Deutschland ist, und das wollte ich durch Hasbara (Öffentlichkeitsarbeit) und durch Aufklärungsarbeit zusammen mit jüdischen Studenten verbessern. Außerdem wollte ich auch pädagogische Aktionen mit jüdischen und nichtjüdischen Kollegen gemeinsam durchführen. Mir war außerdem wichtig zu erreichen, dass Juden nach Israel auswandern. Ich glaube wirklich, dass die Aliya für einige Juden sehr essentiell ist. Auch für uns in Israel ist es wichtig junge, ausgebildete Leute aufzunehmen. Es gibt bestimmte Menschen, die noch diesen einen kleinen Push brauchen, um Aliya zu machen. Dabei wollte

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Sie leben nun wieder in Israel. Wie sehen Sie Ihre Zeit in Deutschland rückblickend? Vermissen Sie bestimmte Dinge? Vielleicht das bayerische Bier?

Yonatan Shay: Diese zwei Jahre in München waren sehr herausfordernd, megaspannend, sogar schön. Wenn ich zurückblicke, komme ich zu dem Schluss, dass die jüdische Gemeinschaft auch in Deutschland durchaus eine positive Zukunft haben kann. Aber die Gleichgültigkeit und die Tatsache, dass gerade junge Juden nicht genug für jüdisches Leben und nicht genug Einsatz für Israel zeigen, sind große Schwierigkeiten. Ich setze mich gegen Assimilation ein, weil ich glaube, dass es nicht gut für die Zukunft unseres Volkes ist. Ich bin orthodoxer Jude und ich bin überzeugt davon, dass sich junge Juden in Deutschland mehr mit jüdischen und israelischen Angelegenheiten beschäftigen sollten. Vor allem aber damit, Israel zu verteidigen, Israels Ruf zu verbessern und auch die jüdische Identität durch die untrennbare Verbindung zwischen Israel und der Diaspora zu verstärken. Aber auch damit, mehr über Israel zu lernen, Wissen zu verbreiten und sich mehr mit dem Konflikt zu beschäftigen. Ich glaube, dass sie sich bei dieser gewaltigen Herausforderung zu wenig einbringen. Ich wünsche mir, dass nicht erst die nächste Welle des Antisemitismus zu dieser Auseinandersetzung führt, sondern, dass sie so schnell wie möglich damit beginnen.

Die drei Sachen, die ich von Deutschland vermisse sind: Ordentlichkeit, Pünktlichkeit und günstige Preise. Hauptsächlich vermisse ich aber meine alten Freunde, die ich dort kennengelernt haben. Ich habe in Deutschland tolle jü-





Mit Yonatan Shay sprach Michal Kornblum (rechts).

dische und nichtjüdische Menschen kennengelernt, mit denen ich mein Leben lang befreundet bleiben werde. Ich werde Deutschland, glaube ich, oft besuchen, weil ich die Menschen sehr vermisse. Mit allen Problemen und Herausforderungen, die mir begegnet sind, muss ich aber sagen, dass Deutschland nach den fünf Jahren ganz tief in meinem Herzen ist.

JÜDİSCHE RUNDSCHAU: Am Tag des Besuchs von Heiko Maas in Israel fand eine Demonstration gegen die deutsche Politik der Finanzierung linker, israelischer NGOs vor dem Außenministerium in Jerusalem statt. Sie haben diesen Protest organisiert und Heiko Maas im Piratenkostüm persifliert. Wie kam es dazu, einen Protest gegen den Besuch des deutschen Außenministers zu planen?

Yonatan Shay: Es gibt mehrere zionistische, rechtsgerichtete (Anmerkung: In Israel ist "rechts" nur eine politische Einstellung ohne Konnotation, vgl. konservativ in Deutschland) NGOs in Israel, und auch zum Teil die israelische Regierung, die die deutsche Außenpolitik einfach satthaben. "Im Tirtzu" (israelische zionistische NGO) beanstandet die Besessenheit Deutschlands von Israel, und die Tatsache, dass sich die deutsche Politik immer mehr in unsere inneren Angelegenheiten einmischt. Ich bin dort ehrenamtlich tätig und leite das "Deutsche Desk". Matan Peleg, der CEO, hat mich gebeten bei der Demo mitzuwirken. Er sagte: "Schau mal, du kannst Deutsch, du wirst dich als Pirat verkleiden und musst den besten Auftritt deines Lebens abgeben, damit die Leute begreifen, was für ein Pirat Heiko Maas ist, wenn er das deutsche Steuergeld an antizionistische, israelfeindliche, linksradikale NGOs in Israel verteilt. Diese wollen den jüdischen Charakter und damit den jüdischen Staat abschaffen." Wir hatten es einfach satt. Das "Choosing Life Forum" (ein Forum von Hinterbliebenen, die einen Angehörigen bei einem Terroranschlag verloren haben) hat diesen Protest zusammen mit "Im Tirtzu" auf die Beine gestellt. Ich musste also mit meinem eingerosteten Deutsch eine Imitation von Heiko Maas abgeben, und zum Glück war es ein voller Erfolg. Fast alle konservativen Medien in Deutschland haben etwas darüber veröffentlicht. Der Beitrag wurde sehr oft bei Facebook geteilt. Ich glaube, dass wir damit die gewünschte Botschaft vermitteln konnten.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Als ich vor fast einem Jahr in Israel war, habe ich in Gesprächen mit Israelis über Deutschland mehrmals gehört: "Guter Fußball, gute Autos, aber Merkel macht große Fehler!" Welche Positionen nehmen Sie in der israelischen Gesellschaft zur deutschen sogenannten "Israelpolitik" wahr? Überwiegt die Unzufriedenheit oder sieht man Deutschland immer noch als starken Verbündeten und guten Freund?

Yonatan Shay: Das ist eine sehr interessante Frage. Erstmal gibt es einen Mangel an Wissen, was die deutsch-israelischen Beziehungen betrifft. Man glaubt, dass es einfach gute Beziehungen zwischen beiden Ländern gibt, und Punkt. Man kennt die Details nicht. Aber immer mehr Israelis begannen in den letzten drei, vier Jahren langsam aber sicher aufgrund der deutschen Politik die deutschen Freundschaftsbeteuerungen Zweifel an der deutschen Loyalität zu Israel zu hegen. Es begreifen, sehr langsam, aber jeden Tag mehr und mehr Israelis, dass die deutsche Regierung versucht Israel zu untergraben, indem sie diese linksradikalen Organisationen, die "palästinensische" Terroristen vor Gericht verteidigen, finanziert. Diese Terroristen haben absichtlich Juden ermordet, das haben sie auch gestanden, und trotzdem wird ihre Verteidigung vom deutschen Steuergeld bezahlt. Aber nicht nur das.

Auch Anarchisten, die israelische Soldaten an den Grenzen bedrängen, werden von der deutschen Regierung finanziert.

Das finden wir einfach unerträglich. Die Israelis, die das wissen, sind sehr frustriert. Sie können es nicht begreifen, dass die Deutschen, 75 Jahre nach dem Holocaust, wieder an der Seite der Feinde stehen. Ich verstehe nicht, warum die deutschen Juden angesichts dieser feindlichen Finanzierung von ihren Steuergeldern so ruhig und gleichgültig bleiben, wenn gerade dies Israel schadet.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Vier deutsche Parteien im Bundestag (CDU/CSU, FDP, Die Grünen und SPD) planen aktuell gemeinsam eine Erklärung herauszubringen, in der die "Annexion des Westjordanlands" verurteilt werden soll. Es gibt bereits Stimmen, die von möglichen Sanktionen gegen Israel sprechen. Wie schätzen Sie die Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehung durch solche Erklärungen oder gar Sanktionen ein?

Yonatan Shay: Diese Erklärung, die die von Ihnen genannten Parteien jetzt planen, ist die Fortsetzung der Besessenheit, die man in der deutschen Politik und den deutschen Medien stets vorfindet, wenn es um Juden und Israel geht. Die gerade den Deutschen angesichts ihrer Geschichte nicht zustehende Bevormundung des jüdischen Staates ist eine Schande für Deutschland, für die Aufarbeitung der Vergangenheit und die Wiedergutmachung. Die exklusive Besessenheit bezüglich der Juden und Israel ist auch ein Grund, warum wir in Israel so unzufrieden mit der deutschen Regierung sind.

Sanktionen der Europäischen Union können Israel natürlich schaden, und das sollen sie nach Willen der deutschen Politik wohl auch. Das ist nicht gut für unsere Wirtschaft. Aber ich glaube nicht, dass es Sanktionen geben wird, weil dieser Schritt einfach zu drastisch ist, und die Europäer noch nicht entschlossen und die EU nicht vereinigt genug ist, diesen Schritt auch tatsächlich zu gehen. Bestimmte Länder wie Ungarn oder Österreich würden dem

nicht zustimmen. Was mich aber natürlich stört und beunruhigt, ist, dass alle krankhaften und schrecklichen Probleme auf der Welt ignoriert werden, und man sich nur auf Israel und die Juden fokussiert. Wie Juden handeln, was Juden machen, was die Juden frühstücken, wo die Juden wandern – das ist ekelhaft, wirklich.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Der Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen, Dr. Christoph Heusgen, wurde im letzten Jahr vom Simon Wiesenthal Center als Antisemit bezeichnet. War es für Israelis nicht verwunderlich, dass ausgerechnet der israelische Botschafter Issacharoff Kritik an dieser Ernennung äußerte und Heusgen in Schutz nahm?

Yonatan Shay: Ich möchte noch hinzufügen, dass zur Zeit wieder ein namhafter deutscher Diplomat als Kandidat für die Ernennung zum Antisemiten beim Simon Wiesenthal Center gelistet ist. Sein Name ist Andreas Görgen. Dann wären es schon zwei deutsche Diplomaten auf der Liste der Top-Antisemiten, und das wäre ein Armutszeugnis für Deutschland. Wenn eine professionelle, anständige Institution mit voller Integrität wie das Simon Wiesenthal Center deutsche Leute als Antisemiten bezeichnen will, dann ist das wirklich ein Tiefpunkt der deutsch-israelischen Beziehung und auch ein Stich in den Rücken für die Juden in Deutschland.

Aber zum Botschafter. Es ist skandalös, was er gemacht hat. Er hat unseren Feinden in die Hände gespielt. Er sollte sich bei diesen Anschuldigungen nicht einmischen und nicht jemanden verteidigen, der ohne jeden Zweifel Israel verachtet und hasst. Das bringt absolut nichts. Jeder weiß, dass Heusgen Israel verachtet und hasst, vielleicht auch Juden. Er hat Israel und Nordkorea, und die Raketen der Hamas mit den israelischen Bulldozern, die die Häuser von Terroristen zur Abschreckung zerstören, gleichgesetzt. Warum also um Gottes Willen musste der israelische Botschafter diesen Israelhasser verteidigen? Niemand hat das so richtig verstanden. Das war eine dumme Entscheidung. Ich glaube, dass ein Grund dafür ist, dass der Botschafter kein Deutsch kann. Er kann die Medien nicht lesen und nicht verstehen, was um ihn herum passiert. Das war alles ein riesiger Fehler.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Es gab auch Kritik an Issacharoff, weil sein Sohn als Sprecher für die israelkritische Organisation "Breaking the silence" gearbeitet hat. Sehen Sie die israelischen Interessen in diesen politisch angespannten Zeiten zwischen Deutschland und Israel durch Botschafter Issacharoff gut vertreten?

Yonatan Shay: Nein, auf keinen Fall. In dem Moment als er mitbekommen hat, dass sein Sohn für "Breaking the silence" arbeitet, hätte er kündigen müssen. Ich sehe da einen glasklaren Interessenkonflikt. Er kann nicht als Botschafter tätig sein, wenn sein Sohn gegen Israel und den jüdischen Staat agiert. Sein Sohn war Sprecher einer Organisation, die absichtlich viele antizionistische Lügen und Märchen verbreitet, um Israel zu schädigen und weltweit zu dämonisieren. Warum? Für Ruhm und Aufmerksamkeit und ein bisschen Geld.

Seine Leistung als Botschafter muss auch daran gemessen werden, wie sehr er es vermag klarzustellen, sich von der subversiven Tätigkeit seines Sohnes gegen Israel glaubhaft abzugrenzen. Gelingt ihm das nicht, dann ist er meiner Meinung nach nicht der Richtige, Israel in Deutschland zu vertreten und diese - angesichts der deutschen Geschichte - bedeutsame und schwierige Position innezuhaben.

Jedenfalls muss festgehalten werden, dass der Schaden, den "Breaking the Silence" gegen Israel anrichtet, und das ständig ausgenutzte Alibi, dass die Bewegung den Israel-Feinden liefert, in seiner Wirksamkeit kaum zu überschätzen sind.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Was wünschen Sie sich von den offiziellen jüdischen Vertretern und Verbänden in Deutschland in der Beziehung zu Israel? Sehen Sie in diesem Fall eine ausreichende Solidarität und klare Positionierung?

Yonatan Shay: Ich wünsche mir, dass die jüdischen Organisationen und Verbände in Deutschland anwachsen und sich stärker bemühen, Israel zu verteidigen und zu Israel zu stehen. Ich glaube, dass sie das aktuell nicht genug tun. Sie verstehen nicht, dass Israel ihre Lebensversicherung ist. In mehreren Teilen Deutschlands fühlen sich die Juden noch relativ sicher, deswegen sehen sie dort immer noch ihre Zukunft. Das finde ich auch voll in Ordnung. Aber sie sollten auch verstehen, dass sich besonders wegen des zunehmenden, vor allem islamischen Judenhasses alles in ein paar Tagen, paar Wochen, ändern kann, und dann könnte es zu spät für sie sein. Sie sollten müssen begreifen, dass sie, wenn sie für Israel einsetzen, auch für das jüdische Volk und damit für ihre Zukunft kämpfen. Wenn man etwas für das

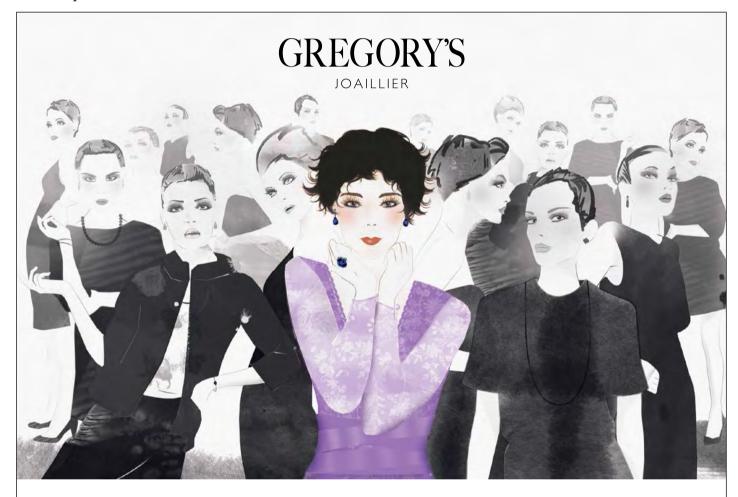
jüdische Leben und Israel tut, erzeugt man dabei eine bessere und tolerantere Gesellschaft. Ich glaube, die mangelnde Sensibilität und Gleichgültigkeit gegenüber den Gefahren für jüdisches Leben und Israel existiert auch bei einigen jüdische Organisationen in Deutschland, die sich zu viel mit inneren Streitereien beschäftigen und dem Establishment, also den deutschen Behörden, gegenüber zu willfährig und unkritisch in Bezug auf deren Israelpolitik sind. Deswegen stehen die meisten jüdischen Organisationen nicht eindeutig hinter Israel. Sie verteidigen Israel nur nebenbei und nicht als ein Kern ihrer Politik. Und das finde ich sehr, sehr bedauerlich und lässt Zweifel an ihrer Vertretungsberechtigung für die Juden in Deutschland aufkommen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Israel wird weltweit als Vorbild bei der Pandemie-Bekämpfung beim Coronavirus gesehen. In Deutschland kommt es wiederholt zu Meldungen, dass die Zahl der Neuinfektionen in Israel wieder massiv ansteigt und, dass die zweite Welle auf Israel zurollt. Wie erleben Sie aktuell die Pandemie-Situation in Israel?

Yonatan Shay: Es gibt im Moment in Israel eine riesige Auseinandersetzung zwischen Politikern und Journalisten, ob wir schon in der zweiten Welle sind, oder ob es noch eine Fortsetzung der ersten Welle ist. Auf jeden Fall erleben wir gerade eine Verschlimmerung der Epidemie. Die Anzahl der Corona-Infizierten in Israel hat sich innerhalb von zweieinhalb Wochen verdoppelt. Wenn wir draußen spazieren gehen, wirkt alles normal. Das Leben ist fast wieder wie früher mit Ausnahme der weggefallenen Veranstaltungen. Alle – außer der Kulturbranche – arbeiten wieder mit 100 % Kapazität. Aber die drastischen Schritte kommen noch. Die Regierung hat dies schon mehrmals angekündigt. Es ist nur noch eine Frage von Tagen, bis wieder drastische Schritte unternommen werden. Im Moment ist es eine Frage der Zeit bis zum nächsten Lockdown.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Herr Shay, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Michal Kornblum.



Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack, Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Geliebter alter Schmuck hat oft einen Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregroy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvoranschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel,030 88917555 contact@gregorysjoaillier.com www.gregorysjoaillier.com

ISRAEL № 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Verdoppelung der Alija

Trotz Corona wandern immer mehr Juden nach Israel ein.

(Israel Heute) Bis Ende 2020 werden etwa 50.000 Juden nach Israel einwandern, fast doppelt so viele wie in den vergangenen Jahren, teilten Vertreter der Jewish Agency der Knesset mit und forderten die Regierung auf, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen.

Der Ausschuss für Einwanderung, Aufnahme und Diaspora der Knesset diskutierte über die bevorstehende Alijah nach Israel, bei der Dr. Ayala Eliyahu, Forscherin am Forschungs- und Informationszentrum der Knesset, erklärte, dass die Coronavirus-Pandemie (COVID-19) und die darauf folgende globale Krise das Interesse an der Alijah stark erhöht habe.

In den nordamerikanischen und westeuropäischen Ländern gab es seit dem Ausbruch der Coronavirus-Krise einen deutlichen Anstieg der Einwanderungsanträge im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Trotz des fast weltweiten Flugverbots wurde die Einwanderung nach Israel fortgesetzt. Während der Coronakrise sind 2.693 Juden nach Israel eingewandert, ein Rückgang um 70 % im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres. Allerdings lag die Zahl der Einwanderer im Mai 2020 mit der Aufhebung einiger der COVID-19-Beschränkungen bei 957, was einem Anstieg von 260 % gegenüber April entspricht.

Shai Filber, Direktor der Einwanderungsabteilung der Jewish Agency, berichtete über eine Verdreifachung der Anträge aus Frankreich. Er hob den wirtschaftlichen Zusammenbruch vieler jüdischer Gemeinden, einschließlich etablierter Gemeinden, hervor und verwies einerseits auf die Welle des Antisemitismus und andererseits auf den erfolgreichen Umgang Israels mit der Coronavirus-Krise.



Jüdische Neueinwanderer bei ihrer Ankunft am Flughafen Ben Gurion

Ronen Foxman, ein Vertreter der Organisation Nefesh B'Nefesh, berichtete von einem starken Anstieg des Interesses an der Einwanderung aus den USA und Großbritannien um etwa 200-400 Prozent und von einem weiteren Anstieg seit der jüngsten Welle von Unruhen in den USA nach dem Tod von George Floyd.

Nefesh B'Nefesh erlebte einen 100%igen Anstieg des nordamerikanischen Interesses an der Alijah im Vergleich zu den Zahlen vom Mai 2019. Seit der Gründung von Nefesh B'Nefesh hat es in einem Monat so viel Interesse an der Einwanderung gegeben.

David Bitan, Ausschuss-Vorsitzender und Mitglied der Knesset, wies die Jewish Agency an, einen Bewertungsplan für ihre Aufnahmeoperationen, einschließlich der Eröffnung zusätzlicher Aufnahmezentren, vorzulegen. Ebenso verlangte er von der Haushaltsabteilung des Finanzministeriums, das Budget für das Ministerium für Einwanderung und Integration zu erhöhen.

Abbas droht mit Auflösung der "Palästinensischen Autonomiebehörde"

Wegen der geplanten Eingliederung einiger Teile Judäas und Samarias in das Staatsgebiet Israels, droht der "Palästinenser"-Führer mit Auflösung seiner Behörde, um entsprechend an keine Friedensabkommen mehr gebunden zu sein, an die er sich ohnehin nicht gehalten hat. Seine jetzige Drohung könnte ihm aber selbst zum Fallstrick werden, weil diese die stets drohende Machtübernahme der Hamas in seinem Gebiet begünstigen wird.

Von Ulrich W. Sahm

Noch weiß niemand, was in Kürze passieren wird. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu hat angekündigt, im Juli Teile des ursprünglich von Jordanien 1967 eroberten und besetzten Westjordanland annektieren zu wollen. Im Wesentlichen geht es ihm dabei um die fast menschenleere Jordansenke und eventuell auch noch um die großen israelischen Siedlungsblöcke, in denen ohnehin schon israelisches Recht angewandt wird, und nicht militärisches Besatzungsrecht. Auch wenn man auf den Autobahnen, darunter in der Jordansenke, zu schnell fährt, stoppt einen die israelische Zivilpolizei und nicht etwa ein Militärfahrzeug. Die Annexion, die eigentlich ein formaljuristischer Begriff für die Ausweitung der zivilen Staatsgesetze auf militärisch facto längst vollzogen zu sein.

Weil sie kein Hebräisch lesen können, behaupten gleichwohl Korrespondenten, dass im ehemals besetzten aber schon 1967 annektierten Ostjerusalem "Militärs" für Recht und Ordnung sorgen. Bei genauem Hinschauen stellt sich jedoch heraus, dass jene "Militärs" auf ihren Schulterklappen und Mützen die hebräische Aufschrift "Polizei" tragen. Wie die Bundespolizei oder der Grenzschutz in Deutschland handelt es sich demnach um eine dem Innenministerium unterstellte tiefgrün-uniformierte Polizeitruppe und nicht um "Militär".

Die "Palästinensische Autonomiebehörde" unter Machmud Abbas hat mehrfach mit ihrer eigenen Auflösung gedroht, darunter nach der Verlegung der US-Botschaft ins Niemandsland bei Jerusalem. Die im Gazastreifen

besetztes Gebiet steht, scheint also de herrschende Hamas-Organisation er- den "palästinensischen" Gebieten gut klärte gar, dass eine Umsetzung der vernetzten Journalisten. Am Mittwoch, Annexionspläne einer "Kriegserklärung" gleichkäme. Das bedeutet wohl, dass die Hamas den Beschuss Israels mit Tausenden Raketen, wobei Häuser, Autos und Wälder zerstört und Menschen getötet wurden, nicht als "Kriegerklärung", sondern vielleicht als freundschaftliche Nachbarschaftsgrüße interpretiert werden müssten.

Während bisher den Drohungen der Autonomiebehörde kaum konkrete Schritte folgten, scheint es Präsident Abbas diesmal ernster zu meinen. Israelische Korrespondenten für arabische Angelegenheiten berichten, dass Abbas die Weisung ausgegeben habe, alle Waffen der Polizei und Sicherheitsdienste zu registrieren und einzusammeln. Dieser Schritt sei schon weitgehend vollzogen, berichten die in

sowie Netanjahu die angekündigte Annexion vollzieht, sollen Lastwagen die eingesammelten Waffen mitsamt Munition nach Beth El bringen, um sie im Hauptquartier der israelischen Militärbehörden im Westjordanland zu übergeben. Ab dann sei es wieder die Aufgabe der Israelis, für Recht und Ordnung zu sorgen. Denn dieser Schritt käme einer Auflösung der Autonomiebehörde gleich, wobei die "palästinensische" Polizei sich dann nicht einmal mehr gegen eine gewaltsame Machtübernahme durch die Hamas oder gegen Terroranschläge wehren könnte.

Diese Schritte, auch wenn sie noch nicht vollzogen sind, haben in Israel schon große Besorgnis ausgelöst. Das Militär bereitet sich schon auf Ausschreitungen im Westjordanland vor.

№ 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Die Lüge über Israel als "westlicher Fremd-körper" in der Region des Nahen Ostens Wie westliche und islamische Länder den in dieser Region beheimateten Staat Israel

geschichtsklitternd mit dem Stigma des Kolonialismus versehen wollen.

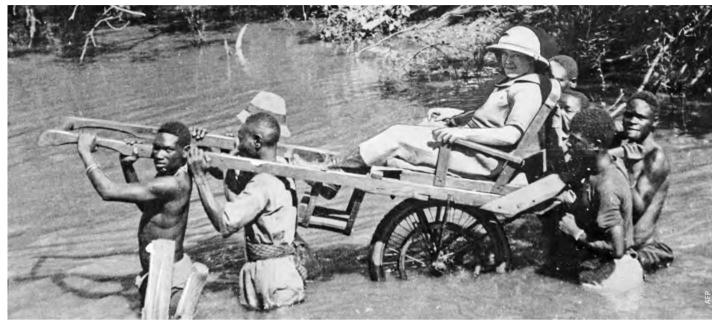
Von Raimund Fastenbauer (Mena Watch)

Das 19. Jahrhundert zeichnete sich durch die Entstehung von Nationalbewegungen aus, es kam zur Errichtung des Deutschen Reiches, es gab eine italienische Nationalbewegung und solche der slawisch geprägten Länder. Oft kam es zum "Volkstumskampf", der Auseinandersetzung zwischen ihnen. Für die Juden, die jedenfalls in Westeuropa den Weg der Emanzipation in der bürgerlichen Gesellschaft suchten, war kein Platz in diesem Denken.

Zwischen bürgerlicher Emanzipation, Engagement in der sozialistischen Bewegung und Abkapselung der Orthodoxie war der Zionismus als profanisierte nationale Verwendung religiösen Gedankengutes innerjüdisch ursprünglich ein Minderheitenprogramm. Die Geschichte aber hat ihm Recht gegeben.

Der Nationalismus führte Europa in zwei Weltkriege und in die Katastrophe der Schoah. Die Europäische Union war als Antwort darauf gedacht, um das Geschehene zu überwinden und durch einen Europagedanken zu ersetzen.

Die Juden, auch jene in Israel, werden an diesem Gedankengut gemessen, das auf der friedlichen Lösung von Konflikten beruht. Dabei wird die Geschichte des Konfliktes zwischen Juden und Arabern ausgeblendet, arabische Angriffskriege und Verweigerungen zu Verhandlungen werden vergessen. Während die Juden geistesgeschichtlich Europa zugezählt werden, fehlt es dennoch an Verständnis für die Bedeutung des Staates Israel als jüdischem Staat für das Weiterbestehen des Judentums gerade nach und



Mit Imperialisten (hier in der französischen Kolonie Senegal) wollen zahlreiche westliche Akteure fälschlicherweise den jüdischen Staat Israel auf eine Stufe stellen.

wegen der Schoah. Die Erinnerung an das einmalige Verbrechen verblasst.

Schlechtes Gewissen als Instrument gegen Israel

Die arabische Gegenseite, nicht zuletzt wegen des schlechten Gewissens aufgrund des Kolonialismus, wird quasi der Dritten Welt zugezählt. An sie werden, wenn überhaupt, viel geringere moralische Ansprüche gestellt. Dieses "whitening of the Jews" findet sich heute auch bei der teilweise islamistisch beeinflussten "Black Lives Matter"-Bewegung in Amerika. Eine eigenartige Koalition zwischen Linken und klerikalen Vertretern eines politischen Islam entsteht. Umgekehrt richten weiße Rassisten ihre Aggression auch gegen Juden, wie gegen alle Minderheiten.

Europäische Politiker versuchen im Moment, Israel - wie britische Kolonialoffiziere einen Eingeborenenstamm - über das gewünschte Wohlverhalten zu belehren.

Diesem Nichtverstehen gesellt sich v. a. in Österreich und Deutschland ein schlechtes Gewissen ob der Beteiligung oder dem Wegschauen der Eltern- und Großelterngeneration an der Schoah hinzu. Einerseits entwickelte sich eine ritualisierte Gedenkkultur bei der an einschlägigen Jahrestagen "Niemals wieder!" gerufen wird. Andererseits wird in einer Umdrehung des alten antisemitischen Motivs "Auge um Auge, Zahn um Zahn" nun

den Juden in Israel Völkermord unterstellt und Gaza mit dem Warschauer Ghetto verglichen. Wenn die Juden also auch Mörder sind, ist man quasi quitt.

Dann kann man auch als Europäer mit gutem Gewissen Geschäfte mit jenen machen, die nach der Vernichtung der Juden rufen. Der Unterschied zu den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ist nur, dass diese Leute heute im Iran sitzen.

Raimund Fastenbauer ist Generalsekretär der IKG in Ruhe, Vizepräsident der Bnai Brith, Mitglied von Mauthausenkomitee und DÖW, und seit Jahren aktiv in der Bekämpfung alter und neuer Formen des Antisemitismus.

Rettungsschirm für Terrorrenten

Die "Palästinensische Autonomiebehörde" gründet eigene Banken, um weiter Geldzugänge aus dem westlichen Ausland zu gewährleisten, und trotz aktueller israelischer Gegenmaßnahmen weiterhin arabische Mörder mit sogenannten "Märtyrerrenten" zu belohnen.

Von Stefan Frank (Mena Watch)

Die "Palästinensische Autonomiebehörde" (PA) will eine eigene Bank gründen, um israelischem Druck zum Trotz weiterhin Terrorrenten auszahlen zu können. Das hat Qadri Abu Baker, der Vorsitzende der PLO-Kommission für die Angelegenheiten von Gefangenen, laut einem Bericht des israelischen Terrorismusforschungsinstituts "Meir Amit Intelligence and Terrorism Information Center" (MAITC) am 1. Juni 2020 angekündigt.

Wie Mena-Watch berichtet hatte, hatten Banken in den "Palästinensischen Autonomiegebieten" am 9. Mai einen israelischen Militärbefehl erhalten, der es ab dem 1. Juni 2020 untersagt, Beihilfe zum Terrorismus zu leisten, etwa durch die Auszahlung von "Renten" an in Israel inhaftierte Terroristen oder die Familien von Terroristen ("Märtyrerrenten").

Schon Anfang Mai hatten einige betroffene Kreditinstitute offenbar angefangen, sich nach dem neuen Gesetz zu richten und die Konten von verurteilten Terroristen aufgelöst. In der Folge waren Bankfilialen in den "Palästinensischen Autonomiegebieten" zum Ziel von Angriffen und Drohungen bewaffneter Mobs geworden, unter ihnen offenbar zahlreiche Angehörige

der Fatah. Auf die Fassade der Filiale der Cairo Amman Bank in Dschenin wurde mit Gewehren geschossen.

PA sieht Banken besetzt

Der "palästinensische" Ministerpräsident Mohammad Shtayyeh ordnete die Bildung eines Komitees an, das Möglichkeiten zur Reaktion prüfen sollte. Qadri Abu Baker, der Vorsitzende der PLO-Kommission für die Angelegenheiten von Gefangenen, nannte die israelische Maßnahme gegenüber der Nachrichtenseite "The Media Line" einen "Akt der Piraterie". Schon in der Vergangenheit habe die israelische Regierung einen Teil der im Auftrag der PA eingezogenen Zölle und Steuern einbehalten. "Diesmal sind sowohl die Gelder für die palästinensischen Gefangenen als auch

für die Märtyrer bedroht", sagte er weiter. Qadura Fares, ein ehemaliger Minister und derzeitiger Vorsitzende der "palästinensischen" Gefangenengesellschaft, sagte, die neue Politik der IDF laufe darauf hinaus, israelische Souveränität über "palästinensische" Institutionen herzustellen, die sich nach "palästinensischen" Gesetzen zu richten hätten. "Sie besetzt wieder das Westjordanland", sagte er. Die Banken unterlägen der "palästinensischen" Finanzbehörde. "Sie sollten Befehle von der Partei

entgegennehmen, die ihnen gestattet, zu operieren und sie beschützt. Jede Bank, die der [israelischen] Entscheidung nachkommt, wird dafür die Verantwortung tragen", drohte er.

Namentlich erwähnte Fares die Cairo Amman Bank, die Empfänger der Gelder aufgefordert hatte, in die Filiale zu kommen und ihre Konten schließen. Solche Schritte würden "sowohl offiziell als auch vor dem Gericht der öffentlichen Meinung vollständig abgelehnt", so Fares.

Probleme in den USA und eine neue Staatsbank

Ein "palästinensischer" Bankier, der unter der Bedingung der Anonymität mit "The Media Line" sprach, sagte, die Cairo American Bank und andere in den "Palästinensischen Autonomiegebieten" operierende Kreditinstitute stünden in den Vereinigten Staaten vor rechtlichen Komplikationen, weil Israelis sie wegen "Finanzierung des Terrorismus" verklagen wollten.

"Die PA ist nicht in der Lage, die Banken zu schützen", sagte der Bankier, da alle Finanzinstitute das SWIFT-Netzwerk (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) für US-Transaktionen nutzten und den amerikanischen Vorschriften unterlägen, nach denen alle ihre Vermögenswerte eingefroren werden

Wie das MAITC berichtet, hat die PA-Regierung die Gründung der neuen Staatsbank zum Stichtag 1. Juni bereits genehmigt, nur die Bestätigung durch PA-Präsident Abbas stehe noch aus. Bis dahin sollen die Banken die Gelder wie gewohnt auszahlen.

Laut Abu Baker habe Israel die für die PA eingetriebenen Steuern und Zölle im März und April vollständig überwiesen. Bestätigten Berichten zufolge habe Israels neuer Verteidigungsminister Benny Gantz entschieden, die Durchsetzung des Erlasses gegenüber den Banken für 45 Tage auszusetzen. Das MAITC schreibt:

"Die Sicherheitsbehörden wurden angewiesen, die Wirksamkeit des Befehls zu prüfen und andere Möglichkeiten zu finden, um den Transfer von Mitteln zur Finanzierung des Terrorismus zu verhindern. Die Quellen fügten hinzu, dass die Anordnung nach 45 Tagen möglicherweise erneut durchgesetzt wird."

In der Vergangenheit hatte PA-Präsident Machmud Abbas immer wieder die Wichtigkeit der Terrorismusförderung betont und gesagt, solange er in seinen Händen "auch nur einen einzigen Penny habe", sei der für die Unterstützung der "Märtyrer", der Gefangenen und ihrer Familien bestimmt.

ISRAEL № 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Konstellation Trump-Netanjahu: Eine besondere Chance auf die Wiedervereinigung Israels mit seinen historisch legitimierten Gebieten in Judäa und Samaria

Wie unter keinem anderen US-Präsidenten bekommt Israel nunmehr unter Donald Trump die Möglichkeit zumindest zur teilweisen Wiederherstellung seines uralten jüdischen Staatsgebietes.



Von Thomas M. Eppinger

Israels Premierminister bei einem Besuch in Ariel, der jüdischen "Hauptstadt Samarias".

Mit dem Trump-Plan öffnete sich für Israel ein historisches Zeitfenster, seinen staatsrechtlichen Rahmen an die Realität anzupassen. Es ist ein historischer Moment, ähnlich jenem der deutschen Wiedervereinigung. Lässt man solche Momente ungenutzt verstreichen, ist nicht sicher, wann und ob sie überhaupt je wiederkehren.

Wie lange dieses Fenster offensteht, hängt vom Ergebnis der amerikanischen Wahlen ab. In welchem Ausmaß Israel dieses Fenster nun nutzen will und kann, ist zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Zeilen völlig offen.

Der "Peace to Prosperity"-Plan sieht die Eingliederung von rund 30 % des historischen Judäa und Samaria – des heutigen "Westjordanlandes" – in israelisches Hoheitsgebiet vor und umfasst bestehende Siedlungsblöcke, das Jordan-Tal und einige unbewohnte Gebiete.

Noch ist nicht bekannt, ob die israelische Regierung plant, dieses Gebiet zur Gänze einzugliedern, und wenn ja, ob dies in einem Rutsch oder in Etappen erfolgen soll. Am Wahrscheinlichsten ist, dass die Souveränität in einem ersten Schritt auf Siedlungsblöcke ausgedehnt werden soll, die Israel seit Jahrzehnten kontrolliert.

Anpassung von Recht an Realität

Die ungefähr 400.000 Juden in den sogenannten "Siedlungen", allesamt israelische Staatsbürger, wären fortan nicht mehr der Autorität einer von den israelischen Streitkräften kontrollierten Zivilverwaltung unterstellt, sondern denselben Behörden wie ihre Freunde und Familien in Israel, die meist nur wenige Autominuten entfernt leben.

Zum Beispiel wäre für Baugenehmigungen dann nicht mehr das Verteidigungsministerium zuständig, sondern das Wohnungsministerium, wie für den Rest des Landes auch. Für die Israelis in den betroffenen Gebieten würde eine Ausweitung der Souveränität eine Entmilitarisierung ihrer Verwaltung und administrative und rechtliche Gleichstellung mit allen anderen israelischen Bürgern bedeuten.

Für die "Palästinenser" änderte sich nichts: es geht ausschließlich um einen Teil jener Gebiete, die in den Osloer Abkommen als "C-Gebiete" bezeichnet werden, die also schon jetzt unter ausschließlich israelischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung stehen. A-Gebiete stehen unter ausschließlicher "palästinensischer" Zivil- und Sicherheitsverwaltung und B-Gebiete unter "palästinensischer" Zivil- und gemeinsamer israelisch-"palästinensischer" Sicherheitsverwaltung.

So wie es den "Palästinensern" obliegt, ihre Verwaltung in den A-Gebieten zu organisieren, ist es Sache der Israelis, wie sie die C-Gebiete verwalten.

Der völkerrechtliche, historische und kulturelle Anspruch von Juden, an diesen Orten zu leben, wird Gegenstand weiterer Betrachtungen an dieser Stelle sein. Ohne diesen vorzugreifen: Niemand kann annehmen, dass – unter welchem Friedensabkommen auch immer – Siedlungsblöcke wie Ma'ale Adumim, Modi'in Ilit, Ariel oder Gusch Etzion jemals Teil eines "palästinensischen" Staates sein würden. Sie in das israelische Staatsgebiet einzugliedern, ist nur eine Anpassung von Recht an Realität.

Auch wenn die Ausweitung israelischer Souveränität auf bestehende, von Israel anerkannte Siedlungen für darin lebende Israelis wenig ändert und für "Palästinenser" nichts: Für den Friedensprozess zwischen Israel und den "Palästinensern" ist sie ein Paradigmenwechsel: nicht länger bilden "palästinensische" Phantasien die Verhandlungsbasis für eine Zwei-Staaten-Lösung, sondern die Wirklichkeit vor Ort.

"Palästinensische" Verweigerung

Irgendwann wird sich Israel aus der Geiselhaft der "palästinensischen" Verweigerungshaltung befreien müssen, die Ausweitung der Souveränität könnte ein Anfang sein.

Denn entgegen der landläufigen Darstellung ist nicht die Existenz von jüdischen Gemeinden im Westjordanland das Hindernis für einen "palästinensischen" Staat, sondern dass die "Palästinenser" die Existenz ganz Israels als Hindernis betrachten. In einem Palästina "from the river to the sea" hat ein jüdischer Staat keinen Platz. Einen "palästinensischen" Staat in friedlicher Ko-

existenz mit Israel könnten die "Palästinenser" seit Jahrzehnten haben.

Seit 10 Jahren verweigert die "Palästinensische Autonomiebehörde" jegliche Teilnahme an Friedensgesprächen mit Israel. Dass sie den "Peace to Prosperity"-Plan von vornherein unter anderem mit dem Argument abgelehnt hat, er wäre ohne ihre Mitwirkung entstanden, ist eine Chuzpe. Wenn man die Einladung zu einer Party ausschlägt, kann man sich hinterher nicht darüber beschweren, dass man nicht dabei war.

Diese kompromisslose "Alles-odernichts"-Haltung hat eine lange und unselige Tradition. Schon vor der Staatsgründung Israels hatten die arabischen Länder jeden Teilungsplan für den nach der Abspaltung von Transjordanien verbliebenen Rest des britischen Mandatsgebietes abgelehnt: 1937 den Plan der Peel-Kommission, 1947 den Teilungsplan der Vereinten Nationen.

2008 hat sich Machmud Abbas geweigert, über das Angebot des damaligen israelischen Premiers Ehud Olmert auch nur zu verhandeln, der den "Palästinensern" zwanzig Quadratkilometer mehr Land angeboten hatte, als die gesamte Fläche des Westjordanlandes und des Gazastreifens beträgt, dazu den mehrheitlich arabisch bewohnten Teil Jerusalems als Hauptstadt.

Im Jahr 2000 hatte Ehud Barak in Camp David angeboten, sich aus 97 Prozent des Westjordanlandes und 100 Prozent des Gazastreifens zurückzuziehen № 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

ISRAEL
25

und 63 isolierte Siedlungen aufzulösen. Als Kompensation für die verbliebenen 3 % wollte Barak Territorium im Negev aufgeben, was die Größe des Gazastreifens um etwa ein Drittel vergrößert hätte, und machte die bis dahin weitreichendsten Zugeständnisse in Bezug auf Jerusalem.

Terror statt Frieden

Bill Clinton ließ später keinen Zweifel daran, dass Jassir Arafat die Schuld am Scheitern von Camp David trug. Arafats Antwort auf Israels Angebot war die als "Zweite Intifada" bekannt gewordene, jahrelange Terrorwelle, in der mehr als 1.000 Israelis ermordet und über 7.000 verletzt wurden.

Die zentrale Formel der Osloer Abkommen aus den 90er Jahren, "Land für Frieden", hat sich für Israel nicht erfüllt. Im Mai 2000 zog Israel seine Truppen aus dem Süd-Libanon ab. Heute zielen aus dem Libanon ca. 130.000 Raketen auf Israel. Sie stehen unter dem Kommando der Hisbollah, dem dortigen Stellvertreter des Iran.

2005 ließ Premier Ariel Scharon alle 21 Siedlungen im Gaza-Streifen räumen, im nördlichen Westjordanland gab er vier Siedlungen auf. Die Folge des vollständigen Rückzugs aus dem Gaza-Streifen waren der bis heute nicht enden wollende Raketenbeschuss und andere Angriffe.

Das Prinzip zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte: Wenn Israel Land aufgibt, sehen seine Gegner das als Zeichen von Schwäche und reagieren mit neuen Angriffen oder Anschlägen. Wer israelische "Siedlungen" für das wesentliche Hindernis einer Einigung zwischen Israel und den "Palästinensern" hält, ignoriert den gesamten bisherigen Verlauf des Konflikts.

Die "Gewaltspirale"

Gegründet 1964, galt die PLO (Palestine Liberation Organization) noch 1993 als "die reichste aller terroristischen Organisationen", mit einem Vermögen von 8 bis 10 Milliarden Dollar und einem jährlichen Einkommen von 1,5 bis 2 Milliarden Dollar aus "Spenden, Erpressung, Bestechungsgeldern, illegalem Waffenhandel, Drogenhandel, Geldwäsche, Betrug usw."

Seit den 1970er Jahren hatte sie ihre Mittel dazu verwendet, ihre Agenda in den Fokus der Weltöffentlichkeit zu bomben. Organisationen unter ihrem Dach haben den Kampf gegen Israel in die ganze Welt getragen und ungezählte Terroranschläge geplant und ausgeführt. Sie haben Schulbusse in die Luft gesprengt, Flugzeuge und ein Kreuzfahrtschiff entführt, Schulen, Hotels und die Olympischen Spiele überfallen und unzählige Mordanschläge auf israelische Bürger verübt.

Heute ist die PLO bei den Vereinten Nationen als "Vertreter des palästinensischen Volkes" anerkannt.

Das ist die wahre "Spirale der Gewalt": Gewalt führt immer dann zu neuer Gewalt, wenn sie in der Vergangenheit erfolgreich war. Für die PLO hat sie sich in jeder Hinsicht ausgezahlt.

Solange die "palästinensische" Führung darauf hoffen kann, den Nationalstaat des jüdischen Volkes mit militärischen oder demografischen Mitteln zu überwinden, wird es keinen Frieden geben. Die "Spirale der Gewalt" beenden kann nur, wer diese Illusion zerstört. Eine Ausweitung der israelischen Souveränität auf Gebiete, von denen sicher ist, dass sie niemals Teil eines "palästinensischen" Staates sein werden, ist ein erster Schritt zu einem realistischen Friedensprozess.



Jüdische Siedler beim Frühstück in einem Café in Ariel (Samaria)

Und Europa?

Die EU sieht ihre Rolle im Wesentlichen als neutraler Makler im Konflikt und klammert sich an das Osloer Abkommen. Beides ist falsch.

Zum einen ist es keine neutrale Position, immer nur auf eine Seite politischen Druck auszuüben, während man das Torpedieren des Friedensprozesses der anderen Seite hinnimmt, ohne irgendwelche Konsequenzen daraus zu ziehen. Doch selbst eine neutrale Position wäre Ausdruck einer fatalen Fehleinschätzung der eigenen Interessen und Möglichkeiten, eine einseitig "palästinensische" ist es umso mehr.

um Israel oder die USA handelt. Auch in Bezug auf Wirtschaft, Technologie, Wissenschaft und Forschung ist ein enges Verhältnis zu Israel von vitalem europäischem Interesse.

Geänderte Verhältnisse

Zum anderen hat sich die Welt seit den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts völlig verändert. Die arabische Welt ist mit Israel inzwischen eng verknüpft. Humanitär, wirtschaftlich, kulturell und vor allem sicherheitspolitisch.

Denn das Hegemoniestreben des Iran ist nicht nur für Israel die größte Bedrohung von außen, sondern auch für die araDie Israelis, einschließlich der mehr als 20 Prozent arabischen, können mit dem Status Quo leben und ihren Kindern eine Zukunft bieten. Für die "palästinensische" Bevölkerung gilt das nicht – die wird von der eigenen Führung um ihre Zukunft gebracht, und sie weiß das auch.

Ein Fazit

Israel kann jetzt in einem möglicherweise sehr kurzen historischen Zeitfenster Parameter für alle künftigen Verhandlungen setzen. Die Ausweitung der israelischen Souveränität auf Gebiete, die ohnehin nie Teil eines "palästinensischen" Staates sein werden, bildet die Realität ab, anstatt sie auszublenden. Sie ist somit ein Schritt in einen realistischen Friedensprozess, der nicht von vornherein an "palästinensischen" Illusionen scheitert.

Die Eingliederung ist auch der Eintritt in einen Friedensprozess, wie er im "Peace-to-Prosperity"-Planskizziert wird, der in einer Zweistaatenlösung mündet. Daher die von rechter Seite in Israel geäußerte Kritik an der Eingliederung.

Der Trump-Plan eröffnet der "palästinensischen" Bevölkerung in den Autonomiegebieten einen Weg zu Wohlstand, Frieden und Freiheit in friedlicher Koexistenz mit Israel. Sein Erfolg hängt nicht vom Willen der "palästinensischen" Führung ab, sondern davon, ob er gegen sie durchgesetzt werden kann.

Zu entscheiden, ob diese Perspektive die Risiken wert ist, obliegt allein der israelischen Regierung. Europa kann Israels Sicherheit nicht sicherstellen und hat nicht darüber zu befinden, was für Israel richtig oder falsch ist. Wenn Europa einen Beitrag zu einer dauerhaften Friedenslösung leisten will, muss es sich an die Seite Israels stellen – wo nötig auch gegen die "Palästinensische Autonomiebehörde".

Dies liegt nicht nur im ureigensten europäischen Interesse, sondern ist auch eine Konsequenz aus der Geschichte Europas. Der Kontinent kann sich nicht auf Dauer mit dem Gedenken an die auf seinem Boden ermordeten Juden von seiner Verantwortung für die lebenden freikau-

Irgendwann wird sich Israel aus der Geiselhaft der "palästinensischen" Verweigerungshaltung befreien müssen.

Europa hat weder die Mittel noch die Fähigkeiten, die Sicherheit Israels zu gewährleisten. Das kann nur Israel selbst. Billigt man Israel nicht zu, selbst zu entscheiden, welche Maßnahmen es für seine Sicherheit ergreift, verkommt jedes Bekenntnis zum Existenzrecht des jüdischen Staates zur Makulatur. Die Existenz Israels hängt von seiner Sicherheitspolitik ab, Europa muss sich deklarieren.

Zumal über die Politik Israels die Bevölkerung an der Wahlurne entscheidet, während im Gaza-Streifen die Hamas 2007 eine blutige Gewaltherrschaft errichtet hat, und in den Autonomiegebieten Machmud Abbas gerade im 15. Jahr seiner vierjährigen Amtszeit ist. Dass weite Teile der europäischen Politik auf Äquidistanz zu Demokratie und Diktatur bestehen, ist gerade angesichts der Geschichte des Kontinents und der bei jeder Gelegenheit beschworenen europäischen Werte nur schwer zu begreifen.

Umgekehrt ist die Zusammenarbeit mit Israel für Europas Sicherheit essenziell. Wenn von einem Terroranschlag berichtet wird, der aufgrund des Hinweises eines befreundeten Landes vereitelt werden konnte, kann man fast immer davon ausgehen, dass es sich bei diesem Land

bischen Länder. Diese haben, ungeachtet gelegentlicher rhetorischer Pflichtübungen, die Vorteile der Zusammenarbeit mit Israel erkannt. Sie werden sie nicht aufgeben, nur weil sich der rechtliche Status eines kleinen Teils des Westjordanlandes ändert.

Europa aber agiert noch immer wie im vorigen Jahrhundert, als seine Nahostpolitik von der Abhängigkeit von arabischem Öl (Stichwort: Erdölkrise) bestimmt war, vom Kalten Krieg und dem Versuch, Terroranschläge durch Entgegenkommen gegenüber den "Palästinensern" vom eigenen Boden fernzuhalten.

All das ist längst Geschichte. Heute sind die USA Netto-Exporteur von Öl und Gas, und die Energiefrage des 21. Jahrhunderts lautet nicht mehr: "Woher kommt das Öl?", sondern: "Woher kommt der Strom?"

Dennoch hält Europa verbissen an Mustern fest, die vor 30 Jahren unter völlig anderen Bedingungen entwickelt worden sind, anstatt die neugewonnenen Spielräume zu nutzen. Dies gilt auch für den Oslo-Prozess, der in fast 30 Jahren keinen Frieden gebracht, sondern nur die Macht der korrupten "palästinensischen" Eliten gefestigt hat.

6 ISRAEL № 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Warum Judäa und Samaria eine höhere Bedeutung für Israel haben als Gaza

Das größere politisch-religiöse Interesse Israels an Judäa und Samaria beruht darauf, dass der Gazastreifen genauso wie der Sinai trotz langer jüdischer Präsenz niemals Teil eines jüdischen Staates werden sollte.



Von Ulrich Sahm

2005 transportieren israelische Grenzpolizisten jüdische Siedler aus Gusch Katif im Gazastreifen ab. Diese einseitige Landhergabe von Seiten Israels hat sich für den jüdischen Staat nicht gelohnt. Seit dem Rückzug beschießt die Hamas von Gaza aus das Land mit Raketen.

Die Kritiker der israelischen Besatzungspolitik wähnen stets unfehlbare, mächtige Verbündete auf ihrer Seite zu haben. Mal ist es das ominöse "Völkerrecht", meist ohne zu sagen, auf welchen Kodex und welchen Paragraphen des Völkerrechts sie sich berufen. Dann gibt es willkürlich herausgepickte palästinensische "Ansprüche", die erfüllt werden müssten, damit beide Völker "friedlich Seite an Seite" leben könnten. Doch andere "Ansprüche" und Forderungen der "Palästinenser", die nicht so recht in die eigenen Konzepte passen, werden einfach ignoriert. Genauso eigenmächtig wird die Geschichte zusammengebastelt, damit alles passt. So werden offiziell ausgehandelte Waffenstillstandslinien in "international anerkannte Grenzen" umgewandelt, was sie aber nie waren. Hierzu könnte man wunderbar Parallelen in der deutschen Vergangenheit aufzeigen, wie unhaltbar solche Methoden sind. So waren die alten Zonengrenzen mitten in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg eben nur "Linien", aber keine "international anerkannte Staatsgrenzen". Dabei war doch die Grenze zur sowjetischen Besatzungszone durchaus auch mal eine "Staatsgrenze" zwischen BRD und DDR. Und da es einige Staaten, vor allem im Ostblock gab, die sie anerkannten, könnte man durchaus von einer "internationalen Anerkennung"

sprechen. Bekanntlich hat die Bonner Republik das so nicht gesehen und im Rahmen der Wiedervereinigung die DDR geschluckt. Man könnte nun auch behaupten, dass sie "illegal besetzt" worden sei.

Wenn man nun die israelische Politik betrachtet und analysiert, sollte man genauso klare Maßstäbe ansetzen und die wahren israelischen Beweggründe beachten, auch wenn sie zum Beispiel von Deutschen nur schwer nachvollziehbar sind.

Die sogenannten "besetzten Gebiete" hat Israel im Krieg von 1967 erobert. Natürlich wird bis heute diskutiert, wer diesen Krieg begonnen hat. Einerseits hat Israel mit einem "Präventivschlag" erst einmal die ägyptische Luftwaffe am Boden zerstört und so den Ausgang dieses Krieges zu seinen Gunsten bestimmt. Doch die Ägypter und Syrer hatten eine Vielzahl von Aktionen durchgeführt, die einwandfrei als Kriegsakte, Provokation oder Kriegserklärungen gesehen werden können und müssen. Dazu gehörte die Absperrung der Meeresenge von Tiran, wodurch der Hafen von Eilat für israelische Schiffe unzugänglich gemacht worden war. Dann haben die Ägypter einen Abzug der UNO-Friedenstruppen von der Grenze zwischen dem Sinai und Israel erzwungen, was als offene Kriegserklärung interpretiert worden ist. In Jerusalem hat Jordanien mit einem schweren Bombardement des jüdischen Westens der Stadt den Krieg ausgelöst. Die Israelis mussten sich wehren, wobei die Jordanier militärisches Pech hatten und nicht nur Ost-Jerusalem, sondern das ganze sogenannte Westjordanland an Israel verloren hatten. Und die Syrer schließlich hatten vor dem Krieg immer wieder die Golanhöhen benutzt, um israelische Ortschaften im Norden des Landes zu bombardieren. Ein weiterer Kriegsakt war auch deren aktives Bemühen, die Zuflüsse des Jordans abzuleiten und Israel damals von seiner wichtigsten Süßwasserquelle abzuschneiden.

Natürlich kann man all diese Vorgänge für irrelevant halten, wenn man glaubt, dass im Falle eines Krieges allein relevant ist, wer den ersten Schuss abgegeben hat. Das wäre aber wohl eine ziemlich blinde Glaubensfrage, die in der Kirche beim Gottesdienst besser aufgehoben wäre. Tatsache ist, dass es einen umfassenden Krieg gab, in dem die Israelis gesiegt und die Araber eine schwere Niederlage erlitten haben.

Wieder muss man hier einen Vergleich mit Deutschland ziehen, das einen Weltkrieg ausgelöst und eine schwere Niederlage erlitten hat. Wie Deutschland haben auch die Araber kapituliert, doch haben sie nie ihre Niederlage anerkannt. Auf Yalta haben dann die siegreichen Alliierten dann für Deutschland einen umfassenden Verlust urdeutscher Gebiete beschlossen. Dazu gehören unter anderem Königsberg, Danzig, Ostpreußen und das Elsass. Gemäß dem gleichen Prinzip hätte Israel genauso erklären können, dass ihm alle im Krieg gewonnenen Gebiete zustehen und gehören. Doch was 1945 noch für Deutschland galt, durfte 1967 nicht mehr für Israel gelten, während in dutzenden anderen Regionen der Welt Kriegsgewinne weiterhin akzeptiert wurden. Man könnte Tibet, Nordzypern, die Westsahara und Jemen erwähnen.

Sinai-Rückgabe für Frieden

Die erste Abgabe von Land geschah 1982, nachdem der ägyptische Präsident Anwar el Sadat beschlossen hatte, mit Israel Frieden zu schließen. Das war für Israel eine sehr verlockende Chance, die Kräfteverhältnisse im Nahen Osten auf den Kopf zu stellen um vielleicht endlich in Frieden mit seinen Nachbarn leben zu können. Denn Ägypten war das bevölkerungsreichste und zugleich mächtigste arabische Land in der Region. Alle strategischen Bedenken, wonach Israel nur verteidigt werden könne, wenn es an der Straße von Tiran, also in Scharm Al-Scheich, physisch präsent sei, wurden in den Wind geschlagen. Auch die vielen Siedlungen, darunter die Stadt Yamit im Norden des Sinai, waren am Ende kein Grund, die totale Räumung des Sinai zugunsten Ägyptens zu verweigern. Als Prinzip galt, dass Israel bereit war, jeden Preis zu zahlen, wenn ihm im Tausch für Land ein echter Friede angeboten wird.

Ein Streitpunkt war damals der Gazastreifen. Ägypten hatte den Küstenstreifen vor 1967 nur "verwaltet" und nie annektiert. Am liebsten hätten die Israelis diesen unruhigen, von über einer Million feindseligen "Palästinensern" bewohnten Küstenstreifen den Ägyptern überlassen. Kairo "bedankte" sich, und dachte gar nicht daran, den Gazastreifen wieder zu übernehmen. Diesen Ärger überließen sie lieber den Israelis.

Wie lief der Abzug aus Gaza?

Die nächste bedeutsame Gebietsabgabe geschah 2005, als Israels Regierung unter Ariel Scharon beschloss, sich einseitig aus dem Gazastreifen zurückzuziehen. Diesmal gab es keinen Partner, mit dem der Rückzug abgesprochen werden konnte. Bis zuletzt glaubten die verantwortlichen "Palästinenser" in der Autonomiebehörde nicht den Absichten Scharons, hielten es für reine Propaganda und weigerten sich deshalb, die geringsten Vorbereitungen für eine geregelte Übergabe der nun freigegebenen Gebiete zu machen. Stattdessen meldeten sie Forderungen an, die am Ende ihnen selber mehr schadeten als nützten. Aus Prinzip sollten die Israelis das Gebiet so hinterlassen, wie sie es 1967 vorgefunden hatten. Die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice pendelte zwischen beiden Seiten, um einen reibungslosen Ablauf zu garantieren. Konkret bedeutete es, dass die Israelis nicht nur rund 8.000 Siedler entwurzeln mussten, was zu erheblichen Widerständen in Israel führte, zumal denen keine anständige Kompensation für ihre verlorenen Häuser und Arbeitsstätten angeboten werden konnte. Dann wurden die Israelis aufgefordert, alle Siedlerhäuser, darunter schöne große Villen zu sprengen, anstatt sie den "Palästinensern" zu hinterlassen, um darin die Flüchtlinge aus den beengten Lagern einziehen zu lassen. Welche Logik hinter dieser Forderung steckte, bestehenden Wohnraum sprengen zu lassen, ist nie erklärt worden. Die Israelis wollten den "Palästinensern" aber wenigstens die hochmodernen Gewächshäuser mit automatischen Bewässerungsanlagen überlassen, damit sie weiterhin erstklassiges Gemüse und Erdbeeren nach Europa exportieren könnten. Doch was passierte dann? Erst einmal beklagten die "Palästinenser", dass die Israelis nur ihre Synagogen, also die Gotteshäuser, nicht gesprengt hatten. Das betrachteten sie natürlich als böswillige Provokation. Und dann kamen die stehengebliebenen Gewächshäuser an die Reihe. Die Israelis hatten an einem Sabbat vor dem Abzug noch eine große Spendenaktion in den jüdischen Gemeinden in New York gestartet. Mit dem Geld wollten sie den abziehenden Siedlern die Computer abkaufen, um die Gewächshäuser voll funktionsfähig den "Palästinensern" überlassen zu

Aber was machten jene nach dem Abzug? Als die Israelis, ihre ehemaligen Arbeitgeber, auch von den Gewächshäusern verschwunden waren, hatten sie nichts besseres zu tun, als alles dem Erdboden gleichzumachen und dabei auch die Computer der Bewässerungsanlagen zu zerstören. Kein Israeli hat



Proteste 2005 vor dem Amtssitz von Premierminister Ariel Scharon gegen den Rückzug aus Gaza.

diese sinnlose Zerstörungswut verstanden. Denn welchen Sinn macht es, eigenhändig eine funktionierende Quelle für Arbeit, lukrative Exporte und Wohlstand zu zerstören? Es war blinder Hass, nur weil Israelis diese Gewächshäuser errichtet und ausgestattet hatten.

Ariel Scharon hatte in seiner Laufbahn mehrfach bewiesen, dass er ein radikaler Pragmatiker war. Er galt zwar als Vater der Siedler und stand deshalb im Ruf, ein "Rechtsextremist" zu sein. Doch gerade im Gazastreifen bewies er, dass er die nationalen Interessen abwägen konnte. Der Gazastreifen war dicht besiedelt mit feindseligen "Palästinensern". Ständig gab es brutale Terroranschläge auf Zivilisten und Soldaten.

Gaza in der Antike

In biblischer Zeit war Gaza Teil des feindlichen Philisterlandes. Also gehörte es nicht zum traditionellen biblischen "verheißenen Land". Zwar gab es in dem Landstreifen im Laufe der Jahrhunderte immer wieder jüdische Gemeinden, doch davon gibt es viele überall in der Welt, ohne dass das jemals israelische Territorialansprüche gerechtfertigt hätte.

Ganz anders ist die Lage im Westjordanland. In biblischer Zeit entsprach das den Provinzen Judäa und Samarien. Hier spielte sich fast die ganze biblische Geschichte ab, denn die Juden lebten auf diesen Hügeln, während die Philister eher die Küstenebene besiedelten, wo heute die Mehrzahl der Israelis lebt. Das Volk der Bibel hat deshalb bis heute eine tiefe emotionale Bindung zu dieser Region. Tausende archäologische und Heilige Stätten bezeugen das.

Solche emotionalen Bindungen, die gleichzeitig religiös und kulturell sind, können nicht einfach ignoriert oder wegdiskutiert werden. Man bedenke, welche enorme Anstrengungen die Juden mit ihrem Zionismus unternommen haben, um ausgerechnet in ihrer biblischen Heimat den "jüdischen Staat" zu errichten. In der Zeit des Gründers der zionistischen Bewegung, Theodor Herzl, standen auch noch andere Territorien in der Welt zur Debatte, etwa in Argentinien, Uganda oder auf Mada-

gaskar. Aber klar ist, dass die niemals eine vergleichbare Anziehungskraft gehabt hätten, wie ausgerechnet die biblische Heimat. Und dafür haben die Juden/Zionisten auch riesige menschliche Opfer aufgenommen, um dieses Ziel zu erreichen. Letztlich hat auch die christliche Welt, darunter bei der Konferenz von San Remo, die britische Regierung in ihrer Balfour-Deklaration und 1947 die UNO Bezug genommen und die jüdischen Bestrebungen aner-

Zum Westjordanland muss noch gesagt werden, dass dieses Gebiet eigentlich nicht den Jordaniern versprochen worden war. Aber der Kriegsverlauf 1948 bedeutete nun einmal, dass es die Jordanier eroberten, und dabei auch bestehende jüdische Siedlungen zerstörten und "ethnisch säuberten". 1950 haben die Jordanier dieses Gebiet dann annektiert, was zur Folge hatte, dass alle arabischen Bewohner jordanische Staatbürger wurden. Von "Palästinensern" hat damals noch niemand geredet. Die wurden erst 1968 von PLO-Chef Jassir Arafat in einer Formulierung der zweiten PLO-Charter "erfunden". Wegen dieser teils widersprüchlichen und im "Völkerrecht" nicht verankerten Vorgänge, redet man heute auch gerne von "umstrittenen Gebieten".

Es stellt sich heraus, dass der heute oft benutzte Begriff "palästinensische Gebiete" erst um 1980 aufkam und seitdem immer häufiger benutzt wird. Doch das Westjordanland war nie "palästinensisch". 1974 wurde in den Städten im ehemals jordanischen Westjordanland infolge der Osloer Verträge zwischen Israel und der PLO in den großen Städten und einigen kleineren Ortschaften die "palästinensische" Selbstverwaltung/Autonomie eingerichtet. Sie bedeutete keinesfalls Souveränität, sondern eigentlich nur, dass die "Palästinenser" ihr tägliches Leben selber verwalten – mit eigener Polizei und Gerichten. Die Autonomie von Israels Gnaden bedeutet aber auch, dass alle Importe und Exporte über israelische Häfen abgewickelt werden und dass die "Palästinenser" nirgendwo einen direkten selber kontrollierten Zugang zu einem Grenzübergang ins Ausland

haben. Alles Gerede von einem eigenen unabhängigen Staat ist Wunschtraum oder eben "Anspruch", was die Israelis um jeden Preis verhindern wollen.

Gaza-Abzug hat sich nicht gelohnt

Gerade der Abzug aus Gaza hat ihnen gezeigt, welche Gefahren es birgt, wenn die Hamas oder auch die PLO Waffen besitzen und ihren Traum von der Zerstörung Israels glauben umsetzen zu können. Tausende Raketen aus dem Gazastreifen auf zivile israelische Gegenden erzeugten einen Albtraum. Das wollen die Israelis nicht noch näher an ihrer Haustür erleben. Der Ben-Gurion-Flughafen, das einzige Tor Israels zur Welt, die großen Bevölkerungszentren rund um Tel Aviv und Jerusalem liegen wie auf der Handfläche in Sichtweite von Hügeln. Während die Lufthansa und andere ausländische Fluggesellschaften eine Runde über dem Westjordanland drehen, um wie üblich gegen den Wind zu landen, vermieden die israelischen Fluggesellschaften diese kleine Runde und landeten mit dem Wind direkt vom Meer kommend. Das widerspricht eigentlich den Regeln der Luftfahrt, aber Sicherheit geht vor.

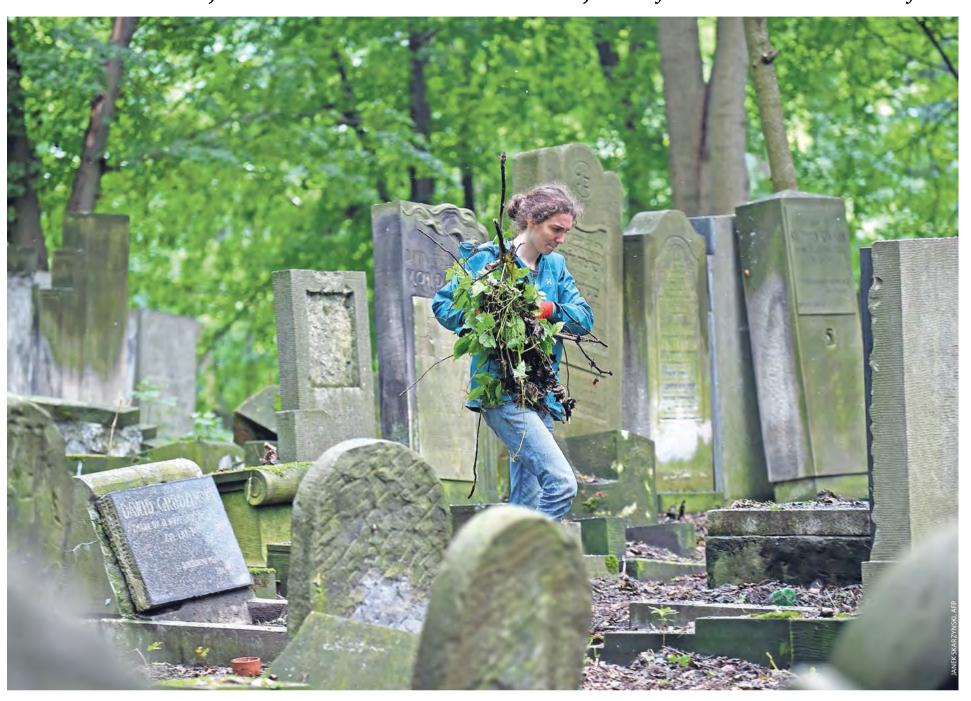
Bei anderen 1967 eroberten Gebieten war immer klar, wer eigentlich der wahre Besitzer ist, wie im Fall der Sinai-Halbinsel. Das Westjordanland hat allein in den letzten 100 Jahren so oft den Besitzer gewechselt, dass die Israelis diese biblischen Gefilde für sich beanspruchen und darüber reden, wenigstens Teile davon zu annektieren, oder wie es inzwischen etwas vornehmer ausgedruckt wird: "die israelische Souveränität auszuweiten".

Abschließend noch eine Anmerkung zu einer Petition, die Dr. Nasser Alkidwa, Vorsitzender der Yasser Arafat Foundation, derzeit verbreitet. Er erwähnt darin den Widerstand gegen eine jegliche Annexion "palästinensischer Gebiete". Doch ehe die Israelis sie 1967 übernahmen, gehörten sie zu Jordanien und davor den Briten und davor, 400 Jahre lang den türkischen Osmanen. Eine Antwort, wann diese denn von "Palästinensern" kontrolliert worden waren und wie der "palästinensische" Herrscher denn hieß, steht noch aus.

Nº 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Viele Polen suchen nach ihren jüdischen Wurzeln

Innerhalb von nur zehn Jahren hat sich in Polen die Zahl der sich als Juden definierenden Menschen verachtfacht.



Von Marzin Dsersanowski

Junge Polin bei Aufräumarbeiten auf einem jüdischen Friedhof

Die genaue Adresse wird nicht genannt. Im Internet heißt es lediglich: "In Warschau, nahe Zgoda-Straße". Es handelt sich um das erste polnische Moses-Haus - etwas zwischen Bürgerzentrum und Herberge. Dort wohnt eine Gruppe junger polnischer Juden, viele davon Studenten. Sie feiern gemeinsam Schabbat, organisieren Gesprächsrunden mit einem Rabbiner oder den Professoren der Uni. "Das ersetzt uns ein jüdisches Heim", erzählt Helena, die Judaistik studiert. "Die meisten von uns konnten keine Erziehung im Geiste der jüdischen Tradition genießen, unsere Eltern pflegten sie nicht.

Es gibt kein Schild an der Eingangstür – aus zweierlei Gründen: Zum einen der Sicherheit wegen, zum anderen, damit das Private auch privat bleibt. "Das ist unser Zuhause", betont Helena. Sie seien auch für ihre Freunde da, offen für sie – und viele dieser Freunde seien nicht jüdisch. Das Moses-Haus und das jüdische Thema allgemein weckt Interesse, die Veranstaltungen im Haus sind sehr populär. Es entspricht in einer gewissen Art dem Zeitgeist, sich für das Judentum zu interessieren; Helena ist froh darüber, schließt jedoch nicht aus, dass dies für viele nur ein Hobby ist.

Die vor Kurzem durchgeführte Volkszählung zeigt: In Polen leben etwa 8.000 Juden. Das ist nicht viel für ein Land, das vor dem Zweiten Weltkrieg drei Millionen Juden zählte. Wenn man allerdings diese Zahl – 8.000 - mit den Ergebnissen der vorherigen Volkszählung, die neun Jahre zurückliegt, vergleicht, dann ist der Unterschied groß: Vor neun Jahren bezeichneten sich lediglich 1.133 Menschen als Juden. Anna Schyba, die Mitarbeiterin des Zentrums der jiddischen Kultur bei der Stiftung "Schalom", erklärt: "Dieses Wachstum ist ein Effekt der dritten Generation. Die erste Generation bildeten die Holocaustopfer und -überlebende; die zweite – die nach dem Krieg Geborenen, deren Eltern Zeitzeugen waren. Diese beiden Generationen wollten ihr Trauma um jeden Preis vergessen. Die heutigen 20 – 30-jährigen haben keine traumatischen Erinnerungen. Sie beginnen Fragen zu stellen, ihre familiäre Geschichte ist für sie interessant, aber nicht so belastend; oft helfen sie ihren Eltern und Großeltern ihre Identität wiederherzustellen."

Die verlorenen Generationen

So ist es der Restaurantbesitzerin aus Warschau, Malka Kafka, ergangen, die erst nach dem Tod ihres Großvaters von ihren jüdischen Wurzeln erfuhr. Zufällig fand sie seine Ausweispapiere aus dem Lager und die unbekannten Fotos. Bereits früher hörte Malka zuhause Gesprächsfetzen, sie seien mit dem Schriftsteller Franz Kafka verwandt, aber damals, als rebellierender Teenager, interessierte sie sich nicht

für ihre Vorfahren. Malka erzählt: "Eines Tages besuchten mich Freunde aus Israel und wollten den Rabbiner der Warschauer Reformsynagoge kennenlernen. Ich kam eher aus Höflichkeit mit und spürte dort plötzlich: Das ist Meins! Gijur (Konversion) dauerte über ein Jahr. Ich war enthusiastisch wie ein frisch Verliebter: Ohne jede Kritik, verblendet. Hebräisch lernen, Kaschrut studieren, Schabbat feiern... Nach drei Jahren kam die Krise." Heute, sagt Malka, sei ihre Beziehung zum Judentum einer gereiften Liebe ähnlich: Tief und reflektierend.

Bei dem Journalisten Andrzej Morosowski hingegen entwickelte sich trotz der Information über seine jüdische Herkunft kein religiöses Interesse. Als Schuljunge fand er zuhause Papiere mit den "komischen" Namen der Großeltern; eine Erklärung der Eltern war nötig. Später lernte er an der Uni ein Mädchen kennen, das ähnliche Erfahrungen gemacht hatte. "Das gab mir den Anstoß, mich zu 'outen'. Die Reaktion war positiv", so der Journalist. Als er eines Tages seine jüdischen Wurzeln in einer Sendung erwähnte, fragte ihn ein Kollege entsetzt: "Hast du dabei auch an deinen Sohn gedacht?" "Heute hätte ich mich, wahrscheinlich, nicht mehr auf diese Weise offenbart, denn der zunehmende Antisemitismus macht mir Sorgen. Und dennoch ist es in einigen Kreisen sehr im Trend, jüdisch zu sein", lächelt Morosow-

Geld verdienen mit dem "jüdischen Etikett"?

Ein typisches Beispiel dafür ist der Choreograf, Schauspieler und Fernsehmoderator Michal Pirog. Der berühmte Pole spricht mit Stolz über seine jüdischen Wurzeln. Nicht selten wird ihm sogar vorgeworfen, so auf sich aufmerksam machen zu wollen: Es sei förderlich für die Karriere. Diese Unterstellungen ignoriert Michal einfach. Auch macht er keinen Hehl aus seiner Homosexualität, und sieht hier Parallelen: "Je mehr Berühmtheiten sich als Homosexuelle outen, desto weniger Homophobie gibt es in der Gesellschaft. Wenn ein 'jüdisches Etikett' das Toleranzniveau anhebt, bin ich dafür."

Als Malka Kafka ihr jüdisches Restaurant eröffnet und später beim Fernsehen mit ihrer eigenen Kochsendung "Koscher-Macher" angefangen hatte, wurde sie des Öfteren mit Aussagen konfrontiert, es sei fragwürdig, ja unanständig, mit dem "jüdischen Etikett" Geld zu verdienen. "Interessant ist, dass solche Meinungen gerade in jüdischen Kreisen verbreitet sind", räumt Malka ein. "Bedauerlicherweise sind viele Juden davon überzeugt: Die Vergangenheit muss schmerzen! Nein, ich verspüre kein Unbehagen, wenn ich darauf angesprochen werde." In der Tat, man könne es so sehen, dass sie aus ihrer Herkunft Kapital schlagen würde, aber wenn jemand in seinem Restaurant polské knedlíky - Knödel - zubereitet, sollte das

heißen, er würde seine polnischen Wurzeln "verkaufen"?

Diese Diskussion wird noch kontroverser, sobald es nicht nur um die jüdische Kultur geht, sondern auch um Erfahrungen aus dem Krieg. Agnes Yanich ist eine junge Künstlerin, die in New York und Warschau arbeitet; sie behauptet, die Erinnerungen an den Holocaust "im eigenen Körper" zu tragen, daher vereint sie in ihrer Kunst das Kriegsthema mit Erotik. Agnes betont: Für sie sei das Judentum nicht nur die Frage der Wurzel, sondern auch die der Identität. "Seit mittlerweile sieben Jahren praktiziere ich das liberale Judentum", erzählt Agnes Yanich. "Damit dieses Thema auch den Weg in meine Kunst findet, musste ich mich damit intensiv beschäftigen, es an mich heranlassen. Um mir den Kriegsalltag besser vorstellen zu können, ernährte ich mich ausschließlich von Kartoffel und Äpfeln und schlief nachts höchstens vier Stunden. Drei Jahre lang rasierte ich mir den Kopf kahl, trug nur Schwarz. Als ich die KZs besucht hatte, lief ich barfuß im Schnee." Sie sei es gewohnt, den Vorwürfen, sie "verdiene an dem Holocaust", ausgesetzt zu sein, und sei nach wie vor empört darüber.

Die Vorfahren auf Bestellung

Die "Mode", jüdisch zu sein, nimmt manches Mal auch merkwürdige Formen an. Immer häufiger kommen in das Jüdische Historische Institut (ZIH) Menschen, die keinerlei Gründe haben, sich als jüdisch zu begreifen, und bitten, nach ihren jüdischen Vorfahren zu suchen. "Dabei beziehen sie sich auf die Gewohnheiten im Alltag", berichtet Anna Pschibyschewska-Drosd aus der genealogischen Abteilung des ZIH. "Sie erwähnen beispielsweise, dass es an den Samstagen zuhause besonders still

wurde, oder dass die Oma das Milchige vom Fleischigen trennte. Dann muss ich erklären, dass das allein noch nicht ausschlaggebend wäre."

Der Archivar kann einen Rat geben, wo man nachforschen könnte, um Informationen über die Großeltern zu finden, er kann auch prüfen, ob die Datenbank des Instituts bestimmte Namen enthält. Jedoch kann man sich keine Ahnen "anfertigen lassen". Viele wollen das nicht akzeptieren, denn sie sehen im Jüdischsein das Mittel gegen Enttäuschungen und Scheitern. "Sie wollen sozusagen die Tür hinter sich zuknallen und stellen plötzlich fest, dass diese Tür nicht laut genug knallen kann. Sie sind empört, dass man ihnen den Traum wegnimmt", fasst Anna zusammen.

Einige Geschichten sind vielmehr für einen Psychologen geeignet als für einen Archivar. Beim ZIH traf eines Tages ein Brief von jemandem ein, der sich als Holocaustüberlebender vorstellte. Er habe auf dem Dachboden ein Tagebuch gefunden, hieß es, es sei sein eigenes: Die Notizen stammen aus der Kriegszeit, als er sich verstecken musste. "Die Geschichte klang interessant, aber irgendetwas passte nicht zusammen. Vor allem war der Autor des Briefes viel zu jung, um selbst als Kind diese Zeit erlebt zu haben", so Pschibyschewska-Drosd. Es stellte sich heraus, dass das Tagebuch von einer anderen Person verfasst wurde; der Autor des Briefes las es und war so beeindruckt und erschüttert, dass er sich mit diesem Menschen identifizierte und in der Tat glaubte, Jude zu sein und den Holocaust überlebt zu haben. "Jeder von uns möchte ein Geheimnis haben, ein Märchen erleben. Ein Versuch, seine unbekannten Vorfahren zu finden, deckt dieses Bedürfnis", sagt Anna.

Akademikerrate und Madonna

Solche Menschen sehen in dem Wunsch, ein Jude zu sein, ein Mittel gegen den grauen Alltag; sie versprechen sich davon das Gefühl, zu einer Elite zu gehören. Laut der letzten Volkszählung sind 52,8 % der polnischen Juden Akademiker, 83,3 % besitzen mittlere Reife. Diese Zahlen sind wesentlich höher als beim Durchschnitt im Land. Malka Kafka ist der Meinung, dass diese "Schwärmerei" der Polen für Juden eine Antwort auf die Sehnsucht nach geistiger Tiefe ist. Allerdings nach der Tiefe ohne schweres "religiöses Gepäck". Agnes Yanich fügt hinzu, dass diese Sehnsucht auch das Streben nach Erfolg widerspiegelt: "Katholizismus und Protestantismus betonen Demut, das Judentum hingegen Selbstbewusstsein." Die Künstlerin betont, dass die jüdische Kultur und Philosophie im Westen sehr in Mode seien: "Es genügt, die Pop-Legende Madonna mit ihrem Interesse für Kabbala zu nennen!"

Dabei wirft eine solche Pop-Version des Philosemitismus Fragen auf. Zum Beispiel war Malka empört über die kleinen Figürchen der "Juden mit Pejes und Geld", die auf einem jüdischen Festival verkauft wurden: "Für mich waren sie schlimmstes Fixieren auf Stereotype." Sie betont mit Nachdruck, dass die jüdische Kultur auf der ganzen Welt nicht ins Museum gehört, sie lebt. Ein Beispiel? Gerne: Der amerikanische Rapper Matisyahu, der seine Kippa unter der Baseball-Kappe trägt und chassidischen Reggae singt. Darüber, dass die jüdische Kultur eine lebendige ist, spricht auch Channa Paluba, Programmdirektorin der Stiftung "Schalom": "Unser Ziel ist es zu zeigen, dass es sich um ein lebendes, sich entwickelndes Erbe handelt. Deshalb ist der Unterricht an der Jüdischen Offenen Universität nicht nur der Vergangenheit gewidmet, sondern

beschäftigt sich auch mit dem heutigen politischen Geschehen. Jiddisch-Kurs, jüdische Küche, Singen- und Tanz-Workshops gewinnen stets an Popularität."

Das nicht immer auserwählte Volk

Dennoch muss die israelische Soziologin Pauline Tschelnik betonen: "Diese Mode ändert leider nichts daran, dass der polnische Antisemitismus vorhanden ist. Es ist ein Trend, wie überall auf der Welt – das Interesse für Juden: Man lernt Kabbala, man hört Klezmer-Musik. Unklar ist mir aber, ob das tiefe Veränderungen der sozialen Mentalität sind, oder nur eine oberflächliche Tendenz." Vor Kurzem veröffentlichte Pauline Tschelnik das Buch "Das auserwähltes Volk" - ihre umfassenden soziologischen Forschungsergebnisse über die Menschen in Polen, die nach vielen Jahren ihre jüdischen Wurzeln entdeckten. "Ich habe 40 Interviews geführt, und es waren lediglich zwei Menschen, die mir erlaubt haben, ihren richtigen Namen im Buch zu nennen. Das zeigt: Die Angst ist immer präsent. Die Wunde des Holocausts ist noch nicht geheilt. Bei ins in Israel ist es unvorstellbar!" Und dennoch schätzt Tschelnik die Veränderungen in der polnischen Mentalität nach 1989 sehr: "Es freut mich, dass die Anzahl der Menschen, die offen ihr Jüdischsein deklarieren, wächst. Aber den Schätzungen zufolge leben in Polen in Wirklichkeit etwa 50.000 Juden. Das bedeutet, dass 85 % von ihnen ihre Herkunft verheimlichen – oder sie ist ihnen nicht bekannt. Wenn alles doch angeblich so gut sei - warum ist es dann so schlecht?

> Aus dem Russischen übersetzt von Irina Korotkina

"Erwachet aus dem langen Schlafe"

Eine neue beeindruckende Ausstellung beleuchtet die lange in die Vergangenheit zurückreichende Geschichte der ehemals blühenden Gemeinden der Landjuden im Hunsrück.

Von Mario Thurnes

Wie eine Route, die Metropolen verbindet, wirkt die E42. Da wollen die Namen von Ausfahrten wie Argenthal, Simmern West oder Kirchberg nicht recht passen. Verbergen sich doch eher beschauliche Hunsrück-Dörfer oder höchstens Städtchen dahinter. Die Kultserie "Heimat", die den Hunsrück bundesweit bekannt gemacht hat, könnte in jedem dieser Orte spielen.

Die Region im Dreieck zwischen Mainz, Trier und Koblenz war auch die Heimat blühender jüdischer Gemeinden. An diese erinnert nun die Ausstellung "Erwachet aus dem langen Schlafe" im Hunsrück-Museum Simmern. Ein beeindruckendes Rahmenprogramm haben das Museum und der Verein "Förderkreis Synagoge Laufersweiler" auf die Beine gestellt. Bis auch hier das Corona-Virus den Strich durch manche Rechnungen zog. Daher haben die Macher nun die Ausstellung bis zum Jahresende verlängert.

"Wenn die Geschichte des jüdischen Lebens in Deutschland erzählt wird, ist es oft die Geschichte des städtischen Judentums", sagt Christof Pies vom Vorstand des Förderkreises: "Uns ging es darum, auch die Geschichte der Juden zu erzählen, die auf dem Land lebten." Diesen Aspekt hat der 1989 gegründete Kreis in den Mittelpunkt seiner Arbeit gestellt.

Viele der Hunsrücker Juden waren Viehhändler, die Beziehungen zu den Bauern seien gut gewesen: "Man kannte und schätzte sich gegenseitig", sagt Pies. Laufersweiler ist eine dieser ländlichen Gemeinden. Wer die E42 auf halber Strecke zwischen Mainz und Trier verlässt, kommt über eine steil abfallende Ortsstraße in das Dorf. Rechter Hand liegt der christliche Friedhof. Den jüdischen erreicht man über den "Weg der Erinnerung", der Teil eines ganzen Erinnerungsensembles ist, integriert in "Traumschleifen-Wanderwege" und den überregionalen Saar-Hunsrück-Steig.

Reichspogromnacht von 1938 überstanden

Gleich dahinter zweigt die Kirchgasse nach rechts ab. Hier standen sich katholische Kirche und Synagoge fast Auge in Auge gegenüber, in der gleichen Straße auch das evangelische Gotteshaus - in direkter Nachbarschaft eine Mazzenbäckerei. Die Synagoge überstand äußerlich die Pogromnacht, heute fungiert sie als "Forst-Mayer Studien- und Begegnungszentrum für das Landjudentum", benannt nach zwei typischen Landjudenfamilien. Weil sie zu dicht an anderen Häusern stand, verzichtete der Mob seinerzeit darauf, das Haus vollständig abzubrennen. Das Innere wurde komplett zerstört, verbrannt und ausgeraubt. Ähnliches geschah auch in anderen, vergleichbaren Lagen. Ein so ganz spontaner "Volkszorn" war es dann doch nicht, wie es Propagandaminister Joseph Goebbels damals verkaufte – und was manche heute noch gerne glauben.

Es gibt unterschiedliche Aussagen darüber, wann genau die "Pogromnacht" in Laufersweiler passierte. Die einen sagen: in der Nacht zum 10. November 1938, Zeitzeuge Heinz Joseph, der damals 13 Jahre alt war, erinnert sich daran, dass in Laufersweiler alles einen Tag später als im restlichen Reich passierte. Dazu mussten Parteigenossen extra aus Büchenbeuren angefahren werden. Einen Dachdecker-Lehrling aus dem Ort mussten sie zwingen mitzumachen. Er wollte nicht, weil er mit Ohrfeigen seiner Mutter als Strafe für die Teilnahme rechnete.

Als der Mob durch war, bestimmten Scherben das Ortsbild. Die Gegenstände jüdischer Familien lagen auf den Straßen verstreut. Die Mazzenbäckerei hatte der Mob innen vollständig zerstört, den 65-jährigen Mitbesitzer August Joseph fast erschlagen. Der katholische Priester Nikolaus Molitor versteckte die Familie auf seinem Speicher. Mit dieser Nacht lag auch das jüdische Leben in Trümmern. Eine Mehrheit wanderte aus und überlebte so den Jahrhundertmord.

Der Tod, das Elend sind ein Teil der Ausstellung "Erwachet aus dem langen Schlafe". Aber eben nur ein Teil. "Wir wollten jüdisches Leben darstellen", sagt Pies. Nur wer wisse, wie bunt und reich dieses im Hunsrück gewesen sei, könne verstehen, was da zerstört wurde.

30 Synagogen in der Gegend

Fast 1.700 Jahre jüdischer Geschichte

fasst die Ausstellung zusammen. Rund 30 Synagogen gab es in dem kleinen Landstrich. Ein Film rekonstruiert die Simmerner Synagoge. Kultgegenstände sind zu sehen. Auch ein Tisch, wie er für das Pessachfest gedeckt wird. Und natürlich Infotafeln.

Die Biografien von rund 20 jüdischdeutschen Personen sind über die Ausstellungsräume verteilt zu finden. Zu sehen ist eine Thorarolle aus dem 18. Jahrhundert, ursprünglich aus der Synagoge in Schweich und über viele Umwege nach Zell gelangt. Ein eigener Raum mit Kunstwerken, Installationen und 552 Gedenkblättern für die Ermordeten der Region rundet die Ausstellung ab.

Die Ausstellung lief gut an: Zu der Eröffnung im Simmerner Schloss war der
Festsaal gefüllt. Ausgewanderte und deren Nachkommen hatten zugesagt, für
diese Gelegenheit in die Hunsrück-Heimat zurückzukehren – um ihre eigene
Geschichte zu erleben und zu erzählen.
Doch dann kam Corona. "Von jetzt auf
gleich mussten wir alles absagen", berichtet Pies. Flüge mussten storniert, Vorträge, Führungen, Diskussionsabende oder
Filmpräsentationen abgesagt werden.

Doch der Förderkreis hat nicht aufgegeben, schon früh Hygienekonzepte erstellt – um die Ausstellung nach der jeweils gültigen Verordnung wieder öffnen zu können. Um Versäumtes aufzuholen, haben das Museum und der Förderkreis sie bis zum Jahresende verlängert.

KULTUR

№ 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Ungarn – Frankreich – Israel – Lübeck – und wieder Israel

Ein neuer Kinder-Comic beschreibt die verworrene Flucht der heute 88-jährigen Jüdin Esther Shakine aus Ungarn nach Palästina.

Von Tina Adcock

Die als Designerin, Malerin und Illustratorin arbeitende Esther Shakine thematisiert in ihrem neu erschienen Buch "Exodus" ihre eigene Lebensgeschichte. Sie durchlebt darin, in der Gestalt der fünfjährigen Protagonistin, Ticka, noch einmal ihre gefährliche Fluchterfahrung aus Ungarn zur Zeit des Nationalsozialismus in das britische Mandatsgebiet Palästina.

"Exodus" ist nicht das einzige Werk der 1932 in Ungarn geborenen Autorin. Sie verfasst und gestaltet Kinderbücher der unterschiedlichsten Art. Auf den ersten Blick scheint es ungewöhnlich, dass ein Buch, dass sich mit der Flucht eines jüdischen Mädchens beschäftigt, in Form eines Comics erscheint. Doch Shakine wollte sich mit ihrem Werk einer der schwierigsten Herausforderung überhaupt zu stellen. -Wie erklärt man einem Kind das Leiden und die Schrecken, die das jüdische Volk durch die Schoah erfahren musste? Bereits die Verarbeitung des Buchs ist dem Verlag Klinkhardt & Biermann sehr gelungen. Da es sich um ein Kinderbuch handelt, ist der grobe, kartonartige Umschlag, von dem sich das Titelbild und die Schrift leicht abheben, eine gute Wahl, da Kinder zumeist nicht gerade zimperlich mit Büchern umgehen und durch das Fühlerlebnis die Geschichte im wahrsten Sinne des Wortes ertasten zu können.

Die Zeichnungen sind überwiegend in Schwarz-Weiß gehalten, lediglich jene, in denen starke Gefühle, wie Freude, Angst und Leid ausgedrückt werden, sind durch das Hinzufügen von Farben kenntlich gemacht. Das erste Bild im Buch, bei dem Ticka mit ihrem Fahrrad und ihren strahlenden Eltern zu sehen ist, dient als Beispiel dafür. Es ist eine fröhliche Zeichnung und in der dazugehörigen Bildunterschrift erzählt Ticka von ihren Eltern und dem roten Fahrrad, das sie von ihrem Vater geschenkt bekommen hat. Auf dem Bild sind sie, ihre Eltern und ihr Fahrrad durch helle Farben gekennzeichnet, da es sich um eine positive Erinnerung handelt. Die Bilder auf der darauffolgenden Seite sind wieder in Schwarz-Weiß gehalten, bis auf den gelben Stern, von dem ihre Mutter in der dazugehörigen Bildunterschrift sagt: "[…] Da gibt es böse Menschen, das sind die Nazis, und die haben jetzt das Sagen in der Stadt. Sie zwingen uns, diesen Štern zu tragen."

Um die negative Veränderung ihres Alltags zu betonen, sind auf derselben Seite Zeichnungen von Kindern zu sehen, die in einer eingefügten Sprechblase über ihren Köpfen "Judenkind!" und "Mit so einer spielen wir nicht!" rufen, sowie ein Bild, das den Eingang zu einem Park mit einem Spielplatz zeigt und das dazugehörige Schild "Für Juden und Hunde verboten." Ihr Alltag war wegen des gelben Sterns nur noch grau, dies wird durch die Bilder noch eindrucksvoller kommuniziert. Auf den darauffolgenden beiden Seiten berichtet Ticka davon, wie Polizisten eines Nachts das Haus ihrer Familie in ihrer Heimatstadt in Ungarn stürmten. Ihre Mutter versteckte sie im Kleiderschrank, doch ihre Eltern mussten den Beamten folgen. Sowohl der Krach, den das Anklopfen der Polizisten an der Tür verursachte, sowie die Anweisung der Mutter an Ticka, die Wunde des Vaters, der von einem der Männer geschlagen wurde, und das weit aufgerissene Maul der Katze, die vor den Polizisten floh, sind in einem kräftigen Rot gehalten, das sich von der sonst grauen Szenerie bedrohlich abhebt. Dieses Schema zieht sich durch die gesamte Grafik-Novelle und vermittelt den Schrecken und die Bedrohlichkeit der Situationen, die das fünfjährige Mädchen durchleben muss.

"Von nun an eine kleine Christin"

Auf den darauffolgenden Seiten beschreibt Ticka das Verlassen des Hauses, bei der der Nachbar lediglich durch den Türschlitz spähte, und ihr nicht half, und die Unterbringung in dem Waisenhaus des Klosters durch den mit der Familie befreundeten Priester. Sie berichtet davon, dass er ihr den gelben Stern abnahm, ein Kreuz umhängte und ihr erklärte, dass sie von nun an "eine kleine Christin" wäre. Durch ihre auktoriale Erzählperspektive fügt sie hinzu, dass der Krieg bereits seit drei Jahren tobt und ein grausamer Mann namens Hitler, der alle Juden hasst, danach strebt die Welt zu erobern und Juden in Ghettos zusammenpfercht, wo sie unter schrecklichen Zuständen litten und starben.

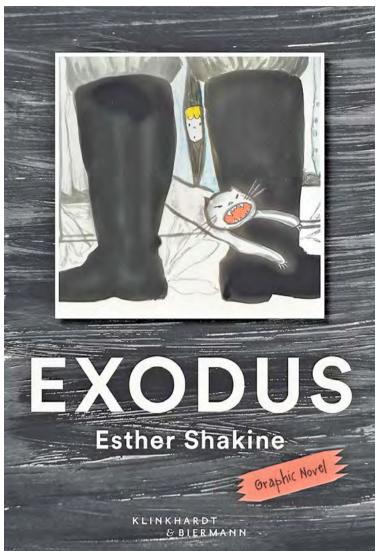
Wegen der immer weiter zunehmenden Bombenangriffe sollte das Waisenhaus evakuiert werden. Ticka erkannte die Stiefel des Polizisten wieder, und floh. Die Szenerie und das Chaos wird durch ein Bild von ihrer

Flucht unterstrichen, bei dem man Ticka vor dem Polizisten durch die Stadt fliehen sieht, auf die Flugzeuge Bomben abwerfen, und lediglich das kleine Mädchen in Gelb und die Zerstörung der Stadt in demselben dramatischen Rotton dargestellt werden, der auch schon zuvor das Chaos und die Angst im Werk zum Ausdruck brachte. Ticka versteckte sich solange unter der Treppe eines der Häuser, bis sich der Lärm gelegt hatte und sie Essen roch, das russische Soldaten kochten. Sie reichten ihr und drei anderen jüdischen Kindern, die vor ihrem Schicksal fliehen konnten, einen Napf Suppe und ein Stück Brot. Ticka schloss sich mit den drei Jungen zusammen, lebte eine Weile mit ihnen in einem Auto und bekam dreimal täglich Nahrung von den russischen Soldaten.

Keine Rückkehr möglich

Eines Tages beschloss sie in ihr altes Zuhause zurückzukehren, was jedoch bereits von anderen Leuten bewohnt war, die sie mit schroffen Worten zurückwiesen: "Das ist jetzt unser Haus, Du gehörst hier nicht mehr hin. Verschwinde!" Im weiteren Verlauf beschreibt Ticka, dass ihr und den anderen Kindern mittlerweile bewusst war, dass ihre Eltern an einen Ort namens Konzentrationslager gebracht wurden. Die vormals erwähnte Anwesenheit der Roten Armee und die nun via Zügen zurückkehrenden ehemaligen KZ-Insassen beschreiben das Ende des Krieges, aber nicht das Ende des Leidens. Als die Kinder zu den Zügen laufen und laut die Namen ihrer Eltern rufen, bekommen sie folgende Antwort: "Sie sind tot... alle tot." Ungläubig und zugleich ängstlich ob des Anblicks der abgemagerten Rückkehrer, beschließen sie weiter an den Zügen zu warten, bis ein Soldat, Dan, mit dem Emblem der "Jüdischen Brigade" erscheint. Dan erzählt ihnen von einem Land der Juden und er bringt sie zu einem jüdischen Waisenhaus.

Ticka erzählt auf den folgenden Seiten von ihrem neuen Alltag, Sportaktivitäten



und der Prügelei um Essen. Nach einem harten Winter wurde den Kindern mitgeteilt, dass die Reise nach Israel nun beginnen würde. Da die ungarische Regierung die Ausreise nicht erlaubte, mussten sie sich als taubstimme Kinder aus Italien ausgeben. Zusätzlich zu der Beschreibung der anstrengenden Reise ist eine Art Karte abgebildet, die einige Zwischenstopps darstellt. Je weiter sich die Kinder der finalen Station, der französischen Stadt Sète, nähern, desto farbiger werden die Darstellungen. Dort angekommen bestiegen sie ein Schiff namens "President Warfield", zusammen mit anderen Leuten jeder Altersklasse und jedes Zustands.

An Bord der "President Warfield"

Anschließend berichtet Ticka von den schwierigen Zuständen an Bord, wie Platzmangel und das Verbot an Deck zu gehen, aus Angst von den Briten entdeckt zu werden. Diese finden sie jedoch schon bald und forderten sie auf umzukehren, da sie die jüdische Einwanderung in ihr Mandatsgebiet verhindern wollten. Als Antwort hisste das Schiff jedoch die israelische Flagge und die Banderole mit dem neuen Namen des Schiffes: "Exodus 1947". Nicht nur das Zweite Buch Mose trägt jenen Namen, sondern er bezeichnet auch den Auszug aus Ägypten, in dem die Juden als Sklaven einst vom Pharao unterdrückt wurden, und die Reise nach Israel, dem Land, in dem Milch und Honig fließen. Auf den darauffolgenden Seiten verdeutlichen zum größten Teil farbige Bilder den Kampf der Menschen auf der "Exodus" gegen die sechs britischen Zerstörer. Als sich drei der Schiffe näherten, Tränengas abfeuerten und die britischen Soldaten versuchten das Boot zu entern, bewarfen sie die Menschen an Bord mit Kartoffeln und Konservendosen. Anschließend wurde das Feuer eröffnet, bei denen ein Kind ums Leben kam. Wegen des starken Beschusses musste sich die "Exodus" ergeben, was dazu führte, dass alle Passagiere

auf die britischen Schiffe überführt wurden und schließlich am Hafen von Haifa anlegten. Als die Passagiere der "Exodus" schlussendlich an Land gehen konnten und ihr Ziel, Israel, theoretisch erreicht hatten, wurden sie von bewaffneten britischen Soldaten abgeführt, und die Toten und Kranken abtransportiert.

Anschließend erfolgte eine demütigende Desinfektion der Menschen mittels DDT-Pulver. Danach wurden alle Passagiere auf drei Schiffe verladen, die sie zurück nach Frankreich brachten. Die Freude, endlich das Gelobte Land erreicht zu haben, währte demnach nur kurz. Als die Passagiere sich jedoch weigerten in Frankreich an Land zu gehen, brachten die britischen Schiffe sie nach Hamburg, wo sie zum Aussteigen gezwungen wurden. Ticka berichtet, dass sie in einem Lager mit Holzbaracken untergebracht wurden, hierbei handelt es sich um Internierungslager in Lübeck.

Ohne Eltern in Israel

Nachdem Proteste laut wurden, wurde den ehemaligen Passagieren der "Exodus" doch noch erlaubt, nach Isra-

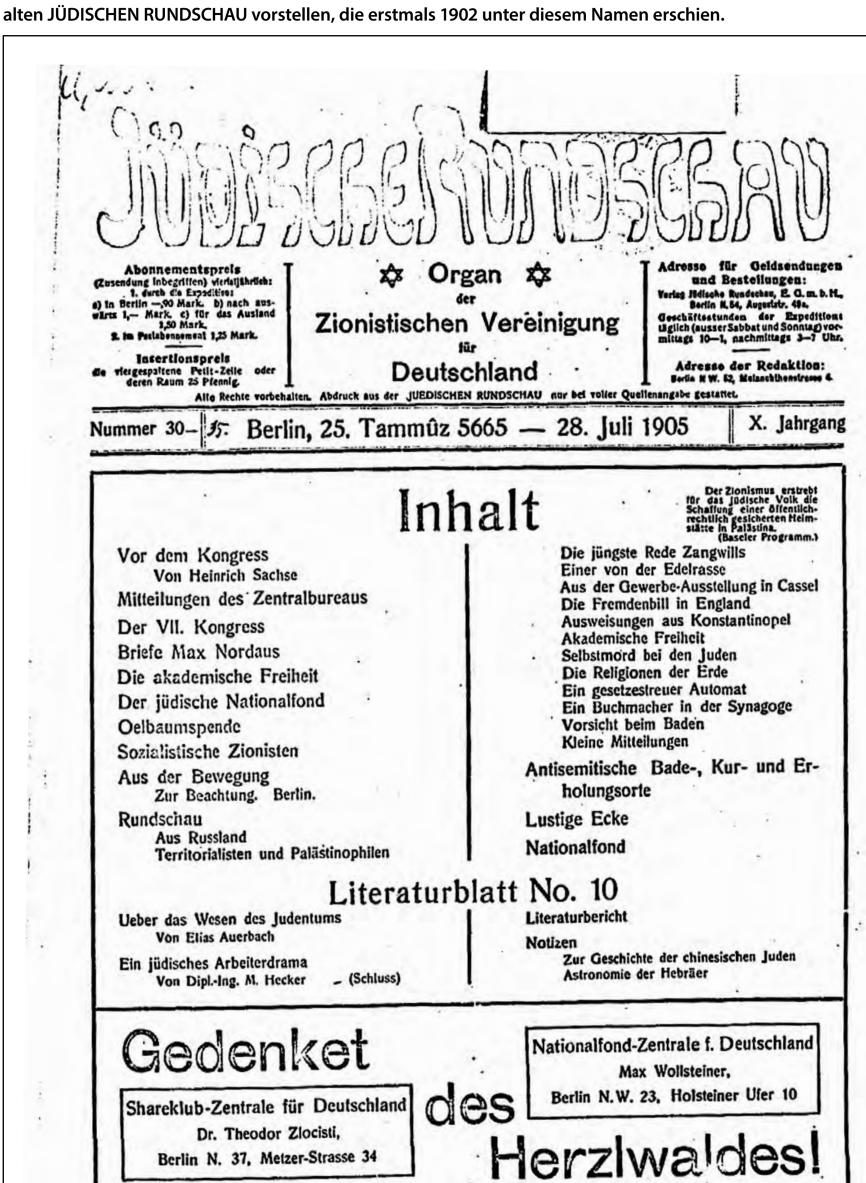
el auszuwandern. Unsere Protagonistin, Ticka, reiste schlussendlich auf der "Andorra Panama" im Mai 1948 in das Land ihrer Väter und sie lichteten den Anker an genau jenem Tag, an dem die Briten das Land verließen. Sie wuchs in dem Kibbuz "Sdom Yam" auf. Die letzten Sätze des Buches lauten: "Ich hatte das Gefühl, dass ich endlich angekommen war. Ich setzte mich in den warmen Sand. Ich war glücklich. Aber … ein wenig war mir zum Weinen zumute. Ich wünschte mir so sehr, dass Mama und Papa bei mir wären …"

Das Buch ist mit einer Altersempfehlung von 8 Jahren bedenkenlos für Kinder dieses Alters zu empfehlen. Sowohl die gewählte Sprache als auch die Darstellungen vermitteln zwar durchaus den Ernst der Lage, aber in einer kindgerechten Form. Mit dem Fortgang der Geschichte nimmt auch die Farbgebung der Bilder zu, die die damalige Schreckensherrschaft in Ungarn und die trotz allem hoffnungsvolle Reise nach Israel auch dadurch eindrücklich darstellen. In einer Rezension von Shakines Werk wird bemängelt, dass die Seiten in Schwarz gehalten sind. Juna Grossmann schreibt dazu auf irgendwiejuedisch.com: "Muss denn immer alles Schwarz oder Grau sein, was mit der Shoa zu tun hat?'

Gerade bei einem Werk, das Kinder als Zielgruppe hat, ist die Farbgebung durchaus ein wichtiges Element, wie man in dem gesamten Werk meiner Meinung nach sehr gut umgesetzt hat. Die Schoah ist nun einmal nicht mit einer frohen Farbgebung zu vereinbaren, da dunkle Farben immer mit etwas Düsterem und Unheilvollen assoziiert werden. Die Autorin und Künstlerin kennzeichnet durch die intensivere Farbgebung im weiteren Verlauf der Geschichte genau die positive Wendung in ihrem Werk, nämlich die Rettung durch die Hagana und die finale Ankunft in Israel.

Baruch HaShem!

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.



WISSEN № 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Die Thora, das tragbare Vaterland

Juden wurden wegen zahlreicher Verfolgungen schon früh zu kosmopolitischem Denken und Ortswechseln gezwungen.



Von Aleksandr Gordon

Jüdische Familien fliehen 1946 aus Polen in die Tschechoslowakei.

Dem jüdischen Volk ist die Globalisierung seit jeher bekannt. Das Leben rund um den Globus ohne feste Bindung an einen Wohnort, Verbannung, Deportation und die Auswanderung tragen wesentlich dazu bei, auf "globale Art" zu existieren. Heinrich Heine schrieb 1840, Juden hätten die Bibel durch die Jahrhunderte getragen wie ein "portatives Vaterland". Ein anderes Vaterland besaßen sie nicht. Laut W. Scott sei die Wirtschaft für die Erfindung des Wechsels als Wertpapier "den Juden zu Dank verpflichtet". In seinem Roman "Ivanhoe" ergänzte er diese These: Wechsel gäben Juden die Möglichkeit, ihren Reichtum aus einem Land ins Andere zu verlegen, sodass im Falle drohender Plünderungen und Pogrome ihre Schätze in einem anderen Land unberührt geblieben wären. Wenn man unter "Reichtum" und "Schätze" Besitz versteht, so war der Wechsel ein Kampfmittel, das gegen Pogrome eingesetzt wurde. Ein Wechsel hatte keine Heimat, er war ein kosmopolitisches Mittel.

Ohne Heimat und ohne Recht auf eine Heimat in Europa, nahmen Juden Kosmopolitismus als etwas vollkommen Natürliches wahr. Der Hass auf Juden wechselte seine Form und konnte religiös, rassistisch, wirtschaftlich sein, blieb dabei aber immer global. Der Antisemitismus war, ebenso wie das Judentum, global, denn in allen christlichen Ländern nannte man Juden Gottesmörder, Brunnenvergifter, Verbreiter von Krankheiten, Blutsauger, die das Blut christlicher Kinder fürs Matze-Backen benutzen, Verschwörer, die die Weltherrschaft anstrebe. Rassistischer Antisemitismus war und ist universell. Wirtschaftlicher Antisemitismus ist als Reaktion auf den Wohlstand der Juden entstanden, auf ihre Erfolge in der materiellen Sphäre, und kennt keine Staatsgrenzen. Moderne Globalisierung ist für Juden keine neue Realität, sondern lediglich eine neue Terminologie; sie nivelliert bloß die nationalen Unterschiede.

Globalisierung beinhaltet freien Verkehr von Waren, Menschen, Ideen, Informationen, Angewohnheiten, Sitten, Krankheiten, Viren etc. in allen Teilen des Planeten. In europäischen

Dem alten europäischen Bild von

einem hinterlistigen, gierigen Juden

folgte das Bild eines Eroberers, eines

die "Dritte Welt" nicht, um die "Erste" zu verbessern; sie retten ihre Leben, erhoffen Verbesserungen für sich und möchten am Leben der "Ersten Welt" teilhaben.

Der Orient exportiert seine Probleme nach Europa

Der arabische Orient exportiert nach Europa seine Probleme: Religiöse Isolation und Intoleranz, mangelnde Bildung, Unfähigkeit zu arbeiten, mangelndes Schaffen, Rückständigkeit in Wissenschaft und Technologie; und archaische Ansichten das Zwischenmenschliche betreffend: Verachtung Andersdenkender und Gläu-

Freiheit zu bekämpfen.

Fardid, einer der Ideologen der Islamischen Republik Iran, sprach 1976 von der "Westoxication" – Intoxikation durch den Westen. Es handele sich um eine vermeintliche "jüdisch-freimaurerische Zerstörung", eng verbunden mit der "Dunkelheit" der Welt (M. Heidegger). Heidegger, der den iranischen Ideologen beeinflusst hat, formuliert seinen Gedanken so: "Der geistige Niedergang der Erde ist so weit gegangen, dass den Völkern der Verlust der letzten geistigen Kraft droht, die allein dazu beitragen könnte, diesen Niedergang zu überwinden, zumindest weil die Finsternis der Welt, das Gedränge der Menschen, der Verdacht und der Hass auf alles Kreative bereits auf der ganzen Erde angekommen sind in einem Ausmaß, dass Pessimismus und Optimismus seit langem lächerlich sind." Der iranische Philosoph, seine Anhänger und Gleichgesinnte sind der Meinung, man müsse diese Intoxikation und deren Komponente - fremdartige Menschenrechte, Demokratie, Toleranz bekämpfen, denn diese behindern die Rückkehr zu einem "wahrhaftigen orientalischen Ich". Eine solche Ansicht rechtfertigt den auf einer traditionellen Verschwörungstheorie basierenden Antisemitismus.

freiheit und Meinungsfreiheit, um die

Der iranische Philosoph Ahmad

brutal mordenden Zionisten. biger anderer Religionen, Isolation und und israelischen Geschäften werden Elektronik, Telefone, Autos und Klei-Aggression, Respektlosigkeit gegenüber dung derselben Firmen verkauft. Freier Frauen, Ablehnung der Demokratie als Handel trägt dazu bei, die Menschen Regierungsform, Militarismus. anzugleichen. Doch nicht nur der Handel gleicht die Menschen an, sondern auch der Terror, der die demokrati-

schen Strukturen für seine Zwecke nützt. Auch Terror ist eine Ware. Blut und Angst werden ver- und gekauft; das Leben wird mittels Angst vom Terror gelenkt. Der Terrorismus ist eine unvermeidliche Folge der Globalisierung. Die "Dritte Welt" begibt sich in die "Erste Welt". Die Gründe dafür während

der Zeit der Globalisierung unterschei-

den sich allerdings von diesen, die Marcu-

se seinerzeit nannte: Outsider verlassen

Europa verneigt sich vor den Strömen der leidenden muslimischen Flüchtlinge im Paroxysmus einer "höheren Humanität" – im Namen der Ideen, die der Islam nicht teilt, und in einer respektvollen Verbeugung, ohne eine einzige Chance darauf, ebenfalls respektiert zu werden. Islamische Fundamentalisten sind empört über die Globalisierung, denn sie beschmutzt die "moralische Reinheit" des Islams. Die Fundamentalisten benützen die Globalisierung, um diese zu bekämpfen. Terroristen machen Gebrauch von der Bewegungs-

Westeuropas jüdische Geschichte geht zu Ende

Westeuropa traf seine Wahl: Die jüdische Seite der europäischen Geschichte ist zu Ende geschrieben und herausgerissen, bekleckert mit Boykotten israelischer

Waren; jetzt wird die Geschichte auf islamischer Seite geschrieben. Für die in der westlichen Gesellschaft herrschende Meinung stellen die unabhängigen Juden ein unerwünschtes Bild dar. Befremdlich scheint den Europäern das Bild der starken Juden, die erfinderisch, kämpferisch, erfolgreich sind. Ihre Pietät gegenüber den sozialen Elementen aus dem "mysteriösen Orient", äußert sich in einer übertriebenen Fürsorge, die im Westen als "progressiv" gilt.

Europa nimmt die "schwachen Geflüchteten" auf und schwächt damit sich selbst; sie zeigen "ein Herz für Palästinenser" und rügen Juden für den gewaltsamen Widerstand gegen das Böse. Dem alten europäischen Bild von einem hinterlistigen, gierigen, korrumpierten Juden folgte das Bild eines Eroberers, eines brutal mordenden Zionisten. Der gelbe Stern eines diskriminierten Juden ist verschwunden, stattdessen haben Juden in der Vorstellung vieler Europäer einen Sheriff-Stern: Die Globalisierung des Antisemitismus geht ihren siegreichen Weg. Er ist ein Teil der Substruktur aller Vorurteile unserer Welt geworden. Die Anzahl der Juden außerhalb Israels verringert sich, und die Anzahl der Antisemiten wächst.

Die Spanische Grippe brach nach dem Ersten Weltkrieg über die Welt herein und forderte wegen unhygienischer Bedingungen und Hungersnöten mehr Opfer als das Gemetzel des Krieges.

Die Pandemie von 2019/20 brachte im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin zunächst einmal den Weltfrieden: Es fanden weder terroristische Anschläge, noch Raketenbeschuss von Passagierflugzeugen statt. Aber die Globalisierung brachte den Virus in 204 Länder der Welt, zeigte sich der Menschheit somit in ihrer ganzen Macht: Das neue Potenzial der Zerstörung wurde deutlich und flößte Angst ein.

Die Globalisierung half dem Virus

Welches Verhalten ernten wir bei Millionen von Menschen, die endlich aus ihren Häusern dürfen, jedoch ärmer geworden sind und seit Monaten ohne Abwechslung lebten? Die Völker der Natiinen sind in ihren Ländern eingesperrt, der Nationalismus besiegt den Internationalismus. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen der Staaten liegen, wie das Virus, in der Luft. Die Pandemie zeigte die Gefahren der Globalisierung auf und die Europäische Union, die Verfechterin der Globalisierung, erlebt eine ideologische Krise. Ihre vermeintliche Einheit, von der Philosophie des Multikulturalismus zusammengehalten, sieht wie eine sich selbst kompromittierende aus, die wohl auch zur Pandemie beigetragen hat.

Die Pandemie führte zu einem starken Rückgang der Ölpreise, von dem insbesondere Länder betroffen waren, die vom Ol leben, und Staaten, die Ol zu Terror verarbeiten. Dem Antisemitismus brachte sie allerdings nichts Neues: Früher wurden Juden beschuldigt, tödliche Krankheiten verbreitet zu haben; jetzt werden Juden als Schuldige in der Ausbreitung des Coronavirus bezeichnet, angeblich mit dem Zweck, den sunnitischen und schiitischen Islam sowie andere Glaubensrichtungen und Völker zu schädigen.

Wenn der Holocaust geleugnet werden kann, so kann man auch - mit der gleichen Glaubwürdigkeit - behaupten, dass die Pandemie von Juden ausgelöst wurde. Solche Verleugnungen und Behauptungen entstehen in den gleichen Kreisen. Es werden erneut "Die Protokolle der Weisen von Zion" wiederbelebt, erneut sollen die Juden Bank-und



Diejenigen, die die Juden für die Coronavirus-Pandemie verantwortlich machen, lassen sich von der Tatsache, dass in New York und Israel überdurchschnittlich viele orthodoxe Juden an Corona verstorben sind, nicht beirren.

Finanzwesen kontrollieren.

Die Anschuldigungen, dass die Juden das Coronavirus verbreitet haben, werden von rechten und linken Organisationen, religiösen Führern, Ideologen des Nationalismus, einzelnen "Analytikern", Anhängern der Theorie der jüdischen Verschwörung und sogar von einigen Beamten in Frankreich, der Schweiz, dem Iran, Spanien, der Türkei und Venezuela veröffentlicht; mit anderen Worten, eine neue "Brunnenvergif-

Wie sollten es Juden geschafft haben, diese "neue Biowaffe" – das Corona-Virus – verbreitet zu haben? Biowaffen werden mittels Sprengköpfe von Raketen, Bomben, Artillerie-Geschossen und Granaten, Kisten oder Containern, die aus Flugzeugen abgeworfen werden, unter Verwendung spezieller Geräte, die Insekten aus Flugzeugen zerstreuen, ausgeliefert. Die gängige Technologie zur Erkennung der Ausbreitung biologischer Waffen durch Menschen ist einfach. Bisher gab es jedoch keine Berichte über Methoden zur Lieferung und Verwendung biologischer Waffen durch Juden. Im Gegenteil, die Anzahl der durch die Folgen der Coronavirus-Epidemie verstorbenen orthodoxen Juden ist in Israel und New York überdimensional hoch.

Die immer gleichen "Argumente" Die Argumente der Verschwörungsthe-

oretiker sind immer gleich:

Die Juden profitieren davon, weil sie das Ziel verfolgen so viele Christen und Moslems, Araber und Perser etc., etc., wie möglich zu vernichten. Die Juden profitieren davon, weil dabei die Wirtschaft in der Türkei, dem Iran, in Venezuela und anderen Ländern ruiniert wird. Die Juden profitieren davon, weil sie aus dem neuen Impfstoff Kapital zu schlagen beabsichtigen.

Diese und ähnliche Argumente, die dazu benutzt werden, die Zuschreibung

diverser Verbrechen den Juden aufgrund ihnen zugeschriebener Motive bilden die typische Strategie sämtlicher antijüdischer Verschwörungstheorien. Die alte Verleumdung lebt, wenn auch in einem neuen Kleid. Die Pandemie, den neuen Stoff für Judenhasser liefernd, verfügt über alle Anzeichen einer absichtlichen Zerstörung der Menschheit, es fehlt bloß die Absicht selbst.

Die Infektion breitet sich zwischen den Menschen dank offener Grenzen, Toleranz und Respekt für den Einzelnen im Geiste der Demokratie effektiv aus. Jeder wird dabei zu einer Gefahr, zum Feind – und wo es Feinde gibt, ist es immer wieder verlockend, einen Juden zum Feind zu erklären. Ein rationaler Weg, eine Krise zu überwinden, ist nicht immer von Erfolg gekrönt. Eine Pandemie bringt Panik mit sich, eine Wellen von Neurosen, Pleiten, Scheidungen, ja Suiziden. Stabile Existenzen

von Menschen und Völkern zerfallen; das planbare, laminare, geordnete Leben wird turbulent. Reale Gefahren koexistieren mit imaginären, die Ströme von wahren und falschen Informationen enden nicht und mystischen, monströsen Gerüchten wird Glauben geschenkt. Anstelle der verlorenen Stabilität kommt durch Unsicherheit und Angst vor einer unbekannten und unverständlichen Zukunft eine Beklommenheit auf.

Solche Zeiten verführen Extremisten dazu, nach einfachen und zerstörerischen Wegen zu suchen. Die Coronavirus-Pandemie schlug der Globalisierung die Krone vom Kopf, beraubte sie eines enormen Territoriums und stellte ihren Wert als Weg zur Entwicklung der Zivilisation in Frage.

> Übersetzung aus dem Russischen: Irina Korotkina

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER "JÜDISCHEN RUNDSCHAU" SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

WISSEN № 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Albert Memmi: Der Mythos einer idyllischen jüdisch-arabischen Koexistenz in den muslimischen Ländern

Kurz vor seinem 100. Geburtstag ist der tunesisch-jüdische Schriftsteller gestorben, der u.a. über die Unterdrückung der Juden in moslemischen Ländern schrieb.

Von Karl Pfeifer

Vor 30 Jahren führte ich in Paris mit dem französisch-jüdischen Schriftsteller und Soziologen Albert Memmi ein Interview. Seine Geduld mit mir, dessen Französisch nicht sehr elegant ist und seine Aussagen – Form und Inhalt – beeindruckten mich tief.

Im Dezember 2019 gratulierte ich ihm zum 99. Geburtstag und plante vor seinem 100. Geburtstag wieder ein Interview mit ihm zu führen. Dazu wird es leider nicht mehr kommen, denn am 22. Mai 2020 starb Albert Memmi in Paris.

Sein 1953 in Paris erschienenes erstes autobiographisches Buch "Die Salzsäule" kam in deutscher Sprache erst 1963 heraus und die DDR brauchte weitere 15 Jahre, um dieses wichtige Buch nachzudrucken.

In seinem kurzen Vorwort zur ersten französischen Ausgabe der "Salzsäule" sagte Albert Camus, dass "hier das Leben eines Menschen beschrieben wird, dem es unmöglich ist, sich als tunesischer Jude mit französischer Bildung in irgendeiner Form zu definieren: Seine Kultur ist Französisch und in seiner Klasse ist er der einzige Schüler, der Racine so versteht, wie man ihn verstehen muss."

In der "Salzsäule" findet man all die Themen, die Memmi auch später beschäftigten, die Frage der mehrfachen Identität, der Übergang von einer sehr einfachen und armen Welt in die der Kultur, Tunis und Frankreich, Juden und Araber.

13 Kinder im Getto von Tunis

Albert Memmi wurde am 15. Dezember 1920 in einem Viertel von armen Juden in Tunis geboren. Sein Vater war Schirrmacher und seine schöne, lustige Mutter, die sich um 13 Kinder zu kümmern hatte, war Analphabetin.

Das Getto von Tunis, so skizziert Memmi seine Geburtsstadt, "war von Armen bewohnt, die gerade so viel verdienten, um sich Brot, Öl und Oliven für den Tag zu kaufen, einmal in der Woche ein bisschen Fleisch." Aber eben diese armen Juden, so Memmi, "meditierten Tag für Tag über das Schicksal des Menschen, von dem sie nur das Beste hielten. Sie waren es, die mich gelehrt haben, dass es in jedem menschlichen Wesen, selbst in dem elendsten, etwas Heiliges gibt."

Memmis Muttersprache war der von Juden gesprochene tunesische arabische Dialekt. Zuerst lernte er in einer religiösen jüdischen Schule und kam als Siebenjähriger in eine Volksschule der Alliance Israélite, die bereits seit 1878 in Tunesien Schulen für Juden betrieb, deren Unterrichtssprache natürlich französisch war. Als Zwölfjähriger gewann er ein Stipendium und die jüdische Gemeinde in Tunis erklärte sich bereit, erst das Gymnasium und dann die Universität zu bezahlen.

Am Lycée Carnot wurde ihm "erstmals schmerzlich bewusst, was es heißt Jude

Nach einer Prügelei mit einem Mitschüler, Sohn italienischer Einwanderer,



Der Schriftsteller Albert Memmi 2005 auf der 11. Maghrebinischen Buchmesse in Paris.

bemerkte Memmi: "Die noch nicht lange Eingebürgerten und die Nationalgesinnten von nicht ganz eindeutiger Herkunft sind fremdenfeindlicher und rassenbekennen, dass den meisten Franzosen und Muslimen das Leiden der Juden gleichgültig war. 1943 erlebten die Juden sechs schreckliche Monate der deutschen Be-

"Wir waren da vor dem Christentum, und lange vor dem Islam", protestierte Memmi, "wurden aber nicht als echte Tunesier betrachtet."

wusster als die anderen."

1939 legte Memmi die Reifeprüfung ab und gewann den höchsten Philosophiepreis des Landes. Er inskribierte an der Universität von Algier, aber nach Beginn des Krieges wurde er aus Algerien ausgewiesen und musste nach Tunis zurückkehren. Memmi begeisterte sich für die französische Kultur und die Prinzipien der Französischen Republik. Er vergaß für eine Weile seinen Zionismus und sah die Lösung aller Probleme im Sozialismus. Bald musste er während der Herrschaft der Vichy-Regierung er-

satzung. Junge Juden im Alter von 18 bis 28 Jahren wurden zu Zwangsarbeitern in Lagern. Memmi, der einen ärztlichen Attest hatte, meldete sich freiwillig in ein Lager und ist dann geflüchtet. Einzelne Juden wurden in die europäischen Vernichtungslager deportiert und es gab auch willkürliche Hinrichtungen in Tunesien.

Kommunist zu sein, ist eine Wahl – Jude nicht.

Memmis Glaube an den westlichen Humanismus wurde erschüttert: "Das

Europa, das wir bewunderten, respektierten und liebten, nahm seltsame Gesichter an, sogar das demokratische, brüderliche Frankreich lieh sich das Gesicht von Vichy... Ich lernte die harte Lektion, dass mein Schicksal [als Jude] nicht notwendigerweise übereinstimmt mit dem Schicksal Europas.... Geschichte wird ohne uns gemacht, Vichy hatte prompt seine Juden ausgefolgt. Sagen Sie mir nicht, dass es auch die Kommunisten und Freimaurer aufgab! Kommunist zu sein ist eine Wahl, die man frei trifft." 1962 drückte er diesen Gedanken so aus: "Jude zu sein ... ist keine Wahl, es ist vor allem Schicksal."

Nach dem Krieg studierte er wieder an der Universität in Algier und beendete sein Studium der Philosophie an der Sorbonne in Paris. Auch dort spürte er, als Nordafrikaner und Jude, nicht ganz dazuzugehören.

1949 zog ihn die tunesische Unabhängigkeitsbewegung zurück in sein Heimatland, vom Universalisten wurde er graduell zum tunesischen Nationalisten und zum Mitbegründer des Magazins "Jeune Afrique", dessen Kulturrubrik er mehrere Jahre redigierte. Doch seine Liebe für sein Heimatland wurde nicht erwidert.

Nach der Unabhängigkeit 1956 wurde sehr bald der Islam offizielle Staatsreligion, das Erziehungssystem arabisiert und man ließ die Juden wissen, dass sie nicht

erwünscht sind. Obwohl "wir da waren vor dem Christentum, und lange vor dem Islam" protestierte Memmi, wurden sie nicht als echte Tunesier betrachtet. In dem neuen Staat machte eine Serie von antijüdischen Verordnungen den armen Juden die Existenz fast unmöglich. Memmis Hoffnungen auf eine laizistische, multikulturelle Republik gleicher Bürger wurden zerstört. Das hat ihn tief verwundet: "Der Grund, dachten wir, ist fest, doch er wurde uns unter den Füßen weggezogen." Er brachte es so auf den Punkt: "[Tunesiens Präsident] Burgiba war vielleicht niemals judenfeindlich, aber seine Polizei kam immer zu spät, wenn die Geschäfte der Juden geplündert

Exodus der unerwünschten tunesischen Juden

Memmi und andere jüdische Intellektuelle mussten erkennen, dass sie sich geirrt hatten und die einfachen – zumeist religiösen Juden – Recht gehabt hatten. Der Fehler der Intellektuellen,

№ 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

WISSEN

argumentierte er, war ihr Beharren darauf, dass sie nur Tunesier seien und ihr Vertrauen, dass ihre muslimischen Mitbürger sie als solche anerkennen werden.

Es kam zu einem Exodus der tunesischen Juden, die meisten gingen nach Israel, einige nach Frankreich, und noch mehr verließen das Land nach 1967. Albert Memmi ging 1956 nach Paris, wo er als Professor an der Sorbonne, Romanschriftsteller und Publizist bis an sein Lebensende wirkte.

1958 veröffentlichte Memmi sein Buch "Das koloniale Problem und die Linke" und er zeigte bereits damals auf, was ein großer und einflussreicher Teil der Linken in Westeuropa und den USA in den darauffolgenden Jahrzehnten praktizierte. Eine bipolare Haltung zu den früher kolonisierten Ländern und zum Nationalismus. Sie lobten die vermeintliche Revolution arabischer Diktaturen. Dabei hatten sie da ein Problem. Diese Regime waren rabiat nationalistisch und die Linke hatte in den hundert Jahren zuvor eine prinzipielle, antinationalistische Position eingenommen.

Plötzlich wurde Israels Existenz nützlich. Der jüdische Staat ermöglichte es den Linken ihre heftige Kritik am Nationalismus auszudrücken. "Allerdings nur im Fall eines kleinen Staates, während sie vor der antiimperialistischen und schrillen nationalistischen Rhetorik der Dritten Welt katzbuckelten. Das erklärt ihre Begeisterung für den kubanischen, vietnamesischen, chinesischen, algerischen und palästinensischen Nationalismus, während sie den Zionismus hassten."

Memmi rief ein Jahrzehnt vor dem Sechstagekrieg zu einer Neuorientierung auf, zu einer Anerkennung aller nationalen Befreiungsbewegungen inklusive des Zionismus.

Nicht-religiöse Juden, die Juden bleiben wollen

In seinem 1962 erschienenen Buch "Portrait d'un Juif" prägte Memmi das neue Wort judéité, dass er so definierte: "Die Tatsache Jude zu sein, ein Komplex der soziologischen, psychologischen, biologischen Eigenschaften, die einen Juden ausmachen". Das könnte in der deutschen Übersetzung Jüdischsein bedeuten, oder man müsste ein neues Wort kreieren, Judäität. Womit die zahlreichen Juden, die der Tradition und der religiösen Praxis entfernt sind, besser ihren Wunsch -Iuden zu bleiben - beschreiben können. In seinem Buch Juifs et Arabes (1974) hinterfragt er den Mythos einer idyllischen Koexistenz in den muslimischen Ländern. Er erinnert daran, auch wenn die Juden da nicht dieselbe mörderische Gewalt wie im christlichen Europa erfahren haben, gibt und gab es für Minderheiten in nicht-demokratischen Ländern nur Situationen der Unterwerfung (dhimmitude) und meistens auch der Rechtslosigkeit.

Den arabischen und linken Denkern, die postulierten, die "arabischen Juden" sollten aus Israel heimkehren, gab er in diesem Buch eine eindeutige Antwort: "Es ist jetzt zu spät für uns, arabische Juden zu werden. Nicht nur die Heime der Juden in Deutschland und Polen wurden niedergerissen und in alle vier Windrichtungen verstreut, sondern auch unsere Heime. Objektiv gesprochen, gibt es keine jüdischen Gemeinden in irgendeinem arabischen Land und sie werden nicht einen einzigen arabischen Juden [Juif-Arabe] finden, der bereit wäre in sein Geburtsland zurückzukehren."

Nach dem Jom-Kippur-Krieg 1975 veröffentlichte er seine Essays unter dem Titel "Juden und Araber". Obwohl er eine Koexistenz zwischen den beiden als möglich sieht, erklärt er, dass die Juden "eine sehr ernste Rechnung" mit den Arabern offen haben. Das beinhaltete die Behandlung der Juden, als sie noch in arabischen Ländern lebten, die arabische Weigerung Israel anzuerkennen und das umstrittenste Problem, den arabisch-jüdischen Bevölkerungstransfer, den es seit 1948 gab. Dieser Transfer war eine Tatsache und die einzige Basis für einen Frieden. Er zeigte auf, dass der Wunsch der "Palästinenser" nach Rückkehr, d.h. dass die Nachkommen derer, die 1948 geflohen waren, nach Israel zurückkehren, illusorisch und friedensfeind-

Bevölkerungsaustausch war notwendig

Memmi wagte eine Wahrheit zu artikulieren, die bis heute Tabu ist: "Wagen wir es auszusprechen, es hat einen de facto Bevölkerungsaustausch gegeben" Zwei Bevölkerungsgruppen haben eine nakba, eine ethnische Vertreibung erfahren. Während die "palästinensische" Situation "tragisch" war, ist ihr Problem weder unlösbar noch eine welthistorische Katastrophe. "Wenn sie es richtig begreifen, ist das Unglück der palästinensischen Araber, dass sie 50 km versetzt wurden ….. Wir [orientalische Juden] wurden tausende von Kilometer entfernt, nachdem wir auch

stab [für die Beurteilung der Linken] ist, ob sie wirklich eine Vereinbarung wünschen, die gerecht wird der Existenz, der Freiheit und den Interessen beider Seiten".

Sein 2004 publiziertes Buch "Entkolonialisierung und die Entkolonialisierten" ist hauptsächlich gegen politische und militärische Führer ("kriminelle Idioten"), ängstliche Intellektuelle und religiöse Fanatiker gerichtet. Er kritisiert die weitverbreitete Fixierung auf "ein archaisches goldene Zeitalter und eine leuchtende Zukunft". Ein Phänomen, das insbesondere in der muslimischen Welt grassiert, um die machtlose Masse ruhig zu stellen.

Die postkolonialen Probleme sind ernüchternd: Hunger, Extreme der Armut und des Reichtums, ständige Kriege, Unterdrückung von Frauen, Verfolgung von Minderheiten, religiöser Fanatismus, reaktionäre Erziehungssysteme und Gewohnheiten, Vermischung von Politik und Religion, unterdrücktes intellektuelles Leben und der Mangel an demokratischen Freiheiten. "Es scheint die eitrigen Wunden, die diese jungen Nationen schwächen, sind endlos."

Schuld wird giftig, wenn sie zur Blindheit führt

Memmi versteht das Schuldbewusstsein europäischer Linken, welche er als Nordafrikaner nicht teilt, aber er warnt: "Schuld wird giftig, wenn sie zur Blindheit führt". Er beschreibt diejenigen, "die nicht länger kolonisiert

Die vielen Metamorphosen des Antisemitismus haben Memmi verdutzt, denn dieser gedieh in der westlichen Welt, im kommunistischen Block und in der Dritten Welt.

alles verloren haben." Er besteht darauf, dass dieser Bevölkerungsaustauch nicht rückgängig gemacht werden kann oder soll, trotz der arabischen Weigerung, die Endgültigkeit des Ersten und die Realität des Zweiten anzuerkennen. "Israel zu zerstören, um die Palästinenser zu kompensieren, wäre mit den Mitteln eines Verbrechens einen Ausgleich zu schaffen."

Für jüdische Kommunisten war jüdische Identität ein egoistischer Hinterhof, jüdischer Nationalismus reaktionär. Von jüdischen Linken erwartete man, dass sie für andere kämpfen, unbedingten Altruismus, um in und von der sozialistischen Gemeinschaft akzeptiert zu werden. Er bemerkte dazu sarkastisch: "Niemand kann ihn irgendwie verdächtigen, er würde an sich und sein Volk denken. Er kämpft bedingungslos für die ganze Menschheit... Juden auf der Seite der Linken haben oft dankbar diese Bedingung akzeptiert, trotz ihrer offensichtlichen Torheit...Gibt es eine dümmere oder künstlichere Politik als jemand aufzufordern nur gegen solche Ungerechtigkeit zu kämpfen, deren Opfer er nicht

Memmi argumentierte, dass diese (Selbst)Verstümmelung Bestandteil der marxistischen

Analyse sei und deswegen, "das Scheitern der europäischen Linken bezugnehmend auf das jüdische Problem, kein Zufall war." Er betonte, dass das wesentliche Prinzip eine Lösung des arabisch-israelischen Konflikts die Gegenseitigkeit ist. "... Der ernste Maß-

sind", jedoch "manchmal glauben es zu sein."

In diesem Buch kritisierte er arabische Intellektuelle, insbesondere diejenigen, die im Westen leben und die das "sinnlose Phänomen der Selbstmordattentate" ignorieren, selten ein Wort über die Lage der Frauen verlieren, und nichts über die Lage der Minderheiten sagen. Fast niemand wagte offen dem Taliban-Regime entgegenzutreten, und keiner wagte öffentlich Saddam Hussein zu verurteilen. Doch glücklicherweise gibt es ein Thema für tapfere Erklärungen: "Fast alle hatten eine Meinung über Israels Recht auf Existenz".

Eine der Tragödien, die er erläutert, ist die Gewalt, welche die Kluft der Abwesenheit von zivilen Institutionen füllt. Ohne Rechtsstaat, wird die Macht durch das Gewehr und die Bombe vermittelt. Er weist darauf hin, dass die ehemals Kolonisierten ein Ende der Gewalt und des Terrors wünschen und er verurteilt den Verrat an diesem Wunsch. "Nach Jahrzehnten der Unabhängigkeit werden in Algerien noch immer die Kehlen durchschnitten, wird in Kuba noch immer gefoltert und werden nicht verschleierte Frauen im Iran und in Algerien noch immer verurteilt. Im Irak wurden Massengräber entdeckt, die vor einem Massaker flüchtenden zählen Hundertausende [seither Millionen], in Schwarzafrika werden ganze ethnische Gruppen massakriert... In Algerien hat die Armee die Herrschaft des Terrors eingeführt."

Franko-Araber als "Zombies"

Ein Jahrzehnt vor den "Charlie Hebdo"- und "Bataclan"-Terrorangriffen in Paris analysierte Memmi das Dilemma von muslimischen französischen Staatsbürgern, insbesondere denjenigen, die in Frankreich von nordafrikanischen Eltern geboren wurden. Während die Generation der Eltern oft versuchte eine Assimilation anzustreben, rebelliert die jüngere Generation dagegen, ohne aber eine nachhaltige Alternative zu formulieren. Und er spricht aus, was tabuisiert ist:

"Der Sohn eines Einwanderers ist eine Art von Zombie. Er ist französischer Staatsbürger, aber fühlt sich kein bisschen französisch. Er ist nicht ganz Araber, er spricht kaum die [arabische] Sprache...Er wäre in Verlegenheit den Koran, den er bei Demonstrationen wie eine Fahne vor sich trägt, zu lesen."

Die vielen Metamorphosen des Antisemitismus haben Memmi verdutzt, denn dieser gedieh in der westlichen Welt, im kommunistischen Block und in der Dritten Welt. Es gab ihn in verschiedenen ökonomischen Systemen, Religionen und Kulturen. "Keine Erklärung dieser Feindschaft... kann dieses Thema erschöpfen, kann mich beruhigen."

Im "Portrait eines Juden" verabschiedet er sich von einem allgemeinen Universalismus und entwickelt die Idee von der Notwendigkeit der nationalen Identität. "Wirkliche Gerechtigkeit, wirkliche Toleranz und die universelle Brüderlichkeit verlangen nicht, die Differenz zwischen Menschen zu negieren, sondern deren Anerkennung und vielleicht auch Wertschätzung. Juden hatten insbesondere einen hohen Preis für abstrakten Universalismus zu bezahlen, der ihre besondere Geschichte und besonderen Bedürfnisse unterdrückte. Nun ist die Zeit gekommen, die Wahrheit anzuerkennen, die sowohl existenziell als auch politisch ist: Ich bin überzeugt, dass der Unterschied, die erforderliche Bedingung für jegliche Würde und Befreiung ist... Zu sein bedeutet, verschieden zu sein."

Ohne Israel keine jüdische Würde

Memmi sah Israel als den Mittelpunkt der jüdischen Identität, "nur diese kollektive Autonomie gibt uns endlich den Mut und den Geschmack für Freiheit, die allein die Basis der Würde sind."

Er erlebte, wie die europäische Linke nicht mehr auf die Schattenseiten der Dritten Welt achtete bzw. wie behauptet wurde, diese verdiene immer die Unterstützung. Das war destruktiv: denn dies "führt zu der Duldung von allen möglichen Exzessen – Terrorismus, Xenophobie und soziale Reaktion".

Memmi erinnerte sich "Kein Mitglied irgendeiner Minderheit konnte in Frieden und Würde leben in einem überwiegend arabischen Land!" Die Muslime wurden von den Kolonialmächten kolonisiert, aber die Juden darüber hinaus "beherrscht, gedemütigt und bedroht und gelegentlich massakriert." Und er stellte eine unbequeme Frage: "Und von wem? Ist es nicht Zeit, dass unsere Antwort gehört wird: von muslimischen Arabern ...Müssen wir das Hängen [von Juden] in Bagdad, die Gefängnisse und die Brände in Kairo, das Plündern und die ökonomische Erstickung im Maghreb und am Ende den Exodus akzeptieren? Zionismus war nicht die Ursache dafür, sondern das Resultat solcher Verwüstung."

Einer der im 20. Jahrhundert bedeutendsten jüdischen Schriftsteller und Wissenschaftler ist von uns gegangen.

WISSEN № 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Auswandern? Wenn ja: Wohin? (Teil 1) In der JR gibt es erstmals eine Liste potentieller Auswanderungs-Ziele, in denen bereits

deutschsprachige und jüdische Infrastrukturen existieren.



Von Björn Akstinat

Deutsche Sprache und jüdische oder christliche Konfession? - Dieser Artikel zeigt Ihnen besonders passende Auswanderungsziele.

Jeder zweite Bundesbürger hat schon einmal über Auswanderung nachgedacht, wie eine Umfrage kürzlich ergab. Über 200.000 Deutsche pro Jahr träumen nicht nur davon, sondern verlassen ihr Heimatland auch tatsächlich – Tendenz steigend.

Viele haben nicht die Chance, ihr Auwanderungsziel frei zu wählen, weil sie von ihrem Arbeitgeber ins Ausland geschickt werden oder nur in einem bestimmten Land eine passende Arbeitsstelle finden. Andere jedoch können und wollen zwischen mehreren Auswanderungszielen abwägen und denken sehr langfristig. Sie möchten für sich, ihre Kinder und ihre Enkel auf Dauer eine neue geeignete Heimat finden ... und das will wohlüberlegt sein.

Alle Studien und Beobachtungen zeigen, dass auch bei Auswanderern langfristig nahezu immer der Grundsatz "Gleich und Gleich gesellt sich gern!" gilt. Man sucht gerade im Ausland oft die Nähe zu Menschen mit gleicher Sprache und Kultur, um unkompliziert Erfahrungen und Ratschläge auszutauschen oder um Bräuche und Glauben gemeinsam pflegen zu können.

Deshalb werden in diesem Artikel nur Länder als Auswanderungsziele vorgestellt, in denen bereits eine nennenswerte Zahl an Deutschsprachigen und Deutschstämmigen lebt, also auch eine deutsche Infrastruktur vorhanden ist, an die neue Auswanderer andocken können. Wenn in einem Staat bereits länger Deutsche siedeln bzw. sich eine deutsche Minderheit gebildet hat, dann ist das fast immer ein Zeichen für ein Mindestmaß an Lebensqualität und Rechtssicherheit sowie die Möglichkeit, sich dauerhaft niederzulassen.

Österreich, Luxemburg und die Schweiz bleiben verständlicherweise unberücksichtigt, weil sie Deutschland kulturell sehr ähneln und den Deutschen durch Reisen und Ausflüge meist schon gut bekannt sind. So gestaltet sich ein Umzug dorthin als die unproblematischste Art der Auswanderung ohne großen Beratungsbedarf.

Die hier mit Kurzporträts vorgestellten Länder werden nach folgenden Kriterien

* medizinische Versorgung und Pflege auf Deutsch (z.B. deutsche Ärzte/Alters-

* deutschsprachige Kultur- und Freizeitangebote (Theateraufführungen, Filmvorstellungen, Konzerte, Büchereien, Sportvereine, Chöre, Tanz- und Trachtenvereine, Stammtische, Oktoberfeste oder andere regelmäßige Feierlichkeiten)

* deutschsprachige Medienangebote (Zeitungen, Zeitschriften, Internetportale, Radio- oder Fernsehsendungen in Deutsch)

* deutschsprachige Seelsorge (deutschsprachige Kirchengemeinden)

deutschsprachige Bildungs- und Erziehungsangebote (Kindergärten, Schulen, Hochschulen)

* Verfügbarkeit deutscher Lebensmittel und sonstiger Produkte bzw. Dienstleistungen (deutsche Gaststätten, Lebensmittelläden, Bäckereien, Buchhandlungen, Handwerker)

Offenheit für deutsche Neueinwanderer, Rechtssicherheit, Lebenshaltungs-

Maximal können sieben Sterne vergeben werden.

Auf die Bedürfnisse von deutsch-jüdischen Auswanderen wird in einigen Länderporträts gesondert eingegangen.

Argentinien * * * * * *

Argentinien ist seit der Staatsgründung ein Auswanderungsziel für Deutsche, Österreicher und Schweizer. Unter diesen Emigranten gab es auch spezielle Gruppen wie deutschsprachige Juden, Mennoniten, Donauschwaben oder Wolgadeutsche. An einigen Flecken ließen sie sich in größerer Zahl nieder. Beispiele sind die Orte Villa General Belgrano, La Cumbrecita, Villa Ballester, Charata, Oberá, Sankt Joseph/San José (Coronel Suárez), Colonia Hinojo, Aldea San Antonio oder die deutsch-jüdische Siedlung Colonia Avigdor. Die Neuankömmlige schufen eine gute deutsche Infrastruktur mit Medien, Schulen, Kirchengemeinden, Altersheimen, Gaststätten und Vereinen. Das deutsche Hospital in Buenos Aires soll das beste Krankenhaus Argentiniens und eines der besten Lateinamerikas sein. Rund 270 deutsche Vereinigungen haben sich unter dem Dach der "Federación de Asociaciones Argentino-Germans" (FAAG) zusammengeschlossen. Da quasi das ganze Land aus Einwanderern besteht, ist man Neuankömmlingen gegenüber aufgeschlossen.

Schon vor fast 150 Jahren wurde die wichtigste deutschsprachige Publikation, die Zeitung "Argentinisches Tageblatt", von Schweizern gegründet. Sie richtet sich heute an die über 300.000 Deutschsprachigen im Land und eignet sich als Informationsquelle vor einer Auswanderung: www.tageblatt.com.ar. Bis vor wenigen Jahren existierte ebenfalls eine jüdische Zeitung namens "Semanario Israelita" auf Deutsch. Die Zahl deutschund jiddischsprachiger Juden geht zwar durch Assimilierung zurück, ist aber noch bemerkenswert. Die von ihnen vor Jahrzehnten gegründeten Institutionen existieren weiter, wenn auch hauptsächlich spanischsprachig - so z.B. das Altenheim Hirsch oder die drei Gemeinden Lamroth Hakol (www.lamroth.org), Benei Tikva und NCI-Emanu El.

Da die wirtschaftliche Lage noch immer unsicher ist, gibt es für Argentinien als Auswanderungsziel 6 von 7 Sternen.

Australien * * * * * *

In Australien leben etwa 1 Million Menschen mit deutscher, österreichischer oder schweizerischer Abstammung. Davon sprechen bzw. beherrschen noch über 10 % (= 100.000) die deutsche Sprache. Hinzu kommen mehrere hunderttausend Australier, die Deutsch als Fremdspra-

che neu erlernt haben. Eine Region, in der deutsche Einwanderer recht konzentriert leben und ihre Muttersprache auch noch öfters im Alltag gebrauchen, ist das Barossa-Tal bei Adelaide. Deutsche begannen dort im 19. Jahrhundert mit dem Weinanbau. Heute ist es die bedeutendste Weinregion Australiens. Deutsche Vereine und Kirchengemeinden gibt es in nahezu allen großen Städten des Landes. Informationen in der eigenen Muttersprache kann man von der Zeitung "Die neue Woche in Australien", mehreren Mitteilungsblättern und durch diverse Hörfunkprogramme bekommen. Sogar einige Radiosendungen auf Jiddisch sind im australischen Äther zu hören. So bietet z.B. der staatliche Sender SBS neben täglichen deutschsprachigen Sendungen auch eine wöchentliche in der "Mameloschn"

Belgien * * * * * * *

In Belgien ist Deutsch eine der drei Amtssprachen. In der autonomen Deutschsprachigen Gemeinschaft im Osten Belgiens mit eigener Regierung und eigenem Parlament lässt es sich fast wie in Deutschland leben. Sie hat über 70.000 Einwohner. Dort kann man seine Kinder auf deutschsprachige Schulen und Hochschulen schicken, eine deutschsprachige Tageszeitung abonnieren wie auch die Radio- und TV-Programme des Belgischen Rundfunks (BRF), des kleinsten öffentlich-rechtlichen Funkhauses Europas, genießen. Das Angebot an Druckmedien in der Sprache Goethes ist im gesamten belgischen Königreich so umfangreich, dass sich Interessierte darüber am besten mittels des "Handbuchs der deutschsprachigen Presse im Ausland" informieren. Damit sich keine Volksgruppe ausgeschlossen fühlt, hält der König seine wichtigsten Ansprachen natürlich auch auf Deutsch. Aufgrund der fehlenden Sprachbarrieren kann man in Ostbelgien also sehr schnell eine neue Heimat finden und Kontakte knüpfen. Sich dort als EU-Bürger niederzulassen, ist wie in anderen EU-Staaten sehr unkompliziert. Neben Ostbelgien ist die Hauptstadt Brüssel ein Ort mit vielen deutschsprachigen Institutionen wie Kirchengemeinden, Schulen oder speziellen Läden und Gaststätten.

Brasilien * * * * * *

Deutsch ist die zweithäufigste Muttersprache Brasiliens. Bis zu 5 Millionen Brasilianer sind deutschstämmig und bis zu 1,5 Millionen von ihnen beherrschen bzw. verstehen noch Hochdeutsch oder einen deutschen Dialekt. Hinzu kommen diejenigen, die Deutsch als Fremdsprache lernen. In vielen südlichen Regionen des Landes machen Deutschbrasilianer über 50 % der Bevölkerung aus. Berühmte Deutschstämmige sind beispielsweise das Fotomodell Gisele Bündchen, der Tennispieler Gustavo Kuerten oder der legendare Fußballspieler Arthur Friedenreich, der erfolgreichste Torschütze aller Zeiten. Trotz vieler Einschränkungen für den Deutschunterricht und die deutschsprachigen Medien in der Vergangenheit ist die Kultur der Deutschbrasilianer sehr lebendig. Davon zeugen zahlreiche deutsche Feste im ganzen Land - beispielsweise das weltberühmte Oktoberfest in Blumenau (Bundesstaat Santa Catarina). Deutsche Schulen bzw. Schulen mit erweitertem Deutschunterricht gibt es nicht nur in den Großstädten, sondern auch in einigen Provinzregionen.

Größere deutschsprachige Zeitungen erscheinen nicht mehr, aber es werden über 30 Zeitschriften und rund 20 Radioprogramnme auf Deutsch produziert. Zu den Zeitschriften gehört beispielsweise das Kulturmagazin "Entre Rios", das in der gleichnamigen Siedlung donauschwäbischer Einwanderer im Bundesstaat Paraná herausgegeben wird. Da ein Großteil der Deutschstämmigen evangelisch ist, veröffentlicht die dortige Evangelisch-Lutherische Kirche mehrere Mitteilungsblätter für sie. Auch die in ganz Südamerika verbreiteten protestantischen Mennoniten haben in Brasilien mehrere deutschsprachige Gemeinden und Publikationen. Eine ihrer Siedlungen ist die malerische Kolonie Witmarsum (Bundesstaat Paraná). Auch wenn die deutsche Infrastruktur gut und vielfältig ist, lässt die allgemeine Infrastruktur des Landes zu wünschen übrig. Deshalb gibt es vorerst nur 6 Sterne.

Chile * * * * * * *

Chile gehört zu den am weitesten entwickelten Staaten Südamerikas. Dazu haben die deutschen Einwanderer entscheidend beigetragen. Auf Deutschstämmige trifft man überall – so haben zum Beispiel auch der amtierende Außenminister Teodoro Ribera Neumann und der momentane Innenminister Gonzalo Blumel deutsche Wurzeln, wie man an den Nachnamen unschwer erkennen kann. Die meisten Deutsch-Chilenen leben im Süden des Landes, in der Hauptstadtregion und in Concepción. Sie haben eine einzigartige deutsche Infrastruktur geschaffen, die die anderer lateinamerikanischer Staaten noch übertrifft. So haben sie nicht nur zahlreiche eigene Schulen auf hohem Niveau, sondern sogar eine pädagogische Hochschule, an der Lehrer für die Schulen ausgebildet werden. Neben der Gesundheitsfürsorge, die durch gut ausgestattete deutsche Krankenhäuser und viele deutschsprachige Ärzte im ganzen Land, sichergestellt ist, existiert noch eine besondere Art von Notfallversorgung: ein Netz deutscher Freiwilliger Feuerwehren. Chile verfügt zudem wie Argentinien über eine eigene deutschsprachige Wochenzeitung. In puncto Seelsorge werden diverse evangelische und katholische Gottesdienste in deutscher Sprache angeboten. Für deutsch-jüdische Einwanderer gibt es in Santiago seit 1938 die "Comunidad Bnei Israel" (www.comunidadnbi.cl).

Dänemark * * * * * *

Wie in Belgien muss man in Dänemark nur die Grenze überqueren und schon befindet man sich im Gebiet der dortigen deutschen Minderheit. Zu ihr gehören rund 20.000 Menschen im Gebiet um Apenrade, Hadersleben, Tondern und Sonderburg. Sie besitzen eigene Kindergärten, 15 Schulen, evangelische Kirchengemeinden, einen Bauernverband, Büchereien, eine Tageszeitung und sogar eine eigene Partei. Auch Neu-Zuzügler können sich zur deutschen Minderheit bekennen und hinzurechnen lassen. Wer in Süddänemark vor Gericht steht und eine Verhandlung auf Deutsch wünscht, muss diesen Wunsch von den dänischen Behörden erfüllt bekommen. In der Hauptstadt Kopenhagen gibt es ebenfalls eine gewisse deutsche Infratruktur - dazu gehören zwei protestantische und eine katholische Kirchengemeinde sowie die Sankt Petri-Schule, die älteste deutsche Auslandsschule weltweit.

Frankreich * * * * * * * * Nahezu jeder weiß, dass die Regionen Elsass und Lothringen im Osten Frankreichs weitgehend deutsch geprägt sind und lange Zeit zum deutschen Staatsgebiet gehörten. In Straßburg erschien 1605 die erste Zeitung der Welt – und zwar in deutscher Sprache. Obwohl die Pariser Zentralregierung nach 1945 mit allen Mitteln versuchte, die deutsche Kultur zu unterdrücken und aus dem öffentlichen Leben zu verbannen, beherrschen noch weit über 1 Million Menschen im heuti-



gen Ostfrankreich die deutsche Sprache bzw. einen der dortigen deutschen Dialekte. Unter ihnen sind auch Prominente wie die Sängerin Patricia Kaas. Damit bilden die Elsässer und Lothringer zusammen die größte deutsche Minderheit Europas. Neu-Zuzügler in dieser und anderen Grenzregionen befinden sich in der vorteilhaften Situation, dass sie noch die Rundfunk-Programme aus Deutschland unkompliziert empfangen können. Von französischen Sendern im Elsass werden zwar auch einige deutschsprachige TV- und Radiosendungen ausgestrahlt, dann aber meist im Dialekt. Schulen mit verstärktem Deutschunterricht, Gottesdienste, Vereinsleben und zahlreiche Theatervorstellungen auf Deutsch sind im Elsass weit verbreitet. In Straßburg gibt es sogar ein jiddisches Theater. Insgesamt ist das jüdische Leben in Frankreich deutlich lebendiger als in Deutschland - speziell das in jiddischer Sprache. So gibt es in Paris eine Zeitschrift und eine Radiosendung in der "Mameloschn" sowie das Maison de la culture yiddish (www.yiddishweb. com). Die französische Hauptstadt ist neben Ostfrankreich der Ort mit den meisten deutschsprachigen Institutionen (Kirchengemeinden, Schulen etc.). Auch das Deutsche Sozialwerk, das vielerlei Hilfestellungen anbietet, hat dort seinen Sitz (www.entraide-allemande. org). An der Cote d'Azur ist ebenfalls eine gewisse deutsche Infrastruktur vorhanden, weil an der Mittelmeerküste viele Auswanderer das mediterrane Klima genießen. Bei Nizza erscheint sogar die einzige komplett deutschsprachige Zeitschrift Frankreichs. Eine Übersicht über alle Pressetitel enthält das "Handbuch der deutschsprachigen Presse im Ausland".

Israel * * * * * *

Das "Heilige Land" eignet sich für deutsch-jüdische wie für deutsch-christliche Auswanderer gleichermaßen als neue Heimat. Alle, die Israel schon einmal als Touristen besucht haben, konnten die erstaunliche Deutschfreundlichkeit der Bewohner erleben. Mindestens 100.000 Menschen im sonnigen Mittelmeerstaat verfügen über mehr oder weniger gute Deutschkenntnisse. In vielen orthodox geprägten Wohngegenden ist Jiddisch Umgangssprache. Mit diesen sehr religiösen Juden lässt sich oft problemlos ein Gespräch führen. Für Neu-Einwanderer existiert eine spezielle Organisation, die "Vereinigung der Israelis mitteleuropäischer Herkunft" (Irgun Olej Merkas Europa) mit Hauptsitz in Tel Aviv (www. irgun-jeckes.org/die-vereinigung). Die Vereinigung berät Hilfesuchende, betreut Senioren und gibt seit 1932 eine regelmäßige deutsch-hebräische Zeitschrift namens "MB-Yakinton" heraus. Deutsche Schulen bzw. Schulen mit erweitertem Deutschunterricht findet man in mehreren Städten des Landes - sogar in den arabischen Autonomiegebieten. Deutschsprachige Gottesdienste werden in Jerusalem angeboten - einerseits im katholischen Dormitio-Kloster und andererseits in der evangelischen Erlöserkirche, deren Turm markant aus der Altstadt hervorragt. Wer Lust auf Speis und Trank aus der alten Heimat hat, wird im Tel Aviver "Beer Garden" fündig.

Dies ist der erste Teil des Artikels. In den nächsten Ausgaben werden unter anderem noch folgende Länder vorgestellt: Italien, Kanada, Mexiko, Namibia, Paraguay, Polen, Rumänien, Russland, Spanien, Südafrika, Thailand, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigte Staaten von Amerika.

Der Artikel stammt von der Nachrichtenagentur der Internationalen Medienhilfe (IMH). Falls Sie weitere Informationen zu deutschsprachigen Institutionen, Medien oder Studienangeboten im Ausland benötigen, können Sie sich unter info@medienhilfe.org an die IMH wenden.

WISSEN

№ 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Besuch im jüdischen Samaria

Nicht "Friedenshindernis", sondern Existenzgarantie: Judäa und Samaria mit ihrer jahrtausendealten jüdischen Geschichte sind auch ein wichtiger Bestandteil des Sicherheits-Anliegens des jüdischen Staates Israel.

Von Hein Tiede

Wie kommt man von Tel Aviv nach Ariel?
Und warum will man überhaupt dorthin?

Die erste Frage ist leicht beantwortet. Die nicht nur in Israel populäre App Moovit gibt Auskunft:

Man kann den Bus 186 in der Nähe der Bahnstation HaShalom nehmen und ist – wenn der Verkehr fließt – nach 1 Stunde und 10 Minuten in der Universitätsstadt Ariel.

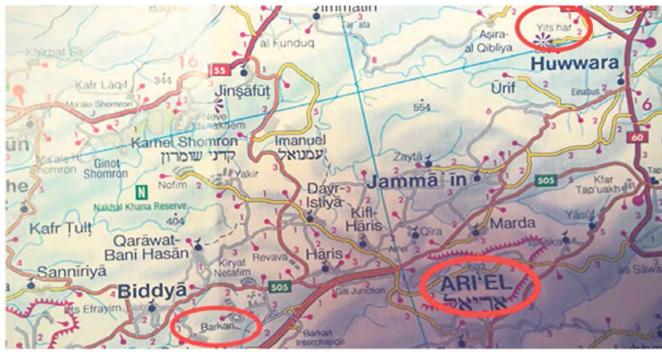
Die zweite Frage ist umfangreicher zu beantworten. Nachdem ich in den Jahren 2014 und 2015 insgesamt dreimal in Israel war, wünschte ich mir, einmal einen Teil der "Gebiete" kennenzulernen. "Siedlungen", "Gebiete" – oder einfach Judäa und Samaria?

Um unbekümmert einfach so draufloszufahren, fehlte mir der Mut. Dabei hatte ich doch einen Ansprechpartner:

Ezri Tubi, dessen Video "Imagine" ich meinen Schülern gezeigt hatte, bat ich um einen Termin. Er organisierte, dass ich von David Ha'ivri und seiner Frau Mollie (geborene Herzlich) abgeholt wurde.

Davids T-Shirt-Entwurf "No Arabs, no terror" ging vor nunmehr 13 Jahren durch die israelische Presse. Die Linke war empört, Mollie wunderte sich, dass dies immer noch nicht vergessen ist.

Wie aus der Karte zu erkennen ist, hatten wir zwei weitere Ziele. Das erste war Barkan. In Barkan sind zahlreiche Industrie-Betriebe angesiedelt, die Israelis und anderen Anwohnern der Umgebung Arbeitsplätze und Einkommen bieten. Ich war während des Ramadans





SHOMRON

THE HEARTLAND OF ISRAEL

Yossi Dagan habe ich im Herbst 2016 in Straßburg und im März 2017 in Brüssel getroffen. Beide Male bemühte er sich mit mich in den Gebieten der "palästinensischen" Verwaltung befände. Nun ja – sicherer fühlte ich mich in Barkan!

Zu meiner Überraschung kam aus dem Haus, vor dem wir in Yits'har hielten, mein Facebook-Freund Ezri Tubi. Ein Becher Kaffee, ein Glas Wasser und frische Wassermelonen wurden von seiner Frau gereicht.

Das Oslo-Abkommen interessiert die EU nicht

Israelis sind - so habe ich bei meinen nun achtmaligen Besuchen in diesem wunderbaren Land festgestellt - so dankbar, wenn man Verständnis für ihre Situation hat, und nicht mit besserwisserischer Kritik daherkommt. Ezri arbeitet unermüdlich daran, die Welt aufzuklären, über das, was tatsächlich in Judäa und Samaria geschieht. Ein Beispiel: Von der EU finanzierte illegale Siedlungen, um die Entwicklung eines "palästinensischen" Staates in den C-Gebieten voranzutreiben. Die C-Gebiete stehen entsprechend den Abkommen von Oslo unter alleiniger Verwaltung Israels. Die EU schert sich nicht darum.

Den Lesern der JÜDISCHEN RUND-SCHAU sei sein YouTube-Kanal und seine Facebook Seite "Boomerang - Fighting for Israel" empfohlen. Er hat mir die entsprechende deutschsprachige Seite "Boomerang – Gegenschlag" zur Betreuung anvertraut.

Nach unserem Besuch kehrten wir – David, Mollie und ich – in einem örtlichen Lokal ein. Allgemein ist es nicht gerade billig, in Israel zu essen. Ganz anders in Judäa: Das meiste ist sehr günstig und schmackhaft!

Unter Zuhilfenahme der Moovit-App konnte mir David den Bus zurück nach Tel Aviv ankündigen. Er komme in 5 Minuten. Und so war es auch.

Jetzt zur Eingangsfrage – "sind die Siedlungen ein Friedenshindernis?" – und meine Antwort darauf.

David hat das auf seiner Facebook-Seite "Judea and Samaria, The Heartland of Israel" bildlich so dargestellt:

Israel ist an seiner schmalsten Stelle nur 15 Kilometer breit. Man stelle sich vor, die Hamas oder der IS hätten die Kontrolle über das Land zwischen dem Jordan und dem offiziellen Staatsgebiet Israels! Der Flughafen Ben Gurion wäre in unmittelbarer Reichweite von Raketen in den Händen der Terrorristen. Jerusalem wäre eingeschnürt wie vor dem 6-Tage-Krieg!

Die "lästigen" Siedler, die in Judäa und Samaria das Herz Israel sehen, haben vielleicht den einen oder anderen Friedens-Sehnsuchts-Vertrag zwischen dem demokratischen Staat Israel und der unzuverlässigen Gegenseite verhindert, und damit Schaden vom jüdischen Volk ferngehalten. Da nahezu alle Israelis – besonders auch die alternden Generale, die zu Ministerpräsidenten wurden – unendlich kriegsmüde sind, ist die Versuchung groß, pazifistischen Gefühlen nachzugeben.

Mollie, Ezri, Yossi, David und viele andere sind die Realisten, die dies zurecht verhindern.



Hein Tiede (links) mit Ezri Tubi

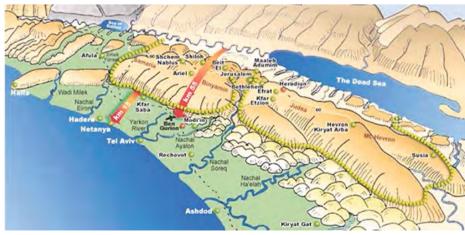
dort, und David Ha'ivri machte mich darauf aufmerksam, dass muslimische Arbeitskräfte die Betriebe schon zur frühen Nachmittagszeit verlassen durften, um sich während der anstrengenden Fastenzeit zu schonen.

Barkan ist auch Sitz der Regionalverwaltung von Shomrom (Samaria). Ich hatte die Ehre, dem Vorsitzenden dieses Gebietes, Yossi Dagan, vorgestellt zu werden. Wir mussten uns ein wenig gedulden, da er gerade mit einer indischen Delegation im Gespräch war.

Er erzählte mir von den Sorgen, die seine Gemeinschaft hat, die in einem oftmals feindlich gesinnten Umfeld arbeiten muss. Schulbusse sind erheblich teurer als bei uns, da sie gegen Sprengfallen geschützt sein müssen. Ich zeigte ihm einen Ausschnitt aus einem Bericht, den ich über Israel in Bad Reichenhall gehalten hatte. Er überreichte mir zum Schluss unserer Begegnung eine Reliefkarte Israels.

seiner Delegation um mehr Verständnis für sein Land bei EU-Parlamentariern.

Mollie Ha'ivri fuhr uns anschließend durch mehrere arabische Orte nach Yits'har. Auf dem Weg dorthin kündete meine Telefongesellschaft an, dass ich



Die Entfernungen in Israel sind teilweise winzig.

Niemand bleibt allein!

Zum 100. Jahrestag der "Union russischer Juden in Deutschland", die Hilfe bei der jüdischen Einwanderungswelle nach dem Ersten Weltkrieg leistete.

Von Elena Solominskaya

Jede Auswanderung hat ihren Anfang. Es ist schwierig, sich die Geschichte der Flüchtlinge in Deutschland ohne die Geschichte der ersten Welle der russisch-jüdischen Auswanderung vorzustellen. Die Schicksale von Zehntausenden von Menschen, die von den Wellen der Revolution an "andere Ufer" geworfen wurden, kollektive Geschichte und Erinnerungen der Weimarer Republik und Russlands, sind den nachfolgenden Migrantengenerationen selbst kaum bekannt. Was wissen wir über diese Auswanderung?

Schließlich wurde die eigentliche Definition des "russisch-jüdischen Berlins" erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts wissenschaftlich beleuchtet. Eine der damals führenden Organisationen war die "Union russischer Juden in Deutschland" – 500 Flüchtlinge aus dem Russischen Reich, die dazu beitrugen, 5.000 Menschen in Not zu retten.

Die Union wurde am 4. Mai 1920 im Berliner Bezirk Mitte registriert. Bereits im ersten Absatz der Satzung wurde festgehalten, dass die Hauptaufgabe "darin besteht, russischen Juden zu helfen, die in Berlin leben und sich vorübergehend in Deutschland aufhalten". Mit der Satzung wurde auch ein Selbsthilfe-Fonds für Bedürftige und Arme eingerichtet, auf den die Mitglieder jedoch keinen Anspruch hatten. So war die Vereinigung ursprünglich als eine Wohltätigkeitsorganisation für diejenigen gedacht, die bereit und in der Lage waren, anderen zu helfen. In zahlreichen Interviews betonten die Gründer die unpolitische Natur ihrer Aktivitäten. Um Mitglied des Verbandes zu werden, brauchte man keine Bescheinigung eines Rabbiners oder einer Gemeinde: Diese "hätten russischjüdische Bürger beider Geschlechter sein können, die das Alter von 20 Jahren erreicht hatten und Empfehlungen von drei Verbandsmitgliedern vorlegten".

Schicksalsgemeinschaft

Die Entstehung der "Union der russischen Juden in Deutschland" scheint eine logische Tatsache zu sein: Ihre Initiatoren versuchten, ihre Umgebung und Traditionen zu erhalten und an neue Generationen weiterzugeben. Indem die Emigranten nach Deutschland umsiedelten, schufen sie ähnliche Strukturen wie in Russland, an denen sie aktiv beteiligt waren. Benötigt wurde eine Organisation, die sich mit der Psychologie der Flüchtlinge auskannte, die mit den Bedürfnissen von Flüchtlingen vertraut war, eine Organisation also, die Menschen zusammenbrachte, die sich in Geist und Kultur nahestanden. Die erfahrenen Gründer der Union begriffen, dass ihre Stärke nur im gemeinschaftlichen und konsolidierten Handeln zum Schutz ihrer Rechte lag. Berlin wurde Anfang der 1920er Jahre zu einem riesigen Flüchtlingsbiwak. Im Oktober 1921 beschrieb Alexei Goldenweiser, Rechtsanwalt der "Union russischer Juden", enthusiastisch seinen Eindruck von der Berliner Öffent-

"...Was für ein einzigartiges Phänomen ist die gegenwärtige Emigration! Es ist fast eine populäre Bewegung, die die breitesten Schichten erfasst hat!... Alle Intellektuellen, die ganze Wissenschaft, die Kunst werden in den Westen transplantiert."

Ebenso resümierte er bitter: "Es besteht kein Zweifel, dass sie hier keine Wurzeln schlagen werden. Sie müssen entweder bald nach Hause zurückkehren oder verschwinden. Eine schwierige, schwierige Situation – demütigend, passivleidend."

Viele Auswanderer waren Vertreter freier Berufe – dies war die Emigration der ersten Generation der russisch-jüdischen Intelligenz.

Die deutsche Öffentlichkeit und die Politiker waren von dem Zuzug sowohl russischer als auch jüdischer Flüchtlinge nicht begeistert: Das Ausmaß der Bankette und Bälle erschreckte sie nicht weniger als die Drohung einer proletarischen Revolution oder das Erscheinen bärtiger Chassidim in ihren altmodischen Anzügen. Die Deutschen befürchteten eine Destabilisierung der Wirtschaft, während die deutschen Juden einen neuen Antisemitismus aufgrund der "Russlandwelle" fürchteten.

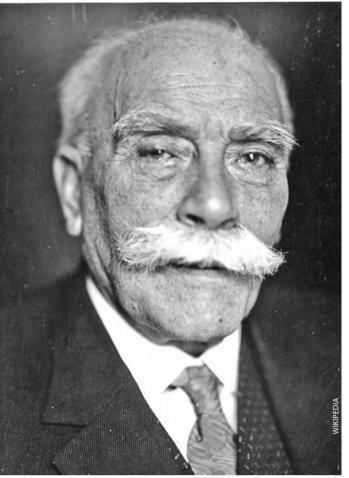
Im ersten Jahr ihres Bestehens war die "Union russischer Juden" eine der vielen Schicksalsgemeinschaften – Organisationen von Migranten mit einer gemeinsamen Vergangenheit. Aber wie erschaffen wir aus einer unwiderruflichen Statusvergangenheit eine Zukunft, selbst unter Bedingungen der Ohnmacht und des Geldmangels? Und hier hatten

die russischen Juden ausnahmsweise einmal Glück. Im April 1921 kam der einzige Jude, der im Russischen Reich den Rang eines amtierenden Staatsberaters hatte, aus Kiew nach Berlin – Jakow Lwowitsch Tejtel (1850-1939). Er hatte Ideen, aber keine Mittel für die Umsetzung. Aber er hatte etwas, was keiner der Flüchtlinge hatte: Verbindungen zum deutschen Judentum. Er ist in Russland und Europa bekannt, seine Energie kennt keine Grenzen, er wird von den Weißen und Roten respektiert, die Einheimischen verstehen sein Jiddisch und denken, er sei deutsch.

Eine erfolgreiche Organisation entsteht

Der 71-jährige Tejtel eilt der Union mit allen Mitteln zu Hilfe. Und er tut das scheinbar Unmögliche: Er schafft eine aktive und mächtige Organisation. Kein Geringerer als P.N. Miljukow nannte ihn "Ritter des Ordens der russischen Intelligenz", und Simon Dubnov "Exylarch der russischen Kolonie Berlin". Tejtel ist befreundet mit Paul Nathan und James Simon – den Leitern der "Vereinigung zur Unterstützung der deutschen Juden" - der größten Organisation des deutschen Judentums; er gehört zum Freundeskreis des Ordens von "Bnei Brit" in Berlin, dank dessen die Union Hunderte von wichtigen Fragen erfolgreich gelöst hat:

Bestätigung der Dokumente von Migranten, finanzielle Unterstützung für Fahrkarten für Migranten. In Berlin ankommende Flüchtlinge werden von ihren Familien als Mitglieder registriert. Mit ihren Mitteln werden Migranten an Bahnhöfen und im Flüchtlingsheim in der Wieselstraße in Berlin unterstützt, wo die Ankommenden besser verpflegt werden. Auf Tejtels Wunsch hin behandeln jüdische Ärzte seine Schützlinge kostenlos, und Flüchtlingskinder werden zusammen mit deutsch-jüdischen Kindern an die Nordsee geschickt. Der Klub in der "Union russischer Juden" wird zu einer wahren intellektuellen Oase: füh-



Jakow Lwowitsch Tejtel (1850-1939) war der Gründer der Union russischer Juden in Deutschland.

rende Philosophen, Schriftsteller und Mitglieder der Öffentlichkeit treten hier auf, Kinderfeste, Familienabende und Tänze werden organisiert. Der berühmte Literaturkritiker J. Eichenwald ist für die Bibliothek der Union zuständig: 1.600 Bücher werden von deutschen Verlagen zugeschickt. Der Kiewer Rabbiner Aronson, der künftige Oberrabbiner von Tel Aviv, hält einen Schabbat ab, der Trost und Gebet sowie der Union neue Spenden bringt. Die Kinderfreizeiten versammeln Kinder aus ganz Berlin und lehren das Gute: Kinder spenden Geschenke für die Armen. Und natürlich, wenn russische Juden tanzen, dann bis zum Morgen auf Bällen in Berlins berühmtem Hotel "Adlon", wo deutsche und russische Philanthropen zusammenkommen.

Inflation von 1923

Die Hyperinflation von 1923 beendete das säkulare Leben im russisch-jüdischen Berlin. Die Union wurde mit den Petitionen der Armen überschwemmt. Für viele Flüchtlinge fielen die Jahre der Wirtschaftskrise mit dem Zusammenbruch der Hoffnung auf eine Rückkehr in ihre Heimat zusammen. Auch dann bewegte sich die "Union russischer Juden in Deutschland" auf die berufliche Integration zu: Die Zusammenarbeit mit dem "Verein für die Hilfe für deutsche Juden" ermöglichte die Einrichtung einer eigenen Arbeitsvermittlung und eines Kleinunternehmerfonds auf der Basis von rückzahlbaren Darlehen. Gewerkschaftsaktivisten besuchten Familien zu Hause, sammelten Spenden, verteilten Dinge an die Armen, organisierten Strick- und Nähkurse und anschließend ein Nähatelier.

Gewerkschaftsmitglieder besuchten Kurse in Stenografie, Typografie, Buchhaltung, Spanisch, Hebräisch und Englisch, Gymnastik, Massage und Kosmetologie, Zeichnen, Elektro- und Radiotechnik.

Aber keine Philanthropie konnte die wachsende Zahl armer Migranten retten.

1926 besuchte J. Tejtel die großen jüdischen Gemeinden in Deutschland und gründete Hilfskomitees der deutschen und russischen Juden in Hamburg, München, Düsseldorf, Leipzig und Frankfurt. 1929 wurde das Kaiserliche Komitee zur Unterstützung der russischjüdischen Flüchtlinge gegründet. Rabbiner Leo Beck rief alle deutschen Gemeinden auf, ihren Glaubensgenossen aus Russland zu helfer.

Während des Zweiten Weltkrieges

1935 wurde die "Union russischer Juden in Deutschland" von der Gestapo verboten. Im gleichen Jahr wurde das "Komitee zur Unterstützung der Juden aus Deutschland" in Paris registriert. Während der Nazi-Okkupation beteiligten sich russische Juden in Frankreich am Widerstand, retteten jüdische Kinder und verteilten Hilfe an Bedürftige. Die Solidarität der Unionsmitglieder ermöglichte den meisten russischen Juden aus Berlin die Auswanderung in die USA, nach Frankreich und Palästina. Bis zu den ersten Deportationen von Juden aus Berlin gab es ein Esszimmer für die Armen, das nach Tejtel benannt wurde. 1941 gründeten russische Juden – Flüchtlinge aus

Berlin in New York – die "Union der russischen Juden in den USA" und das "Tejtel-Hilfskomitee", das während des Krieges Geld für die Rote Armee sammelte und später zusammen mit dem Tejtel-Hilfskomitee Tausenden von Einwanderern aus Lagern im Nachkriegseuropa half.

In den späten 1940er Jahren waren es russische Juden in New York, die zusammen mit dem Roten Kreuz begannen, sich für die Familienzusammenführung von Auswanderern und in der Sowjetunion zurückgebliebenen Familienmitgliedern einzusetzen. Damit legten sie den Grundstein für die später einsetzende Auswanderung der sowjetischen Juden.

Hundert Jahre später erinnern uns nicht nur die Geschichte, sondern auch die Ereignisse unserer Zeit an die Notwendigkeit der sozialen Solidarität und des Zusammenhalts unter den Juden und erinnern uns daran, wie wichtig es ist, ein Gefühl der Hilfe zu haben, die leise und diskret ist, die rettet und tröstet. 1929 bemerkte der jüdische Historiker Max Solovejcik:

"Im Leben des jüdischen Volkes gab es Zeiten, in denen Auswanderer aus einem Land bei den jüdischen Gemeinden der Länder, in denen sie ankamen, um Hilfe baten, und diese Hilfe wurde immer gewährt. Es gibt also keine "Nehmer" oder "Geber" im Judentum, sondern alle sind durch diese Peripetien historischer Schicksale miteinander verbunden. In dieser Hinsicht sind russische Juden in Deutschland heute nicht nur "Nehmer": Schauen Sie sich die Seminare der Rabbiner, die jüdischen Universitäten und Bibliotheken an – überall können Sie sehen, wie reich das kulturelle Leben des deutschen Judentums durch den Zustrom russischer Juden geworden ist."

P.S.: In naher Zukunft will das Bezirksamt Berlin-Mitte die Benennung des Parks an der Kreuzung Gormann- und Rosenthaler Straße zu Ehren von Jakow Lwowitsch Tejtel erwägen.

Übersetzung aus dem Russischen von Sofia Ahatyeva

"Der gemeinen Judischheit Befehlshaber in Teutschland"

Von den wechselvollen Beziehungen zwischen Hofjuden und Herrschern im Mittelalter und der Neuzeit Europas

Von Leo Poljakov

Über deutsche Juden des 16. Jahrhunderts zu berichten, ist nicht leicht. Gejagt und unglücklich, pflegten sie in dieser Epoche, unauffällig zu leben, während ihre Glaubensgenossen in Spanien und Portugal als "neue Christen" sich auf den Finanzmärkten Italiens und der Niederlande etablierten und Pioniere des transatlantischen und levantinischen Handels wurden. Unüberwindbare Barrieren trennten zu dieser Zeit die deutschen Juden von diesen "marranos" ("Schweine"; so nannte man in Spanien die unter drohender Inquisition zum Christentum konvertierten Juden, - Anm. d. Übers.); für deutsche Juden waren diese gar keine Juden mehr. "Das ist ein Land ohne Juden", notiert lakonisch Jossel von Rosheim (1476 – 1554, Elsass. - Anm. d. Übers.) während seines Aufenthalts in Antwerpen 1531, dabei gab es dort seit Anfang des 16. Jahrhunderts eine große Gemeinde von "marranos".

Jossel von Rosheim

Jossel von Rosheim ist der einzige überlieferte Name eines deutschen Juden aus der damaligen Zeit. Dabei war er weder ein berühmter Rabbi noch ein erfolgreicher Financier. Er war ein unermüdlicher Vermittler (Schtadlan) und Vertreter, der sich für die dürftigen Rechte seiner Glaubensbrüder einsetzte und eine eigene Taktik im Umgang mit den Machthabern ausarbeitete.

Seine Karriere begann recht früh. Im Alter von 25 Jahren vertrat er bereits die Interessen jüdischer Gemeinden im Elsass, seit 1520 trat er im Namen aller jüdischen Gemeinden des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation vor dessen Machthabern auf. Bald darauf verlieh ihm Kaiser Karl V. den Titel "der gemeinen Judischheit Befehlshaber in Teutschland".

Geschickt setzte er zwei Hauptargumente ein, auf die seine Nachfolger seitdem immer wieder zurückgriffen: Verteidigungsreden moralischer und theologischer Natur, und mit großer Umsicht verteilte Gaben.

Das Letztere erlaubte ihm während des Bauernkriegs vom Schlimmsten verschont zu bleiben, als die aufständischen Bauern und auch die reguläre Armee die Juden angreifen wollten. Sein erstes Argument wandte Jossel äußerst erfolgreich 1530 im Reichstag zu Augsburg an, wo er während eines längeren Disputs alle antijüdischen Standpunkte von Antonius Margaritha, eines zum Christentum konvertierten Juden, widerlegte und so die Rücknahme des Projekts über die Vertreibung von Juden aus Ungarn und Böhmen erreichen konnte.

Jossel von Rosheim berief eine Versammlung von Rabbinern ein, bei der ein Zehn-Punkte-Kodex über die Prinzipien jüdischer Handelsmoral festgelegt wurde. Seine Argumentation zeichnete sich durch einen klaren Verstand und Überzeugungskraft aus. "Ich werde alle dazu zwingen, diesen Kodex einzuhalten, wenn die Staatsmacht alles Nötige tut, damit wir in Frieden leben können, dem Exil ein Ende setzt, uns die Möglichkeit gibt, von Ort zu Ort zu ziehen und die Anschuldigungen des Mordes und des Blutvergießens beenden wird. Denn wir sind ebenfalls menschliche Wesen, Gottes Geschöpfe, von Ihm geschaffen, um auf der Erde neben euch zu leben."

Fast 50 Jahre lang übte Jossel von Rosheim seine Tätigkeit aus – als Vermittler



Samuel Oppenheimer (1630-1703) arbeitete am Hof Kaiser Leopolds I. in Wien.

vor Katholiken wie auch Protestanten. Kaiser Karl V. hielt bis zu seinem Tod seine schützende Hand über ihn. Dieser bemerkenswerte Mensch war gewissermaßen ein Pionier, was seinen Umgang mit den Mächtigen betraf; diese Art des Handels fand in den nachfolgenden Jahrhunderten weite Verbreitung – bis in die Gegenwart.

Die Macht des Goldes

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts erstarrten, so schien es, die jüdischen Gemeinden des Heiligen Römischen Reiches in ihrem durch die Traditionen geprägten alltäglichen Leben. Die übrige Welt jedoch durchlief eine Zeit, die geprägt war von großen Veränderungen. Den jüdischen Gemeinden gelang es, die alten Bräuche unangefochten walten zu lassen, besser, als es bei den kirchlichen Institutionen und Gildenunternehmen, die ihre uralten Privilegien zu bewahren versuchten, der Fall war.

Die alte Ordnung war auch deshalb so beständig, weil eine gewisse Stabilität einsetzte: Vertreibungen und starke Veränderungen wurden immer seltener – aber gerade noch so oft, um die Juden ihre besondere Lage als Geisel der christlichen Welt nicht gänzlich vergessen zu lassen...

Die Zeit verging, und die enormen Reserven an unternehmerischem Geschick und Standhaftigkeit, gesammelt im Laufe der Jahrhunderte, begannen Früchte zu tragen. Die neuen Möglichkeiten resultierten aus mehreren Umständen. Es war beispielsweise das allmähliche Verschwinden großer Dynastien von erfolgreichen, namhaften Händlern, das wiederum auf die Resignation infolge des Dreißigjährigen Krieges zurückzuführen war; es war die neue soziale Schichtung innerhalb der jüdischen Gemeinden; hinzu kam die neue Mentalität der Ära

des Absolutismus, wo nämlich der an der Spitze des Landes stehende Herrscher nicht mehr von traditionellen Strukturen und der Elite abhängig war, sondern, im Gegenteil, einen offenen Kampf mit ihnen führte.

Die nach Macht und Geld lechzenden unzähligen deutschen Fürsten begriffen rasch, in Juden ihre idealen Helfer gefunden zu haben: Sie sind hilfsbereit, bescheiden, verfügen über zahlreiche internationale Kontakte, sind völlig frei sowohl von jeglichen Bindungen an die christliche Welt als auch von Vorurteilen. So ist auf der historischen Bühne eine neue Figur aufgetaucht, deren Spuren in der deutschen Geschichte dieser Zeit bedeutsam werden sollten: Der Hofjude.

Hofjuden überall

An jedem königlichen oder fürstlichen Hof gab es einen eigenen Hofjuden, quasi einen Midas – sie alle besaßen die Reputation, alles, was sie berührten, in Gold zu verwandeln. Und das Gold war die Voraussetzung für eine absolute, uneingeschränkte Macht.

Als Beispiel dieser neuen Ordnung dient die Geschichte aus dem Jahr 1673: Kaiser Leopold I. lud den Heidelberger Juden Samuel Oppenheimer und ernannte ihn zum Armeelieferanten. 30 Jahre lang führte Oppenheimer diese Aufgabe äußerst erfolgreich durch, insbesondere während der türkischen Belagerung Wiens 1683 und während der endlosen Kriege mit Frankreich. Max von Baden schrieb, dass die österreichische Armee ohne Oppenheimer nicht hätte existieren können, und Prinz Eugen (Prinz Eugen von Savoyen, 1663 – 1736, legendärer Feldherr Österreichs, - Anm. d. Übers.) weigerte sich, auf Oppenheimers Dienste zu verzichten. Um sich ein Bild von seiner Tätigkeit in vollem Umfang machen zu können, genügt es, einen Auszug aus dem

Brief des bereits in die Jahre gekommenen Oppenheimers an einen hochrangigen Höfling zu lesen: "Während meiner gesamten Wiener Zeit versorgte ich fast jedes Jahr zwei Armeen, welche die Türken und die Franzosen bekämpften, mit allem Notwendigen, darunter Nahrung, Mehl, Hafer und Geld für Rekruten sowie Munition, Schießpulver, Blei, Waffen, Artillerie, Lieferwagen, Pferde und Bullen; dabei ist es nie zu einem Verlust gekommen..."

Der berühmteste überlieferte Name – Jude Süß Oppenheimer (Joseph ben Issahar Süßkind Oppenheimer, 1698 – 1738, beim Hofe des Herzogs von Württemberg, dessen Leben als historische Vorlage für Lion Feuchtwangers Roman "Jud Süß" und den gleichnamigen propagandistischen und antisemitischen Film während der Naziherrschaft diente – Anm. d. Übers.). Er reformierte Verwaltungs- und Finanzwesen des Herzogtums und wurde zum mächtigsten Mann im Land, bevor er infolge von judenfeindlichen Anschuldigungen am Galgen endete...

Es spielte keine große Rolle, ob der Hof katholisch oder protestantisch war, und ob der jeweilige Kaiser oder Fürst ein frommer Mann war oder in Sünde lebte. Überall gab es jüdische Agenten, Bevollmächtigte, Vermittler, sei es am Hof, wo die entscheidende Rolle den Jesuiten oblag, oder auch im Dienste von Bischöfen und Kardinälen. Juden verwalteten Finanzen, belieferten Armeen, versorgten den Hof mit Stoffen und Kostbarkeiten, organisierten neue Produktionen, stellten Textil- und Lederware her, prägten Münzen, boten Tabak oder Salz zum Verkauf an.

Auch der König selbst war ein Außenseiter

Manches Mal verband sie mit ihren Herrschern eine aufrichtige Freundschaft. Dies war nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass ein Jude aus der Gesellschaft ausgeschlossen war – und der Souverän, auf einem unerreichbaren Podest stehend, ebenfalls sehr weit von der Gesellschaft entfernt war. Und so aßen Grandseigneurs, berühmte Feldherren, ja gar Angehörige der Königsfamilie mit den Juden an einem Tisch, übernachteten in jüdischen Häusern, wenn die unterwegs waren, empfingen sie in ihren Palästen und waren auf deren Hochzeiten anwesend.

Eine Freundschaft solcher Art dauerte jedoch nur so lange dieser Jude für den Herrscher nützlich war und über Reichtum verfügte. Mit anderen Worten, seine Lage war von der Schicksalslaune abhängig und somit äußerst fragil. Keinem der erfolgreichen Hofjuden ist es gelungen, seine Position an seine Nachfahren zu übergeben. Nicht wenige beendeten ihr Leben im Gefängnis oder wurden hingerichtet. Zum Symbol des Schicksals aller Hofjuden wurde die Geschichte und das tragische Ende des "Jud Süß", die Gerichtsverhandlung und die Freude im ganzen Land über seinen Niedergang und seine Rückkehr im Angesicht des Todes zu den jüdischen Werten. Es gibt eine Anekdote über König Friedrich Wilhelm I., die offenbar die gesellschaftliche Stellung der Hofjuden widerspiegelt: Unterwegs in einer preußischen Stadt, erhält er eine Bitte von örtlichen Juden, ihn aufsuchen zu dürfen. "Niemals werde ich diese Halunken empfangen! Sie haben unseren Gott umgebracht!", soll der König gerufen haben. Sodann flüsterte

ihm ein Kammerherr, die Juden hätten wertvolle Gaben mitgebracht. Daraufhin meinte der König: "Nun, man kann sie ja hinein lassen; schließlich sind diese Juden ja damals nicht dabei gewesen, als Er gekreuzigt wurde!" Ob erfunden oder wahr, beschreibt diese kleine Geschichte die gemischten Gefühle, die Juden in der Barock-Epoche auslösten.

Die Hofjuden kleideten sich entsprechend der damaligen Mode - Kleidung aus prunkvollen, reich verzierten Stoffen, gepuderten Perücken. Sie bauten sich prächtige Häuser oder sogar kleine Schlösser. Wolf Wertheimer, der Bankier am Hof im Freistaat Bayern, veranstaltete Jagden, an denen Adlige, Botschafter und auch Prinz Eugen teilnahmen; Süß Oppenheimer hatte eine adlige Geliebte.

Trotz alledem hielten sie an ihrem jüdisch-orthodoxen Glauben fest und versuchten stets, ihren vom Schicksal weniger verwöhnten Glaubensbrüdern zu helfen, wo sie nur konnten. Wie auch Jossel von Rosheim, waren sie alle Schtadlane – Vermittler. Die Aufhebung der Aufenthaltsbeschränkungen für Juden, das Verhindern von Ausweisungen – das war deren Wirken. Sie verwalteten die jüdischen Gemeinden, ausgestattet mit allen Machtbefugnissen und spielten dort eine dominierende Rolle; so konnten sie ihre Widersacher sogar ins Gefängnis bringen. Diese neuen Bedingungen verstärkten soziale Ungleichheiten, für die Diaspora ohnehin charakteristisch.

An der Spitze der sozialen Leiter bildeten Hofjuden eine besondere Kaste, und ganz unten erschuf der jüdische Pöbel seine eigenen Gemeinschaften und war ein Teil des deutschen Fußvolks.

Jüdische Räuber

Erwähnenswert ist auch das Auftreten zahlreicher jüdischer Räuber in dieser Zeit. Es ist anzumerken, dass die Hofjuden und jüdische Banditen etwas gemeinsam haben: Beide versuchen auf ihre Weise, ihrem Status als Unberührbare zu trotzen und nehmen dabei keine Rück-

sicht auf die Gesellschaft, die sie diskriminiert. Die einen agieren mit den Kombinierungsfähigkeiten ihres Intellekts, die anderen gehen gröber und direkter vor.

Es ist nicht überliefert, wann genau das jüdische Räubertum seinen Anfang nahm, wir wissen jedoch, dass es bereits in der lutherischen Epoche in der deutschen Gaunersprache einen hohen Anteil von Lehnwörtern aus dem Hebräischen gab. In vielen Fällen gingen die aus dem Hebräischen stammenden Wörter der Gaunersprache später in den Sprachgebrauch über, und stellen heute Teile des deutschen sprachlichen Erbes dar. In späteren Jahrhunderten existierten sowohl rein jüdische organisierte Banden, als auch gemischte, bestehend aus Juden und Christen. Interessante Beobachtungen machten Polizeioffiziere: Sie stellten fest, dass jüdische Räuber gute Ehemänner und Väter waren, ein geregeltes Leben hatten und ihre Überfälle nie an Samstagen (Schabbat) und an Feiertagen tätigten. Obwohl deren Anteil in der deutschen kriminellen Welt verschwindend gering war, hatten sie doch das Sagen.

Offenbar fanden junge Deutsche mit schlechtem Benehmen jüdische religiöse Traditionen anziehend; so forderten christliche Insassen eines Berliner Gefängnisses die Erlaubnis, an jüdischen Gottesdiensten anwesend zu sein. Ein berühmter Banden-Anführer des 17. Jahrhunderts, Domian Hessel, ehemaliger Schüler eines Priesterseminars, bat auf dem Schafott, einen Rabbiner zu seiner Hinrichtung zuzulassen.

Absurd ist das allerdings nicht. Der Gauner christlichen Glaubens brach das Gesetz und widersetzte sich so der Gesellschaft, ihrer moralischen und religiösen Werte. Das Judentum seinerseits bildete den Gegenpol zu dieser Gesellschaft bereits durch seine bloße Existenz.

Maria Theresia plante die Vertreibung der böhmischen Juden Juden wurden immer seltener vertrieben, dennoch geschah es von Zeit zu Zeit. Selbstverständlich bemühten sich die Hofjuden, dies zu verhindern, und nutzten dafür ihre internationalen Verbindungen. Das charakteristische Beispiel dafür ist die Geschichte der Vertreibung der Juden aus Böhmen 1744, diesmal im Auftrag von Kaiserin Maria Theresia, der eifrigen Katholikin. Als Grund dafür diente eine Anschuldigung der Spionage zugunsten Preußens im Laufe des österreichischen Erbfolgekrieges. Sogleich begann eine abgesprochene, gut koordinierte Kampagne, geleitet von Wolf Wertheimer, dank seiner vielen Verbindungen in die christliche Welt. Die jüdischen Gemeinden in Frankfurt, Amsterdam, London und Wien wurden über die Vertreibungs-Pläne unverzüglich in Kenntnis gesetzt; die Gemeinde in Rom erhielt den Auftrag, die päpstliche Unterstützung zuzusichern. Aus Frankreich - aus Bayonne und Bordeaux kamen Vorschläge, Geld für die Vertriebenen zu sammeln. Als Ergebnis all dieser Bemühungen sowie der Hilfe des Königs von England gelang es, die Kaiserin umzustimmen: Juden durften schließlich zurück in ihre Häuser, allerdings wurde dafür eine enorme Summe - 240.000 Goldmünzen bezahlt.

Fettmilchaufstand

So endete die letzte breit angelegte Vertreibung deutscher Juden. Diese Lösung bezeugt auch deren wachsenden internationalen Einfluss. Die letzte spontane Vertreibung, initiiert und durchgeführt von der Bevölkerung, fand im Jahr 1616 in Frankfurt statt. Dies geschah im Rahmen des großen Aufstandes der Handwerktreibenden, der unter dem Namen Fettmilchaufstand – benannt nach dessen Anführer Vinzenz Fettmilch - in die Geschichte eingegangen ist. Das Frankfurter Getto wurde von den Aufständischen regelrecht belagert; nach mehrstündigen Verteidigungsversuchen stürzte das Tor zusammen und die Meute brach in die Judengasse ein; Juden wurden ausgeraubt, verprügelt, die Geschäfte geplündert; die Angreifer versuchten, Schuldscheine und Torah-Rollen in Brand zu setzen. Es verging einige Zeit, bis der Aufstand durch das Eingreifen der kaiserlichen Armee niedergeschlagen wurde. Die unversehrt gebliebenen Juden erhielten die Erlaubnis, die Stadt zu verlassen. Einige Zeit später folgte auch Worms dem Beispiel Frankfurts: Auch dort wurden Juden aus der Stadt vertrieben.

Die Unruhestifter genossen derart große Sympathien in der Bevölkerung, dass sogar die rechtwissenschaftlichen Fakultäten, als sie diese Geschehnisse bewerten sollten, ein Verdikt ausgesprochen haben, das Folgendes besagte: "Da die Ausschreitungen bei Tageslicht abliefen und gleichzeitig von Fackeln begleitet wurden, reihen sie sich in keine juristische Kategorie ein und können ergo auch nicht bestraft werden...

Erst 20 Monate später konnten Juden nach Frankfurt zurückkehren – unter dem Schutz der kaiserlichen Armee. Es war eine feierliche, eine symbolische Zeremonie: Es tönten Trompeten und Flöten; man schritt in einer Kolonne, in jeder Reihe – sechs Menschen; geleitet wurde die Prozession von zwei Kutschen: In einer befand sich ein ehrwürdiger Rabbiner mit weißem Bart, in der anderen – kaiserliche Wappen.

Nach den Jahren des nationalsozialistischen Terrors gab es keine ebenbürtige Zeremonie.

Trotz der Feindseligkeit seitens der Bevölkerung kannte Deutschland seit der Frankfurter Vertreibung keine offenen antijüdischen Ausschreitungen mehr. Die Mächtigen hielten dagegen, und die deutsche Bevölkerung brachte ihre später legendär gewordenen Eigenschaften an den Tag – Diszipliniertheit und Pflichttreue. Diese Attribute werden mehreren Generationen deutscher Juden ein friedliches Leben sichern, solange es den Herrschenden beliebt - und werden die Judenvernichtung im 20. Jahrhundert wesentlich erleichtern, sobald eine andere Staatsmacht die entsprechende Entscheidung trifft.

Übersetzung aus dem Russischen: Irina Korotkina

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (030) 23 32 88 60 (Aboverwaltung)

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51 E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt. Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH — Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, $ins besondere \ die \ Speicherung \ in \ Datenbanken, \ Veröffentlichung, \ Vervielfältigung \ und \ jede \ Form \ der gewerblichen \ Nutzung$ $sowie \ die \ Weitergabe \ an \ Dritte-auch \ in \ Teilen \ oder \ in \ \ddot{u}berarbeiteter \ Form-ohne \ explizite \ Zustimmung \ der \ AFP \ GmbH \ ist$ untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014



J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter) (030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60



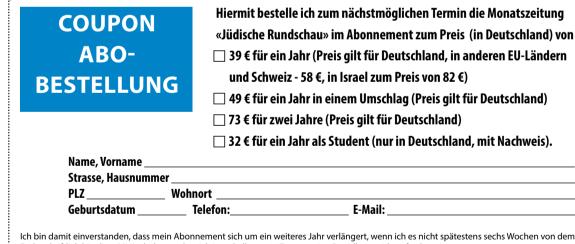
www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@irundschau



Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann _Unterschrift 🗶 Datum

Ich zahle gegen Rechnung: Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, un mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Rabatt vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, der bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

> per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.iuedische-rundschau.de abonnieren.

Zwischen Front, Familie und NS-Regime

Noch 1944 fuhren täglich 22.000 deutsche Soldaten auf Heimaturlaub. Ein neue Forschungsarbeit beleuchtet wie häufig Juden geraubte Güter aus den besetzten Ländern "daheim" die Moral heben sollten.

Von Dr. Joseph Heid

In der Zeit des Zweiten Weltkrieges gab es in Deutschland zwischen 1939 und 1945 rund 18 Millionen Soldatenfamilien. Allein von der Ostfront befanden sich ständig zwischen 270.000 und 465.000 Soldaten für je drei Wochen (ohne Reisetage) auf Heimaturlaub, und nach einer Statistik des Generalstabs passierten im Frühjahr 1944 noch täglich rund 22.000 Wehrmachtsangehörige aufgrund eines Urlaubs die Reichsgrenze. An der Ostfront waren zu bestimmten Zeiten zwischen 7,5 bis 9 % der Einheiten nach Hause beurlaubt.

Die NS-Führung hatte während des Krieges Sorge, dass ihr die Kontrolle über die Heimatfront entgleiten und sich die Ereignisse der Novemberrevolution von 1918 wiederholen könnte. Hitler selbst war sich unsicher, wie viel er seinen Volksgenossen in Kriegszeiten zumuten konnte und an welchem Punkt die Grenze ihrer Duldsamkeit erreicht sei. Im Gegensatz zu anderen kriegführenden Staaten schlug sich diese Unsicherheit in einigen Konzessionen nieder, so etwa in der Gewährung von Heimaturlaub, ein ganz neues Element der Kriegsführung. Ein demokratischer Staat wie Großbritannien beispielsweise zeigte wenig Bereitschaft, seinen Soldaten Urlaub zu gewähren und hatte keine Hemmungen, seinen Bürgern große Kriegslasten aufzubürden und war bereit, politischen Gegenwind in Kauf zu nehmen.

Der Sinn des Fronturlaubs – der offizielle Wehrmachtsterminus lautete: Heimaturlaub – lag darin, den Soldaten und ihren Familien Glück und Kraft sowie Zuversicht und Vertrauen in Kriegszeiten zu spenden – ein Spagat zwischen Vernichtungskrieg und Familienidyll. Die Soldaten sollten "seelische Vitamine" nach Hause bringen, die Heimatfront stärken und helfen, eine Wiederholung des Zusammenbruchs von 1918 zu vermeiden. Insofern war Heimaturlaub ein wichtiges Mittel zur

Aufrechterhaltung von Disziplin und Kampfkraft. Er diente der Regeneration ebenso wie der Rückversicherung ziviler Bindungen, eine Art von "Tauschgeschäft": In dem Maße, wie Partei und Wehrmacht den Soldatenfamilien Zugeständnisse machten, versuchten sie, deren Durchhalteund Leidensbereitschaft zu erhöhen. Die so erreichte häusliche Harmonie wurde vom NS-Regime zur Staatsräson erhoben. Indem das Regime Heimaturlaub gewährte, manifestierte es sich zugleich als "Gefälligkeitsdikta-

Mehr Kinder durch Urlaub

Das Regime hatte den Frauen während des Fronturlaubs eine besondere Rolle zugedacht, sie sollten in die "zartesten, seelischen Bezirke" ihrer Männer vordringen. Sie sollten "erfreuen, anregen und ausgleichen",

Christian Packheiser Heimaturlaub Soldaten zwischen Front, Familie und NS-Regime Wallstein

mann ihre Nähe wollte.

Fronturlaub besaß einen zentralen Stellenwert nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik. Im Deutschen Reich nahmen Trauungen in den ersten Kriegsmonaten um rund 55 Prozent zu. Männer und Frauen hatten

zugleich mit "Fingerspitzengefühl kanzlei, formulierte die familienpoerspüren", wann der soldatische Ehe- litischen Absichten des Regimes so: "Wie viele Kinder wären in diesem Kriege mehr geboren worden, wenn es möglich gewesen wäre, unseren Frontsoldaten ... häufiger Urlaub zu geben". Die Ehefrau sollte während der Urlaubstage für den Mann bereit sein. Deutschland brauchte Kinder.

Ein demokratischer Staat wie Großbritannien beispielsweise zeigte wenig Bereitschaft, seinen Soldaten Urlaub zu gewähren.

eine "Mission" zu erfüllen, die staatliche Zeugungserwartung war hoch. Martin Bormann, Leiter der ParteiDer Zusammenhang von Fronturlaub und Geburten zwischen 1939 und 1945 ist signifikant und lässt sich bis in die Gegenwart demografisch feststellen. Fronturlaub war Dreh- und Angelpunkt für Heirat und Zeugung.

Ledige Männer sollten während ihres Urlaubs stärker in den Dienst der Bevölkerungspolitik gestellt werden und ihnen erleichtert werden, "junge Mädchen" kennenzulernen. Die NS-Führung hielt es aus bevölkerungspolitischen Gründen für unerlässlich, "Mädchenbekanntschaften auf guter Grundlage" zu machen, um die "Verluste der Front" auszugleichen. Bormann erarbeitete ein Konzept zur "Förderung der Paarfindung" von Fronturlaubern. Es wurden entsprechende Veranstaltungen arrangiert, bei denen Frauen angewiesen waren, nicht "in den Blusen des BDM", sondern in "netten Nachmittagskleidern" zu erscheinen, um den Veranstaltungen eine "persönliche Note" zu verleihen. In München gab es eine Stelle "Amtliche Eheanbahnung für Soldaten".

Verbindung zwischen Front und Zivilbevölkerung aufrechterhalten

Die Möglichkeit zur Selbstvergewisserung über persönliche Bindungen war nicht nur Angebot, sondern auch Mahnung. Das Regime kon-trastierte den scheinbar gesteigerten Stellenwert des Privaten bewusst mit der Einsatzerfahrung. Es schürte private Verlustängste für den Fall einer Niederlage und wollte so die Kampfmoral anfachen. Die Erwartungen des Regimes an Männer und Frauen glichen sich bis zum Ende des Krieges weiter an, wobei die Appelle immer all-gemeingültiger, irrationaler und diffuser wurden. Daran zeigt sich der Widerspruch, die Durchhaltebereitschaft einerseits durch den Rekurs auf Privatheit zu fördern, an-

dererseits aber immer seltener Urlaub

zu gewähren.

Zum kollektiven Gedächtnis gehört das Bild des Fronturlaubers, der sich vollbepackt mit begehrten Waren auf den Weg in Richtung Heimat macht. Im europaweiten Versorgungs- und Ausbeutungssystem, welches das Regime mit Bedacht förderte, nahm der Güterfluss durch Fronturlauber einen Sonderstatus ein. Zielpunkt nationalsozialistischer Raubpolitik waren die Speisekammern der deutschen Haushalte. Und viele Güter aus den überfallenen Ländern, oft auch mit Gewalt angeeignet, befanden sich im Gepäck der heimkehrenden Soldaten. Viele Zeitzeugen zählen es zu den wenigen eher positiv belegten Kriegserinnerungen. Dadurch gelang es dem Regime, jedenfalls bis 1944, die Deutschen durch die Erhaltung, ja sogar

№ 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

GESCHICHTE

43

in gewisser Hinsicht durch die Erhöhung des Lebensstandards, zu bestechen. Die negativen Konsequenzen solchen Handelns wurden höchst selten thematisiert. Feldpostbriefe und Tagebücher beschreiben nicht immer eindeutig, welche Waren die Soldaten sich mit welchen Mitteln beschafften: ob sie gerade nur einkauften, regulär requirierten oder plünderten.

Luxusgüter heben die Stimmung daheim

"Arisierungen", Enteignungen, die Beschlagnahme von Möbeln emigrierter oder deportierter Juden lieferten über Maßnahmen zur Währungspolitik bis hin zu Görings "Schlepperlass" den staatlichen Rahmen, an dem sich Wehrmachtsangehörige handlungsleitend orientierten.

Ein von den Reichsbank- und Finanzministerialsachverständigen ausgeklügeltes System hatte den besetzten Ländern nicht nur die Besatzungskosten aufgehalst, sondern zusätzlich riesige Kontributionen aufgebürdet. Die Millionen deutscher Soldaten, aber auch die Massen von Beamten, die wie Heuschrecken die besetzten oder auch verbündeten Länder heimsuchten, wurden in den lokalen Währungen bezahlt. Mit diesem Geld kauften sie alles ein, was es in den Läden gab. Sie saugten nicht nur die überflüssige Kaufkraft der deutschen Währung auf, sondern brachten auch wichtige Güter und Luxusartikel nach Deutschland. Dadurch wurden die Soldaten und die Familien in Deutschland bei Laune gehalten. Auch in diesem Punkt zeigte sich NS-Deutschland als "Gefälligkeitsdiktatur", die sich mit zweifelhaften "sozialpolitischen" Wohltaten die Zustimmung des deutschen Volkes erkaufte und suchte so dem Regime die Loyalität der Massen zu sichern (Götz Aly). Während des Zweiten Weltkriegs wurde die kollektive Korruption durch die Ausplünderung eroberter Gebiete und den Raub jüdischen Vermögens fortgesetzt und auf die Spitze getrieben. So gesehen darf man den Holocaust als den konsequentesten Massenraubmord der modernen Geschichte bezeichnen.

All die Mitbringsel erfüllten eine sozialpsychologische Funktion: Geschenke mildern Ängste nach langen Trennungszeiten, insbesondere bei Kindern. Die Hamsterwaren symbolisierten sozusagen den Vorgeschmack auf die prophezeiten "Früchte" des Endsieges und manipulierten zugleich die Wahrnehmung der Heimat in Bezug auf den Krieg. Anders ausgedrückt: Die Urlauber personifizierten die Verpflichtung der Heimat gegenüber der Front im "mahnenden Schatten der Dolchstoßlegende".

Schweigen als Gebot für die Fronturlauber

Soldatische Ego-Dokumente zeugen von Kritik an Maßnahmen und an der Kriegführung des Regimes, die sich im Zweifel an der NS-Propaganda ausdrückten. Ganz ungezwungen konnten sich die Fronturlauber in der Heimat jedoch nicht bewegen: Sie mussten sich bei der Standortkommandantur melden, wo sie besondere Weisungen ("Gebote für Fronturlauber") erhielten. Zivilkleidung war nur mit Genehmigungsvermerk und Tagesausflüge nur im Umkreis bis 30 Kilometer erlaubt. Soldatisches Benehmen war selbstverständlich, dazu gehörte, nicht "aufzuschneiden" und "keine Räuberpistolen" zu erzählen: "Deinen eigenen Kampfwert würdest Du herabmindern, wenn Du dem Zweifel an dem Endsieg erlägest". Auf die Frage, wann denn der Krieg endlich aus sei, sollte der Soldat antworten: "Dann, wenn wir gesiegt haben!" Und "Gerüchteverbreitern und Miesmachern" sollte das Wort abgeschnitten und auf das "Verbrecherische ihrer Wühlarbeit" aufmerksam gemacht werden.

Die Frauen sollten die Frontheimkehrer nicht drängen, vom Krieg zu erzählen, sondern seine "harmonische Schweigsamkeit" würdigen. "Hast Du durch Zufall doch etwas 'Interessantes' erfahren," so war den Männern aufgetragen, "so weißt Du, dass Du als Soldat zu schweigen hast".

Die Fronturlauber hatten im Krieg einiges "erlebt" und, wenn sie es denn wollten – einiges zu erzählen. In-des war den Heimkehrern eine Art Schweigegelübde auferlegt und sie waren gut beraten, über nichts zu sprechen, was als Wehrkraftzersetzung, Defatismus oder Feindpropaganda ausgelegt werden konnte. Selbst in den eigenen vier Wänden, schon gar nicht im öffentlichen Raum, war der Urlauber vor Denunziation und Verhaftung sicher. Dennoch hatte sich über Fronturlauber das Wissen über Kriegsverbrechen in Polen innerhalb der Bevölkerung verbreitet und war von ihr "mehrheitlich" als "recht und billig" aufgenommen worden.

Allen Überwachungsmaßnahmen zum Trotz brachten die Heimaturlauber auch Informationen über das mit, Packheiser mit seiner quellengesättigten Dissertationsschrift auf beeindruckende Weise geschlossen. Er hat das Thema Fronturlaub in all seinen relevanten Facetten – sowohl aus Sicht der Machthaber als auch aus der Wahrnehmung der Soldaten und ihrer Angehörigen – dargestellt.

Die Überlieferung zum Themen-komplex Fronturlaub ist ebenso heterogen wie disparat. Entsprechend breit sind die Quellengattungen gestreut. Sie reichen von Gesetzesnovellen und amtlichen Schriftwechseln, die sich mit praktischen Alltagsfragen befassen, über Unterlagen überwachender Organe bis hin zu Propagandaerzeugnissen und Ego-Dokumenten, unterschieden nach ihrem Aussagewert in Tagebüchern, Feldpostbriefe und nachträglich verfassten Memoiren. Um einen Eindruck zu gewinnen, wie lange die Soldaten je nach Zeitpunkt des Krieges und in Abhängigkeit ihrer Einsatzorte auf ein Wiedersehen mit ihren Familien warteten, wertete Packheiser über 400 Soldbücher und 6.000 Feldpostbriefe und Tagebucheinträge aus. Er stellte ein erschreckendes Maß an Überwachung der Fronturlauber fest, an denen alle möglichen Stellen beteiligt waren. Verhalten und die Disziplinierung der Heimaturlauber unterlagen der Observanz des Regimes von Wehrmacht, Staat und Partei - Kontrolle durch Konzession.

Privatheit im "Dritten Reich" war immer prekär, etwas, dass stets an-

der NS-Diktatur bedeutete. Ob den "Volksgenossen" vor Gericht oder den Wehrmachtssoldaten und ihren Angehörigen im Heimaturlaub eine Privatsphäre zugestanden wurde oder nicht, ob ein regimekonformes Ehepaar sein Familienleben und die Erziehung der Kinder den nationalsozialistischen Vorstellungen anpasste, ob jüdische Ghettobewohner in Polen sich mit bestimmten Praktiken einen Rest an Privatheit bewahrten: Das Private im Nationalsozialismus erwies sich durchgehend als vielschichtiger Erfahrungs- und Handlungsraum, in dem Privatheit sowohl eine systemstabilisierende Ressource als auch eine individuelle Strategie war. In diesem Raum vermengten sich die Interessen von Regime und Individuen viel häufiger und ließen sich viel besser vereinbaren, als dass die Forschung bislang

angenommen hat. Feldpostbriefe, auch Tagebücher, beschreiben den Fronturlaub aus einer Distanz, der Situation der Trennung heraus. Sie halten in erster Linie die Vorfreude, die Ankunft und den Abschied fest. Rückblicke erfolgen bereits in gebrochener oder verklärender Form. Die Zeitspanne zwischen idealisierter Erwartung, potenzieller Enttäuschung im Urlaub und nachträglicher schriftlicher Reflexion war häufig nicht unerheblich. Kriegsbedingte Entfremdung war ein ernstes Problem zwischen den Beteiligten. Ernüchternd das Packheiser'sche Resümee, wenn der Autor in Bezug auf Fronturlaub von einer "Erwartungsvereisung" spricht, wenn das Pendel zwischen hohen Hoffnungen und tiefer Resignation weit ausschlug: Stärkte die Heimkehr zunächst die Kriegsmoral, weil sie einen Vorgeschmack auf die Zukunftsverheißungen des Regimes enthielt, so transportierte sie bald nur noch verblassende Erinnerungen an friedlichere Zeiten. Viele sich schreibende Paare malten sich zuletzt das nächste Beisammensein aus und kommunizierten immer unklarer, ob sie einen Urlaub oder das ersehnte Kriegsende meinten.

Christian Packheiser: Heimaturlaub. Soldaten zwischen Front, Familie und NS-Regime, 533 S.; Wallstein Verlag, Göttingen 2020, 36 Euro.

In München gab es eine Stelle "Amtliche Eheanbahnung für Soldaten".

was die Soldaten sahen, aber nicht sehen sollten, und über das sie zu schweigen hatten, – was der Heimat verheimlicht werden sollte. Andererseits waren Wehrmachtssoldaten Mitwisser, wenn nicht gar Mittäter, die unmittelbar in die Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung hineingezogen waren.

Die Wehrmacht hat keineswegs ausschließlich ritterlich gekämpft und war partiell tief verstrickt in die Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung, der okkupierten Gebiete. Manch einer der Frontheimkehrer hat Gräueltaten an der jüdischen Zivilbevölkerung hautnah erlebt. Die NS-Überwachungsorgane schenkten den Urlaubserzählungen hohe Aufmerksamkeit; V-Leute belauschten bevorzugt Gespräche der Soldaten in Kaffee- und Gasthäusern. Tatsächliche oder vermeintliche "zersetzende" Reden von Heimkehrern landeten nicht selten vor Gerichten. Allein in den Jahren 1943/44 gab es 30.000 Verurteilungen wegen Straftatbeständen der Heimtücke und des Kriegsverrats, rund 5.000 Todesurteile wurden gesprochen. Manch einer allerdings vermochte, traumatisiert durch die Kriegsschrecken, die er gesehen hatte, nicht, nie mehr, darüber zu sprechen. Der Fronturlaub selbst verdeutlichte, wie sich die Grenzen zwischen privaten Interessen, politischem Pragmatismus und militärischen Notwendigkeiten im Zweiten Weltkrieg vermischten.

Literatur über das NS-Regime im Allgemeinen und zur Wehrmacht im Besonderen ist unübersehbar, gleichwohl liegt keine wissenschaftliche Studie über die befristeten Freistellungen von Soldaten vor. Diese historiografische Lücke hat Christian gefochten werden konnte. Das galt besonders für politisch und/oder rassisch Verfolgte. Das galt aber auch für die "arische" Mehrheitsgesellschaft. Niemand konnte sich im Deutschland der NS-Zeit sicher sein, ob, wann und inwieweit etwa die Reaktion auf nonkonformes Verhalten, eine rassenideologisch geprägte Gerichtsverhandlung oder eine Denunziation das zunichtemachten, was zuvor als Privatheit zugestanden worden war.

Packheiser führt ein breites Panorama über das aus, was Privatheit in

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER "JÜDISCHEN RUNDSCHAU" SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Ganz im Sinne des Islam: Die lange Sklavenhaltergeschichte des Irans bis ins 20. Jahrhundert

Als in Europa und den USA bereits das Frauenwahlrecht eingeführt wurde, wurde im Iran noch unvermindert mit Sklaven gehandelt.

Von Anastasia Iosseliani

Despoten und Diktaturen wie das islamofaschistische iranische Regime versuchen dieser Tage die Proteste und Ausschreitungen aufgrund des gewaltsamen Todes von George Floyd zu instrumentalisieren. Wäre die Situation nicht so tragisch – sie wäre zum Lachen: Denn ein Regime wie das von Teheran, in dem ein Jeder diskri-miniert wird, der nicht männlich, persisch und schiitisch-islamisch ist, und in dem Menschen am helllichten Tage an Baukränen aufgehängt werden, versucht sich nun zu einem Hüter von Menschenrechten und des Anti-Rassismus zu stilisieren! Besonders bizarr wird das Ganze, wenn die Repräsentanten des Regimes wie Ali Larijani den ehemaligen, amerikanischen Präsidenten Barack Obama als «Kaka Siah» beschimpfen, persisch für «Nigger».

Aber damit nicht genug: Der Iran ist der Nachfolger der Perserreiche. Perserreiche? War da nicht was? Ja, nämlich eine blutige Kolonialgeschichte, über die ich in diesem Beitrag schreiben werde. Dabei werde ich mich auf die Geschichte der georgisch-kaukasischen Sklaven und den Reisanbau in den nördlichen Provinzen des heutigen Irans, nämlich Mazandaran und Gilan, konzentrieren, denn nach Ansicht von Wissenschaftlern wie der Historikerin Behnaz A. Mirzai kam die Mehrheit der Sklaven der Perserreiche aus dem Kaukasus.

Während Kolonialgeschichte und die damit oft einhergehende Sklaverei in zivilisierten und demokratischen Staaten gut erforscht sind und zum Lebensinhalt mancher «Social Justice Warrior» wurden, wird zum Beispiel die persische (und osmanische) Kolonialgeschichte im Kaukasus unter den (Perser-)Teppich gekehrt und entweder ignoriert oder relativiert.

Das Perserreich hatte bereits zu einem Zeitpunkt kaukasische Bevölkerungsgruppen, darunter abertausende Georgier, unterworfen und einen schwunghaften Menschenhandel betrieben, als die Niederländische Westindien-Kompanie (sie versklavte die Menschen aus Afrika und brachte sie in die Neue Welt) noch nicht einmal existierte. Nicht nur begannen die Perserreiche viel früher mit dem Sklavenhandel als die Niederländer, Briten und Amerikaner – sie handelten auch über einen viel längeren Zeitraum mit Sklaven. Denn die Sklaverei wurde im Iran erst nach der Konstitutionellen-Revolution im Jahr 1929 abgeschafft! Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Zu einem Zeitpunkt, als die ersten zivilisierten Staaten Frauen das Stimm- und Wahlrecht gaben, wurde im Iran noch mit Sklaven gehandelt.

Durch diese Sklaven wurde in den Perserreichen eine Delikatesse zu einem Grundnahrungsmittel. Die Rede ist vom Reis. Vor nicht allzu langer Zeit war Reis in den Perserreichen noch ein Luxusgut, erst die ethnischen Säuberungen der Safawiden (persische Herrscher-Familie) im Kaukasus und die Deportation der georgischen Sklaven nach Gilan und Mazandaran, den Hauptanbaugebieten von Reis der Perserreiche und des Iran, führten dazu, dass der Preis von Reis kontinuierlich sank und Reis schließlich zu einem Grundnahrungsmittel werden konnte. Davor wurden Kochtechniken wie «Tah Dig» verwendet, um ja kein Reiskorn beim Kochen zu verbrennen. Bei dieser Technik wurde der «Tah»



Iranerinnen beim Reisanbau nahe des Kaspischen Meeres.

(dt. Boden) des «Dig» (dt: Topf) mit einer Schicht aus Brotresten bedeckt. Einerseits sorgte diese Schicht für eine knusprige Kruste, die sich am Topfboden bildete, andererseits verhinderte diese Schicht, dass der kostbare Reis anbrennen konnte.

Rassismus der niedrigen Erwartungen

Reisanbau im Iran hat eine ähnlich schmutzige und blutige Geschichte wie

schritt und sorgt dafür, dass ein Regime, das mehr als 1001 historische Leichen im Keller hat, gestärkt wird und somit auch weiterhin seine Ideologie der «Islamischen Revolution» und damit den schittischen Terrorisismus verbreiten wird.

Währenddessen wird das Leid und das Blut jener kaukasisch-georgischen Sklaven ignoriert, die von den persischen Schahs ins iranische Kernland verschleppt wurden. gimen, die eine Geschichte als Kolonisatoren haben, machen sich zivilisierte Staaten zu Tanzbären eben dieser Regime und geben sich so nicht nur der Lächerlichkeit preis, sondern opfern auch zivilisatorische Errrungenschaften wie Menschen- und Bürgerrechte.

Karl Marx sagte einst, dass die Geschichte sich wiederholen würde, zuerst als Tragödie und dann als Farce. Heute versuchen ausgerechnet die Nachfahren jener, die den Kaukasus unterjocht und die dortigen Völker versklavt haben, sich als Kämpfer gegen Rassismus und Ungerechtigkeit zu stilisieren.

Die persische und osmanische Kolonialgeschichte wird unter den Teppich gekehrt.

die Baumwollindustrie in den Südstaaten der USA. Nur das im Falle des Irans diese blutige Geschichte bis heute nicht aufgearbeitet wurde. Stattdessen wird der Iran immer noch als Teil der Elenden des «globalen Südens» angesehen und somit werden sowohl die heutigen wie auch die historischen Missetaten dieses unmenschlichen Regimes und dessen Vorgänger immer wieder relativiert und ignoriert. Dies verhindert echten Fort-

Die moderne Unsitte, dass man pauschal alle nicht-westlichen Staaten zu Opfern des Kolonialismus und des westlichen Imperialismus erklärt, wird den Fakten nicht gerecht, weil die Kolonialgeschichte von Staaten wie dem Iran und der Türkei so nicht richtig wiedergegeben wird, und damit die Opfer dieser Kolonialgeschichte ihrer Stimme beraubt werden. Durch diesen «Rassismus der niedrigen Erwartungen» gegenüber unmenschlichen Re-

Iran finanziell austrocknen

Deshalb braucht es in meinen Augen nicht nur Irankritik, sondern dem Iran müssen Grenzen aufgezeigt werden wie damals im «Vertrag von Golestan» (1813). Denn solange man in Teheran noch genug Geld und Ressourcen hat, um Terroristen wie den «Islamischen Dschihad», die Hamas und die Hisbollah zu unterstützen und sich in inneramerikanische Angelegenheiten einzumischen, sind Sanktionen die einzige Sprache, die man in Teheran versteht.

Sie interessieren Sich für die "Jüdische Rundschau", möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website

www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der "Jüdischen Rundschau" bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

№ 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

RELIGION UND TRADITION
45

Die "Drei Wochen der Trauer"

Im Monat Juli gedenken wir der Zerstörung des ersten und des zweiten Tempels von Jerusalem.

Von Dovid Gernetz

Was kommt Ihnen als erstes in den Sinn, wenn Sie an Sommer denken?

Ich denke Sonne, Meer und Ferien sind die Assoziationen, die den meisten Menschen einfallen würden, wobei dies sicherlich davon abhängt, wo man in der Regel seinen Urlaub verbringt. Schon allein der Gedanke an den Sommer bringt eine gewisse Entspannung mit sich und mancher wird sich sogar dabei ertappen, von seiner Fantasie an sein Traumziel "getragen" zu werden.

Doch im Judentum ist dies nicht unbedingt der Fall. Nicht, dass es im Judentum keine Ferien gibt, aber normalerweise findet vor dem Urlaub ein gewisses Ereignis bzw. eine Kette von Ereignissen statt, welche die Vorfreude auf den Sommer trübt: Die "Drei Wochen der Trauer".

Das zerbrochene Glas bei jüdischen Hochzeiten

Auch fast 2.000 Jahre nach der Zerstörung des Zweiten Tempels trauert das jüdische Volk noch immer und erinnert jedes Jahr daran, wie sehr uns der Tempel fehlt. Auch werden zahlreiche Bräuche während des Jahres praktiziert, die uns an den zerstörten Tempel erinnern sollen:

Wer eine neue Wohnung baut, lässt ein kleines Stück der Wand (ca. 0,5 m x 0,5 m) als Andenken an den zerstörten Tempel unbearbeitet und bei jeder jüdischen Hochzeit zerbricht der Bräutigam vor der Trauung ein Glas als Zeichen der Trauer.

Aber es gibt drei Wochen im Jahr, an denen die Trauer besonders intensiv ist, weil die Zerstörung des Tempels in dieser Zeitspanne passierte.

Diese schicksalshaften drei Wochen beginnen mit dem 17. Tammuz, einem Tag, der schon seit jeher von Unglücken heimgesucht wurde:

In der Mischna (Taanit Kap. 4, Mischna 6) werden 5 Unglücke aufgezählt, beginnend mit dem Zerbrechen der Tafeln durch Mosche (siehe Schmot Kap. 32). Doch im Zusammenhang mit der Zerstörung des Tempels wurde an diesem Tag, nach monatelanger Belagerung, die Mauer von Jerusalem von der römischen Armee durchbrochen.

Drei Wochen lang töteten die Römer die Juden von Jerusalem

Nach der Meinung des Jerusalemer Talmuds (Taanit 4:5) wurde bei der Zerstörung des Ersten Tempels auch die Jerusalemer Mauer am 17. Tammuz durch die Babylonier durchbrochen und nicht am 10. Tevet, wie es im Buch des Propheten Jeremia (Kap. 39,Vers 2) zu stehen scheint.

Doch der Babylonische Talmud (Taanit 28a) ist der Ansicht, dass es sehr wohl am 10. Tevet passierte und der 17.Tammuz lediglich deshalb ausgewählt wurde, weil die Zerstörung des Zweiten Tempels eine noch größere Tragödie für das jüdische Volk darstellte.

Nach dem Durchbruch der Mauer begann das römische Heer erbarmungslos zu plündern und zu morden, bis das Blut in Strömen floss. Dieses Gemetzel dauerte fast drei Wochen an.

Nachdem die Römer die kostbaren Schätze, unter ihnen die goldene Menora (siebenarmiger Leuchter), aus dem Tempel entwendet hatten, zündeten sie ihn am Abend des 9. Av an und er brannte den ganzen 10. Av

Wer das Gemetzel überlebt hatte, wurde in Ketten nach Rom verschleppt, um als Sklave verkauft zu werden. Dies war der Beginn des Exils.



"Die Zerstörung des Tempels von Jerusalem" von Francesco Hayez (1867)

Die Ursache für die Zerstörung des Tempels und das anschließende Exil sind offensichtlich die Römer, welche den Tempel zerstörten und das jüdische Volk nach Rom vertrieben. Aber wie immer im Judentum gibt es einen tieferen, spirituellen Grund, warum G'tt die Zerstörung seines Heiligtums und die Vertreibung seines Volkes zuließ, oder besser gesagt, in die Wege leitete.

"Der Erste Tempel wurde aufgrund der drei 'Kardinalsünden' Mord, Ehebruch und Götzendienst zerstört, und der zweite Tempel wegen 'Sinat Chinam' [Sinnloser Hass]."

Talmud Traktat Yoma 9b

Das Exil nach der Zerstörung des Ersten Tempels dauert nur 70 Jahre, wobei das Exil nach der Zerstörung des Zweiten Tempels noch immer andauert (alle Verfolgungen, wie die grausamen Kreuzzüge, Inquisition, Pogrome sind auch Teil des römischen Exils). Daraus entnimmt der Talmud, dass sinnloser Hass schwerwiegender ist als die drei Kardinalsünden.

Doch wie kann sinnloser Hass schwerwiegender als die drei Kardinalsünden sein, wo doch das Verbot einen anderen Menschen zu hassen "nur" ein "einfaches" Verbot ist (siehe Vaikra 19:17) und man dafür zur Zeit des Sanhedrin (oberstes jüdisches Gericht) nicht einmal "Makkot" (39 Schläge) bekam? Für die Kardinalsünden hingegen wurde man mit dem Tod bestraft!

Die Antwort ist, dass für ein Individuum natürlich die Kardinalsünden schwerwiegender sind und entsprechend bestraft werden, aber für eine ganze Gesellschaft sinnloser Hass noch schlimmer ist und sehr zerstörerische Auswirkungen hat.

Was genau ist "sinnloser" Hass?

Seinen ersten Auftritt hat dieser sinnlose Hass in der Wüste, nachdem die Kundschafter von ihrer Reise zurückkehrten. Sie behaupteten, dass die Bewohner des Heiligen Landes zu mächtig sind und es ein Land sei, das seine Einwohner "auffresse".

Nach dieser bitteren Nachricht weinte das gesamte Volk die ganze Nacht hindurch und behauptete, dass G'tt sie hasse und vernichten möchte. Als Strafe musste das jüdische Volk weitere 40 Jahre durch die Wüste wandern, bis die gesamte Generation des Auszuges aus Ägypten mit wenigen Ausnahmen ausgestorben war.

Wie konnte das jüdische Volk denken, dass sie von G'tt gehasst werden, wenn doch der Prophet Malachi (Kap. 1, Vers 2) in G'ttes Namen verkündete: "Ich liebe euch [jüdisches Volk], spricht G'tt!"

Der Midrasch Sifri (Sammlung von rabbinischen Schriften) antwortet, dass sie selbst es waren, die eine Abneigung gegen G'tt hatten. Sie aber nahmen diesen einseitigen Hass und projizierten ihn auf G'tt. Sie redeten sich selbst ein, dass dieser Hass auf Gegenseitigkeit beruhe und machten ein Skandal daraus. Sie gingen damit so weit, dass sie wirklich daran glaubten, dass G'tt sie aus Ägypten geführt hatte, nur um sie anschließend in der Wüste zu vernichten – und das nach all den Wundern, die G'tt für sie vollbracht hatte! Es war vollkommen sinnloser und unbegründeter Hass, und daher sein Name: "Sinat Chinam" (Sinnloser Hass).

Die verhängnisvolle Nacht, in der das jüdische Volk geweint hat, war der 9. Av und G'tt sagte, dass dieses Datum auch in Zukunft ein Datum der Katastrophen sein würde.

Auch die Zerstörung des Tempels kam infolge grundlosen Hasses zustande, wie es im Talmud (Gittin 59a) berichtet wird:

Verrat und das verletzte Tier

Ein angesehener Bewohner von Jerusalem wollte sich an den jüdischen Gelehrten rächen, weil sie sich nicht für seine Ehre eingesetzt hatten. Er entschied sich, den römischen Kaiser davon zu überzeugen, dass das jüdische Volk einen Aufstand gegen ihn plant. Der Kaiser fragte, ob er einen Beweis für diese Behauptung hat.

Der gekränkte Mann riet dem römischen Kaiser ein Tier nach Jerusalem zu schicken, damit es als Opfer im Tempel im Namen des Kaisers dargebracht wird. Falls sich das jüdische Volk weigern sollte, dann sei dies ein klarer Beweis der Untreue gegenüber dem Kaiser.

Der Kaiser war damit einverstanden und schickte ein Tier nach Jerusalem. Während der Reise von Rom nach Jerusalem fügte der Mann dem Tier eine Verletzung zu, sodass es nicht mehr geeignet war, um als Opfer im Tempel dargebracht zu werden.

Im Tempel wurde das Tier überprüft und wie erwartet wegen der Verletzung abgelehnt. Für den Kaiser war die Behauptung des Mannes dadurch bewiesen und so kam es zur Zerstörung des Tempels und der Vertreibung des jüdischen Volkes ins Exil. "Mida Kneged Mida" (Strafe entsprechend zur Sünde) wurde der Tempel infolge von grundlosem Hass zerstört, denn der Kaiser war davon überzeugt, dass ihn das jüdische Volk hasse und gegen ihn rebellieren möchte, obwohl dies in Wahrheit gar nicht der Fall war.

Zerstörung der zwischenmenschlichen Beziehungen

Sinnloser Hass ist im Stande eine ganze Gesellschaft zu zerstören und die zwischenmenschlichen Beziehungen zu verderben. Wenn Menschen negativ übereinander denken und sich dementsprechend verhalten, dann kann kein friedliches Zusammenleben möglich sein. Wenn sich Menschen gegenseitig hassen, dann dauert es auch nicht lange, bis die Grenzen der Moral verschwimmen und danach gibt es kein Halten mehr.

Jetzt können wir verstehen, warum sinnloser Hass für eine Gesellschaft schlimmer ist als die drei Kardinalsünden. Wenn ein Mensch einer der drei Kardinalsünden begeht, dann übertritt er ein Verbot aus der Thora und verletzt im körperlichen oder geistigen Sinne andere Menschen, jedoch ist der Schaden relativ klein und lokal. Sinnloser Hass hingegen untergräbt die Grundlagen einer Gesellschaft und bringt viele Menschen dazu, ihre moralischen Werte niederzulegen.

Obwohl die Žerstörung des Zweiten Tempels fast 2.000 Jahre zurückliegt, scheint es, dass der Grund für die Zerstörung noch immer gegenwärtig ist, denn so lehren unsere Weisen (Jerusalemer Talmud Yoma 1:1): "Jede Generation, in welcher der Tempel nicht erbaut wurde, gleicht der Generation in welcher der Tempel zerstört wurde."

Es scheint, dass es noch immer sinnlosen Hass zwischen uns Menschen gibt. Wenn Menschen für ihre Herkunft, Kultur und Religion gehasst werden, dann ist das ebenfalls sinn- und grundloser Hass.

Die Menschheit muss verstehen, dass wir alle Menschen sind und jedem von uns gebührt Respekt und Anerkennung. Wir müssen über die Unterschiede hinwegsehen und sinnlosen Hass aus der Welt vertilgen. Erst dann lässt sich erhoffen, dass wir den Fehler der Generationen beheben und würdig sind, den dritten und ewigen Tempel zu erhalten

RELIGION UND TRADITION

№ 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Propheten zwischen Wut und Hoffnung

Verborgene Rettungen, das Leben des Propheten, der Löwe mit den zwei Gesichtern und das versteckte Hemd in der Übersicht der Haftarot des Monats Juli.

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Die Stimmung ist hierzulande momentan nicht besonders gut: die Folgen der Corona-Pandemie machen sich immer mehr bemerkbar, die Arbeitslosigkeit steigt, der Konsum zieht nur langsam wieder an und immer mehr Unternehmen melden Insolvenz an. Sehr passend zu dieser Tristesse sind die Haftarot im Monat Juli vor allem deshalb, weil große Teile des Monats auf die sogenannten "drei Trauerwochen" fallen. Deshalb gibt es keine spannenden und filmreifen Geschichten, dafür aber bitterernste und vorwurfvolle Prophetien.

Alles jedoch ist bekanntlich eine Frage der Einstellung. Man muss zwar Realist sein und die auftretenden Probleme als solche klar erkennen, man muss aber auch das Licht am Ende des Tunnels sehen können. Auch unsere Weisen wussten das und haben für diese Haftarot solche Abschnitte ausgewählt bzw. zusammengesetzt, so dass man auch dort Hoffnung, Zuversicht und ewige Weisheit finden kann.

Die verborgene Rettung

Am ersten Schabbat im Juli werden mit den Parschjot "Chukat" und "Balak" wegen der Besonderheiten des jüdischen Kalenders gleich zwei Wochenabschnitte zusammen gelesen. Und auch wenn jeder Wochenabschnitt eine eigene Haftara hat, gilt hier die allgemeine Regel, dass bei zwei zusammengelesenen Parschijot, als Haftara der Prophetenabschnitt des zweiten Wochenabschnittes gelesen wird. In unserem Fall wird die Haftara von Parascha "Balak" und entsprechend die Prophetie von Micha vorgelesen. Diese Prophetie ist eigentlich noch die Positivste im Gegensatz zu den anderen Haftarot des Monats. Auch der Zusammenhang mit dem Wochenabschnitt ist klar ersichtlich: in der Parascha wird vom Versuch Juden zu verfluchen erzählt:

Der König von Moab, Balak ben Tzippor, hat den mächtigen Zauberer Bilam ben Beor angeheuert, um das jüdische Volk zu verfluchen. Seine Bedenken, dass die Juden auf konventionelle Weise nicht zu besiegen seien, waren durchaus berechtigt. G'tt aber hat die Tragödie abgewendet und ließ Bilam die Juden segnen statt fluchen. Und genau daran erinnert Micha in seiner Ansprache an seine Zeitgenossen: "Mein Volk, bedenke doch, was Balak, Moabs König, beschlossen, und was Bilam, Sohn Beors, ihm erwidern musste – [was sich ereignet] von Schittim bis Gilgal – um zu erkennen die Gnade des Ewigen". Und damit spricht der Prophet eine sehr wichtige Idee an.

Wenn dieser Versuch des Verfluchens nicht in der Thora beschrieben würde, hätten die Juden wohl nie erfahren, welcher Gefahr sie ausgesetzt waren. Und erst aus der Thora wissen wir von diesem Komplott und der Tatsache, dass G'tt es war, der die Juden gerettet hat. Micha sagt es im Kontext eines Vorwurfs: "Liebe Juden, G'tt hat uns so viele Gefallen getan, so viele Wunder. Und sogar vor Gefahren, die wir nicht einmal kannten, hat Er uns gerettet. Wie können wir so undankbar sein?"

Diese Gedanken sollten auch wir vor Augen haben. Es gibt oft Tage in unserem Leben, an denen alles nach Plan läuft, an denen es keine Probleme, keine Ärgernisse und auch keine "kleinen Zwi-



"Bileam und der Engel" von Rembrandt (1626). Bileam, auch bekannt als Bilam, wollte die Israeliten verfluchen

schenfälle" gibt. Und man denkt selten daran, dass es hochwahrscheinlich G'tt war, der uns diesen ruhigen Tag beschert hat und vor Problemen, Unfällen und unliebsamen Vorkommnissen bewahrt hat. Was wäre passiert, wenn wir eine Minute früher abgebogen wären? Oder was wäre, wenn wir eine bestimmte Person getroffen hätten? Das werden wir nie erfahren. Es kann jedoch sein, dass G'tt uns vor Unfällen bzw. vor unerwünschten Treffen gerettet hat. Manchmal erfahren wir es im Nachhinein, in den meisten Fällen bleibt diese Chessed (Wohltätigkeit) von G'tt jedoch unbemerkt für uns. Wir müssen uns diese Idee verinnerlichen und bei G'tt jeden Tag bedanken, besonders, wenn alles gut läuft und ruhig ist.

Der große Prophet und die rechtschaffenen Mütter

Mit dem Fastentag 17.Tammuz (dieses Jahr fällt er auf den 9. Juli) beginnen die drei "Trauerwochen", die mit dem großen Fastentag Tischa beAw (9. Aw) im August enden. Unsere Weisen haben beschlossen, dass bei drei Schabbosim, die in diesen "Drei Wochen" stattfinden werden, unabhängig von den Wochenabschnitten spezielle Haftarot gelesen werden. Diese drei Haftarot prangern Sünder an und mahnen zur T'schuwa (Rückkehr zu G'tt). Deshalb wird als Haftara statt einer spannenden Geschichte, wie z.B. der Prophet Elijahu auf dem Berg Karmel die Priester von Baal besiegte, die erste

Prophetie des Propheten Jeremia gelesen (1-2:3).

Am Anfang unserer Haftara erfahren wir etwas über den Propheten selbst: "Reden Jeremias, des Sohnes Hilkias, aus den Priestern zu Anatot im Lande Benjamin, an welchen das Wort des Ewigen erging in den Tagen Josias, des Sohnes Amons, des Königs von Jehuda, im dreizehnten Jahre seiner Regierung, und auch in den Tagen Jojakims, des Sohnes Josias, des Königs von Jehuda, bis zum Ende des elften Jahres Zedekias, des Königs von Jehuda, bis zur Gefangenführung Jerusalems im fünften Monat".

Es stellt sich natürlich die Frage, warum wir über Jeremia lesen sollen, wenn das Ziel der Haftara doch ist, uns zur № 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

RELIGION UND TRADITION
47

Reue zu bringen! Unsere Weisen erklären, dass die Abstammung von Jeremia einen Hinweis darauf beinhaltet.

Der Prophet Jeremia, der neben Jesaia und Jezeckiel zu den drei größten Propheten der Könige-Ära zählt, war kein einfacher Mensch. Er war ein Kohen (Priester), der väterlicherseits von Itamar ben Aaron ha Kohen stammte und mütterlicherseits von Rachab, der berühmten Gijoret von Jericho, die Hauptprotagonistin der Haftara zum Wochenabschnitt "Schlach" ist. Rachab war nach mehreren Meinungen eine Prostituierte (bzw. eine Buhlerin). Deshalb war, laut unseren Weisen, die Absicht von G'tt Folgendes: "Soll Jeremia kommen, der Nachkomme eine Sünderin und selbst rechtschaffen ist, und er soll die Sünder, die von rechtschaffenen Müttern geboren sind, zurechtweisen".

Jeremia, der ein großer Gelehrter und Kabbalist war, lebte in sehr turbulenten Zeiten und hat viel erlebt. Wegen seiner Kritik und Vorhersage der kommenden Katastrophe war er von Zeitgenossen so angefeindet, dass es sogar zu einem Versuch kam ihn zu vergiften. Kurz vor dem Untergang von Jerusalem war er verhaftet, die Elite forderte ihn hinzurichten, er war infolgedessen in eine tiefe Grube geworfen worden und stand schon kurz vor dem Tod. Jedoch hatte G'tt mit dem Propheten anderes vor: er wurde gerettet, erlebte die Eroberung von Jerusalem und die Zerstörung des ersten Tempels (genau so, wie er es vorhergesagt hatte!). Er kam mit den jüdischen Gefangenen nach Babylon und kümmerte sich dort um sie. Dort schrieb Jeremia das herzzerreißende "Klagelied" ("Megilat Ejcha") über die Zerstörung und das Leid, welches die Juden deswegen ertragen haben.

Jeremia, der 92 Jahre lang als Prophet fungiert hatte, hat auch immer wieder Positives für das jüdische Volk vorhergesagt, was seine große Liebe zu seinen Mit-

menschen zeigt. So hatte er unmissverständlich vorhergesagt, dass nach 70 Jahren im babylonischem Exil die Juden zurückkehren werden, und den zweiten Tempel aufbauen. Auch unsere Haftara endet, nach vielen kritischen Versen, positiv und mit starker Botschaft an unsere Feinde: "So spricht der Ewige: ich denke noch an deine jugendliche Zuneigung, an die Liebe deiner Brautzeit, da du mir nachgezogen hast in der Wüste, in einem unbebauten Lande. Ein Heiligtum ist Israel dem Ewigen, Erstling seines Ertrages, alle die ihn essen, werden büßen; Unheil wird über sie kommen, ist der Spruch des Ewigen".

Der brüllende Löwe

Das 4. Buch der Thora "Bamidbar" wird am 3. Schabbat mit noch einem Doppelabschnitt "Matot-Masej" beendet. Auch hier wird als Haftara die Prophetie des 2. Abschnittes (Masej) gelesen.

Diese Haftara ist die zweite aus der Reihe der drei speziellen "Anklage-Haftarot". Interessanterweise wird auch hier die Prophetie von Jeremia gelesen, und zwar die direkte Fortsetzung der Prophetie der vorherigen Haftara (2:4-28).

Jeremia beschuldigt seiner Zeitgenossen in vielen Vergehen, hauptsächlich aber, dass sie ihrem G'tt den Rücken



jüdische Volk vorhergesagt, was "Jeremiah auf den Ruinen von Jerusalem" von Horace Vernet (1844)

gekehrt haben und sich neue Götzen gefunden haben. Der Prophet benutzt eine sehr schöne und bildhafte Sprache, um die Sünden eindrucksvoll zu beschreiben. Jedoch ist diese besondere Sprache nicht zufällig und die benutzten Ausdrücke wurden sorgfältig ausgesucht: hinter der Metapher und Gleichnissen sind sehr spannende und lehrreiche Hinweise versteckt.

So finden wir zum Beispiel im Vers 2:15 die Metapher eines brüllenden Löwen: "Warum ist es zur Beute geworden? Junge Löwen brüllen es an mit lauter Stimme und machen sein Land zur Wüste, seine Städte zu Brandstätten, die niemand bewohnt". Auch wenn der brüllende Löwe in sich ein eindrucksvolles Bild gibt, hat diese Metapher noch eine, ganz spezielle für diese Zeit, Bedeutung.

Der Wochenanschnitt "Masej" wird immer vor der Woche gelesen, auf welche Rosch Chodesch (Monatsanfang) des Monats Aw fällt. Und das Sternzeichen des Monats Aw ist... Löwe! Damit ist der Löwe aus der Haftara ein Hinweis auf den kommenden Monat und sogar auf seinen Charakter! Denn ein brüllender Löwe verspricht nichts Gutes und das gilt auch für den Aw: laut unseren Weisen ist dieser Monat für die Juden der gefährlichste und schwierigs-

te im ganzen Jahr. Das ist ein Monat, in dem uns viele Unglücke und Tragödien passiert sind: am jeweils 9. Aw wurden beide Jerusalemer Tempel zerstört und Juden ins Exil vertrieben. Am 7. Aw im Jahre 5252 (31. Juli 1492) wurden die Juden aus Spanien vertrieben, was für viele Vertriebene Tod oder Elend brachte. Am 5. Aw des Jahres 5674 (28. Juli 1914) begann der Erste Weltkrieg, der Juden viel Leid (durch Vertreibungen und Pogrome) gebracht hat. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass das Sternzeichen "Löwe" das einzige Raubtier im Zodiak-Kreis ist...

Jedoch ist nicht der ganze Monat schlecht und gefährlich. Es ist auffällig, dass fast alle tragischen Ereignisse in der ersten Hälfte des Monats vorgefallen sind. Nach Vollmond (15. Aw) beginnt das jüdische Mazal sich zum Guten zu ändern. Schon der 15. Aw selbst ist nach der Abschluss-Mischna im Traktat "Taanit" ein ganz besonderer Tag, der früher sogar ein großer Feiertag war. Heutzutage ist der 15. Aw in Israel zu einer Art "Valentinstag" mutiert und wird jährlich als "Tag der Verliebten" gefeiert. An diesem Tag finden in Israel zahlreiche Hochzeiten statt und um den Saal für die Hochzeitsfeier an diesem Tag zu bekommen, muss man ihn fast ein Jahr im voraus reservieren.

Und auch der Löwe kann positiv sein: Der Stamm Jehuda wird in der Thora mit dem Löwen verglichen (Bereschit 49:9). Auch das Wappen der Stadt Jerusalem beinhaltet neben der Mauer und Olivenzweigen auch einen stehenden Löwen.

Die wichtige Vision

Am letzten Schabbat des Julis wird mit dem Wochenabschnitt "Dwarim" das fünfte Buch der Thora angefangen. Da dieser Schabbat immer vor dem großen Fastentag "Tischa beAw" (9. Aw) ist, wird an diesem Schabbat die dritte und letzte "Anklage-Haftara" gelesen.

Dieser Schabbat hat eine eigene, ganz spezielle Haftara, welche sogar den Namen für den Schabbat gibt. Der Prophetenabschnitt ist das 1. Kapitel aus dem Buch Jesaia und beginnt mit den Wörtern "Chazon des Jesaia, Sohn Amoz, der prophezeit hat über Jehuda und Jerusalem während der Regierungszeit des Usija, Jotam, Achaz und Hiskija, der Könige von Jehuda.". Das Wort "Chazon" bedeutet Vision, und dank dieses Wortes wird der Schabbat vor Tischa beAw "Schabbat Chazon" genannt.

Nach kurzer Vorstellung des Propheten beginnen schon im 2. Vers die Vorwürfe über die Sünden von Jesaias Zeitgenossen. Der Hauptvorwurf des Propheten besteht darin, dass die Juden den Tempeldienst zwar verrichten, jedoch nur als Routine, ohne die richtige Einstellung, was gerade vor dem Fastentag ein sehr wichtiger Gedanke ist. Es bringt wenig zu fasten und zu beten, wenn man gerade an die Einkäufe oder an den kommenden Urlaub denkt. Wenn man schon Zeit für G'tt gefunden hat, soll man dann auch voll dabei sein.

Eine sehr interessante Idee finden die chassidischen Gelehrten im Namen dieses Schabbats.

Chazon bedeutet ja "Vision", also ein Blick in die Zukunft. Deshalb wird im Chassidismus gelernt, dass an diesem Schabbat G'tt uns die Vision von 3. Tempel "zeigt". Diese Idee wird mit folgendem Gleichnis illustriert: ein Vater hat seinem Sohn ein schönes und teureres Hemd gekauft. Der Sohn war aber leichtsinnig, unvorsichtig und hat dieses wunderbare Hemd kaputt gemacht. Der Vater hat dem Sohn noch ein schönes und teureres Hemd gekauft. Auch diesmal passte der einsichtslose Sohn nicht auf und wieder ging das teurere Geschenk kaputt. Der Vater kaufte dem Sohn das 3. Hemd. Jedoch gab er diesmal das Geschenk dem Sohn nicht, sondern versteckte es. Einmal im Jahr holte der Vater das Hemd aus dem Versteck und zeigte es dem Sohn: "wenn du besser wirst und es verdienst, wirst du diesen Augenschmaus auch bekommen".

Das gilt auch für uns: wir hatten schon zweimal schöne und prächtige Tempel von G'tt bekommen. Jedoch wurden sie wegen unseren Sünden zerstört. Wenn wir die T'schuwa richtig machen und zu G'tt zurückkehren, werden wir den 3. Tempel verdienen, der laut unseren Weisen nie zerstört sein wird. Und die Vision von Jesaia, der nicht nur zurechtweisen konnte, sondern den Juden auch die Rückkehr ins Heilige Land vorhergesagt hat, kann uns enorm helfen.

2U GUTER LETZT№ 7 (71) Juli 2020 JÜDISCHE RUNDSCHAU

Fische bewachen Israels Trinkwassersystem

Was der Kanarienvogel früher für Bergleute war, sind heute Fische für den Schutz von Israels Trinkwasser. In Be'er Scheva werden sie erfolgreich zur Erkennung von Hacker-Angriffen auf die Wasser-Infrastruktur eingesetzt.



(Israelnetz) Um sein Trinkwassersystem vor Hacker-Angriffen zu schützen, setzt Israel nicht nur auf hochmoderne Technologien, sondern auch auf Fische. In mehreren Becken in der Wüstenstadt Be'er Scheva werden die tierischen Wächter rund um die Uhr beobachtet.

Erst im April hatte Israel einen Cyberangriff auf seine Wasser-Infrastruktur abgewehrt, für den es den Iran verantwortlich macht. Seitdem hat die Nationale Cyberabwehr den Schutz der

Anlagen übernommen. Neben einem hochentwickelten Überwachungssystem sind nun auch Dutzende Fische für die Sicherheit des Landes im Einsatz.

In der Wasseraufbereitungsanlage Eschkol in Be'er Scheva, am Rande der Wüste Negev, stehen mehrere kleine Becken, die von der Trinkwasseranlage gespeist werden. In den Behältern leben verschiedene Fische. Sie werden rund um die Uhr beobachtet. So sollen schnell mögliche Verhaltensveränderungen festgestellt werden. Gerade kleine Fische reagierten sehr schnell auf Veränderungen im Wasser, erklärt die Ingenieurin für Wasserwirtschaft, Ortal Schlafman, gegenüber dem Fernsehsender "Kanal 12".

Sorge vor Angriff mit Chemikalien

Die Idee funktioniert ähnlich wie der Einsatz von Kanarienvögeln früher im Bergbau. Die Vögel reagieren schon auf geringe Mengen von Kohlenmonoxid. Um die Gefahr durch geruchlose, giftige Gase schnell erkennen zu können, nahmen Bergleute Kanarienvögel mit untertage.

Israels Nationale Cyberabwehr geht davon aus, dass der Iran im April das Trinkwasser mit Chemikalien versetzen wollte. Zudem bestand die Gefahr, dass die Pumpen abgeschaltet werden. Tausende Haushalte wären dann ohne Wasser gewesen – zu einer Zeit, in der eine Hitzewelle vorherrschte.

Junge jüdische Siedler-Familie

Wir danken Frau Angi Walch für diese wichtige Grafik zur Situation in Judäa und Samaria:

